358

1. (—) Enthuellungen aus Oesterreichs juengster Vergangenheit. Von einem Mitgliede der Linken des aufgeloesten oesterr. Reichsraths. Hamburg 1849. 8.

2. (—) Ursache und Geschichte der Octoberereignisse in Wien. Von einem Augenzeugen. Leipzig 1848. 8

# Enthüllungen

aus

# Oesterreichs jüngster Vergangenheit.

Bei **Hoffmann & Campe in Hamburg** sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu bekommen:

| | Thlr. | Sgr. |
|---|---|---|
| **Briefe aus Wien.** 2 Theile. . . . . . . . | 3 | — |
| — eines polnischen Edelmannes an einen deutschen Publicisten über die jüngsten Ereignisse in Polen 1846 . . . . . . . | 1 | 15 |
| **Landtag,** der böhmische im Jahre 1847 . . . . | 1 | 15 |
| **Oesterreich und dessen Zukunft.** I. 3. Aufl. | 1 | — |
| — — — — — II. 2. Aufl. | 1 | 15 |
| — im Jahre 1843 . . . . . . . . . | 1 | — |
| — Städte, Länder, Personen und Zustände | 1 | 15 |
| **Schattenseiten** der österreichischen Staatsverwaltung und gesellschaftlichen Zustände . | — | 25 |
| **Reise** durch Oesterreich nach Constantinopel und Triest | 1 | 15 |
| **Reisinger,** Politische Bilder aus Ungarn's Neuzeit | — | 25 |
| **Schuselka, Fr.,** Oesterreichische Vor- und Rückschritte. . . . . . . | 1 | 15 |
| — — Oesterreich über Alles wenn es nur will . . . . . . . | — | 7½ |
| — — Deutsche Worte eines Oesterreichers . . . . . . | 1 | — |
| — — Deutschland, Polen und Rußland | 1 | 15 |
| — — Die orientalische d. i. russische Frage . . . . . . . . | — | 15 |
| — — Deutsche Volkspolitik. In zwanglosen Heften I . . . | 1 | 15 |
| **Sibyllinische Bücher,** aus Oesterreich. 2 Bde. | 3 | — |
| **Spaziergänge** eines zweiten Wiener Poeten. | 1 | — |
| **Standpunkt,** des Oesterreichers richtiger . . . | — | 5 |
| **Wien und Rom** . . . . . . . . . . . . . | — | 5 |

---

| | Thlr. | Sgr. |
|---|---|---|
| **Bauer, Edgar,** die Parteien. Politische Revue in zwanglosen Heft. 1s.—3s. Heft | 1 | — |
| **Bekenntnisse** eines preußischen Officiers . . . | — | 10 |
| **Fischer, F.,** Republik und Socialismus . . . . | 1 | — |
| **Gottschall, R.,** die Marseillaise, dramat. Gedicht | — | 10 |
| — — Gedichte . . . . . . . . . . | 1 | 15 |
| **Kampf,** der, bei Eckernförde. Nebst Plan . . . | — | 5 |
| **Kapp, E.,** der constituirte Despotismus und die constitutionelle Freiheit . . . . . . . . | — | 10 |
| **Kriegslieder** aus Schleswig-Holstein. . . . . . | — | 7½ |
| **Prinzhausen,** der Scheinkrieg mit Dänemark im Jahre 1848 . . . . . . . . . . . . . | 1 | 15 |
| **Republik oder Monarchie?** Beantwortet durch Thomas Paine . . . . . . . . . . | — | 10 |
| **Strodtmann, A.,** Lieder eines Kriegsgefangenen auf der Dronning-Maria . . . . . . . . . | — | 7½ |
| **Wahrheit,** der, noch eine Gasse, dem Frieden eine Bahn . . . . . . . . | — | 12 |

---

# Enthüllungen

aus

# Oesterreichs jüngster Vergangenheit.

Von

einem Mitgliede der Linken
des aufgelösten österreichischen Reichstages.

Hamburg.
Hoffmann und Campe.
1849.

Druck von H. G. Voigt.

Staats-
Bibliothek
Bamberg

# Vorrede.

Aus Oesterreich meinem Vaterlande entfernt, schrieb ich dieses Buch. Ich gebe mit ihm Enthüllungen über die neuesten Vorgänge daselbst, und über die Gräuel und Schauderthaten eines üppigen Hofes und eines verätherischen Ministeriums so wie der gesammten Reaktion.

Es zitterte mir oft die Hand, und oft leuchtete eine Thräne oder die Kampflust in meinem Auge, oder es ballte sich aus Ingrimm die Faust, wenn ich Alles das wieder vor meine Seele führte, was ich erlebte und tief empfand.

In Oesterreich ist die alte barbarische Zeit mit der frisch und muthig heranstürmenden neuen, im Kampf auf Leben und Tod. Der alte Despotismus wird und muß erliegen, ja Oesterreich ist jetzt schon in Todeszuckungen. Aber in der Natur gibt es kei-

nen wahren Tod, nur ein beständiges Formwechseln. Das was wir Tod nennen, sind nur Geburtswehen zu etwas Neuem. Oesterreich wird zerfallen, vielleicht in einigen Monaten, vielleicht in einigen Dezennien, was sind diese in der unendlichen Zeit? ein Moment, und seine Völker werden neue Verbindungen eingehen, und sich glücklich fühlen unter der Fahne der Demokratie.

Alle die Gräuel die jetzt in Oesterreich begangen werden, führen gerade nur zu ihrer Bekämpfung, zum Siege höherer Erkenntniß, und wenn ich auch über das Schlechte heftig erbittert bin, so hasse ich doch nicht die Menschen, die es in ihrer Verblendung vollbracht; sie sind arme Sclaven des Egoismus, der mehr quält, als in seiner höchsten Befriedigung erfreut.

Daher sehe ich getrost der Zukunft in das Auge, und bin ich bis zu der Zeit, wo die Menschen wirklich frei sind, nicht mehr auf dieser Erde, was liegt daran, ich weiß, ich habe nicht umsonst gelebt, und auch mit meinen geringen Kräften etwas für die Freiheit und das Recht gewirkt, die beide nach meiner innersten Ueberzeugung ganz gewiß zum Siege kommen werden.

Auch mit diesem kleinen Buche hoffe ich etwas für die Freiheit zu wirken, denn ich will mit demselben das Lügengewebe vor Augen legen, welches die

Reaktion spann, ich will nachweisen das Unrecht, die Rechtslosigkeit der österreichischen Regierung, ich will erschüttern den dummen Glauben an Autoritäten, der die Ursache der meisten Unterdrückung ist, und ich will das Herz mit dem höchsten Zorn erfüllen gegen die bloße Gewalt, und dadurch den Muth erhöhen zum Kampfe für das Recht.

Fühlt derjenige, der dieses Buch gelesen, nur den tausendsten Theil meiner Entrüstung, ist sein Rechtlichkeitsgefühl nur zum tausendsten Theile so empört wie das meine, als ich das, was ich hier wahrheitsgetreu niedergeschrieben, erlebte und wiedergab, so habe ich es nicht umsonst in die Welt gesandt.

Noch ein Wort an die Czechen. Zürnt nicht über die wahrheitsgetreue Darstellung des Wirkens Eurer Deputirten. Ich kann und will nicht zum Lügner werden, und deßhalb gebe ich es, so wie ich und jeder der Linken es aufgefaßt. Zürnt vielmehr Euren Abgeordneten, die Schuld sind, daß für den Augenblick nicht blos die Deutschen, die Italiener, die Magyaren, die Polen, sondern Ihr selbst in Oesterreich um die Freiheit gebracht wurdet. Nicht herrschen will der Deutsche über Euch, aber er will auch nicht von Euch beherrscht werden. Wollt Ihr aus Deutschland scheiden, der deutsche Demokrat hält Euch nicht auf. Gehet Eures Weges wie Ihr wollt,

und seid glücklich. Deßhalb ist der Deutsche nicht Euer Feind, er reicht Euch noch die Bruderhand, und steht Euch mit deutscher Treue redlich bei, wenn man Euer Recht verletzen wollte. Er will frei sein, aber auch andere frei wissen. So wenig der Deutsche Euch an sich ketten will, ebenso wenig dürft aber auch Ihr den Deutschen zwingen wollen, mit Euch vereint zu sein. Schwingt Euch empor zur Idee der wahren demokratischen Freiheit, strebt, sie zu erringen, und wir gehen Hand in Hand wie Freunde, wie Brüder.

Paris, den 4. Mai 1849.

**Ein Mitglied der Linken**
des aufgelösten österreichischen Reichstages.

# Inhalt.

Seite

I. Die Zustände Oesterreichs vor dem 13. März 1848. Allgemeine Unzufriedenheit. Vorbereitung der Stände, um am 13. März um Preßfreiheit ꝛc. bei Hofe zu petitioniren ..... 3

II. Der 12., 13., 14. und 15. März 1848. Die Stellung der Partheien ..... 13

III. Das Ministerium Pillersdorf. Das unter ihm von Schriftstellern verfertigte vortreffliche Preßgesetz, und die grundlosen Angriffe gegen dasselbe. Die oktroirte Karte vom 25. April. Die am 15. Mai bewilligte constituirende Reichsversammlung. Die constitutionelle Monarchie als Provisorium... 20

IV. Entsetzen der Reaktion über den 15. Mai. Entführung des Kaisers nach Innsbruck. Die Revolution am 26. Mai. Capitulation des Ministeriums. Die Republik in Wien und der Sicherheitsausschuß ..... 27

V. Plan der Hofparthei. Ungarns Verhältnisse. Der Kaiser bewilligt und beschwört die Selbstständigkeit des ungarischen Reiches. Jellachich will ein südslavisches Großreich errichten und Croatien von Ungarn trennen, weßhalb er wegen Hochverraths in Anklagezustand versetzt wird. Der Hof bringt ihn auf den Gedanken eines slavischen Oesterreichs, und verbindet sich mit ihm. Die Anklage gegen ihn wird zurückgenommen. Er rüstet sich gegen die Magyaren, und diese werden von ihrem Könige verlassen ..... 36

VI. Ausschreibung der Wahlen zum österreichischen Reichstage. Theilweise Zurücknahme des am 15. Mai gegebenen kaiserl. Wortes. Dobblhof bildet ein neues Ministerium. Charakteristik der Rechten, des Centrums und der Linken des österreichischen Reichstages ..... 49

VII. Charakteristik des neuen Ministeriums. Der Sicherheitsausschuß löst sich in Folge der Intriguen des Hofes selbst auf 56

VIII. Die Ansicht der Linken über den Kampf in Italien. Naiver Antrag des Abgeordneten Seelinger: der Armee für ihre Waffenthaten in Italien den Dank des Vaterlandes per Acclamationem auszusprechen. Die Linke besteht auf die Debatte. Deßhalb wird sie verdächtiget und das Militär wird Bundesgenosse der Reaktion ..... 62

IX Eigenmächtige Truppenaushebung des Ministeriums. Das Militär, die Bureaukratie und die Hierarchie bilden die kräftigsten Stützen der Reaktion. Das Ministerium läßt am 23. August gegen die Arbeiter feuern, und bringt dadurch die von ihm gewünschte Spaltung unter der Wiener Bevölkerung hervor 69

Seite

X. Das Ministerium beabsichtiget am 13. September einen Kampf zu provociren, um den Muth und die Freiheit des Volkes niederzukartätschen. Es wird daran durch den Reichstag gehindert. Nachträglich bereuen die Czechen, den Plan des Ministeriums hintertrieben zu haben .................... 76

XI. Das Ministerium erklärt, sich in die ungarischen Wirren nicht zu mischen. Das Volk und die Linke erkennt diese Erklärung als Lüge. Violand's Interpellation bezüglich Ungarns. Ausweichende Antwort des Ministeriums, und Hinweisung auf eine vorgelegt werdende Staatsschrift .................... 85

XII. Bach legt diese Staatsschrift vor. Kritik derselben. Plan der Linken über die Construirung Oesterreichs. Die dießfällige Absicht des Ministeriums ........................ 96

XIII. Der ungarische Reichstag sendet eine Gesandschaft an die österreichische Reichsversammlung, um Abhülfe gegen die Intriguen des Hofes zu ersuchen. Sie wird abgewiesen. Das Volk ist hierüber erbittert, und erscheint mit einem Fackelzug unter den Fenstern der ungarischen Abgesandten. Jellachich zieht gegen Pesth. Die Ungarn ergreifen die Zügel der Regierung .................................................. 106

XIV. Die Ungarn kämpfen mit Glück gegen Jellachich. Aus der von ihnen aufgefangenen Correspondenz desselben geht hervor, daß die österreichische Regierung die Croaten unterstütze. Dießfällige Interpellationen in der österreichischen Kammer. Die Minister Latour und Kraus manifestiren sich als Lügner. Erbitterung des Volkes. Kudlich's Fackelzug. Schwanzwedelei der Majorität der Kammer. Löhner's Prophezeiung ....... 112

XV. Jellachich wird geschlagen. Latour will ihm Truppen aus Wien senden. Der 6. Oktober. Das Volk hindert den Abmarsch. Das Ministerium benützt diesen Umstand, um den Muth des Volkes niederzukartätschen. Es wird von Strohbach unterstützt. Das Volk siegt und ermordet den Latour. Sitzung im Reichstag. Flucht des Strohbach. Deputation an den Kaiser mit der Bitte um ein neues Ministerium und um Amnestie. Nothwendigkeit der letzten Bitte ............... 121

XVI. Wirken des Reichstages und der Permanenz in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober. Die Permanenz ist Ursache an der Kanonade bei dem Zeughause. Sturm auf dasselbe. Violand auf der Bastei. Kudlich in der Renngasse. Uebergabe des Zeughauses. Das Volk bewaffnet sich ....... 133

XVII. Die Entführung des Kaisers nach Ollmütz und dessen Drohung. Geheime Besprechung der Deputirten. Die Mittheilung des Ministers Kraus. Violand's Antrag, eine provisorische Regierung einzusetzen. Eine Deputation wird dem Kaiser nachgesendet. Komischer Empfang dieser und jeder nachfolgenden Deputation. Stadion redet dem Borosch zu, ein Ministerium anzunehmen ................................ 148

Seite

XVIII. Der General Auersperg verweigert dem Reichstag den Gehorsam. Antrag ihn anzugreifen. Jellachich fällt in Niederösterreich ein. Das vom Reichstage anerkannte Ministerium. Minister Kraus als Chamäleon. Das Wirken der Czechen. Die Halbheit und Zaghaftigkeit der Kammer .................. 154

XIX. Die provisorischen Nationalgarde-Oberkommandanten Scherzer, Braun, Spitzhüttel, Messenhauser. Der Generalstab. Die Mobilgarde. Die Vertheidigung Wiens wird von Messenhauser und Bem in Einverständnisse mit dem Reichstage geleitet. Das Oberkommando und der Gemeinderath ertheilen eine schriftliche Vollmacht zur Organisirung des Landsturms. Die Czechen in Prag und Ollmütz. Welker und Mosle. Blum und Fröbel .. 165

XX. Windischgrätz verhängt über Wien den Belagerungszustand, und beruft sich auf eine Vollmacht des Kaisers. Kritik dieser Bevollmächtigung. Der Reichstag erklärt das Benehmen des Windischgrätz für ungesetzlich. Merkwürdige Frechheit und Lüge dieses Menschen. Der Reichstag beschwört den Messenhauser, für die Vertheidigung Wiens zu sorgen ............. 174

XXI. Die radikale Parthei. Die Beamten, Geistlichen, Spießbürger, und Feiglinge mit gelben Glacee-Handschuhen. Der Ausschuß ist über die Memmenhaftigkeit einiger Garde-Officiere erzürnt. General Bem's Erklärung in der Permanenz. Antrag, daß die ganze Kammer in den Kampf ziehen solle. Das Volk treibt die unbewaffneten Spaziergänger zum Barikadenmachen. Der Kaiser will den Reichstag prorogiren. Der Reichstag sendet dießfalls eine Deputation an ihn ..................... 182

XXII. Windischgrätz greift an und steckt die Vorstädte in Brand. Messenhauser am Stephansthurme. Die Ungarn greifen an, und werden geschlagen. Verzweiflung in Wien. Einige wollen capituliren, die andern retten die Ehre Wiens und lassen die deutsche Fahne nicht vom Stephansthurme reißen. Bombardement. Eine Rackete zündet am Dache des Naturalien-Cabinets. Einzug der Truppen in Wien. Die Proletarier schützen den Reichstag und die Burg ............................. 189

XXIII. Der 1. November. Gewaltthat gegen den Reichstag. Die rothe Monarchie. Der schwarzgelbe Lappen. Die Militärherrschaft. Tausende werden eingesperrt. Das Blutgericht. Das Schreckenstribunal des Robespiere, wie es sich von demselben unterscheidet. Jellovicki. Becher, Jellineck, Blum, Messenhauser werden erschossen. Windischgrätz hintertreibt den Pardon des Messenhauser. Ein Wunder. Die Deputirten läßt er nicht ermorden .................................. 196

XXIV. Anhängsel des Belagerungszustandes. Stimmung in den Provinzen. Das neue volksthümliche Ministerium des Kaisers. Charakteristik desselben. Beabsichtigte Anklage gegen Wessenberg und Windischgrätz. Ein den Deutschen gemachter Vorwurf. Die Wirksamkeit der Kammer in Kremsier. Verrath

Seite
der Kammer am Volke. Wirksamkeit des neuen Ministeriums. Maulkorb für die Interpellanten .......................... 212
XXV. Der Kaiser Ferdinand wird zur Abdicirung bewogen. Er überträgt die Krone an Franz Joseph. Dieser spricht sich als Gegner der Volkssouveränität und des 15. Mai aus. Smolka rettet die Kammer aus der Verlegenheit. Keine Amnestie, aber 80 Millionen Gulden. Die Kammer bewilligt sie, die Rechte als Belohnung, das Centrum aus Dankbarkeit .................. 221
XXVI. Die Rechte nähert sich der Linken. Da will das Ministerium die Kammer auflösen, und trifft Vorbereitungen. Die Presse wird gegen die Kammer, und Wildner gegen die Grundrechte commandirt. Helfert macht sich unsterblich. Ministerielle Erklärung. Die Kammer weicht der Schlinge aus und überschüttet die Minister mit Vorwürfen. Bach will durchaus nicht nach seinen Worten beurtheilt sein. Die Czechen gehen bei den Grundrechten mit der Linken. Aeußerung eines czechischen Demokraten ..... 225
XXVII. Für das Ministerium existirt nicht mehr die Kammer. Thinfeld, die Papierscheere und das Lineal. Das Ministerium unterdrückt die Ostdeutsche Post, das Giornale di Trieste, läßt Schriftsteller unter das Militär stecken, und verbietet die Verbreitung der deutschen Grundrechte. Komische Ausflüchte. Die demokratischen Vereine werden aufgehoben. Belagerungszustand in Galizien, wo gar kein Aufstand ist. Originelle Rechtfertigung desselben .................................. 232
XXVIII. Stadion erfindet zwei neue Nationalitäten, die ruthenische und die tyrolische. Hiebei kommt auch die christkatholische zur Sprache. Freude der Czechen über das Ministerium. Minister Bach erklärt, worin die Freiheit bestehe ............ 240
XXIX. Die Kammer greift das Ministerium an. Dieses verdächtiget dafür die Kammer. Die Deputirten sollen mit ihren Wählern nicht sprechen. Die Unterredung des Deputirten Geyer mit Stadion. Lüge des letzteren. Das Ministerium bereitet Tendenzprozesse gegen Kammerglieder vor. Ein Bauer wird angeklagt. Die Linke siegt. Wuth der Czechen. Rieger benimmt sich ehrenhaft. Uebereinkommen mehrerer Glieder der Linken, für den Fall einer gegen sie vorgebrachten Anklage ........... 249
XXX. Die Debatte über das Depositenwesen. Schuselka donnert in der höchsten Aufregung gegen das Ministerium. Dessen Rede. Darauf sprengt das Ministerium die Kammer mit Bajonetten, und garnirt den Despotismus mit einer elenden constitutionellen Verbrämung. Fischhof wird verhaftet, mehrere Deputirte werden verfolgt. Niederträchtigkeit gegen Goldmark. ....... 259
XXXI. Sündenregister des Ministeriums und des Hofes. Oesterreich ist ohne Despotismus eine Unmöglichkeit. Es ist das Unglück Deutschlands und Italiens. Herausforderung der Demokratie. Sie nimmt den Kampf an. Rieger's Worte ....... 276

# Enthüllungen

aus

# Oesterreichs jüngster Vergangenheit.

# I.

## Die Zustände Oesterreichs vor dem 13. März 1848. Allgemeine Unzufriedenheit. Vorbereitung der Stände, um am 13. März um Preßfreiheit ꝛc. bei Hofe zu petitioniren.

Das morsche österreichische Staatsgebäude wurde unter Metternich nur durch den Kitt des schmutzigen Egoismus privilegirter Kasten zusammengehalten. Es war eine eckle Polizeianstalt, ein düsteres Zuchthaus, eine chinesische Mauer. Jedes der Gewalt unliebsame Wort wurde mit Verbannung, Kerker oder Tod bestraft. Die Polizei drängte sich bis in das innerste Familienleben, hemmte absichtlich die Bildung und Erkenntniß, suchte den Menschen zur Maschine zu machen, oder doch zum Papagey zu metamorphosiren. Die Rechte der Menschen unterdrückte man auf wahrhaft canibalische Weise. Schriftsteller wurden verhaftet des Landes verwiesen, wenn sie die Wahrheit auszu-

sprechen, oder Andere zu belehren wagten; ja es ergab sich sogar aus einer Erklärung des Ministeriums Dobblhof, daß in jener Zeit alljährig mehrere hundert Italiener nach der ungarischen Festung Szegedin unter engen Gewahrsam aus keinem anderen Grunde gebracht wurden, als weil sie dem jedes Recht mißachtenden Despotismus bedenklich erschienen. Die Polizei und die Criminal-Registraturen bewahren schauderhafte Geschichten über die Willkühr der damaligen Zeit. Eine will ich hier nur kurz erzählen, um zu zeigen, wessen die österreichische Regierung fähig war. Bedera ein Dalmatiner, in England lebend, sollte nämlich mehrere Druckschriften nach Italien gesendet haben, welche das Land zum Abfalle von Oesterreich aufforderten. Da ihn England auf Verlangen nicht auslieferte, so ließ ihn die österreichische Regierung stehlen, auf das Festland schmuggeln, und nach Wien transportiren. Daselbst wurde er ohne Verhör durch 8 Jahre in polizeilicher Haft gehalten, und erst dann, als es ihm gelungen war, einen seine Klagen enthaltenden Brief durch ein Fenster des Sternhofes vor die Füße des auf der Bastei promenirenden Kaisers Franz zu schleudern, brachte man ihn wegen Hochverrathes vor das Criminalgericht. Ungeachtet dasselbe nach gepflogener Untersuchung das Urtheil auf Aufhebung derselben wegen Mangels eines Beweises sprach, erhielt der Unglückliche dennoch nicht seine Freiheit, sondern er mußte sein Leben unter

steter polizeilicher Aufsicht innerhalb einer Festung beschließen.

Oesterreich, das arme geknechtete so schöne Land, entbehrend der Sonne der Freiheit, schmachtete dahin. Kerkerluft und Leichenmoder umhüllte als dichter Nebel seine Höhen und Thäler, kein Ohr vernahm ein freies Menschenwort, nur die Unken und Kröten der Bureaukratie und der privilegirten Stände durchquackten im Vereine die Grabesstille umher.

Ja die Bureaukraten! das waren die mächtigsten Stützen der Despotie, voll kriechenden Servilismus nach Oben, voll unverschämter Aufgeblasenheit und Herrschsucht nach Unten. Sie suchten nur ihre eigene Macht zu vermehren, ihre Kinder und Verwandten unterzubringen, ihren Egoismus auf jede Weise zu befriedigen und um sich den Nimbus des Allein- und Alles-Besserwissens zu verbreiten, und es gelang ihrer Bemühung ganz nach Wunsch. Sogar den stolzen Adel, die Stände, welche die Provinzialrechte gegen die Regierung vertreten sollten, brachten sie unter sich, und die Hofkanzlei entwand letzteren die wichtigsten Rechte, und ließ ihnen fast nichts mehr als prunkende Titel und gestickte Uniformen. Sie befahlen in Kirchen- in Schul- in Glaubenssachen, sie gängelten Alles und Jedes.

Die Wirthschaft in Oesterreich kostete aber außerordentlich viel. Man brauchte eine unglaubliche Menge Beamte, Spione, Soldaten, man verschleuderte bei

einer wahnsinnigen äußeren Politik so viel Geld, daß während eines mehr als dreißigjährigen Friedens, die Staatsschulden sich um mehr als die Hälfte verdoppelten, wo doch im Ganzen nicht eine einzige Steuerverminderung eingetreten war.

Die Unterdrückung jeder freien Bewegung, die Willkührlichkeiten und Rechtsverletzungen der Regierung in Oesterreich erfüllten mich seit Jahren mit Erbitterung, doch ich und die mir gesinnungsverwandten Freunde hofften mit Sehnsucht auf eine Erhebung des Volkes, und wir sahen sie mit Zuversicht herankommen. Zwar erwarteten wir sie nicht im Jahre 1848, aber wir hielten uns für überzeugt, daß sie bei dem Staats-Banquerote, welchem Oesterreich schon lange entgegen wankt, eintreten müsse. Daher jubelten wir voll Freude, als die Lombarden und Venetianer überdrüssig der auch über sie gebrachten Knechtschaft im Herbste des Jahres 1847 Alles aufwandten, ja sogar durch Enthaltung vom Genusse des Tabackes sich bemühten, diesen Finanz-Banquerot herbeizuführen, da, wie gesagt, von uns mit diesem die allgemeine Erhebung und durch sie die Beendigung des Absolutismus erwartet wurde, um so zuversichtlicher, als wir erkannten, daß nicht blos wir allein mit den damaligen Zuständen unzufrieden waren, sondern daß fast Jeder sich nach einer Aenderung der Staatseinrichtungen sehnte, wenn auch aus ganz andere Gründen als jenen, welche unsere Brust bewegten. Der Bauernstand

fühlte sich gedrückt durch das Gutsunterthänigkeits-verhältniß, durch Roboth, Zehent, durch die schlechte Behandlung der Beamten; der Bürger- Handels- und Gewerbsmann war beengt durch die hohen Zölle, lästigen Controllen und hohen Steuern, durch die Hinderung jeder freien Bewegung und sein Stolz war verletzt durch das anmaßende Benehmen des Adels; die Geistlichen und Lehrer klagten über geringe Dotirung, und die vernunft- und rechtswidrige Unterordnung des Glaubens und der Wissenschaft unter die Machtsprüche des Staates; der Adel war unzufrieden, weil er verarmte und sein Einfluß von der Bureaukratie verringert wurde; und die niederen Militärs und Beamten waren erbittert über die Einschübe der sogenannten Protectionskinder, ihren geringen Gehalt und die Aussichtslosigkeit auf eine bessere Zukunft. Ja selbst bei Hofe gewahrte man eine Unzufriedenheit, zwar nicht mit dem Systeme der Despotie, aber doch mit den damaligen Repräsentanten desselben, mit Metternich und Erzherzog Ludwig. Gleich nach der französischen Revolution vom 24. Febr. 1848, als der Geist der Freiheit durch Europa nach Osten zog, da fürchteten mehrere Glieder des kaiserlichen Hauses, als wie der Erzherzog Johann und die Erzherzogin Sophie, daß in der bedrängten finanziellen Lage Oesterreichs ein furchtbarer Ausbruch des Volksunwillens ja Volkszornes eintreten könnte, welcher selbst der Dynastie Gefahr

brächte. Um diese Gefahr abzuwenden, wollten sie kleine Zugeständnisse machen, durch einiges Spielzeug die Zuneigung der Völker erwerben, wie es bei Kindern gewöhnlich geht, aber da Metternich und Ludwig, diese verknöcherten alten herzlosen Menschen, diese Zuchtmeister nicht nachgeben wollten, und der Kaiser keinen eigenen Willen hatte, so entstand eine gereizte Stimmung gegen dieselben, und es wurde vom Hofe aus, mit feinen Intriguen an ihrer Entfernung gearbeitet. An dieser soll, — wie man sagt, — besonders der Erzherzogin Sophie gelegen gewesen sein, weil sie daran dachte, ihren Gemahl Franz Carl oder ihren ältesten Sohn Franz Joseph so bald als möglich auf den Thron zu bringen, sei es aus Herrschergelüste, um bei der Nachgiebigkeit ihres Mannes oder bei dem jugendlichem Alter ihres Sohnes den Scepter selbst führen zu können, sei es, weil sie fürchtete, daß unter Ferdinands Regierung, welcher schwach am Geiste geschildert wird, die Krone dem Hause Habsburg-Lothringen durch eine Revolution entrissen werden dürfte, — genug sie suchte, wie man allgemein behauptet, — den Kaiser Ferdinand zur Abdicirung zu bewegen, und weil sich Metternich und Ludwig, um ihren Einfluß auf Ferdinand und die Regierung nicht zu verlieren, diesem Bestreben entgegenstellten, so wurde auch aus diesem Grunde von Gliedern des kaiserlichen Hauses am Sturze der genannten beiden Männer gearbeitet.

Während dieser fast allgemeinen Unzufriedenheit erschien der 13. März 1848. Niemanden kann er überraschen, der die vorangegangenen und die ihn begleitenden Umstände erwägt.

Schon seit einigen Jahren hatten sich, natürlich mit polizeilicher Bewilligung, Vereine zur Unterstützung von Armen, zum besseren Betriebe der Oekonomie, zur Verbreitung mehrerer Sittlichkeit gebildet. Besonders wichtig war die Bildung des juridisch-politischen Lesevereines, in welchem manch gutes Buch gelesen, und das Verlangen sich auszubilden bei dem Einen oder Anderen hervortrat. In diesen Vereinen wurden Ansichten, Kenntnisse ausgetauscht, es entstand ein regeres geistiges Leben, man kam in vielerlei traurige Conflicte mit den, sich dem freien Wirken dieser Vereine entgegenstemmenden Behörden, man ersah, daß deren Bevormundung nur hinderlich sei und im Grunde nichts nütze, — und siehe, — nach und nach schwand immer mehr und mehr vor der sich schnell ausbreitenden Erkenntniß der Nimbus der Bureaukratie, und man fing an, seiner eigenen Einsicht, seiner eigenen Kraft zu trauen.

Auch die Stände der einzelnen Provinzen traten in den Kampf mit der Beamtenherrschaft, von welcher immer deutlicher wurde, daß sie Oesterreich mit der graßesten Ignoranz, oder doch einer mit ihrer Pflicht unvereinbaren Gleichgültigkeit an den Rand eines furchtbaren Finanz-Banquerotes führe.

In fast allen Ländern Europas war so eben den Völkern die Erfüllung ihrer Forderungen zugesichert worden, Ungarn donnerte gegen die Willkühr der österreichischen Despotie, und in Italien wurde nur mit Gewalt der Kampf um die Freiheit niedergehalten, — was war unter diesen Umständen natürlicher, als daß in diesem Momente auch bei den Ständen, als den gesetzlichen Vertretern der Provinzen der Gedanke, eine Abhülfe gegen die unerträgliche Willkühr Metternichs, und seines Systems, der Censur, der Hofkanzlei ja aller Behörden zu fordern, rege wurde, um so mehr, da sie erwarten konnten, in dieser Forderung von allen Vereinen, Corporationen und einzelnen Individuen unterstützt zu werden. Die Stände Niederösterreichs, welche am 13. März ihren Landtag eröffneten, rafften auch all ihren Muth zusammen, und sie trugen sich mit dem Gedanken um, von dem Kaiser zu fordern, — doch nein, so weit stieg ihr Muth nicht, bei dem Kaiser ganz ergebenste Vorstellungen zu machen und ganz gehorsamst zu petitioniren.

Da aber mehrere der Entschlosseneren unter den Ständemitgliedern sahen, daß mit dem bloßen Petitioniren nichts erreicht werden würde, so bewogen sie den nö. Gewerbsverein und den juridisch-politischen Leseverein, Petitionen an die Stände zu überreichen mit dem Verlangen, daß diese sich um Preßfreiheit und anderes dergleichen bei Hofe verwenden möchten. Vielleicht mochte ihnen vorschweben, daß durch der-

artige überall aufliegende Petitionen eine Aufregung unter der Bevölkerung Wiens hervorgerufen werden würde, welche zu einer günstigen Erledigung ihres beabsichtigten Einschreitens bei Hofe beitragen dürfte.

Die Petitionen des Gewerbs und Lesevereins wurden zu Unterschriften herumgegeben, und Alles drängte sich zur Unterfertigung. Am 13. März sollten sie den Ständen überreicht werden, welche dann gleichsam vom Volke getrieben, und auf dessen Wunsch hinweisend, die unterthänigsten Vorstellungen bei Hofe machen wollten.

Dieses ganze Maneuver war allgemein bekannt, doch Metternich und sein treuer Genosse Sedlnitzky schienen davon nicht sonderlich erschreckt, sie vertrauten wahrscheinlich auf die bisher gezeigte Geduld der Wiener, sie brüteten einstweilen nur auf Rache, und die Polizei mußte sich blos um die kecken Petitionsverbreiter erkundigen, um sie dann zu gelegener Zeit, zum warnenden Exempel einsperren zu können.

Indessen gab es, was man bei Hofe gar nicht vermuthete, was die Polizei nicht für möglich hielt, ganz entschiedene Leute, die da nicht viel petitioniren, sondern gleich dareinschlagen wollten, wenn man ihnen das nicht gewähre, was sie zu fordern das Recht hätten.

Der Muth Aller wurde auch noch dadurch erhöht, daß der Erzherzog Franz Carl einige Tage vor dem

13. März die Bitte des Kaufmanns Arthaber im Gewerbsvereine um freiere Institutionen nicht ungnädig entgegennahm, woraus sie schlossen, daß auch mehre Glieder des kaiserlichen Hauses, wie schon lange gesprochen wurde, mit der Metternich'schen Wirthschaft nicht zufrieden seien, und daß demnach auch von diesen ihre Verlangen unterstützt werden würden.

## II.

### Der 12., 13., 14. und 15. März 1848. Die Stellung der Partheien.

Die Spannung, die Erwartung auf die Ständesitzung am 13. März war eine außerordentliche. Jeder ahnte, daß sich mit ihm eine neue Epoche für Oesterreich datiren werde. Viele Leute vom Lande wurden von ihren Bekannten eingeladen, um sich die allenfalls eintretende Revolution anzusehen.

Unter all den aufgeregten Gemüthern waren es aber nur die hochherzigen Studenten Wiens, welche klar wußten, was sie wollten, welche den edlen Muth besaßen, ohne jeden Egoismus dieser hundertjährigen Knechtschaft, diesem empörenden Despotismus, der Oesterreich in einen dumpfen Kerker verwandelt hatte, zu brechen; welche am 12. März in einer sogenannten ungesetzlichen Zusammenkunft zu berathen wagten, ob sie nicht ohne jede Verwendung an die Stände, gleich selbst zum Kaiser sich begeben, und die Preß-

freiheit, die Volksbewaffnung, wahre Volksvertretung verlangen, nicht erst um selbe bitten sollten. Sie beriethen, und beschlossen auch, sich sogleich in dieser Absicht zum Kaiser zu begeben. Doch da kamen einige der damals sogenannten liberalen Professoren, und suchten die Heldenjünglinge von ihrem Entschluße abzubringen. Diese furchtsamen Hasenherzen ohne Entschlossenheit und Thatkraft wollten nur winseln und betteln um das Recht der Menschheit auf volle Freiheit, und sie hatten nicht den Muth, ihren erbärmlichen Servilismus gegenüber den Tyrannen abzuschütteln. Doch es gelang ihnen nur halb, denn die Studenten unterließen nur unter der Bedingung die sogleiche Forderung an den Kaiser, daß die Professoren der Universität selbe noch an diesem Tage zur Kenntniß des Hofes brächten.

Die Professoren gingen auch wirklich nach Hof, aber umsonst.

Als am 13. Morgens die Studenten erfuhren, daß der Erzherzog Ludwig im Namen des Kaisers ihre Forderung schnöde abgewiesen hatte, da zogen sie Alle entrüstet, mit entschlossenem Herzen in den Hof des Ständegebäudes, und schworen sich in ihrem Inneren zu, wenn es nicht anders ginge, mit Gewalt die Stände zu zwingen, ihre Pflicht als Volksvertreter zu erfüllen, und von dem Kaiser des Volkes gutes Recht zu verlangen. Die servilen angsterfüllten Stände mußten wirklich erst durch Schrecken,

durch Zertrümmerung der Tische und Stühle, durch die donnernde Ansprache des edlen und doch so besonnenen Sekundararztes des allg. Krankenhauses, des jugendlichen Dr. Fischhof, der an diesem Tage für Freiheit und Recht zuerst das Wort ergriff, zu dem Kaiser getrieben werden. Da zeigte sich wiederum die alte Wahrheit, daß nur das Volk im Vereine mit der Jugend seine eigenen Rechte vertreten kann, und daß diese alten Stände mit ihrem Servilismus und ihrem Egoismus zu nichts zu brauchen sind. Mit den erbärmlichsten Ausflüchten von Ungesetzlichkeit suchten sie sich zurückzuziehen; aber zum Glücke waren die Studenten da, und das wogende Volk in den Straßen tief erbittert über all die Schändlichkeiten der Regierung.

Als man nun bei Hofe zögerte, und Erzherzog Albrecht voll prinzlichen Uebermuthes auf das dastehende Volk feuern ließ, da erfaßte der Grimm ein jedes Herz, und die verwahrlosten Arbeiter in den entfernten Vorstädten legten Brand, um die Verwirrung zu vermehren, und ein Gott legte ihnen diese Wuth ins Herz, denn hätten Metternich und Ludwig und ihre servile Umgebung nicht die allgemeine Erhebung so deutlich wie hier gesehen, hätte der Volkszorn nicht mit Flammenzügen vor ihnen geleuchtet und gedroht, Alles zu vernichten, man hätte gewagt, die Stadt zu bombardiren, und die Freiheit in Oesterreich auf lange Zeit abermals niederzutreten. Man

hätte es gethan, ja es wurde schon ein Plakat von Windischgrätz gedruckt, nach welchem er Wien in Belagerungszustand erklären und die Stadt beschießen wollte. Doch die Furcht, der allein die Höfe gehorchen, hieß sie nachgeben, und am 13., 14. und 15. März wurde dem Volke die verlangte Preßfreiheit, die Volksbewaffnung und eine mit den Provinzialständen zu berathende Constitution zugesichert, und die alten Tyrannen Erzherzog Ludwig, Metternich und der Lüstling Sedlnitzky zogen leise von dannen, wie die Nachteulen, wenn es tagt.

Schon früher habe ich angedeutet, welcher Unterschied vor dem 13. März in den Ansichten und Wünschen unter den Bewohnern Wiens obwaltete, obgleich sie alle übereinstimmten in der Erbitterung gegen den Druck der früheren Verhältnisse. Bei Einigen war es blos das liebe Ich, welches sie in den Vordergrund stellen wollten, bei den Anderen aber die volle Begeisterung für das Recht zur Freiheit, welches sie ermuthigte, für dieselbe Alles einzusetzen. Noch mehr aber zeigte sich dieser Unterschied dem genauen Beobachter am 13., 14. und 15. März, man konnte da schon sehen, welche Kluft sich plötzlich zwischen beiden Partheien bilden müsse.

Die Glieder des juridisch-politischen Lesevereins, die Stände, die jungen Beamten, die reichen Leute baten und bettelten um die Waffen, um das Eigenthum zu schützen, welches sie von den Arbeitern be-

droht glaubten, sie gingen hinaus, sie zogen wie Häscher die armen Leute ein, und überlieferten sie den Gerichten. Die Studenten aber, die gesammte Jugend, jene, denen das Herz wahrhaft für die Freiheit schlug, die forderten die Volksbewaffnung als ihr gutes Recht, und drohten mit Angriff und Sturm; sie sahen in den Excessen der Arbeiter und deren Wuth nur eine Hülfe, welche ihnen der Himmel zugesandt; sie blieben in der Stadt, um die Preßfreiheit und Constitution, falls sie verweigert werden sollte, mit Gewalt, — selbst gegen die Dynastie zu erkämpfen oder zu sterben. Die Ersten erschracken vor dem frisch gegen jede Despotie anschwellenden Sturme der Freiheit, sie wollten ihn aufhalten, besänftigen, sie fürchteten, daß er auch ihre Privilegien hinwegreiße, sie fürchteten, daß sie, wenn es schlecht ginge, um recht prosaisch zu reden, eingesperrt werden würden; die Letzten aber wollten Alles zum Verzweiflungskampfe treiben, und siegen oder fallen.

Nach dem 15. März trennten sich beide Parteihen immer mehr und mehr. Welche Erbitterung entstand nicht durch den Streit, ob Deutschland einen Bundesstaat oder Staatenbund bilden solle, wie deklamirten und schrieen die servilen spießbürgerlichen Seelen von dem alten historischen österreichischen Bewußtsein, wo aber das Kaiserthum Oesterreich meines Wissens erst seit dem Jahre 1804 besteht, — und suchten die räumliche Größe und phisische Macht als wichtiger

und höher, als die Freiheit darzustellen; wie grämten sie sich, als man sie wegen ihrer vorzüglich dynastischen Tendenzen die Schwarzgelben nannte. Uebrigens mußten diese Herrn recht wohl die Niedrigkeit der Gesinnung fühlen, welche darin lag, sich aus Egoismus dem Streben, die volle Freiheit zur Geltung zu bringen, entgegen zu stemmen, — weil sie die Bezeichnung eines Schwarzgelben als Schimpf betrachteten, während die Radikalen sich mit Vergnügen den Namen eines Schwarzrothgoldenen beilegen hörten. Wie zog sich das servile Gesinde so bald vor dem frischen Hauche der Freiheit zurück, und suchte nur zurückzuhalten die in der Vernunft und dem Rechte gegründeten Forderungen der Menschheit.

Die Hofpartei hatte das Ausbrechen der Erhebung des 13. März zum Theile begünstiget, um ihre Separatzwecke zu erreichen, aber sie ersah bald mit Schrecken, wie sich das Volk auch seiner Herrschaft entwand und die Zügel der Regierung selbst in die Hand zu nehmen suchte. Das Volk sprach überall auf Plätzen und sonstigen öffentlichen Orten laut seine Ueberzeugung aus, nur ihm gebühre das Recht, über sich selbst zu verfügen, sich selbst die Regierungsform zu bestimmen, und habe es einen Monarchen geduldet oder auch gewählt, so stehe es jederzeit in seinem Rechte, demselben die stillschweigend oder ausdrücklich gegebene Vollmacht zur Regieruug wieder abzunehmen. Es erkannte, daß der Regent nichts Anderes, als

entweder ein rechtsloser Usurpator, oder Falls er mit Recht regiere, nur der Bevollmächtigte des Volkes sein könne. Die Wahrheit dessen ist so sonnenklar, daß es der einfachste gesunde Menschenverstand auffaßte. Das von den Aristokraten bis jetzt sogenannte gemeine Volk verstand sie auch recht wohl, nur die Beamten, die reichen Leute, die Adeligen waren über diese Aeußerungen erschreckt und wollten sie nicht verstehen, weil es nicht in ihrer Absicht lag, den allgemeinen Volkswillen anzuerkennen, und ihren despotischen Einfluß auf die von Glücksgütern nicht Gesegneten aufzugeben.

## III.

### Das Ministerium Pillersdorf. Das unter ihm von Schriftstellern verfertigte treffliche Preßgesetz, und die grundlosen Angriffe gegen dasselbe. Die oktroirte Karte vom 25. April. Die am 15. Mai bewilligte constituirende Reichsversammlung. Die constitutionelle Monarchie als Provisorium.

Die Regierung wurde nach der Märzrevolution von dem Ministerium Pillersdorf geleitet. Pillersdorf wollte zwar dem Volke von seinem Rechte nichts rauben, aber da er die plötzlich wie durch einen Zauberschlag hervorgerufene Volkseinsicht nicht kannte, so war er der Ansicht, daß sich das Volk mit einem Theile der Freiheit begnüge, und daß die Gewährung eines mehr vom gesammten Volke nicht gewünschter Freiheiten zur Unzufriedenheit, ja zu bitterer Befehdung der sich bildenden Parteien führen würde. Er suchte immer zu vermitteln, zu vergleichen, er hatte nicht den Muth, dem Egoismus der früher bevorrech-

teten Stände mit niederdonnernder Energie entgegen zu treten, und so sank er zum Zwitterding herab, liebäugelte mit der Reaktion, und ging auch oft, um sie zufrieden zu stellen, und den Ausbruch eines Kampfes zu vermeiden, auf ihre finsteren Pläne ein; aber das Verdienst hat dieser Mann, daß jedesmal, sobald er einmal den mit Macht auftretenden Volkswillen erkannte, er sich demselben pflichtgemäß benahm, und es gereicht ihm zur Ehre, daß unter ihm während der drohendsten Momente niemals Blut geflossen ist. Das Ministerium Pillersdorf war auch, ungeachtet seines Schwankens, seiner vielen Mängel und Fehler noch das ehrlichste und freisinnigste, das in Oesterreich bis jetzt gewesen. Wie Pillersdorf stets zwischen Volk und Reaktion schwankte und doch von der Ueberzeugung durchdrungen war, gegen des Volkes Willen nichts mit Gewalt anordnen und durchsetzen zu dürfen, geht aus seinem ganzen Wirken hervor.

So erließ er ein Preßgesetz, welches die Volkswünsche nicht befriedigte. Als er erkannte, daß der Unwille des Volkes, der sich in Verbrennung des größtentheils von Bureaukraten und Professoren zusammengeflickten Machwerkes Luft machte, gerecht sei, da nahm er es sogleich zurück, und Statt durch Bureaukraten und Professoren ließ er ein neues treffliches Preßgesetz durch Schriftsteller ausarbeiten, und publicirte es. — Es war vortrefflich, obgleich

über dasselbe von vielen Seiten aus dem angeblichen Grunde geklagt wurde, weil fast kein Schriftsteller, selbst bei den ärgerlichsten Angriffen und Ehrenverletzungen, zur Verantwortung gezogen werden könne. Man klagte über die Sudelpresse und behauptete, derselben nicht steuern zu können. — Aber dem war nicht so. Die Bureaukraten, der ungeschickte damalige Wiener Staatsanwalt, welche sich in die neuen Verhältnisse nicht fügen wollten, welche schon damals als Reaktioneurs auftraten, da sie sahen, wie ihr Nimbus geschwunden sei, wie das Volk auf Verringerung des immensen Beamtenheeres dringe, und wie es sie dadurch in ihren Aussichten gefährde, diese Leute waren es, welche schwer dazu zu bringen waren, gegen wirkliche Verletzungen durch die Presse einzuschreiten, und welche sodann über die Klagen Vieler, auf das angeblich schlechte Gesetz hindeuteten, und dadurch das Volk gegen die Freiheit der Rede in Wort und Schrift zu erbittern suchten. Aber auch abgesehen hievon, so gab es Viele, denen es fürchterlich war, daß ihre Lächerlichkeiten. ihre spießbürgerlichen Bestrebungen, ihre Vergehen sowohl im häuslichen als öffentlichen Leben klar beleuchtet, und entweder dem Gelächter oder der Verachtung Preis gegeben wurden, und daß man den Bureaukraten, Aristokraten, Hierarchen den Nimbus ihrer höheren Stellung, ihrer vermeinten höheren Berechtigung, ihrer beanspruchten Weisheit herabriß. Das Alles

wurde Frechheit, Unverschämtheit, das Bestreben jede Ordnung jede Autorität zu untergraben, geheißen, und solche Leute jammerten und schmähten, daß das Preßgesetz nicht verbiete, sie mit Wahrheit zu beleuchten. Auch die späteren Ministerien stimmten in dieses Geschrei, und behaupteten, daß keine Regierung unter einer solchen Presse bestehen könne; ja freilich keine Regierung wie unter Bach, Stadion, welche sich mit Reaktionsplänen umtrugen, welche dem Volke blauen Dunst vormachen, welche das Netz ihrer empörenden Verräthereien verdecken wollten; ja freilich diese Sachen brauchten Finsterniß, Lüge, Schmeichelei, Betrug, aber nicht das Alles beleuchtende wahre Wort der freien Presse. — Der Glaube an Autoritäten sollte nicht erschüttert werden! Köstlich! Das Unglück fast aller europäischen Staaten ist es eben, daß der blinde Glaube, die Autorität etwas gilt, daß man nicht Alles auf ein Princip zurückführt, und von Personen abstrahirt. Wie wäre es sonst möglich, daß man einigen Wenigen, oder gar nur Einem das Recht einräumte, ein absolutes nein, ein plumpes, rohes, bloßes: Ich will nicht, — wenn auch nur für einige Zeit dem Willen des gesammten Volkes, dem Willen von Millionen entgegenzusetzen. — Gerade, daß dieses Preßgesetz die volle Wahrheit zu sagen, jeden blos blinden Glauben an Autoritäten zu untergraben gestattete, schon das ist ein Beweis seiner Vortrefflichkeit.

Weiters wurde unter Pillersdorf die oktroirte Verfassung vom 25. April 1848 publicirt. Durch diese oktroirte Verfassung hatte der Hof sein gegebenes Versprechen, selbe mit den Provinzialvertretern zu berathen und mit ihnen zu vereinbaren, gebrochen, da diese Vertreter nicht alle zusammen berufen und gehört worden waren. Als aber Pillersdorf ersah, daß das Volk über diese Unredlichkeit erbittert sei, die alten Stände nicht das Volksvertrauen besitzen, das Volk zu einer höheren Einsicht in seine Rechte gelangt und Willens sei, den vollsten Freiheitsgebrauch von seinen Rechten selbst zu machen, weil die oktroirte Charte die Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger nicht enthalte, und dem Geiste der Zeit nicht entspreche, — und als die Garden mit der tapferen akademischen Legion an der Spitze ihr Recht forderten, da gab er nach, und bewog den Kaiser Ferdinand, nicht gleich anderen Fürsten auf seine Macht zu pochen, sondern dem Rechte Gehör schenkend, es dem Volke seinem souveränen Willen gemäß zu überlassen, sich selbst seine Regierungsform und alle seine Gesetze zu bestimmen. Es wurde also am 15. Mai 1848 eine constituirende, nicht eine vereinbarende, Reichsversammlung aus frei gewählten Vertretern der Völker bewilliget.

Durch die Erklärung des Monarchen im März, daß er sich von nun an, nur als constitutioneller Kaiser betrachte, und durch die Bewilligung der

Ausschreibung einer constituirenden Versammlung im Mai war eine wesentliche Veränderung in der rechtlichen Grundlage des Staates eingetreten.

Hieraus folgte die Anerkennung des Kaisers, daß er nur Bevollmächtigter des Volkes sei, daß das Volk das Recht habe, sich selbst seine Verfassung, demnach auch seine Regierungsform zu bestimmen, und daß diese Bestimmung nur durch die constituirende Versammlung erfolgen solle. Von diesem Momente an, war also die bereits seit März bestehende constitutionelle Monarchie nur mehr ein Provisorium, welches bis zur definitiven Feststellung der Regierungsform durch die Constituante bestehen sollte. Es folgte aber auch, daß die Aufgabe des constituirenden Reichstages eine zweifache war, nämlich, 1) die Verfassung zu geben, was die Bestimmung der Regierungsform einbegreift, in welcher Beziehung der Reichstag auch die Republik hätte einführen können, wenn er sie für das Wohl des Volkes für nöthig erachtet haben würde; 2) die legislative Gewalt auszuüben, denn das Provisorium war die constitutionelle, nicht die absolute Monarchie. Daher durfte auch dem Rechte nach, kein Mann zum Militär, kein Kreutzer als Steuer genommen werden, ohne Genehmigung des Reichstages. Eine fernere Consequenz aus dem Begriffe einer constituirenden Versammlung war, daß die von ihr verfaßte Constitution durch kein Veto des Monarchen beschränkt werden könne. In

dem Falle der Bestimmung der constitutionellen Monarchie hätte sie ihm wohl vorgelegt werden müssen zur Erklärung, ob er die Vollmacht zur Regierung unter den ihm durch die Verfassung auferlegten Pflichten annehmen wolle, und hätte er sie unter denselben nicht annehmen wollen, dann hätte der constituirende Reichstag erst beschließen müssen, ob er nicht doch zum Besten des Volkes die Verfassung nach den Bedingungen, welche der bedachte Monarch zur Annahme der Vollmacht stelle, modificiren, oder ob er die Vollmacht nicht Jemanden Anderen antragen, oder ob er nicht die republikanische Regierungsform bestimmen solle. Alles dieses folgte klar aus dem Rechte des Volkes, aus dem Begriffe einer Constituante. Es folgte aber auch daraus mit unumstößlicher Gewißheit die Unauflösbarkeit des Reichstages.

Durch die Zugestehung einer constituirenden Versammlung war demnach das Volk auf seinen ursprünglichen Rechtsboden gestellt.

## IV.

**Entsetzen der Reaktion über den 15. Mai. Entführung des Kaisers nach Innsbruck. Die Revolution am 26. Mai. Capitulation des Ministeriums. Die Republik in Wien und der Sicherheitsausschuß.**

Die Hof-, die Adels-, die ganze Reaktionspartei war hierüber gewaltig erschreckt. Sie wollte das Versprechen des 15. Mai zurückgenommen sehen, aber wie war es möglich, dies zu bewirken? — Kaiser Ferdinand, das sahen die Familienglieder des Hofes und der Adel wohl ein, war in der Mitte seiner Wiener, die ihn so oft mit Fackel- und anderen Aufzügen erfreuten, nicht zu bewegen, sein Wort zu brechen, er hatte wenn auch kein besonderes Talent, doch ein warmes Gefühl für Recht und Wahrheit, er war ein einfacher durchaus gerader ehrlicher Mann mit einem harten Kopf, der wenn er einmal etwas zugesagt hatte, es trotz seiner sonstigen behaupteten Schwäche nicht mehr widerrufen wollte. Man brachte

ihn daher während einer anscheinenden Spazierfahrt dahin, sich heimlich nach Innsbruck zu begeben, das heißt, er wurde entführt. Die Erzherzogin Sophie spielte hiebei die Hauptrolle, darüber war nur eine Stimme, und es lag auch ihres Sohnes wegen in ihrem vollsten Interesse, dieselbe zu übernehmen. Durch diese Entführung beabsichtigte man, wenn auch nicht gerade den Kaiser Ferdinand zur Abdicirung zu bewegen, so doch Wien in Anarchie zu stürzen, die verschiedenen Partheien gegen einander zu hetzen, um sodann nach Durchführung des alten Grundsatzes der Fürsten des divide et impera leichtes Spiel zu haben, und den Kaiser zu bewegen, das am 15. Mai Zugestandene zu widerrufen.

Das gesunde kräftige Volk Wiens wich jedoch, gleichsam aus Instinkt, der schlau gelegten Schlinge aus, und schloß sich nun mehr als je dem Ministerium an. Es ließ ihm durch einige Zeit freie Hand, da es die schwierige Lage des Ministeriums wohl erkannte, ja es löste sogar das durch Bewilligung des Kaisers vom 15. Mai fortbestandene Central-Comité aus eigenem Antriebe auf, blos weil Pillersdorf erklärte, bei dem Bestande desselben unmöglich die Ruhe und Sicherheit Wiens erhalten zu können.

Dies brachte jedoch die Hofpartei auf den Gedanken, daß jetzt die Radikalen eingeschüchtert und rathlos seien, und sie beabsichtigte früher, — bevor noch ein weiterer Rückschritt geschehe, — die muthige,

wie ein Mann dastehende akademische Legion aufzulösen. Die Idee war wohl ausgedacht, denn so lange die Garde der Freiheit, die Aula selbstständig dastand, so lange war es ein gefährliches Unternehmen, die Freiheit selber mit frecher Hand anzutasten, und ein ihr früher gemachtes Versprechen nicht zu halten. Pillersdorf wurde daher bewogen, ungeachtet der auf eine Anfrage gemachten Erklärung die akademische Legion nicht aufzulösen, dennoch sein Wort zu brechen, und die Weisung zu ertheilen, daß sie auseinander zu gehen habe; und man wollte den Leuten weis machen, daß dieß zur Versöhnung des Kaisers nothwendig sei, da wegen der Sturmpetition der Studenten am 15. Mai 1848, er über dieselben sehr entrüstet sich seiner Sicherheit halber bewogen gefunden habe, Wien zu verlassen.

Dieser Auflösungsbefehl war blos von dem Regierungspräsidenten Grafen Montecuccoli, den ersten sichtbaren Vorkämpfer und Bannerträger der Reaktion unterfertigt, und er wurde auf die beleidigendste Weise kundgemacht; denn am 26. Mai lasen zuerst einzelne Studenten, als sie um 6 Uhr früh sich in den Stadtgraben zum Exercitium begaben, ein Plakat, laut welchem die Legion aufgelöst wurde. Eine besondere Verständigung der Studentenschaft erfolgte gar nicht. Diese wenigen Studenten eilten auf die Universität. Nach und nach fanden sich mehrere ein, man war über das Benehmen des Ministers erbittert,

ja man zweifelte, daß das Plakat durch ihn veranlaßt worden sei, da sein Name nicht darunter stand, und er zugesichert hatte, die Legion nicht aufzulösen. Da kamen der Regierungspräsident Montecuccoli, der Legions-Commandant Graf Colloredo, der Professor Hye, und forderten so ziemlich barsch zum Auseinandergehen und zum Schließen der Aula auf, und zu gleicher Zeit erschien am Universitätsplatz das Militär in drohender Haltung. Diese schimpfliche Behandlung der heldenmüthigen um die Freiheit so hochverdienten akademischen Legion, das augenscheinlich so kecke Auftreten der Reaktion, der Mangel irgend eines haltbaren Grundes, aus dem die Legion aufzulösen nöthig gewesen wäre, das Alles empörte die Studenten, wie fast jeden Bewohner Wiens auf das heftigste. Da rief Dr. Frank: Jetzt bleibt uns nur zweierlei zu wählen, wenn wir unsere Ehre nicht aufopfern wollen, entweder wir marschiren in Massa, damit man nicht glaube, wir fürchten uns, auf den Hof vor das Zeughaus, werfen dem undankbaren Vaterlande die Waffen hin, und ziehen in das Ausland, oder, wozu ich rathe, wir lassen uns nicht auflösen, sondern fechten für die Freiheit, und wer von uns denkt so schimpflich, daß er nicht einen ruhmvollen Tod einem schmachvollen Ende vorzöge? — Nachdem der letzte Vorschlag mit Jubel aufgenommen worden war, wurde das Pflaster aufgerissen, die Gewehre den vielleicht 50 Schritte entfernten

Soldaten gegenüber geladen, und der Kampf angeboten. An diesem Tage sah Wien seine ersten Barricaden, und über hundert waren in einigen Stunden aus der Erde wie durch Zauberei hervorgewachsen, da auch das gesammte Volk seinen Befreier vom Drucke der Knechtschaft zur Unterstützung herbeieilte, und um so massenhafter, als man erfuhr, daß bereits vor dem 26. Mai im Auftrage der Regierung Plakate mit Androhung des Standrechtes, und mit Bekanntmachung der Aufruhrgesetze gedruckt worden seien. Man vermuthete und sprach mit Bestimmtheit davon, daß von der Reaktion ein Staatsstreich beabsichtiget worden sei. Nun sah die Reaktion, daß sie einen voreiligen Schritt gewagt und sich verrathen habe. Sie zog sich zurück in ihre Höhlen voll Wuth und Ingrimm.

Das Volk erkannte jetzt deutlich, daß es die Leitung seiner Angelegenheiten der österreichischen so in Grund und Boden verdorbenen Bureaukratie, und diesem schwankenden Verrath spinnenden Ministerium nicht weiter mehr anvertrauen könne, und sonach stellte es als Bedingung der Einstellung der Gegenseits hervorgerufenen Feindseligkeiten folgende Forderungen:

1) Daß man keine Einwendungen dagegen mache, daß die Angelegenheiten Wiens und dessen Umgebung von einem aus Studenten und Bürgern zu bildendem Ausschusse selbstständig

geleitet, und daß von diesem Ausschusse die Volksrechte der gesammten österreichischen Völker gewahrt,

2) daß die Truppen von den Posten der inneren Stadt mit Ausnahme einiger Ehrenposten entfernt, die Wachen an den Thoren von den Garden und dem Militär gemeinschaftlich bezogen.

3) daß den Garden Wiens 36 Kanonen ausgefolgt und

4) daß dem Volke als Bürgschaft für die getreue Erfüllung dieser Bedingungen Geißel gestellt würden.

Das Ministerium genehmigte alle diese Bedingungen, und der Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und der akademischen Legion zur Wahrung der Volksrechte und zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit in Wien und dessen Umgebung trat in seine Wirksamkeit.

Nun stand das Ministerium unter der Controlle der Bevölkerung Wiens, damit es nicht wagen solle, die Rechte der österreichischen Völker anzugreifen, und die provisorische Regierungsform ging für Wien und dessen Umgebung von der constitutionell-monarchischen in die republikanische über, ohne daß dieß den Wienern recht klar wurde.

Alle Macht in Wien war nun in die Hände jugendlicher, strebsamer, mit ganzer Seele demokratisch

gesinnter Männer gelegt; sie überwachten die Behörden, sie verschaffen allen Armen Arbeit und Lohn, sie verkürzten die Arbeitszeit, sie regenerirten die Polizei und ihr Wirken war bedeutender, eingreifender, nützlicher, als das einer früheren Hofstelle in hundert Jahren.

Dieser Sicherheitsausschuß war keine Abnormität, denn was war natürlicher, klüger und gerechter, als daß, da der Kaiser seine provisorische Regierungsgewalt nicht durch seine Minister gehörig ausüben ließ, und dieses sich Rückschrittsversuche erlaubte, das souveräne Volk Wiens dieses Provisorium für Wien, ihm und seinen Ministern auf noch schonende Weise abnahm, und es seinen eigentlichen Führern zur Freiheit anvertraute. Wien griff dadurch nicht in die Rechte der übrigen Provinzen, denn diesen drang es seine Anordnungen nicht auf, und daß es darüber wachte, daß auch ihnen ihre Rechte nicht verkümmert werden, dafür mußten, oder eigentlich sollten sie nur dankbar sein, denn leider die Czechen zogen ja aus kindischem Hasse gegen alles Deutsche, mit Schmähungen gegen diesen Sicherheitsausschuß der deutschen Wiener los, obwohl er energisch gegen die Gewaltmaßregeln des Fürsten Windischgrätz in Prag — bei dem Ministerium das Wort führte.

Dieser Ausschuß erfüllte seine Pflicht wie fast, — nein — wie gewiß keine andere Behörde. Tag und Nacht war er in Thätigkeit, seine Glieder bezogen

kein Honorar, keine Diäten, und obwohl meines Wissens keiner derselben Vermögen besaß, so unterzog sich doch Jeder mit Freude und Liebe den ernstesten Geschäften, bei welchen er nichts erwerben konnte und wollte, als höchstens die Anerkennung seines redlichen Wirkens für die Freiheit, die Humanität und das Recht. Ach! derzeit schmachten Viele von ihnen im Kerker oder im Exil, aber mancher Arme und Gedrückte für den sie gesorgt, dem sie geholfen, der segnet sie und dankt ihnen, wenn gleich mit trauerndem Herzen.

Wien war am freiesten und glücklichsten unter diesem Sicherheitsausschusse. Leider aber hatte dieser Ausschuß keine richtige Erkenntniß seiner Bestimmung, seiner Rechte, und seiner großen für die Demokratie und für die Geschicke von ganz Europa gegebenen Aufgabe. Er war zu nachgiebig, zu vertrauend auf die Ehrlichkeit der sich überall andrängenden Heuler, der Bourgeoisie und der untröstlichen Bureaukraten, welche jetzt jungen Männern, darunter Studenten, gehorchen und sich unterordnen mußten. Er wollte mit seiner Herzensgüte Alles befriedigen, Niemanden Wehe thun, und er beging seinen ersten Fehler mit der Entlassung der ihm vom Ministerium übergebenen Geißel, seinen zweiten dadurch, daß er die Männer der Reaktion, der unverbesserlichen alten Bureaukratie nicht entfernte, und somit diese Leute unschädlich machte, den dritten in seinen Folgen unberechenbaren

größten Fehler aber beging er durch seine selbst beschlossene Auflösung, nachdem der Reichstag zusammengetreten war. Durch diese Auflösung zeigte er seine Schwäche, den Mangel an Einsicht, die Nichterkenntniß seiner Bedeutung. Ich werde auf sie noch später zurückkommen.

---

## V.

**Plan der Hofpartei. Ungarns Verhältnisse. Der Kaiser bewilligt und beschwört die Selbstständigkeit des Ungarischen Reiches. Jellachich will ein südslavisches Großreich errichten und Croatien von Ungarn trennen, weßhalb er wegen Hochverraths in Anklagezustand versetzt wird. Der Hof bringt ihn auf den Gedanken eines slavischen Oesterreichs, und verbindet sich mit ihm. Die Anklage gegen ihn wird zurückgenommen. Er rüstet sich gegen die Magyaren, und diese werden von ihrem Könige verlassen.**

Durch das Resultat des 26. Mai war die Hofparthei zu Innsbruck sehr erschreckt; sie fühlte sich zu schwach, um zu wagen, sogleich mit Gewalt loszuschlagen, daher intriguirte sie blos und legte Schlingen und Fallen der offen und gerade einherschreitenden Demokratie. Der Kaiser erklärte zwar noch in Innsbruck, daß er seine Zusagen vom 15. Mai 1848 nicht brechen werde, aber was von der Hofparthei,

worunter das Volk die Erzherzogin Sophie mit ihrem Anhange verstand. Alles geschah, um eine Contre-Revolution hervorzurufen, das Versprechen des Kaisers dennoch zu annulliren, die Rechte des Volkes mit Gewalt zu unterdrücken, das will ich jetzt auseinander setzen, obgleich mir während des Erzählens aller der Gräuelthaten, welche mich an die finsteren Zeiten einer Lucretia Borgia und Maria von Medicis erinnern, das Herz vor Schmerz und Entrüstung zittert.

Ungarn, Croatien und Slavonien, diese Länder waren seit den ältesten Zeiten mit einander vereinigt, und sie übertrugen die Krone freiwillig an einen Herrscher aus dem Hause Habsburg. Sie waren in jenen alten Zeiten von den übrigen Provinzen ganz getrennt, und hatten mit denselben nur ein und dasselbe Oberhaupt. Ihr Verhältniß zu den damals sogenannten österreichischen Erblanden war ungefähr wie das ehemalige zwischen dem Königreiche Hannover zu England. Das Herrschergelüste der Habsburger beraubte eine Provinz nach der andern ihrer Selbstständigkeit, ihrer Theilnahme an der Regierung, des Rechtes der Einwilligung zur Steuerausschreibung und Rekrutenaushebung. Nur in dem vereinigten Königreiche Ungarn, Croatien und Slavonien wollte dieses nicht recht gelingen. Kaiser Joseph II. trat als Despot auf, wollte dieses Königreich seiner Constitution berauben, und benahm sich nicht nach

den ungarischen Gesetzen. Sein Vorhaben scheiterte jedoch, und da er sich in diesem Lande nicht krönen ließ, so wurde er bei dem siegreichen auf die Verfassung fußenden Widerstande der Ungarn gar nicht als ungarischer König angesehen, und er wird daher auch noch heut zu Tage nicht in der Reihe der ungarischen Regenten aufgeführt. Josephs Nachfolger sahen wohl ein, daß mit Gewalt in Ungarn nichts auszurichten sei, sie gebrauchten daher List und diplomatische Künste, um die Despotie auch in Ungarn, diesem seit jeher freiheitsliebenden Lande einzuschmuggeln, und das System der Centralisation durchzuführen. Man brachte es dahin, daß der Hofkriegsrath in Wien über das ungarische Militär befahl, man errichtete die Militärgränze, dieses Sclavenland, und da die Bewohner derselben gleichfalls von dem Hofkriegsrathe zu Wien kommandirt wurden, so betrachtete man sie bald als gar nicht mehr zu Ungarn gehörig. Um auch nach und nach die Finanzen Ungarns dem ungarischen Reichstage zu entwinden, fing man an, das dortige Post- und Lottowesen wenigstens zum Theile unter die kaiserl. Oberbehörden zu stellen, und so strebte man nach und nach die Selbstständigkeit Ungarns zu untergraben. Um aber bei günstiger Gelegenheit einen entscheidenden Schlag führen zu können, suchte man eine Abneigung, einen Haß unter den in Ungarn wohnenden Völkerstämmen hervorzurufen, und dadurch des Landes Kraft in Vorhinein

zu untergraben. Das war eine prachtvolle Idee des Herrn von Metternich, er entwarf den Plan und er gelang. Früher wurde von den Vertretern der deutschen, magyarischen und slavischen Bevölkerung auf dem ungarischen Reichstage, und von dem Könige in allen Erläßen so wie bei Gerichten blos die lateinische Sprache gebraucht. Nun wurde bewilliget, daß auf dem ungarischen Reichstage die ungarische Sprache gebraucht werde, und der Hof begünstigte vorzüglich die Magyaren. Diese wurden dadurch den Deutschen und den Slaven gerade entgegengestellt, und die Magyaren erschienen als deren Bedrücker. Es zeigte sich in Folge dessen bald eine große Erbitterung zwischen den Magyaren und Croaten, namentlich weil auch bei den letzteren in Schule und Amt die magyarische Sprache gebraucht werden mußte, und diese Erbitterung stieg immer mehr und mehr.

Dieß wurde von der magyarischen liberalen Partei mit Besorgniß wahrgenommen, sie erkannte die Absicht des österreichischen mitternichischen Cabinets, und um ihr entgegen zu wirken, beschloß der ungarische Landtag des Jahres 18⁴⁷/₄₈ unter dem Einflusse des großen unsterblichen Kossuth eine wahre demokratische Verfassung für Ungarn, Croatien und Slavonien zu geben. Sie wurde gemacht, und darin der Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten durchgeführt, nur wurde bestimmt, daß um sich doch verständlich zu machen, auf dem

Reichstage die magyarische Sprache gebraucht werden solle, für Schule und Amt in Croatien wurde die slavische Sprache bestimmt. — Ich weiß, man wird dieß von vielen Seiten in Abrede stellen, aber es ist doch wahr. Von einer Unterdrückung der Slaven durch die Ungarn in neuerer Zeit, wurde so viel von der österreichischen Regierung lügenhaft gesprochen, wurde soviel darüber geschrieben, daß fast allgemein die irrige Meinung verbreitet ist, als hätten sich die Magyaren in der letzten Zeit als Despoten gegen die Slaven benommen. Doch man lese die ungarischen Reichtagsbeschlüsse genau, und man wird sich von der Wahrheit meiner Behauptung überzeugen.

Um die volle Freiheit in Ungarn bewahren zu können, war es aber nothwendig, daß Ungarn wieder in sein volles altes Recht und Verhältniß gegen die damals noch despotisch regierten übrigen Provinzen Oesterreichs trete, daß es frei werde von jedem Einflusse Metternichs, daß die ungarische Militärmacht nur unter einem ungarischen Kriegsministerium, die ungarischen Finanzen nur unter einem ungarischen Finanzministerium stehen, denn nichts ist gefährlicher für die Freiheit, als ein Gesammtministerium über mehrere autonome Reichs- oder Landtage. Welche traurigen Folgen eine solche Einrichtung mit sich bringt, zeigt uns nicht blos die Geschichte Ungarns, sondern auch die anderer Länder. Auch im Mittel-

alter gab es Dynastien, die mehr als ein Land besaßen, und wo jedes Land autonome Stände hatte. Betrachten wir die damalige Politik, und wir sehen die kaiserlich-österreichische vor dem März. Man benutzte die Stände getrennt wie sie waren, man benutzte einen Reichstag oder Landtag nach dem andern, um jenes Geld, jene Truppen, die ein Landtag bewilligte, gegen einen andern renitenten Landtag zu gebrauchen, und in Ungarn sah man so deutlich, wie die Verantwortlichkeit des Finanz- und Kriegsministers bisher nur eine chimärische war, beide waren wohl für das, was sie bezüglich Ungarns beschlossen und vollführten, den Ungarn verantwortlich, aber sie entgingen der Controlle, weil sie sich nicht in Ungarn aufhielten. Sollte das noch länger bestehen? Ein darauf bezüglicher Antrag wurde durchgebracht, und zwar unmittelbar vor dem 13. März, und eine Deputation verfügte sich sogleich nach Wien, um die königliche Sanktion zu erhalten. Der Kaiser als König von Ungarn, Croatien und Slavonien sagte sie zu, und beschwor die neue Verfassung dieser Länder am 16. April 1848 zu Preßburg. Von diesem Augenblicke an war also das vereinigte Königreich Ungarn, Croatien und Slavonien nebst der Militärgränze ein von den übrigen österreichischen Provinzen getrenntes selbstständiges Reich, es hatte mit diesen nur ein und denselben Regenten.

Jellachich, k. k. General, Ban von Croatien, Liebling des Hofes, wie die Volksstimme sagt, Günstling der Erzherzogin Sophie, und kühner Abendtheuerer wollte zum Unglücke eine bedeutende politische Rolle spielen, und es gelang ihm, sich durch seine Stellung und sein gewandtes Wesen einen Anhang zu verschaffen. Gleich nach seiner Ernennung zum Ban von Croatien hatte er gegen die Magyaren gewirkt, und so wie früher diese die Slaven bedrückten, so wollte er nun die Slaven zu Herrschern über die Magyaren erheben, oder wenn nicht dieß, die Croaten von Ungarn ganz trennen, und mit diesen allenfalls mit Hinzufügung der Wallachei, Serbiens und anderer südslavischen, wenn auch türkischen Länder, ein eigenes Reich, ein großslavisches gründen. Diese Idee eines slavischen Großreiches fand unter den Südslaven mächtigen Anklang, und es wurde von herrschsüchtigen Führern dieser separatistische Tendenzen verfolgenden Parthei unter ihren Landsleuten die irrige Ansicht verbreitet, als übten die Magyaren noch immer denselben Druck gegen die Slaven wie vor dem März. Die Agitation gegen die Ungarn war eine lebhafte, und man war Willens, selbst mit Gewalt gegen dieselben zu ziehen. Das Ministerium der vereinten Königreiche Ungarn, Croatien und Slavonien sah die nahende Gefahr, und da Jellachich dahin wirkte, die Verfassung mit Gewalt zu ändern, da setzte es im Vereine mit dem Kaiser als König

von Ungarn und Croatien den Ban Jellachich wegen Hochverraths in Anklagezustand.

Die Hofparthei war, wie erwähnt nach dem 15. und noch mehr nach dem 26. May in großer Angst, denn Ungarn war von den übrigen Provinzen getrennt, in diesen war die constitutionelle Monarchie, demnach auch der Kaiser einstweilen nur provisorisch, in Wien war nach dem 26. Mai gar eine republikanische Regierungsform, Deutschland suchte sich zu einigen, man verfolgte eifrig die Idee einer deutschen Republik, die Lombardei und Venedig kämpften mit Glück für ihre Selbstständigkeit, und Croatien verfolgte die Idee eines selbstständigen slavischen Großreiches. Was Wunder, daß die Mutter des künftig sein sollenden Kaisers über den drohenden Sturm gegen die Macht der Dynastie fast außer sich war. Sie mochte besorgen, daß das Haus Habsburg vielleicht bald nur mehr, und auch das nur für kurze Zeit im Besitze der ungarischen Krone sein werde, denn wäre Deutschland eine Republik geworden, so hätten die ohnedieß in Frankfurt vertretenen deutsch-österreichischen Provinzen sich mit ihr vereint, und Italien und Gallizien hätten ihre Selbstständigkeit erhalten. In dieser Besorgniß sann die Hofparthei über einen Plan, wie die Krone dem Hause Habsburg-Lothringen mit all dem früheren Glanze erhalten werden könne. Endlich kam einer zu Stande, ein Plan, wie die Geschichte keinen ähn-

lichen aufzuweisen hat. Nie wurden wegen des Interesses eines einzelnen Menschen, oder wenn man will einer einzigen Familie ganze Nationalitäten so gegen einander zur Vertilgung gehetzt, Tausende und Tausende hingemordet, verstümmelt, ihrer Habe beraubt. Doch was kümmert ein fürstlich Gemüth das Glück und das Recht der Völker.

Jellachich mochte selbst darauf gekommen, oder überredet und überzeugt worden sein, daß sich seine erste Idee eines slavischen Großreiches derzeit nicht ausführen lasse, aber man machte ihm von Seite des Hofes bald weis, daß wenn Ungarn seine Selbstständigkeit verlöre, und alle österreichischen Provinzen mit Einschluß von Ungarn, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien und der Militärgränze, eine gemeinschaftliche Verfassung und einen Reichstag hätten, die Vertreter der Slaven über die der Magyaren, der Deutschen und der Italiener die Majorität bilden würden, und sonach Oesterreich selbst ein slavisches Reich sei. Mit dieser Vorstellung war Jellachich gewonnen, er konnte, wenn er in diesem Sinne wirkte, auf die Unterstützung des Hofes zählen, der Verurtheilung wegen Hochverraths entgehen, und der Zustimmung der herrschsüchtigen Slaven gewiß sein. Die Hofpartei war darüber hoch erfreut, denn sie konnte nun die Nationalitäten Oesterreichs in Hader und Kampf verwickeln, ihre Freiheitsbestrebungen unterdrücken, Ungarn wieder mit den übrigen Pro-

vinzen vereinen und den Lieblingswunsch der Habsburger, ein centralisirtes Oesterreich herstellen.

Nachdem also der Pact zwischen dem Hofe und Jellachich abgeschlossen war, erließ der Kaiser an denselben, obgleich er, als König von Ungarn und Croatien ihn erst vor kurzer Zeit wegen Hochverraths in Anklagestand versetzt hatte, ohne Fertigung irgend eines Ministers, demnach als Privatperson ein Schreiben, worin er bedauerte, ihn verkannt zu haben, daß er jetzt erst sehe, wie er nur für die Erhaltung und Einigung der Monarchie bedacht sei, und daß er demnach seine frühere in Anklagestand-Versetzung wegen Hochverraths aufhebe. In Folge dessen agitirte Jellachich nur desto frecher gegen die Ungarn und belog die wirklich freiheitsliebenden Croaten. Er hatte leider ihr Vertrauen und man glaubte ihm. Seine Agitation erstreckte sich auch auf die Nordslaven, und die Czechen jubelten der Idee eines slavischen Reiches entgegen. So wie in Ungarn den Croaten der Haß gegen die Magyaren, so würde in Böhmen den Czechen der Haß gegen die Deutschen gepredigt werden. Die Czechen erhoben sich auch zu Prag, wurden jedoch von Windischgrätz im Zaume gehalten, und ihre Hauptstadt in Belagerungszustand versetzt. Ihr Losbrechen war dem Hofe unliebsam, der rechte Moment war ja noch nicht gekommen.

Die österreichische Regierung begann nun plötzlich von der Gleichberechtigung der Nationalitäten zu

sprechen, und setzte sie über die Freiheit, als ob sie nicht in derselben schon enthalten wäre. Ebenso stellte sie als das größte Glück die Erhaltung, die Einigung, die Macht, die Größe Oesterreichs hin. Welche Verdrehung! Die demokratische Richtung der Mairevolution verlangte volle Freiheit der Menschen, welche früher unter österreichischem Despotismus geschmachtet hatten. Die volle demokratische Freiheit kümmert sich aber nicht um die Existenz eines alten zusammengewürfelten Staates. Was liegt an dem alten Oesterreich, wenn bei seinem Bestande das Glück der in ihm wohnenden Völker nicht erreicht wird. Das alte Oesterreich wollte aber gar nicht der Hof, er wollte einen ganz neuen Staat bilden, und die Ungarn ihres Rechtes, ihrer Selbstständigkeit berauben; unter der Macht Oesterreichs verstand man nur die der Dynastie, nicht fest und stark begründet durch den Willen der Völker, und ihr auf eigenem Entschlusse beruhendes Zusammenwirken, sondern blos die durch Soldaten und Kanonen. Durch den Satz der Gleichberechtigung der Nationalitäten wurden all die Erinnerungen an frühere Unterdrückungen der Regierung geweckt, der Haß aber nicht gegen die Regierung, sondern gegen die von ihr weniger bedrückt gewesenen Nationalitäten geleitet, und die Regierung benutzte diesen Grundsatz blos, um unter dem Vorwande des Volkswillens frühere, selbst durch Verträge begründete Rechte einzelner Völker zu zertreten,

welche sonst selbst der absolute Monarch hätte achten müssen. Durch den von der Regierung ausgesprochenen Satz, daß die höchste Potenz des Glückes aller Nationalitäten nur durch die Herstellung eines einigen, großen, mächtigen Oesterreichs erreicht werde, wurde aber das größte Unheil angestiftet, denn dieser Ausspruch war das für alle nicht durch und durch demokratisch Gesinnten das gefundene Panier zur Einigung. Die Worte: Einheit, Größe, Macht, die schmeichelten und verwirrten.

Bei der von dem Hofe hingeschleuderten Brandfakel des Nationalitätszwistes und gewährten Unterstützung des Jellachich in seinen Tendenzen, hatte derselbe wie natürlich die Kühnheit, den Kampf gegen die Ungarn vorzubereiten.

Mehrere von ihm verführte, nun erst um ihre Freiheit betrogene Croaten schaarten sich zusammen, die croatischen Bauern wurden zum Landsturme gezwungen, und die Militärgränzer wurden von ihm commandirt, sich dem Raubzuge gegen Ungarn anzuschließen. Der letztere Umstand ist wichtig, denn betrachtet man die Gränzer als kais. Truppen, so war zu deren Verwendung die Einwilligung des kaiserl. österreichischen Ministeriums nöthig, betrachtet man sie aber als zum Königreiche Ungarn gehörig, so war zu ihrer Verwendung die Einwilligung des ungarischen Ministeriums erforderlich. Keine wurde aber jemals ertheilt, wenigstens nicht zugestanden. Als

nun Jellachich eine ziemliche Anzahl Truppen beisammen hatte, zog er mit der angeblichen Absicht, die unterdrückten Menschen- und Volksrechte der Croaten zu schützen, gegen die Magyaren.

Für diese war Jellachich Hochverräther, und um das Land gegen seinen Anfall zu vertheidigen, beschlossen sie, die in den deutschen Provinzen befindlichen ungarischen Truppen nach Ungarn zu ziehen, noch neue Truppen auszuheben, und das hiezu nöthige Geld aufzunehmen. Doch der Kaiser wurde von seiner Umgebung bewogen, diesem Beschlusse die Sanktion zu verweigern; es war demnach klar, daß er die Ungarn den andringenden Croaten wehrlos Preis geben wollte, und daß er, da er den Ungarn Separationsgelüste vorwarf, dafür gewonnen war, die im März gemachten und im April beschworenen Concessionen der Ungarn zu annulliren.

## VI.

**Ausschreibung der Wahlen zum österreichischen Reichstage. Theilweise Zurücknahme des am 15. Mai gegebenen kaiserl. Wortes. Doblhof bildet ein neues Ministerium. Charakteristik der Rechten, des Centrums und der Linken des österreichischen Reichstages.**

Inzwischen wurden in Oesterreich die Wahlen zu dem constituirenden Reichstage ausgeschrieben. Hiebei fand gleichfalls eine theilweise Zurücknahme des durch den 15. Mai dem Volke zugestandenen Rechtes Statt. Die Schlauheit, mit der dabei der Hof vorging, war zu bewundern.

Am 15. Mai wurde nämlich bestimmt, daß eine constituirende Versammlung zusammenberufen werden solle, welche demnach das Recht gehabt hätte, auch die republikanische Regierungsform zu bestimmen. Nach dem 26. Mai, nach der Einführung des Sicherheitsausschusses und den in Deutschland rege gewordenen Wünschen, war aber der Dynastie bedeutend

bange vor einer Beseitigung. Daher wurde in den Vorladungen der Wähler die Andeutung aufgenommen, daß die Deputirten zu dem, eine constitutionelle Monarchie constituirendem Reichstage gewählt werden sollen. Da das Volk auf diese Vorladungen wählte, so hatten die Deputirten nur das Recht zur Constituirung einer Monarchie, aber nicht einer Republik.

Ich lege auf diesen Umstand kein besonderes Gewicht, weil es damals gar nicht im Wunsche der österreichischen Völker lag, die Monarchie zu beseitigen, und weil, wenn die Deputirten gesehen hätten, daß eine Monarchie mit dem Wohle der von ihnen vertretenen Völker nicht vereinbar sei, sie immer das Recht gehabt hätten, sich auf die Bewilligung des 15. Mai berufend, die Ausschreibung neuer Wahlen mit unbeschränkter Vollmacht anzuordnen, — aber ich weise auf diese Verdrehung und Finesse des Ministeriums, eigentlich des Hofes, um zu zeigen, wie dieser in jedem Momente schlau versuchte, die Rechte des Volkes zu schmälern.

Freilich sagte man, der Kaiser hat ja bei dem Versprechen, eine constituirende Versammlung zusammen zu berufen, auf sein Recht zur Regierung nicht Verzicht geleistet, der Reichstag hätte ihn daher nie ausschließen dürfen. Aber darauf erwiedere ich: Kein Regent ist etwas anderes, als der Bevollmächtigte des Volkes, und als solcher hat er die Pflicht, sein

Mandat zur Regierung nieder zu legen, wenn und wann es das Volk, das heißt die Majorität desselben will; oder er ist ein Despot, und als solcher hat das Volk sogar das Recht ihn fortzujagen, ja wenn er gefährlich ist, ihn in Folge des Präventionsrechtes in Gewahrsam zu nehmen, denn das Volk und der Regent stehen nach Aufhören des Vollmachtsverhältnisses, wenn nicht etwas Besonderes für diesen Fall festgesetzt wurde, ebenso gegeneinander wie zwei Personen im außerordentlichen Verhältnisse, und die Völker haben dasselbe Recht als die Fürsten hatten, wie sie Napoleon auf St. Helena festhielten. Die servilen Heuler und Speichellecker thun, als ob der Kaiser Ferdinand den Völkern Oesterreichs eine reine Gnade erwiesen hätte. Ich sehe nur das Schöne, daß Ferdinand das Recht des Volkes einsah, seiner Einsicht gemäß handelte, und sich dadurch von allen Fürsten alter und neuer Zeit unterschied. Wenn der Bevollmächtigte gegenüber seinen Vollmachtsgebern seine Schuldigkeit getreu erfüllt, und für ein angenehmes kindleichtes Geschäft, als wie für das Figuriren als Monarch seinen nahmhaften, ja über und über bezahlten Lohn erhält, so weiß ich nicht, was da besonders dankenswerthes zu finden ist, wenn er dabei nicht einen Spitzbuben macht.

Unmittelbar vor der Eröffnung des Reichstages bewirkte der Sicherheitsausschuß mittelst eines Ansuchens bei dem Bevollmächtigten des Kaisers, dem

Erzherzoge Johann, welcher eben, damit den Leuten das Bestehen der republikanischen Regierung in Wien nicht recht klar werde, in diese Hauptstadt gesendet worden war, die Entfernung des Ministeriums Pillersdorf, denn man war des beständigen Schwankens desselben endlich müde. Dobblhof wurde mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, und man erwartete von demselben ein warmes, treues, entschiedenes Festhängen an den Rechten des Volkes. Ach wie sah man sich so bald getäuscht!

Der erste österreichische Reichstag hatte ein merkwürdig demokratisches Aussehen, aber leider nur das Aussehen. Eine ähnliche Versammlung wurde wohl selten erblickt. In dem großartig amphitheatralisch gebauten Sitzungssaale saßen die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten zum Theile in ihren eigenthümlichen Landestrachten bunt durcheinander gewürfelt.

Rechts saßen die Czechen. Sie schwärmten bis ans Ende für die Idee eines slavischen Oesterreichs, eines slavischen Großreiches. Dieß stand ihnen höher, als die Freiheit. Um nicht wieder, wie früher von anderen Nationalitäten unterdrückt zu werden, was aber nie geschehen, da nur die Regierungen aber nicht die Nationalitäten einen Druck ausübten, so wollten sie jetzt andere Nationalitäten beherrschen. Sie sahen ein, daß sich die Idee eines slavischen Großreichs für sie, die fast ganz von Deutschen umschlossenen Czechen, nur verwirklichen lasse durch Eini=

gung aller Provinzen und gleiche Verfassung für alle, da sie dann mit den slavischen Mähren, den Südslaven, den Croaten, den Serben ꝛc. die Majorität der Bewohner bilden würden, während hingegen, bei der Trennung Croatiens und Ungarns, sie gegenüber den deutschen Oesterreichern und Italienern in der Minorität bleiben müssen. Das Streben, alle Stammesverwandten unter sich zu vereinen, ist zwar an sich löblich, aber wenn durch dasselbe in die Rechte Dritter, ich meine der Ungarn, mit gewaltsamer räuberischer Faust eingegriffen, und außerdem noch so offenbar wie hier die Freiheit selbst gefährdet wird, dann ist dieses Streben ein Verbrechen an den Rechten seiner eigenen und fremden Stammesgenossen, oder es ist bei allen seinen traurigen Folgen eine Lächerlichkeit oder Narrheit, denn welcher Verständige wird nicht lieber mit freien Menschen, allein, ohne Verwandte frei leben; — als sich mit Verwandten in einen Kerker einsperren lassen? Sie waren nicht im Stande zu begreifen, daß mit erlangter wahrer demokratischer Freiheit im Staate, die Unterdrückung einer Nationalität eine Unmöglichkeit sei, weil eben die Demokratie volle Gleichberechtigung fordert.

Die Herrschsucht und die Verblendung der Czechen mit ihrem slavischen Oesterreich war das Unglück des Reichstages, das willkommenste Mittel für die reaktionäre Hofparthei, um ihre frühere noch vermehrte absolute Gewalt, wenn auch mit dem moder-

nen Gewande einer Constitutions-Urkunde wieder zu erhalten.

Dann kamen die gallizischen Bauern mit leinenen weiten Beinkleidern, einem weißen Hemde, einem über die Schultern geworfenen Pelze, einer hohen Mütze, und eisenbeschlagenen für einen Elephanten passenden Stiefeln. Sie verstanden kein Wort deutsch, jede Bildung war ihnen fremd; sie küßten Anfangs dem Portiere die Hand und ein Sacktuch war ihnen etwas Unbekanntes. Sie waren erklärte Feinde der gebildeten Polen und vertraten eigentlich die Dynastie. Sie wollten nur das, was der Kaiser wollte, und hielten ihn für infallibel, wie der gemeine Russe seinen Czar. Auf welcher niederen Stufe der Bildung die gallizischen Bauern stehen; geht schon daraus hervor, daß dieselben in vielen Bezirken den Kaiser zum Deputirten wählen wollten, und daß sie sich über die Bemerkung, daß dieß nicht anginge, an der Wahl gar nicht betheiligten.

Das Centrum bestand anfänglich aus Männern, welche dem Ministerium, theils aus Freundschaft und blindem Vertrauen zu einzelnen Gliedern desselben, theils aus dem niedrigsten Egoismus und dem ekelhaftesten Servilismus, überall freie Hand ließen, und sich blos mit Constitutionsfragen beschäftigen wollten.

Links saßen die deutschen Bauern, dann die der Buckowina; auf der äußersten Linken nur wenige Deut-

sche, sonst die gebildeten Polen voll französcher Feinheit und Takt, Witz und beißender Ironie, auch am Anfange einige Südslaven. Die Linke stellte sich allein auf den Boden der Revolution. Sie wollte ein Gebäude der Freiheit neu aufbauen, aber nicht die alte Ruine des Absolutismus ausbessern. Sie wollte sich keine Jota von den Volksrechten hinwegstreichen lassen, daher überwachte sie argwöhnisch jeden Schritt, jede noch so leise Bewegung des Ministeriums. Sie leugnete jedes blos historische Recht, denn sie dachte richtig, wozu stände das Wort: historisch dabei, wenn es an und für sich schon ein Recht wäre. Ihr war es nur ein mit historischen und juridischen Floskeln verbrämtes Faustrecht.

Dieser Reichstag, hätte er nicht aus den Vertretern verschiedener Nationalitäten bestanden, zwischen welchen von den Czechen Alles auf das Kindischste auf Nationalitäts-Eifersüchteleien hingeführt wurde, ohne jede Noth, ohne jeden Grund, — er hätte gewiß die Freiheit und das Glück Oesterreichs für längere Zeit begründet. So aber wurde er zum Spielzeuge des Hofes und des Ministeriums Dobblhof, eigentlich Wessenberg — Bach.

# VII.

Charakteristik des neuen Ministeriums. Der Sicherheitsausschuß löst sich in Folge der Intriguen des Hofes selbst auf.

Dieses neue Ministerium erregte die größten Erwartungen, aber es hat sie nicht erfüllt. Es ging ganz mit der Hofparthei, und verrieth das Volk auf immer kühnere Weise. Es waren wohl einige rechtschaffene Männer in diesem Ministerium, die aber den anderen gegenüber, nicht genug energisch aufzutreten vermochten.

Der alte abgelebte Wessenberg, aus der alten Diplomatenschule hervorgegangen, der die Kammer wie ein Schulmeister behandeln wollte, sich bei jeder unliebsamen Interpellation heiser stellte und derart lispelte, daß die sich dann auf zwei Schritte um ihn drängenden Deputirten nicht einen Satz vernehmen konnten, der aber sonst recht vernehmlich sprach; und Bach, dieser frühere Advokat, bekannt durch seine

hohen Expensnoten, den die Demokratie auf die Schulter gehoben und auf die Ministerbank gesetzt, der aus Herrschsucht und um sein Portefieulle zu behalten, um die Hofgunst buhlte, der von einem neuen zu schaffenden freien Oesterreich auf demokratischer Grundlage in der Kammer sprach, der die Souveränität des Volkes anzuerkennen öffentlich erklärte, und dieß Alles wieder leugnete, und die Demokratie und Volkssouverenität als theoretische Hirngespinnste hinstellte, die jeden Staat untergraben, dieser Bach und jener Wessenberg, das waren die Verräther der Freiheit, die Menschen, welche das Recht und die Ehre mit Füßen traten. Ihr Helfeshelfer war Graf Latour, ein rauher Kriegsmann, der im Rufe eines Biedermannes stand, aber welcher bald derart von der Hofparthei und seinen eben genannten Collegen verführt wurde, so daß er seinen Namen als öffentlicher Lügner für ewig in der Geschichte brandmarkte. Kraus, ein Pfifficus, schleichend, sehr klug, berechnend, wich überall der Macht, den Umständen und erhielt sich dadurch möglich. Dobblhof, Hornpostel und Schwarzer, das waren wirklich freisinnige und ehrliche Männer, aber sie hatten nicht die Kraft, alle die Schändlichkeiten der Reaktion aufzudecken und aus dem Ministerium unter Veröffentlichung der Pläne ihrer Collegen auszuscheiden. Sie fürchteten dadurch einen Volkssturm hervorzurufen, dessen Ausgang ihnen zweifelhaft schien, und daher

wollten sie nur durch begütigendes Zureden so viel als möglich das Wirken des Hofes besänftigen. Schwarzer trat wohl aus, weil er sich durch ein arges Versehen, — welchem aber sicherlich keine böse Absicht von seiner Seite zu Grunde lag, und zu welchen er nur von seinen Collegen beredet und vorgeschoben worden war, — die Volksungunst zugezogen hatte, aber er machte keinen Lärm, und verschwieg den Verrath, der von seinen Collegen gesponnen wurde, und das — ist sehr zu tadeln.

Was dieses Ministerium Wessenberg — Bach, oder Bach -- Wessenberg, ich weiß nicht, wem ich den Vorzug geben soll, sich zu Schulden kommen ließ, wodurch es nach und nach das Volk zur rasenden Wuth brachte, das werde ich jetzt erzählen.

Das erste, über was sich das Ministerium hermachte, war der Sicherheitsausschuß; natürlich der war energisch, wachsam, und hatte das gesunde sogenannte Volk für sich, der hätte das Ministerium in seinen Reaktionsplänen hindern können, und zudem die Republik in Wien noch länger bestehen zu lassen, das mußte der Hof so viel als möglich zu hintertreiben suchen. Also das Ministerium suchte unter dem Publikum die Ansicht zu verbreiten, als sei das Fortbestehen des Ausschusses mit dem Tagen des Reichstages unvereinbar, und da sich der Ausschuß, nach dem Austritte mehrerer der wichtigsten

seiner in die Kammer gewählten Glieder, über seine Stellung selbst nicht bewußt war, die Büreaukratie, die Geld, so wie alle anderen Aristokraten, und der schwarzgelbe damalige Gemeinderath ihm wegen seiner lobenswerthen Rücksichtslosigkeit auf Rang, Geburt, Vermögen nicht besonders gewogen waren, so verbreitete sich durch beständiges Wirken der Reaktion, — die auch hin und wieder weidlich auf ihn schmähte, — diese Ansicht. Das Ministerium wagte aber nicht, diesen Ausschuß gerade aufzulösen, ihre Nichtberechtigung dazu lag offenbar am Tage. Aber es fand ein Mitglied des Sicherheitsausschusses, ein sehr zungengewandtes Männchen, das die Gefälligkeit hatte, im Sicherheitsausschusse den Antrag zu stellen, daß sich derselbe mit dem als reaktionär verschrieenen Gemeinderathe verschmelzen möge, um dessen schädliches Wirken zu brechen. Als die schlau gelegte Schlinge aufgedeckt worden war, nach welcher durch diese Verschmelzung der Ausschuß zu existiren aufgehört haben würde, da er dann nicht mehr auf gleicher Stufe mit dem Ministerium, sondern unter der Regierung, also auch unter dem Ministerium gestanden hätte, wurde bewirkt, daß der Beschluß durchging: der Ausschuß löse sich ohne Beschluß des Reichstages nicht auf. Einige Tage darnach brachte dessen ungeachtet der Bruder des Justizministers Bach, zu der Zeit Präsident des Ausschusses, die Auflösungs-

frage noch einmal zur Debatte, welcher eine dritte folgte, und es gelang den Intriguen, den Machinationen der Rückschrittspartbei, den damals über die Angriffe derselben gekränkten Ausschuß zur Auflösung zu bewegen. Man hatte die Ansicht durchzusetzen gewußt, als sei das Fortbestehen des Ausschusses mit dem Tagen des Reichstages unvereinbar, und habe jetzt nur der Reichstag, nicht aber der Ausschuß die Controlle über das Ministerium zu führen. Dem war aber nicht so. Das Provisorium führte in Wien der Sicherheitsausschuß, in den Provinzen der Kaiser mit den Ministern. In Wien war das Provisorium republikanisch, in den Provinzen monarchisch-constitutionell. Der Reichstag konnte ungeachtet dieser beiden Provisorien immerfort an der Constitution arbeiten, und zugleich darauf sehen, daß weder durch den Sicherheitsausschuß, noch durch das Ministerium die Rechte des Volkes verletzt würden. Dadurch aber, daß sich der Ausschuß auflöste, — alle Executivgewalt wieder blos dem Hofe und dem überall der Reaktion ergebenen Ministerium überlassen, dasselbe bei dem Zwiespalte der Kammer ohne Controlle blieb, — das Wiener Volk, welches doch allen Provinzen die Bedingungen der Freiheit gegeben, und darüber zu wachen hatte, daß das eigentlich nur ihm Zugesagte erfüllt werde, beseitiget wurde, — dadurch, das ist durch diese Auflösung,

wurde der früher von dem Volke errungene Sieg demselben entrissen.

Die früher blos züngelnde Reaction erhob von nun an ihr giftgeschwollenes Haupt, und vernichtete eine Freiheitsblüthe nach der andern.

# VIII.

**Die Ansicht der Linken über den Kampf in Italien. Naiver Antrag des Abgeordneten Seelinger: der Armee für ihre Waffenthaten in Italien den Dank des Vaterlandes per Acclamationem auszusprechen. Die Linke besteht auf die Debatte. Deßhalb wird sie verdächtiget und das Militär wird Bundesgenosse der Reaktion.**

Italien hatte sich gleich nach dem 13. März 1848 erhoben, um seine Unabhängigkeit zu erkämpfen. Die liberale Partei, die Linke des Reichstages fand das Bestreben des lombardisch-venetianischen Königreiches nur gerecht, und sie war damit einverstanden, daß diese Provinzen nach Abschließung vortheilhafter Handels- und Finanzverträge aus dem Gesammtverbande der östereichischen Monarchie freigegeben würden. Ich will den Ideengang der Radikalen darzustellen versuchen.

Schon zur Zeit des Wiener Congresses haben viele bedeutende, aber unabhängig denkende Staats-

männer die Ansicht in Wort und Schrift niedergelegt, daß die Erwerbung der lombardisch-venetianischen Provinzen für Oesterreich die Quelle immerwährender Unruhen, beständiger Emeuten, theurer Verwaltung eines großen Armee-Etats, diplomatischer Verwicklungen, und durch alle diese Umstände zusammengenommen, politischer Schwächung werden würde.

Die Voraussicht jener Staatsmänner ist früher und trauriger als sie selbst gedacht, in Erfüllung gegangen.

Oesterreich hätte nach ihrer Ansicht alle seine Kraft dahin verwenden müssen, sich seinem natürlichen und historischen Entwicklungsgange gemäß, an der Donau auszubreiten.

Der maßgebende aber kurzsichtige Diplomat jener Epoche hat dieß nicht gewollt, sondern zog es vor, Oesterreich, einem prahlhänsigen diplomatischen Einflusse zu Liebe, mit unzuverlässigen Provinzen auf der appeninischen Halbinsel zu bereichern, anstatt östereichischem Handel, östereichischer Cultur in den Donaufürstenthümern und dadurch im ganzen Orient die fruchtbarsten Erfolge zu sichern. Die Wirkungen jener kurzsichtigen Politik liegen nun klar am Tage. Ströme von Menschenblut und alle Silber-Baarvoräthe mußten verschwendet werden, um durch das Bombardement österreichischer Städte, durch Verwüstung österreichischer Ebenen und durch alle Gräuel eines grausamen Vernichtungskrieges den immerdar nur

prekären Besitz des lombardisch-venetianischen Königreiches zu fristen.

Die Linke des Reichtages war der Ansicht, daß dieser Kampf uur im dynastischen aber nicht im Volksinteresse geführt werde, und es war klar, daß der Besitz der italienischen Provinzen nur durch eine ungeheure Armee, durch permanentes Standrecht und permanente Kriegsgesetze gesichert werden kann. Zudem hat jedes Volk das Recht, sich selbst seine Regierungsform zu bestimmen. Der Deutsche, der Slave, dieses Recht in Anspruch nehmend, konnte es, ohne die verletzendste Ungerechtigkeit den Italienern nicht streitig machen. Erzherzog Johann, den Reichstag im Namen des Kaisers eröffnend, hatte geäußert, daß der Krieg in Italien *nicht gegen die italienische Freiheit* gerichtet sei, sondern daß er bloß geführt werde, um *die Ehre der österreichischen Waffen*, gegenüber den italienischen Mächten zu behaupten. (?) Also trat man der italienischen Freiheit nahe, wegen der Waffenehre? und was ist Waffenehre? bestände die Ehre der Waffen in Sieg und Krieg, so würde die Ehre der Waffen für die Ruhe der Menschheit ebenso gefährlich sein, als die Habsucht der Despoten. Die Waffenehre besteht, wie sich einst Borkowsky ausdrückte, darin, die Waffen nicht gegen die Freiheit, sondern für dieselbe zu gebrauchen, und die Waffen nicht als Werkzeug despotischer Gelüste oder Principien zu mißbrauchen. Wie ist die Unterjochung einer

Nation mit dem Begriffe von Freiheit vereinbar? Sollte nur das Volk der Czechen, der Deutschen souverain sein, aber nicht das der Italiener? Nun das souveraine italienische Volk will seine eigenen Pfade wandeln, die alten Bande, welche die Völker Oesterreichs an einander hielten, waren Ketten und Fesseln. War es der Mühe werth, sie zu brechen, um alsogleich neue zu schmieden? Man gibt gewöhnlich vor, daß dieser Krieg in Italien nöthig sei, um einen ehrenvollen Frieden zu schließen, oder besser gesagt, um den Frieden zu erzwingen. Aber ist ein Volk frei, wenn es die Freiheit hat, das zu thun, was ein erzwungener, von der Willkür diktirter Friede von ihm verlangt? Das ist ja eben der Despotismus, und eine solche Freiheit heißt Sclaverei. Man sagt auch, Oesterreich würde ohne den Verlust Italiens geschwächt; ja aber darf man um seines Vortheils Willen an einem Andern Unrecht thun, sein Recht mit Füßen treten? Uebrigens ist diese Behauptung ganz unrichtig, denn die Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen in Italien fordert weit mehr österreichische Truppen, als das lombardisch-venetianische Königreich stellt Die Lombardei und Venedig droht beständig, seit Jahrhunderten mit Kampf, und sein Einkommen kommt den übrigen Provinzen nie zu Gute. Aber Italien ist ein Gegenstand der Eitelkeit für das Haus Habsburg, und diese sucht Rußland, England und Frankreich zu erhalten. Rußland ga-

rantirt den Oesterreichern mit Vergnügen den Besitz der unruhigen Lombardey, um sich dafür ganz ruhig die fruchtbaren Donaufürstenthümer zueignen zu können. Frankreich und England wünschen die Zerstückelung Italiens, da Italiens Einheit und Kraft bei seiner herrlichen rings vom Meere umgebenen Lage, dessen Handel vermehren würde, was die Eifersucht dieser beiden Länder reizt, oder doch jedenfalls ihr Interesse gefährdet.

Die freisinnigen Oesterreicher wollten Recht und Freiheit nicht blos für sich allein, auch für die Italiener, und sie sahen deutlich, daß wenn diese noch immer an Oesterreich mit Ketten gebunden bleiben sollten, die Regierung sehr bald die Völker so wie früher gegen einander hetzen und schwächen würde, damit sie an Kraft verlören gegen die Despotie von Oben.

Die Linke des österreichischen Reichstages konnte daher den Kampf in Italien nicht billigen, und als der Abgeordnete Seelinger, dieses kindlich naive Gemüth, den Antrag stellte, der österreichischen Armee in Italien für die Waffenthaten in diesem unglücklichen Lande den Dank des Vaterlandes per Acclamationem auszusprechen, da mußte die Linke auf die Debatte bestehen, um so mehr, da sie vermuthete, daß Seelinger nur vom Ministerium vorgeschoben worden sei, und eigentlich dieses durch ein überrumpelt ausgesprochenes Lob der Armee für seine Waffenthaten,

ein Vertrauungsvotum und die Genehmigung seiner Politik in Italien erhalten wolle.

Es wurde sonach beschlossen, über diesen Seelinger'schen Antrag eine Debatte einzuleiten. Obwohl bei dieser Gelegenheit von Niemandem weder gegen die Armee noch gegen eines ihrer Glieder gesprochen worden war, so benützte den Umstand der nicht sogleichen Annahme des Antrages die Reaktion mit ihrer gewöhnlicheu Lügenhaftigkeit, und in fast allen Blättern der Rückschrittsparthei wurde über die demokratische Linke des Reichstages geschmäht, ja sogar dem Füster und Violand wurden donnernde nie gesprochene Worte gegen Radetzky und die Soldaten in den Mund gelegt.

Diese Blätter wurden mit Eifer unter das Militär verbreitet, und es wurde auf alle mögliche Weise bearbeitet, um dasselbe gegen den Reichstag, gegen die Constitution zu erbittern, und dadurch die Macht der Bajonntte gegen die Freiheit zu gewinnen. Diese Erbitterung wurde auch wirklich hervorgerufen, und so erhielt die Reaktion und der Hof einen bedeutenden Bundesgenossen.

Bei der erst lange Zeit darnach eröffneten Debatte trat Niemand der Tapferkeit der österreichischen Armee zu nahe, nur gegen die österreichische Politik in Italien und der Verwendung des Militärs zu blos dynastischen und nicht Volksinteressen wurde das Wort erhoben, sodann aber auf Intervention

des Ministeriums, oder doch des mit demselben Hand in Hand gehenden Präsidenten, die Debatte nicht mehr fortgesetzt.

Aber die Reaktion unterließ nicht, dem Militär die unglaublichsten Dinge vorzufaseln, welche am Reichstage vorgekommen sein sollten, und dasselbe wurde auch bei seiner bekannten überall bewiesenen Rohheit, namentlich der seiner Führer, derart fanatisirt, daß sich diese Leute nicht nehmen lassen, ihre Soldatenehre (?) sei durch die Linke des Reichstages beschimpft worden und daß sich viele verbanden, durch Gemeinheit ihrem Unwillen Luft zu machen.

Der Verlauf des Kampfes in Italien regte die radikale Partei bald noch mehr auf, als man erfuhr, daß der Herzog von Modena mit österreichischer Hülfe wieder in seinen (?) Staaten eingeführt worden sei, wodurch jene Stelle der Eröffnungsrede des Reichstages, laut welcher Oesterreich den Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker nicht entgegentreten zu wollen erklärte, zur Lüge ward.

## IX.

**Eigenmächtige Truppenaushebung des Ministeriums. Das Militär, die Bureaukratie und die Hierarchie bilden die kräftigsten Stützen der Reaktion. Das Ministerium läßt am 23. August gegen die Arbeiter feuern, und bringt dadurch die von ihm gewünschte Spaltung unter der Wiener Bevölkerung hervor.**

Zu dem italienischen Kriege, so wie später fort und fort hob das Ministerium Truppen aus, ohne um die Bewilligung hiezu, bei dem Reichstage einzuschreiten. Es versteht sich von selbst, daß in einem constitutionellen Staate kein Mann ohne Bewilligung der Kammer ausgehoben werden darf, sogar die zurückgenommene oktroirte Karte vom 25. April enthielt diesen Grundsatz. Die Kammer hat bei dem Ansuchen um Bewilligung zur Completirung des Militärs, den beabsichtigten oder geführten Krieg einer Kritik zu unterziehen, und jenachdem sie ihn für gerecht und für das Volkswohl nützlich hält, wird die Truppen-

aushebung bewilligt oder verweigert. Es ist in die Augen springend, daß das Ministerium nicht wagte, diese Frage in der Kammer zu berühren, um sich nicht der Gefahr einer Verweigerung auszusetzen, und um die Kammer in Unwissenheit über die Anzahl und Verwendung des ausgehobenen Militärs zu lassen.

Dieser Gegenstand wurde einmal zur Sprache gebracht, aber wer sollte es glauben, die Majorität des Reichstages trat dagegen auf. Jetzt ist es mir erklärlich. Die Czechen sahen das Ministerium, wie ich später zeigen werde, — für Jellachich und ihre czechischen Tendenzen günstig gestimmt, daher wollten sie es mit demselben nicht verderben, und das Centrum, das war servil oder derart beschränkt, daß es diese Angelegenheit für eine Kleinigkeit ansah. Doch das Volk sah mit Argusaugen auf das Benehmen der Minister, es fürchtete das zu viele Ausheben zum Militär, es kannte seine Rechte, und daher war es über diese eigenmächtigen Rekrutirungen des Ministeriums erbittert, um so mehr als das Ministerium ungeachtet einer geschehenen Aufforderung die Ausweise über den Stand der Armee nicht vorlegte.

Das Ministerium benahm sich wirklich dem Reichstage, dem Volke gegenüber bewunderungswürdig. Abgesehen davon, daß die provisorische Regierung, — natürlich von der wollte Niemand etwas wissen —, in allen wichtigen Fällen um die Genehmigung des

Reichstages anzusuchen gehabt hätte, beabsichtigte sie sogar durch Intrigue und Waffengewalt in Italien und Ungarn, wovon ich noch sprechen werde, ein fait accompli hinzustellen. Ja es stützte sich sogar auf die Idee, als habe der Reichstag blos eine Constitution zu machen; habe gar keine legislative Gewalt; als sey bis zum Inslebentreten der Constitution Oesterreich noch immer eine absolute Macht; und es erkühnte sich, den constituirenden Reichstag blos zu einem Constitutionsmachenden herabwürdigen zu wollen. Aus der eigenmächtigen Truppenaushebung ging das klar hervor. Nur in einer Beziehung wurde die Kammer als legislativ respektirt, — wenn man Geld brauchte. Natürlich — da fürchtete das Ministerium, daß die Steuern schlecht eingehen, und keine Gläubiger aufzufinden sein dürften. Dieses Ministerium, hervorgegangen durch die Volkserhebung vom 15. Mai, verrieth ihn schon damals und wagte von einer Vereinbarung, von einer Sanktion des legitimen Monarchen zu sprechen, und als man es fragte, was es unter Vereinbarung und Sanktion verstände, gab es eine Antwort wie das Orakel zu Delphi, und sagte, mehr spräche es nicht darüber.

O schändlich dieser Verrath von Männern, die dem Volke Alles zu verdanken hatten.

Indessen wirkte die Hof- und Adelspartei unablässig fort, um das Volk gegen die Freiheit, die Demokratie aufzuregen. Besonders ließ man sich an-

gelegen sein, das Militär zu gewinnen, und dasselbe gegen das Civile zu erbittern. Während man dem Soldaten auf der einen Seite, alle seine ihm durch die Constitution gleichfalls zukommende Freiheit, als wie die der Presse, des Petitions- und Associationsrechtes einschränkte, ließ man ihm wieder auf der anderen Seite die Freiheit, ruhige Bürger zu mißhandeln. Ja weil in einer Versammlung von Unterofficieren eine brüderliche Annäherung zwischen Civil- und Militär als wünschenswerth erklärt wurde, sperrte man die Unterofficiere ins Stockhaus. Soldaten haben sich Einbrüche, Gewaltthättgkeiten in Menge erlaubt und sich freudig und öffentlich vernehmen lassen, „die Constitution sey durch die Siege des Helden Radetzky zum Teufel." Das Gedicht, „eine Warnungsstimme aus Italien," welches von einem sehr hochgestellten Officiere verfaßt sein soll, wurde bei einem Gastmahle, einem Verbrüderungsfeste der Garnison, an welchem Gemeine und Officiere Antheil nahmen, unter die Teller gelegt, und mit großem Beifalle aufgenommen. In diesem Gedichte wird zum Kampfe gegen die Errungenschaft des 15. Mai aufgefordert. Die böhmische Armee gab diesem italienischen Rufe ein Echo, schmähte den Reichstag, und sagte am Schlusse, in dem Falle, als derselbe etwas einführe, was den Soldaten nicht recht sei,

„Dann wollen wir im Heere selber tagen
Und unsern eignen Spruch uns vorbehalten".

Das was ich hier anführte, wurde Alles unter einer Menge von Fakten dem Kriegsminister in der Kammer vorgehalten, und er zur strengen Untersuchung, und Bestrafung der Schuldigen und zur Beeidigung der Armee auf den Begriff der Constitution aufgefordert. Die Armee wurde aber nur auf den Ausdruck Kaiser und Verfassung beeidet, und weiter geschah nichts. Auf die Verfassung kann der russische Despot auch seine Soldaten, ohne Gefahr für die Willkührherrschaft schwören lassen, denn Rußland hat auch eine Verfassung. Auf eine von dem Kriegsminister verlangte Belehrung des Militärs über seine Rechte und Pflichten wurde von demselben, als beleidigend für die Soldaten, abgelehnt.

Dann versuchte man das Vertrauen des Volkes gegen die neue Ordnung der Dinge, welche eintreten sollte, zu erbittern und Zwiespalt hervorzubringen. Die prächtigsten Werkzeuge waren hiezu die katholische Geistlichkeit und die Bureaukratie. Die katholische Geistlichkeit war über die bereits beschlossene Aufhebung des Zehents ergrimmt, die ihr so häufig verehrten Katzenmusiken bewiesen ihr, welche Achtung sie genieße und was sie zu besorgen habe, sie war demnach bemüht, den alten Zustand so viel als möglich zurückzuführen, und schloß sich mit Eifer der Reaktion an, und die Hierarchie, erschreckt über drohende Kirchenreformen und Einziehung von Kirchen- und Klostergütern, sandte ihr Heer von vielen tausend Priestern,

die wie ein Netz über dem Lande sich verbreiten, in jedes Thal, auf jeden Berg, in jede Hütte, um die Menschen gegen die Freiheit zu fanatisiren, doch es gelang ihr zum Glücke nur im bigotten Nordtyrol. Die Bureaukratie, erschreckt vor einer Verminderung ihres Heeres, des Gehaltes der hochgestellten Faullenzer, der Controlle durch die Presse u. dgl. hielt getreulich mit ihr. Sie suchte dem Landvolke begreiflich zu machen, wenigstens dem in Galizien, daß der Kaiser die Roboth und den Zehent unentgeltlich auflassen wolle, daß aber der Reichstag eine Entschädigung erzwungen habe. Der Kreishauptmann von Chrudim sagte sogar zu einer Bürgerdeputation, um den Neid und Haß gegen den Bauernstand aufzustacheln: „Meine Herren! was haben Sie überhaupt von der Constitution Gutes zu erwarten? was hat sie ihnen gebracht? was anderes, als daß nun ein jedes Dorf einer Stadt gleichgestellt ist.“ Diese Bureaukratie wirkte auf empörende Weise, die vielfältigsten Klagen kamen in dieser Beziehung in der Kammer zur Sprache.

Das Ministerium ging aber noch weiter, es wurde nämlich eine Spaltung in der Bevölkerung Wiens hervorzurufen gesucht, und man benutzte dazu einen Arbeiter Cravall, welcher dadurch veranlaßt wurde, daß das Ministerium plötzlich, ohne Noth den Arbeitslohn herabsetzte. Dieser Arbeiter Crawall hatte nicht im mindesten ein gefährliches Aussehen, aber

man kommandirte die Garden gegen die armen Taglöhner, und sie gaben Feuer, und die Sicherheitswache hieb ohne Aufforderung auf Kinder, auf fliehende Männer und schwangere Weiber ein. Von diesem Tage an, den 23. August, war sonach eine Spaltung unter den Garden und den Arbeitern eingetreten, und an diesem Tage sprach man in Wien das erstemal von Bourgeoisie und Ouvriers.

---

## X.

**Das Ministerium beabsichtiget am 13. September einen Kampf zu provociren, um den Muth und die Freiheit des Volkes niederzukartätschen. Es wird daran durch den Reichstag gehindert. Nachträglich bereuen die Czechen, den Plan des Ministeriums hintertrieben zu haben.**

Endlich aber sollte durch Militärgewalt durch Kanonen ein Kampf provocirt, und das Freiheitsstreben unterdrückt werden, denn volle despotische Macht hatte das Ministerium in den ungarischen Angelegenheiten bei dem Bestande der radikalen Wiener Presse noch durchaus nicht.

Der 13. September wurde hiezu bestimmt. Es wurden früh Morgens die Garden consignirt, dann wurde das Gerücht von Unruhen durch Reaktionärs verbreitet. Nirgends war aber ein Zusammenlauf zu bemerken. Auf das Gerücht von Unruhen suchten zwei oder drei, wahrscheinlich dazu von der Rückschritts-

parthei beredete, als schwarz-gelb verschrieene Bezirks-Chefs der Nationalgarde bei dem Oberkommandanten dem verrufenen Streffleur um das Ausrücken des Militärs an. Streffleur verständigte hievon den Kriegsminister. Das Militär marschirte mit Kanonen in die Stadt. Das Volk sammelte sich nun erst neugierig auf den Straßen, und fragte was es gäbe? Niemand wußte es, nirgends war der mindeste Auflauf gewesen, nirgends war eine Gefahr zu erblicken. In der Reichstagssitzung wies der Minister Latour auf eine große Gefahr hin, da er durch einen Bericht erfahren, daß in der Stadt sehr große Umtriebe fortgesetzt würden, und daß namentlich auf der Aula eine Versammlung sei, die nicht blos den Sturz des Ministeriums, sondern auch die Sprengung des Reichstages beabsichtige. Die Linke mußte dieß als eine Unwahrheit erkennen, denn sie kannte die Stimmung der Aula, sie wußte, daß an diesem Tage fast die ganze akademische Legion auf entfernte Wachposten kommandirt worden war, und daß sich sonach blos ein kleiner Theil derselben auf der Universität befinden konnte. Der Deputirte Purtscher ging auch gleich auf die Aula, um sich von dem, was dort vorfiele, zu überzeugen, und kam mit der Mittheilung, daß alles was der Minister mitgetheilt habe, eine Lüge sei. Ueber eine gestellte Interpellation rückte auch Latour mit der Bemerkung heraus, der Bericht, den er erhalten, sei eigentlich ohne Unterschrift, und nicht an ihn, sondern an einen

Obristlieutenant gerichtet gewesen. Diese Erklärung erregte mächtige Sensation, denn es schien unverantwortlich, auf ein anonymes Schreiben und das unbegründete Ansuchen von zwei oder drei Bezirks-Chefs hin, die Militärmacht ausrücken zu lassen, und die Gefahr eines Straßenkampfes herbeizuführen.

Die Angaben des Kriegsministers wurden auf der Universität und im Publikum bekannt, man war über dessen Benehmen im höchsten Grade erbittert. Man behauptete die Reaktion hätte es im Einverständnisse mit einigen Ministern auf einen Staatsstreich so wie am 26. Mai abgesehen.

Da erkannten die Studenten und Viele des Volkes, daß, wenn noch der alte brave Sicherheitsausschuß bestände, ein solches Auftreten des Ministeriums unmöglich sei, sie sahen den großen Fehler, den der Ausschuß durch seine Auflösung begangen hatte. Deßhalb zogen mehrere Studenten und Garden zum Ministerium, um die Wiedereinsetzung dieses Ausschusses zu petitioniren. Hiebei trugen sie Zetteln auf den Hüten, auf welchen die Forderung nach diesem Ausschusse sich mit den Worten gedruckt befand: „Bürger Wiens! Nur die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses kann uns aus unserer bedrängten „Lage retten.“ Hiebei ist bemerkenswerth, daß der Deputirte Löhner selbst den Oberkommandanten Streffleur mit diesem Zettel auf dem Hute sah, und zwar nicht in einer Begleitung, wo man glauben könnte,

daß er nicht im Zustande der Freiheit wäre, sondern er hätte den Zettel in Gegenwart mehrerer Hauptleute der Garde am Hute behalten. Es scheint demnach, daß Streffleur selbst die Studenten zu obiger Petition aufgefordert habe. Das Ministerium sah diese Zettel als revolutionäre Zeichen an, und wies die dießfällige Deputation, unter welcher sich der edle Deputirte Füster befand, schnöde ab, und ertheilte dem Militär den Befehl, gegen die Revolutioneurs einzuschreiten. Die Männer und Jünglinge, welche, obgleich wegen der Bewegung des Tages größtentheils bewaffnet, doch ruhig ihre Bitte vortragen wollten, und keinen Straßenkampf beabsichtigten, zogen sich zurück. Es war dem Ministerium wohl leid, daß es bei dieser Gelegenheit nicht zum Kampfe kommen wollte, das Militär wurde daher, um die Erbitterung zu steigern und den Barrikadenbau zu veranlassen und dadurch den Kampf herbeizuführen, immer näher und näher gegen die Universität commandirt. Die Studenten ersahen aus diesem, so wie aus dem Lärm, welchen das Ministerium über das Ansuchen um die Einsetzung des Sicherheitsausschusses schlug, — obgleich der Antrag auf dessen Einsetzung auch in der Kammer von mehreren Seiten gestellt worden war, — dann aus dem lügenhaften Berichte des Bach, daß er gehört, man wolle auf der Aula um 8 Uhr die Republik proklamiren, — daß es auf sie abgesehen sei; auch das Volk erkannte dieß, und daher sandten viele Garde-

Compagnien und Arbeiter zu den Studenten, und versicherten dieselben ihrer Hülfe, wenn man es wagen sollte, sie anzugreifen.

Inzwischen hatte sich der Reichstag auf stürmischen Antrag der Linken, welche einen Verrath des Ministeriums witterte, in Permanenz erklärt, und nach heftigen Debatten gegen das Ministerium wurde beschlossen, dem Ministerium zu bedeuten, das Militär sogleich abmarschiren zu lassen. Nun fügte sich das Ministerium, aber auch erst, nachdem ihm 5 Kammermitglieder an die Seite gegeben worden waren. Das Militär zog ab, die Besorgniß war verschwunden, und die Ruhe vorhanden. Eine Reichstagsdeputation hatte den Studenten die Nachricht von dem beschlossenen Abzuge des Militärs hinterbracht, was bei ihnen endlosen Jubel erregte, und um den Leser mit dem Benehmen der später so verunglimpften Aula bekannt zu machen, widerhole ich den Bericht des Deputirten Borosch, eines Mannes, über dessen Lippen nie eine unwahre Aeußerung kam, wörtlich. Er lautet: Wir fanden die Studirenden durchdrungen vom Geiste der Gesetzlichkeit, in welchem Sinne wir unser Wirken, und die ganze gegenwärtige Sachlage auch darstellten. Sie haben das unbedingteste Vertrauen zu dem Reichstage, und verbürgen ihrerseits unter eigener Haftung, die Sicherheit, Gesetzlichkeit und Ordnung im Weichbilde der inneren Stadt aufrecht zu erhalten, und jedenfalls, wenn es nöthig sein sollte, mit ihren Leibern

ein sicherer Schirmschild des Reichstages zu sein und seine Beschlüsse zu ehren, wie sie von der Majorität gefaßt wurden, sollten sie auch in dem einen oder dem andern Punkte ihren Wünschen gerade nicht entsprechen, überzeugt, daß die wahre Freiheit nur auf diesem Wege erringbar ist. Tief fühlten sie sich aber gekränkt, dem Reichstage gegenüber verdächtiget worden zu sein.

Am 14. September wurde Latour von Schuselka befragt, ob er bei der fälschlichen Beschuldigung der Aula des Verbrechens des Hochverrathes, nicht nachforschen wolle, von wem jener beschuldigende Zettel geschrieben und vorgelegt worden sei? Latour erklärte: „Dieser Zettel ist an einen Officier geschrieben, „dieser hat bei der bestehenden Unruhe (?) geglaubt, mir „diesen Zettel übergeben zu müssen, jedoch die Unter„schrift weggeschnitten, um jenen nicht zu compromittiren, „der ihn geschrieben.“ Schuselka entgegnete: „Sind „der Hr. Kriegsminister geneigt, dießfalls eine Unter„suchung einzuleiten?“ Latour: „Wenn mir Jemand „einen Zettel schickt, ohne Unterschrift, so kann ich ihn „nicht nöthigen, diese mir bekannt zu geben.“ Schuselka: „Der Officier, der den Namen weggeschnitten „hat, ist doch bekannt?“ Latour gab ganz verwirrt zur Antwort: „Er hat ihn wahrscheinlich weggeschnitten, „um nicht denselben zu compromittiren.“ Und mehr sprach er nicht. Wer stellt sich über diese Erklärung des Ministers die Entrüstung des Volkes und der

Linken der Kammer vor? Wäre das in einer anderen Kammer der Welt vorgekommen, ich glaube, Latour hätte in dem Augenblick sein Portefeuille niederlegen müssen. Also er wollte den Namen des Officiers nicht nennen? er wollte keine Untersuchung über den einleiten, der das Verbrechen der Verläumdung begangen hatte, durch welches ohne Wirken der Kammer Blut geflossen wäre? Also der edle Herr Graf Latour ließ sich für die hochverrätherischen Reaktionspläne gewisser nicht zu compromittirender Personen gebrauchen, und läßt auf ihre Weisungen seine ganze Truppenmacht entfalten, beabsichtigt eine Contre-Revolution hervorzurufen? Anfangs war's ein Bericht an ihn, dann an einen Obristlieutenant, den er nicht nennen wollte! Oder war diese Geschichte vielleicht erlogen, wie andre Sachen, auf die ich erst kommen werde, handelte der Herr Graf vielleicht blos im Auftrage einer hohen Dame? — Wie dem auch sei, dieser 13. September und die darauf abgegebene Erklärung läßt einen Blick in das Innere des hochgebornen Grafen thun. Saß er doch immer mit wüthendem Gesichte in der Kammer wie ein knurriger Köter, den es verdroß da sitzen zu müssen, der aber folgte, weil es ihm sein Herr befahl.

Dieser 13. September ist unvergeßlich in die Erinnerung eines jeden Wieners gegraben. Gränzenlos war die Erbitterung gegen das Ministerium, welches eine Bewegung hervorrufen wollte, um sie und mit

ihr die Freiheit zu unterdrücken. Dieses Benehmen des Ministeriums ist um so verdammenswerther, als seine Verantwortlichkeit nur am Papiere stand, da noch kein Gesetz über Ministervergehen vorhanden war.

Noch wurde sich am 14. September mit dem Minister Bach in der Kammer wegen der sogenannten revolutionären Zeichen herumgezankt, und man erfuhr, daß Streffleur behauptet habe, zum Tragen eines solchen Zettels gezwungen worden zu sein. Obgleich dieß nach der Erklärung Löhners nicht möglich war, Streffleur demnach selbst zu einem, vom Minister behaupteten Verbrechen aufforderte; oder wenn Streffleurs Behauptung dennoch wahr wäre, er als Feigling zu einem Oberkommandanten nicht geeignet ist, so wurde er doch nicht abgesetzt.

Aber sollte man es glauben, daß die czechischen Deputirten bereuten, zu dem Beschlusse der Permanenz-Erklärung des Reichstages beigetragen, und dadurch Blutvergießen verhindert zu haben? Sie erklärten privative, unter sich und zu den Gliedern der Linken, daß der Reichstag die Exekutivgewalt an sich gerissen, und daß sie sich in der Zukunft einen derartigen Eingriff in die Rechte der Minister nicht mehr wollten zu Schulden kommen lassen. Wie, sie bereuten durch den Beschluß des sogleichen Abzuges des Militärs die Minister gehindert zu haben, ihren Höllenplan durchzuführen, wie sie wollten Wien demüthigen, unterjochen lassen von roher Militärgewalt? — Ja, sie

wollten es, sie wollten das deutsche Streben niederdrücken. Die Deutschen zeigten ihnen zu viele Sympathie für die Ungarn, es schien ihnen für ihre eitlen unausführbaren Tendenzen zu gefährlich, daß es in Wien überall zur starken Ueberzeugung wuchs, das Ende der Freiheit in Ungarn, sei die Todesstunde der Freiheit der Deutschen. Diese Permanenzerklärung des Reichstages war kein rechtswidriger Eingriff in die Exekutiv-Gewalt, denn man vergesse nicht, das Ministerium sammt Monarchen war ein Provisorium, welches demnach als solches der constituirende Reichstag ganz aufheben, also auch beschränken oder suspendiren konnte. Freilich, die Majorität der Kammer sah sich zu der Zeit schon blos mehr als einen vereinbarenden Reichstag an.

Der Deputirte Borosch trug nach diesen Vorgängen, um die gehörige Controlle gegen das Ministerium zu haben, und damit nicht wieder ein 13. September erscheinen könne, darauf an, daß von dem Reichstage und aus demselben ein Ausschuß gebildet werde, der für die Ruhe und Ordnung der Stadt, so wie früher der Sicherheitsausschuß Sorge zu tragen habe. Aber natürlich das Centrum und die Rechte waren dagegen, und sie lachten nur über den Antrag, der, wäre er durchgegangen, den Kampf des 6. Oktobers und unsägliches Elend abgehalten hätte.

## XI.

**Das Ministerium erklärt, sich in die ungarischen Wirren nicht zu mischen. Das Volk und die Linke erkennt diese Erklärung als Lüge. Violand's Interpellation bezüglich Ungarns. Ausweichende Antwort des Ministeriums, und Hinweisung auf eine vorgelegt werdende Staatsschrift.**

Jetzt komme ich wieder auf die Geschichte der Ungarn, auf den empörenden Verrath, den man sich gegen dieselben erlaubte.

Wie die Angelegenheiten derselben, um die Zeit der Eröffnung des österreichischen constituirenden Reichstages standen, habe ich bereits erzählt, und dargethan, daß der Kaiser von seiner Parthei bewogen worden war, gegen den Beschluß der Ungarn sein Veto einzulegen, nach welchem sie zum Schutze gegen den Hochverräther Jellachich Truppen auszuheben, und zum kräftigen Widerstande gegen die Croaten Geld aufzunehmen, beabsichtigten; daß demnach der

Plan des Hofes der war, die Ungarn den Croaten wehrlos zu überliefern, die im März zugesicherten und im April beschwornen Rechte zu annulliren, sodann das als erobert zu betrachtende alte Land der Magyaren mit den Provinzen zu vereinen, und sonach der Dynastie mehr zu erringen, als sie je besaß.

Der Hof begann in Ungarn offenbar eine Contre-Revolution, einen himmelschreienden Verrath. Die freisinnigen Männer Oesterreichs waren über dieses Benehmen des Hofes entrüstet, ja auch mit der Besorgniß erfüllt, daß man nach der Besiegung der Ungarn die Zugeständnisse gegen die übrigen Provinzen gleichfalls zurücknehmen werde, und diese Besorgniß wurde dem zur Gewißheit, der beobachtete, welche Winkelzüge der Unredlichkeit, der Verschmitztheit sich das Ministerium überall erlaubte. Was konnte man auf das gegebene kaiserliche Versprechen vom 13. März und 15. Mai bauen, wenn man sah, daß der Kaiser sein auf dem Krönungsberge zu Preßburg mit dem Schwerte des heiligen Stephan umgürtet, erst im April 1848 mit einem Eide verbürgtes Wort, Ungarn nur nach den ungarischen Gesetzen, nach der neuen Verfassung, als selbstständiges Reich zu regieren, und die Integrität der vereinigten Königreiche Ungarn, Croatien und Slavonien zu erhalten, pflicht- und eidvergessen brach?

Der Hof suchte sich wohl dadurch zu rechtfertigen, daß er von einer Unterdrückung von Seite der Ungarn gegen die Croaten sprach. Ich habe schon früher

auf die Lügenhaftigkeit dieser Angabe hingewiesen; aber gesetzt, sie wäre wahr; gesetzt, der ungarisch-croatische Reichstag hätte Beschlüsse gefaßt, die nachtheilig gewesen wären für die Croaten, so hat doch zum Inslebentreten dieser für die Croaten nachtheiligen Beschlüsse die königliche Sanktion ertheilt worden sein müssen; und gesetzt, sie sei ertheilt worden, was für ein Recht kann daraus gefolgert werden für die Croaten und den Hof? Kein anderes, als daß die Croaten berechtiget gewesen wären, die Waffen gegen ihre Unterdrücker und den König zu ergreifen, da, wie erwähnt, zur Unterdrückung der Croaten der Beschluß des Reichstages auch vom Könige hätte genehmigt worden sein müssen, er demnach auch als ihr Unterdrücker erschienen wäre. Dieses Recht, wie einst in der Kammer gesagt wurde, räume ich ihnen ein, dieses Recht, mit dem sich jede kleine Nation gegen die Uebergriffe, gegen den langsamen Druck sträubt, der im psichischen so wie im phisischen Leben dieselbe Wirkung hat' die Verkümmerung. Ich erkenne dieses Recht, wenn die Croaten sagen würden, wir waren bisher auf dem Landtage in der Minorität, wir wollen nicht in der Minorität sein; denn ein Volk, welches in einem zweiten Volke eingeschachtelt, in unwandelbarer Minorität ist, empfindet alle Qualen des politischen Helotismus. Das Grundgesetz des constitutionellen Lebens, die Majorität gilt nur für eine gleichartige souveräne Bevölkerung. Hätte aber der König

nach ertheilter Sanktion, und ohne der kann ja von einer Unterdrückung, — wie bereits bemerkt, — keine Rede sein, diese seine Genehmigung bereut, wäre er zur Ueberzeugung gelangt, sich einer Rechtsverletzung gegen die Croaten schuldig gemacht zu haben, so wäre ihm doch nichts anderes übrig geblieben, als sich seinem geleisteten Eide getreu nach den ungarischen Gesetzen zu benehmen, oder er hätte auf die ungarische Krone verzichten müssen. Keineswegs hätte er aber das Recht, als König, als Vollmachtsträger Ungarns, den von ihm selbst sanktionirten Beschluß des Landes zu mißachten, und die Ungarn an die Croaten zu verrathen.

Der österreichische Hof beging nach meiner tiefsten Ueberzeugung an den Ungarn ein Verbrechen, dem aber, wie ich nicht mehr zweifle, die Strafe auf dem Fuße folgt.

Das österreichische Ministerium ging gleich von Anfang mit der Hofparthei, und es betrachtete die Kammer nur als ein Spielzeug; die Antworten auf Interpellationen waren theils zurückhaltend, theils lügenhaft, ja theils gar nichts sagend, bloße Worte, und da man einst eine, doch auf die Frage passende Antwort wollte, da erklärte Bach: „er sei der Ansicht, „daß so wie die Freiheit der Interpellation in keiner „Weise beirrt würde, auch die Freiheit der Antwort „dem Ministerium überirrt zu lassen sein dürfte.“ Uebrigens sagte das Ministerium anfänglich, daß es

sich in den ungarisch-croatischen Nationalitätskampf nicht mische. Die Linke des Reichstages und das hellsehende Volk, die erkannten aber deutlich, daß nicht blos der Hof, sondern auch das Ministerium der beste Freund des Jellachich sei und sein Unternehmen auf jede Weise fördere. Jellachich zog schon gegen Pesth, was wollte er dort holen, etwa die Freiheit der Croaten? man dachte in Oesterreich, daß Pesth nur zwei oder drei Tagmärsche von Wien entfernt sei, man konnte in dem Führer Jellachich den Charakter des Croaten und des k. k. Generals nicht von einander scheiden, man begriff nicht, woher Jellachich das Geld zum Kampfe nehme, u. d. m. Es war bekannt, daß Oesterreich den Croaten Waffen gesendet habe, Latour stellte es in Abrede, wir werden sehen, daß sich diese seine Erklärung am 6. Oktober als Lüge herausstellte. Weiters war bekannt, daß Jellachichs Horden größtentheils aus Truppen der Militärgränze bestehen, und daß sich bei denselben fast durchgehends k. k. österreichische Officiere befinden, dennoch stellte sich Latour, als wisse er nichts davon, und mische sich das Ministerium gar nicht in die ungarischen Wirren. Weiters wurde das Ministerium interpellirt, ob es den Croaten Geld gesendet habe. Der Herr Finanzminister sagte nein, und siehe später, worauf ich noch einmal kommen werde, mußte es Latour dennoch zugestehen, natürlich Kraus sagte nein, weil er das Geld nicht unmittelbar den Croaten zugestellt, und

nur das Kriegsministerium es dem Jellachich übemacht hatte. Welche gemeine Wortfängerei und Spitzfindigkeit.

Entrüstet über die Winkelzüge des Ministeriums und wissend, daß nur Wessenberg und Latour, aber nicht die anderen Minister unmittelbar mit dem Kaiser verkehren durften, und daß sich zwischen ihnen und diesem ein geheimes unverantwortliches Kabinet, das des Ludwig und der Sophie befand, stellt die Linke am 16. September durch den Mund des Abgeordneten Violand an das Ministerium folgende Interpellation:

„Unter den Sätzen, welche das Gebäude der „constitutionellen Rechtsfiction ausmachen, sei wohl „der ein Grundstein, daß das Ministerium die Person „des Monarchen decken, und daß der Wille des Mo„narchen unter Verantwortlichkeit der Minister seinen „Ausdruck finden müsse. — ‚Ein drittes zwischen „beiden, einen Mittelzustand gebe es nicht in dem „Verhältnisse zwischen Fürst und Volk. Das Ver„trauen, das die Minister ihrer Pflicht gegenüber von „dem Monarchen zu fordern haben, sei ein absolut „unbedingtes; es berechtige sie, jede Einmischung von „fremden Personen, selbst durch Entfernung derselben „aus der Nähe des Monarchen hintanzuhalten, und „lasse für jeden Regierungsakt dem Monarchen nur „die Wahl, entweder zwischen Entlassung der Minister, „oder Genehmigung ihrer Anträge. Dieses seien lang„bewährte, zur Thatsache jedes constitutionellen Bewußt„seins gewordene Sätze, sie gelten zweifellos in jedem

„Falle, für jede zwischen Volk und Fürst getheilte „Souveränität. Diese Sätze auf die speciellen Ver„hältnisse Oesterreichs angewendet, sei so viel gerücht„weise oder officiell bekannt geworden, welches große „Bedenklichkeiten errege, daher er (Interpellant) sich „genöthigt sehe, einige Fragen über Thatsachen und „Gerüchte an das Gesammtministerium zu stellen. Er „werde sich erlauben, diese Fragen, damit das Mini„sterium die Richtung derselben ersehe, zuerst mit„sammen vorzutragen, und um deren sogleiche unum„wundene Beantwortung zu ersuchen, da er glaube, „daß an der sogleichen Beantwortung kein Anstand „genommen werden dürfte, indem die Fragen nur „Thatsachen betreffen, die dem Ministerium bekannt „sein, oder Principien, auf welche die Minister bei „ihren Regierungshandlungen Rücksicht genommen „haben müssen:

1) „Ist Etwas davon wahr, daß das österreichi„sche Ministerium sich in seinen einzelnen In„dividuen nicht jenes Grades der Zugänglich„keit zum Monarchen erfreue, die ein gänzlich „unbehinderter Verkehr mit dem Monarchen „voraussetzt?

2) „Ist namentlich Etwas davon wahr, daß die „von dem Ministerium gefaßten Beschlüsse vor „der Entschliessung des Monarchen dem Rathe „anderer, nicht verantwortlicher Minister un„terliegen, und daß somit einzelne Vorschläge,

„wie z. B. einer, der sich auf Studienange-
„legenheiten bezieht, 12 bis 14 Tage bei einem
„über dem Ministerium stehenden Cabinete lie-
„gen blieben?

3) „Ist davon Etwas wahr, daß nur einzelne
„Minister, namentlich der des Hauses und noch
„Einer sich des Rechtes wirklich erfreuen, nach
„ihrem Ermessen und ohne Zeugen mit dem
„Monarchen zu verkehren, die andern Minister
„jedoch, nur als Gesammt-Ministerium oder
„durch den Minister des Hauses mit dem Mo-
„narchen verhandeln?

4) „Ist davon Etwas wahr, daß die auf Croa-
„tiens Angelegenheiten bezüglichen Beschlüsse,
„wie z. B. das Manifest an den Ban Jella-
„chich" (dasjenige nämlich, in welchem der
Kaiser oder König die Hochverrathsanklage
gegen ihn aufhebt) „ohne Beirath oder Mit-
„wirkung des kaiserlich österreichischen noch des
„königlich ungarischen Ministeriums, sondern
„unter Mitwirkung Dritter unverantwort-
„licher Rathgeber gefaßt worden, und von
„diesen für das von Niemand contra-
„signirte, also absolutistisch erlassene Ma-
„nifest die Unterschrift des Monarchen erzielt
„worden ist?

5) „Welche Ansicht hat das Ministerium über die
„staatsrechtliche Stellung Croatiens zu Ungarn,

„und somit über die Eigenschaft, in welcher „hier der Name Ferdinand unterschrieben „erscheint? Meint es, daß der König von „Croatien und Ungarn unterschrieben sei, der „als constitutioneller König von Ungarn „und Croatien mit Umgehung seiner Minister, „durch einen inconstitutionellen Akt, den Kampf „eines Theiles der Bevölkerung gegen einen „anderen, und gegen die Constitution billigt? „Oder meint das Ministerium, daß der König „von Croatien, als eine bereits rechtlich vom „Könige von Ungarn getrennte Person unter„schrieben sei, und daß der König von Croa„tien, da kein croatisches Ministerium besteht, „als absoluter Fürst berechtiget sei, seinen „Banus an der Spitze seiner Schaaren gegen „den constitutionellen König von Ungarn „marschiren zu lassen?

6) „Jenen letzteren Fall gesetzt, welche Stellung „meint das Ministerium gegenüber den beiden „Mächten zu nehmen. Meint es, daß der „Kaiser von Oesterreich neutral bleiben müsse, „oder meint es, solche Akte verantworten zu „können, durch welche, wie z. B. durch die „Sendungen von Geld, Waffen, Officieren, „Parthei für die eine oder andere Seite ge„nommen wird?

7) „Meint das Ministerium, daß es irgend ein „Land in der Gesammt-Monarchie gebe, sei „es Italien, Croatien oder sonst eines, wo „der Monarch ohne Contrasignation von den „Ministern, also als absoluter Herrscher „einen Statthalter, Banus oder Commandi„renden Aufträge, Weisungen, Mittheilungen, „oder nachträgliche Genehmigungen mit Gül„tigkeit ertheilen könne?

8) „Meint das Ministerium, daß k. k. bestellte „Generäle und Officiere unter dem Befehle „eines solchen Anführers rechtmäßig bleiben „dürfen?“

Diese Interpellation erregte mächtige Sensation, alles war auf die Antwort des Ministeriums gespannt.

Auf die erste wiederholte Frage höhnte Wessenberg ohne aufzustehen, dem Volksvertreter ein Nein entgegen. Die zweite Frage erfreute sich derselben Antwort; als sie aber der Interpellant nochmals widerholte, und die Frage trennte, da die Linke gewiß wußte, daß ein von dem Ministerium gefaßter Beschluß, der sich auf Studienangelegenheiten bezog, einige Zeit bei dem Erzherzoge Ludwig zur Begutachtung liegen geblieben sei, und daß somit Wessenberg gelogen hatte und der Interpellant dieß durch gedehntere Lesung des zweiten Satzes zu erkennen gab, sprang Bach auf und rief: „Ich erlaube mir den Herrn Interpellanten darauf aufmerksam zu machen, daß

die Person des Monarchen kein Gegenstand sei, welcher hier im Wege der Debatte oder im Wege der Interpellation besprochen werden darf.“ Nach der Entgegnung Violand's, daß er nur die Minister und nicht den Kaiser interpellire und dieß in der Absicht, um beurtheilen zu können, ob sich die Minister ihrer Stellung eingedenk benehmen, und sonach ihre Pflicht erfüllen, da erklärte Bach unter ausweichenden Antworten, daß das Ministerium keinen Grund habe, sich über ein Mißtrauen des Kaisers zu beklagen. Als nun Interpellant mit der Vorhaltung der auf Ungarn bezüglichen Fragen fortfuhr, da versprach Bach die Beantwortung in den nächsten Tagen durch die Ablesung einer auf Ungarn Bezug nehmenden Staatsschrift.

## XII.

**Bach legt diese Staatsschrift vor. Kritik derselben. Plan der Linken über die Construirung Oesterreichs. Die dießfällige Absicht des Ministeriums.**

Minister Bach las diese Staatsschrift wirklich in der Sitzung vom 19. September ab, — an welchem Tage auch eine Gesandschaft des ungarischen Reichstages um Gehör vor den österreichischen Volksvertretern ansuchte, und von welcher ich im folgenden Abschnitte sprechen werde, — aber welche Schaamlosigkeiten kamen durch dieselbe an das Tageslicht.

Diese Staatsschrift, keinen einzigen Punckt der soeben früher erwähnten Interpellation beantwortend, sagte nun zum erstenmale ganz unumwunden, daß das österreichische Ministerium darauf bestehen müsse, daß die Ungarn auf das verzichten, was ihnen der Kaiser im März versprochen und im April beschworen hatte. Besonders interessant ist die Begründung. 1) Weil das Wohl und die Einheit Oesterreichs dieß

erfordere, und das österreichische Ministerium separatistische Tendenzen nicht unterstützen könne. 2) Weil die Ungarn die österreichischen Staatsschulden nicht übernehmen wollen, 3) darum, weil der Kaiser nicht berechtiget gewesen sei, am 16. März, wo er schon als constitutioneller Kaiser zu jedem Regierungsakt die Einwilligung der österreichischen Abgeordneten hätte fordern müssen, ohne deren Genehmigung Ungarn aus dem Gesammtverbande der Monarchie frei zu geben, und endlich 4) weil durch diese Bewilligung die Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion unmöglich sei.

Jeden Menschen, der nur ein klein wenig Einsicht besaß, mußte nun klar sein, welche Tendenzen das österreichische Ministerium hatte, und wie es sich schon stark fühlen mußte, ummit denselben hervorzutreten.

Welch herrliche Motivirung!

Weil das Wohl und die Einheit Oesterreichs dieß erfordere! Was? wegen des Vortheils einiger Provinzen, sollen Rechte der Ungarn vernichtet werden? Wenn die Versprechungen, die beschwornen Versprechungen, die man den Ungarn gemacht hat, als ungültig betrachtet werden, weil sie nach den Ansichten eines Ministeriums dem Staatswohle widerstreiten, könnte es dann nicht auch gleichfalls um des Staatsvortheils um des allgemeinen Wohles Willen, den Versprechungen, die am 15. Mai

den übrigen österreichischen Völkern gemacht wurden, ein Ende machen? Dann, — ist die Einheit Zweck oder Mittel? Offenbar nur Mittel, um den Zweck, das Wohl der Völker zu erreichen; was liegt an dem Oesterreich, an dessen Einigkeit, wenn sie nur durch Ungerechtigkeit, durch Bajonnette erhalten werden kann, und wenn bei derselben die Völker zerfleischt werden. Ist das Interesse der Krone dem der Völker im Wege, so darf das Interesse der Krone nicht berücksichtiget werden. Welche Anmaßung, das Wohl eines Menschen oder einer Familie dem von Millionen entgegen zu stellen! Würde auch Oesterreich aus einer geographischen Karte verschwinden, was liegt daran? Die Völker sterben nicht, sie gehen nur neue Verbindungen nach ihrem Willen ein. Wie darf sich ein Einzelner, wie darf sich ein Ministerium herausnehmen, seinen Willen als Gebot den Völkern aufdrängen zu wollen? Zudem wo hat das Ministerium die Moral gelernt, daß man, um einen wünschenswerthen Zweck zu erreichen, die Rechte Dritter, hier der Ungarn, verletzen dürfe? Sallet sagt, und ich stimme ihm vom ganzen Herzen bei:

„Und wenn der Umsturz selbst dem Staate droht,
„So stürz' er, eh' ein Unrecht ihn erhalte."

Uebrigens ist aber gar nicht wahr, daß durch die Belassung der Ungarn in ihren Rechten, die Monarchie aufgelöst worden wäre. Gerade dann hätten die übrigen Provinzen zu einander in dasselbe Ver-

hältniß gebracht werden müssen, in welchem Ungarn nach dem März zu ihnen stand, gerade dann wäre das System der Föderation rein durchzuführen gewesen, und hätten die deutschen Oesterreicher sich mit ihren deutschen Brüdern außer Oesterreich innig verschmelzen können, und gerade durch diese Föderation wäre Oesterreich und Deutschland mächtig stark geworden, aber auch frei geblieben. Eine Trennung, ein Auseinanderfallen Oesterreichs wäre nicht zu besorgen gewesen, da alle Provinzen der verschiedensten Nationalitäten aus eigenem Interesse sich hätten aneinander schließen müssen. Gewiß wären dann auch die Donaufürstenthümer in diese Föderativstaaten eingetreten, und Deutschland, Oesterreich, die Donaufürstenthümer hätten einen großen mitteleuropäischen Staat gebildet, ähnlich dem von Nordamerika, welcher unabhängig von russischen, englischen und französischen Einfluß, ja denselben abwehrend, in eine neue Aera der geistigen und staatlichen Entwicklung getreten wäre. Dieser Gedanke leitete auch viele Glieder der Linken des österreichischen Reichstages. Aber freilich bei seiner Realisirung wäre es mit der Willkühr der habsburg-lothring'schen Dynastie und ihrer Minister und ihres Hofstaates vorbei gewesen, sie hätten nur im Interesse der Völker wirken können, und das, das wollten sie nicht, ihr eigenes Interesse lag ihnen mehr am Herzen.



Staats-
Bibliothek
Bamberg

Der zweite Grund: Weil Ungarn keine österreichischen Staatsschulden übernehmen wolle, ist wahrlich, entweder kindisch dumm, oder niederträchtig. Ungarn hat seit jeher bis in die neueste Zeit eine constitutionelle Verfassung, und ließ sich dieselbe nicht rauben. Oesterreichische Staatsschulden waren demnach für Ungarn nur dann verbindend, wenn sie der ungarische Reichstag genehmiget hatte. Die den übrigen österreichischen Provinzen von dem Despotismus hinaufgewälzten Schulden gingen daher Ungarn, welches sich gegen den Despotismus gewahrt hatte, gar nichts an. — Deshalb, weil Ungarn seine Rechte nicht verletzen ließ, sollte es nun Staatsschulden übernehmen, welche es schon früher als unnöthig erklärt, und zu denselben seine Einwilligung versagt hatte? Wie lächerlich! Strenge genommen, so hatte ja nicht einmal das neue constitutionelle Oesterreich die Pflicht, die früher von dem Despotismus gemachten Schulden anzuerkennen, sie zu bezahlen. Die Tyrannen Oesterreichs, der Hof, die hatten blos zu ihrem Vortheile, nie aber zu dem der Völker-Schulden contrahirt, was gingen die das Volk an, dessen vielfache Proteste unberücksichtiget in schauerliche Kerker ad acta gelegt wurden? Uebernahm es aber aus reinem Edelmuthe diese Schulden, wie kann es auf den Gedanken kommen, zu fordern, daß andere desgleichen thun? Aus demselben Grunde hätte das österreichische Ministerium, von Frankreich die Uebernahme der österreichischen

Staatsschulden verlangen können. Dieser Grund war übrigens von dem Ministerium blos vorgeschützt, um die Sympathien der Geldleute zu erwerben, die sich nicht im mindesten um Recht, sondern nur um ihre Tasche kümmern, und die den österreichischen Finanzen nicht mehr viel vertrauten.

Was nun die dritte Behauptung betrifft: Der Kaiser hätte ohne Bewilligung der österreichischen Kammer nicht das Recht gehabt, die den Ungarn im März gemachten Genehmigungen zu ertheilen, so ist das die merkwürdigste, welche je von Räthen der Krone ausgegangen war. Wäre sie richtig, dann hätten ja nur die Volksvertreter aber nicht die Minister das Benehmen des Kaisers rügen können. Uebrigens ist diese Behauptung grundfalsch, und sie zeigt nur das Bestreben der Krone, ihr Wort zu brechen, da sie es bereute. Ungarn stand nie rechtlich im innigen Verbande mit den übrigen Provinzen der Monarchie, der König von Ungarn war seit jeher eine vom Kaiser von Oesterreich als Fürst der übrigen Provinzen rechtlich getrennte Person, und Ungarn war nie berechtiget, auf die anderen Provinzen, und ebenso wenig diese auf Ungarn einen Einfluß zu üben, daher konnte auch ein solches Recht den österreichischen Provinzen durch den 15. März nicht eingeräumt werden. Zudem hatte ja der Kaiser am 15. März nur eine oktroirte Karte,

wenn gleich nach Einvernehmung der Stände versprochen, er war demnach gar nicht gebunden, ihm beliebige Concessionen zu machen.

Was endlich die Bemerkung des Ministeriums bezüglich der pragmatischen Sanktion anbelangt, so ist es unrichtig, daß die Ungarn dieselbe aufheben wollten, und gerade durch den 15. Mai war es ja dem constituirenden österreichischen Reichstage freigestellt, gleichfalls von den Bestimmungen der pragmatischen Sanktion abzugehen. Für das Volk hat ein Familienvertrag der früheren bloßen Gewalthaber, der Despoten, dieser vergilbte papierene Fetzen oder die verschimmelte Pergamenthaut einer pragmatischen Sanktion gar keine Verbindlichkeit.

Aber könnte man fragen, was für ein Vortheil wäre denn der Dynastie erwachsen, das den Ungarn im März Zugestandene zu wiederrufen?

Ich habe schon mehrere Gründe der Herrschsucht, der Dynastie angegeben, will aber noch einen hinzufügen. Durch die Trennung Ungarns von den übrigen österreichischen Provinzen erhielt Ungarn auch ein eigenes Kriegsministerium. Dadurch wurde die Einheit der Armee aufgehoben. Bei dieser Aufhebung der Einheit der Armee wäre es der Dynastie in der Zukunft nur sehr schwer möglich gewesen, die Freiheit in den anderen Provinzen zu unterdrücken. Es wäre unmöglich gewesen, ungarische Regimenter in deutsche

Provinzen und deutsche Regimenter nach Ungarn zu verlegen. Die Armee hätte nicht mehr im blos dynastischen Interesse commandirt, das divide et impera nicht mehr so leicht ausgeführt werden können. Daher das Lob der Einheit der österreichischen Armee. Gerade diese Einheit, dieses Maschinenwerk, welches sich von den Fürsten als willenloses Werkzeug gebrauchen läßt, welches schroff dem Volke entgegengestellt wird, ist eben das Unglück Europas, das Hinderniß der Geltendmachung des freien Volkswillens. Die wahre Freiheit, die Demokratie wird erst dann vollkommen gesichert sein, wenn es kein Heer mehr gibt. Betrachtet Nordamerika, betrachtet die Schweiz, brauchen sie Heere? Nein. Das gesammte Volk, nicht blos ein Theil desselben greift zur Vertheidigung seiner Rechte, zur Wahrung seiner Ehre zu den Waffen, und führt sie ebensogut, ja weit besser und ehrenhafter, als diese Knechte des Despotismus, diese bezahlten Mörder und Henkersknechte, die gegen ihre Ueberzeugung, ohne Begeisterung für das Recht und die Freiheit, zur Ausführung der schändlichsten Verbrechen der Despotie gedungen und gezwungen werden. Es schaudert mich, wenn ich der Gräuel gedenke, welche von der österreichischen Soldateska in Italien und in Ungarn verübt wurden. Es fühlt dieß auch das Volk, daher die Erbitterung gegen das Soldatenregiment, daher dieses gereizt sein zum Kampfe, wenn

ihm die Bajonette der Soldaten entgegen gehalten werden, und die augenblickliche Ruhe, so wie sich das Militär entfernt.

Es war demnach diese Staatsschrift nichts anderes als eine Herausforderung, welche die Dynastie der Freiheit, keck und unverschämt entgegenschleuderte.

Man betrachte nur das Benehmen des Ministeriums! Anfangs log es, es mische sich nicht in die ungarisch-croatischen Wirren, es handle sich blos um das Recht der croatischen Nation, jetzt aber handelte es sich um ganz etwas anderes, nämlich um die Zurücknahme des kaiserlichen Wortes, um einen kaiserlichen Eidbruch.

Und donnerte nicht die ganze Kammer dem Ministerium entgegen? O nein! Die Linke wohl; aber für das Centrum war es keine Constitutionsfrage, und die czechischen Deputirten gedachten aus leidenschaftlicher Vorliebe für die Croaten und ihr slavisches Großreich, einstweilen mit der Hofparthei, der Camarilla zu gehen, und glaubten, wenn sie nur ihre Idee, die Einigung aller Provinzen erreicht hätten, stark genug zu sein, um dann die Reaktion besiegen zu können; sie sahen nicht, daß nach Besiegung der Ungarn, die Reaktion sie gleichfalls packen, und mit den andern in das gemeinsame Grab der Freiheit stoßen würde, sie dachten nicht, daß sich der Fall widerholen könnte, wo abermals ein General wie Jellachich

mit 160000 Mann commandirt würde, der keinem Ministerium untersteht. So tragen die Czechen die Blutschuld der blos im dynastischen Interesse hervorgerufenen Menschenhetze, und sie wurden, wenn auch wider Willen, betrogene Helfeshelfer der Reaktion.

---

# XIII.

**Der ungarische Reichstag sendet eine Gesandtschaft an die österreichische Reichsversammlung, um Abhülfe gegen die Intriguen des Hofes zu ersuchen. Sie wird abgewiesen. Das Volk ist hierüber erbittert, und erscheint mit einem Fackelzug unter den Fenstern der ungarischen Abgesandten. Jellachich zieht gegen Pesth. Die Ungarn ergreifen die Zügel der Regierung.**

An demselben Tage als die erwähnte Staatsschrift bekannt gemacht wurde, also am 19. September, da sandte der ungarische Reichstag, nachdem alle Vorstellungen bei Hofe fruchtlos geblieben waren, einige Glieder aus seiner Mitte an die constituirende Reichsversammlung zu Wien, und klopfte an die Pforten des Hauses und bat um Einlaß. Es wollte ein Volk dem andern Volke seine Beschwerden vortragen, seine bedrängte Lage schildern, um Vermittlung ansuchen; es sollten zum erstenmale Völker mitsammen verhandeln. Schon die Artigkeit gebot, sie zu hören,

noch mehr aber die Pflicht, diese in Ungarn herrschenden Wirren mit rettender Bruderhand zu lösen. Doch dem Ministerium lag Alles daran, die Vorlassung dieser Gesandschaft der Ungarn zu hintertreiben, damit nicht die volle Abscheulichkeit des Wirkens der österreichischen Regierung und des österreichischen Hofes erhelle, und deshalb stimmte das ministerielle Centrum für die Abweisung, und die Czechen, diese Uebermüthigen hielten mit demselben, und spotteten noch mit der unverschämtesten Gemeinheit der edlen vom Unglücke bedrohten Ungarn, die mehr auf das Freiheits-, Rechts- und Billigkeitsgefühl eines Volkes, als auf die Ehrlichkeit eines Cabinets vertrauend gekommen waren, um Abhülfe gegen Willkühr zu ersuchen; und sie schleuderten ihnen allen Hohn ins Gesicht, da sie wußten, daß die Gesandten des magyarischen Volkes auf der Gallerie dem Beschlusse angstvoll entgegenharrten. Jeder der ein menschliches Herz im Busen hatte, war tief ergriffen, als Löhner mit bewegter Stimme in edler Begeisterung zu den Czechen die Worte sprach: „Lassen Sie uns brüderlich „und vermittelnd des Friedens walten. Was haben „die Croaten, die Slaven von diesem Reichstage zu „fürchten, wenn wir die Abgeordneten des ungarischen „Volkes empfangen? Blicken Sie um sich, Sie sehen, „die Mehrzahl der Vertreter in diesem Hause sind „Slaven. Die Magyaren bitten Sie, wir bitten Sie,

„wir vertrauen auf ihre Unpartheilichkeit; von der „Majorität von Slaven erwarten wir mehr Gerechtigkeit, als von den dunklen Schlangengängen einer „Politik, von der ich an einem andern Orte anders „sprechen würde. Fragen Sie sich selbst meine Herren, liegt da ein Vergeben ihrer Würde darin, wenn „Sie in der Mehrzahl Slaven vermittelnd eintreten „sollen, für eine slavische Nation, und wenn, wie „früher der Abgeordnete von Eisenbrod (Rieger) sagt, „die Monarchie nur so lange zusammenhält als die „Slaven wollen, wohlan Slaven zeigt es heute, daß „es Ernst ist, haltet sie!“

Umsonst! Die edlen kräftigen Magyaren, die noch gerne Alles in Frieden vergleichen wollten, bevor sie auf ihr heiliges Recht vertrauend, den Kampf auf Leben und Tod mit der reaktionären selbst vor einem Eidbruche nicht zurückschaudernden Gewalt aufnahmen, die edlen kräftigen Magyaren wurden wegen eines vorgeschützten läppischen Geschäftsordnungs-Paragraphes der autonomen Reichsversammlung, in welchem die Vorlassung einer Deputation unzulässig erklärt war, nach 12stündiger Debatte abgewiesen. Die Reaktion, der Uebermuth, die Dummheit hatte gesiegt.

Jetzt dürfte bald die Zeit kommen, wo die Czechen an die Pforten des magyarischen Reichstages klopfen; ich wünsche, daß es recht bald geschähe, und ich weiß, die Ungarn, diese ritterlichen Helden, groß im Glücke

wie im Unglücke werden vergessend der früheren Unbill sie freundlich empfangen, und sie unterstützen im heiligen Kampfe für Freiheit und Recht; sie werden vergessen, daß die Czechen Schuld trugen an dem Schmerze von tausend und tausend Familien, daß auf ihnen die Blutschuld laste von tausend und tausend der edelsten für die Freiheit erschlagenen Brüder.

Tief erschüttert und verletzt begaben sich die Magyaren aus der Sitzung in ihre Wohnung, und es erschien ihnen als kleiner Trost, als die liberalen Vereine unter Theilnahme der übrigen, wegen des Beschlusses des Reichstages traurig bewegten freisinnigen Bevölkerung Wiens, unter ihren Fenstern erschienen, und ihnen mittelst eines Fackelzuges ihre Sympathien und den Gedanken ausdrückten, daß, möge auch die Kammer jedes Recht, jede Billigkeit, jede Schicklichkeit verläugnet haben, doch dieses nicht in ihrer Brust erloschen wäre. Tausenau, ein kühner Mann des Volkes, dessen Worte wie der Blitz zündeten, gab dem allgemeinen Unwillen über die den Ungarn angethanene Schmach begeisterten Ausdruck. „Glaubt nicht“ so rief er ihnen dann zu, „daß der „Ausspruch des Reichstages, der des freien Volkes „in Wien und überhaupt der, der Deutschen sei. „Verkennet uns nicht! Wir, die wir die frühere Re„volution gekämpft, wir, die wir die Freiheit errun-

„gen, wir, die wir den Reichstag hervorgerufen, wir „seine Väter trauern mit Euch.“ Ich selbst sprach noch an jenem Abende mit einem der ungarischen Abgesandten; er bedauerte schmerzlich bewegt das Resultat ihrer Sendung, und daß ihnen jetzt wahrscheinlich nichts erübrige, als der Kampf, der wenn auch, wie er hoffe, siegreich für sie, da das Recht auf ihrer Seite, dennoch unabsehbares Unglück hervorrufen werde. — Er erklärte, daß sie gerne die Hand zur Vermittlung geboten, und daß sie sogar gerne österreichische Staatsschulden übernommen hätten.

Die Magyaren gingen, die Würfel waren gefallen.

Ungarn, verlassen von seinem Könige, bedroht von dem gegen Pesth anrückenden Jellachich, dem kaiserlich österreichischen General mit kaiserlichen Truppen, Officieren, und den durch Terrorismus zusammengebrachten croatischen Landsturm, war nun gezwungen, sich selbst Hülfe zu schaffen. Diese croatischen Horden wälzten sich mordend, sengend und plündernd dahin. Mich schaudert, wenn ich der in Weißkirchen gebratenen Körper der deutschen Familie Leukamm gedenke.

Der ungarische Reichstag übernahm nun provisorisch die Regierung, ordnete die Rekrutirung an, und verschaffte sich Geld durch Anleihen und Verfertigung von Papiergeld. Hiezu war derselbe voll-

kommen berechtiget, denn wer wollte läugnen, daß der Vollmachtsgeber das Volk, wenn sein Bevollmächtigter der König treulos handelt, ihn beseitigen, und die Führung seiner eigenen Geschäfte in die Hand nehmen darf, ja muß.

# XIV.

**Die Ungarn kämpfen mit Glück gegen Jellachich. Aus der von ihnen aufgefangenen Correspondenz desselben geht hervor, daß die österreichische Regierung die Croaten unterstütze. Dießfällige Interpellation in der österreichischen Kammer. Die Minister Latour und Kraus manifestiren sich als Lügner. Erbitterung des Volkes. Kudlich's Fackelzug. Schwanzwedelei der Majorität der Kammer. Löhner's Prophezeiung.**

Der Kampf des Jellachich gegen die Ungarn gestaltete sich gleich Anfangs zu Gunsten der letzteren. Sie fingen auch eine Correspondenz zwischen dem croatischen Freibeuter und k. k. Generalen, und der österreichischen Regierung auf, und veröffentlichten dieselbe durch den Druck. Bis jetzt hatte die Regierung beharrlich in Abrede gestellt, sich an dem ungarisch-croatischen Kampfe zu betheiligen, und da hieß es in einem Briefe des Banus an den Franz Baron Kulmer: „Man stellte mir in bestimmte

„Aussicht, daß meine Truppen sobald sie in Ungarn „einrücken, in regelmäßige ärarische Verpflegung „treten werden, — man machte mir Hoffnung mich „moralisch kräftig zu unterstützen, Brückenequipage, „zwölfpfünder Batterien, Cavalleriegeschütz, hoffte ich „auch bei Zeiten an mich bringen zu können. Jetzt „ist es beiläufig gesagt schon zu spät.“ Eine zweite Stelle in einem Briefe des Banus an den österreichischen Kriegsminister lautete folgender Maßen: „Nach „meiner Berechnung dürfte jedoch der reine Verpflegs„bedarf an Gelde für den Monat Oktober d. J. sich „wenigstens auf 200,000 fl. und jene für das Natu„ralverflegungs-Geschäft auf 400,000 fl. somit in Al„lem auf 600,000 belaufen, und ich erlaube mir „Eure Erzellenz ergebenst zu bitten, diese Summe mir „längstens bis 1. künftigen Monats zuverlässig zu „übersenden, indem ich bei den nunmehr begonnenen „Operationen für die gute Sache Oesterreichs von „dem k. k. Kriegsministerium auf jede Hülfe rechnen „kann, und zu rechnen berechtiget bin, dann von „Hochdemselben umsoweniger verlassen werden darf, „als dieß mitten im ungarischen Lande von den „schrecklichsten Folgen für dieses Land, die Armee und die Gesammtmonarchie Oesterreichs sein „würde.“ Latour der Kriegsminister, der bis jetzt gar nichts an die Croaten gesendet haben wollte, erklärte über eine Interpellation auf diese Briefe und zwar am 30. September: „Ich nehme keinen Anstand

„zu erklären, was schon aus den Schreiben hervor-
„geht, daß ich dem Baron Jellachich, der sich zu
„verschiedenen Malen an mich gewendet hat, um
„Hülfe an Truppen, Artillerie und Geld zu bekom-
„men, geantwortet habe und zwar in einem Privat-
„schreiben. (??) So lange die ungarische Regierung
„auf legalen Boden stehe, könne ich keine Truppen
„und keine Artillerie schicken; was das Geld betrifft,
„so werde ich die Ehre haben zu sagen, daß, nach-
„dem das ungarische Ministerium dem croatischen Ge-
„neral-Commando, nicht der Person des Banus, auf
„jedesmaliges Verlangen die nöthige Gelddotation
„verweigert hat und auf Ansuchen des hiesigen Mini-
„steriums an das ungarische auch immer eine abschlä-
„gige Antwort zugekommen ist, das Ministerinm die
„kaiserlichen Truppen in Croatien nicht ganz ohne
„Sold lassen kann, und daher dem General-Commondo
„zwar nur nothdürftig, Vorschüsse zur Bezahlung
„der Gagen und Löhnungen im Totalbetrage per
„280,000 fl. zukommen ließ. Das Generalcommando
„hat demnach in drei verschiedenen Sendungen
„280,000 fl. bekommen.„ Die Linke des Reichstages
war wie versteinert über diese Mittheilung, und sie,
so wie die Gallerie gab ihre Entrüstung durch hefti-
ges Zischen zu erkennen, die Rechte aber klatschte
Beifall. Also das Ministerium erkannte, daß wenig-
stens bis zur Einsetzung der provisorischen Regierung
die Ungarn auf legalen Boden sich befanden, bewirkte

durch List, daß sie ihn verlassen mußten, um dann losschlagen zu können, es ermunterte den Jellachich, versprach ihm alle mögliche Hülfe, und sandte ihm Geld? Abscheulich! Daß die Ungarn dem croatischen General-Commando kein Geld sandten, ist natürlich; Latour las selbst das Schreiben des ungarischen Ministeriums, was wohl hinlänglich diese Nichtsendung rechtfertigt. Es heißt darin: „Der ungarische Mi„nisterrath hat sich ausgesprochen, daß nachdem das „Militär, welches dem um eine Geldunterstützung „eingekommenen Warasdiner Carlstädter General-„Commando untergeordnet ist, noch gegenwärtig unter „den Befehlen des Baron Jellachich stehend, sich wei„gert, den ungarischen Landesgesetzen oder den Ver„ordnungen Seiner Majestät und des ungarischen „Ministeriums zu gehorchen, das ungarische Ministe„rium zur Erhaltung dieses Militärs um so weniger „Geld schicken kann, weil Baron Jellachich, die das „ungarische Aerar betreffenden, zur Erhaltung des „Militärs bestimmten Revenüen, der in Croatien „befindlichen Salz-, Dreißigst- und Postäm„ter ungesetzlich in Beschlag genommen, ja sogar „laut ämtlicher Anzeige hat Baron Jellachich eben „jetzt 6000 Gränzer zur Besetzung des den ungari„schen Gesetzen huldigenden Veröczer-Comitats ent„sendet. Das ungarische Ministerium kann daher das „erwähnte General-Commando so lange, bis es zum „Gehorsam gegen die Gesetze zurückkehrt, nicht verse-

„hen, so wie aber dies geschehen wird, wird das „Ministerium mit aller Bereitwilligkeit verfügen, daß „das Militär mit Geld sustentirt werde.“ Latour knüpfte daran: „Daraus ersehen Sie meine Herren, „daß die Truppen in Croatien ohne Löhnung und „die Officiere ohne Gage waren, dadurch wurde das „österreichische Ministerium veranlaßt, die nothwen„dige Unterstützung an Löhnung und Gage, die sie „hätten von Ungarn beziehen sollen, den Truppen zu„kommen lassen.“ Das war eine prächtige Ausflucht des genialen Grafen; weil die Ungarn für die gegen sie kämpfenden croatischen oder österreichischen Soldadaten keine Verpflegung bestreiten! Ja die Ungarn werden noch die gegen sie ziehenden Räuber, mit ihrem eigenen Gelde, zu dem Raubzuge bezahlen? Bei dieser Gelegenheit kam auch eine weitere Lüge des Ministeriums an das Tageslicht. Woitech interpellirte am 6. September den Finanzminister Kraus, legte zwei Urkunden vor, dd. 22. Juli 1848, aus welchen sich ergab, daß bereits am 6. Juni den k. k. Gefällenämtern durch die k. k. österreichische Cameralgefällenverwaltung der Auftrag zukam, dem Jellachich auf Verlangen und gegen Quittung die Dreißigstgelder zu verabfolgen, und darauf erklärte Kraus, das österreichische Ministerinm wisse nichts von dieser Angelegenheit, Dreißigst-Gefälle gingen das ungarische Ministerium an. Also wer gab denn den kaiserlichösterreichischen Behörden eine solche Weisung? Das

ungarische Ministerium gewiß nicht, und konnte auch kaiserlichen Behörden nichts befehlen; also muß diese Weisung durch Kraus ergangen sein, und er gelogen haben, oder die Behörden gehorchten gar nicht dem Minister.

Der 13. September, die famose von der Schamlosigkeit selbst geschwängerte Staatsschrift, welche so offen die Moralität der österreichischen buhlerischen Regierung aufdeckte, die Abweisung der ungarischen Gesandschaft, die aufgefangene Correspondenz des Jellachich, die frechen Lügen des Ministeriums, dieß Alles zusammen, begründete nicht nur bei der Linken des Reichstages sondern auch bei dem Volke die tiefste Ueberzeugung, daß das Ministerium Verrath an der Freiheit übe, und daß ein Losbrechen der Contre-Revolution zu besorgen sei, um so mehr, als das von Wien entfernte Militär systematisch gegen die Freiheitsbestrebungen war bearbeitet worden, als die gesammte Geistlichkeit und Bureaukratie eifrigst im reaktionären Interesse wirkte, und als bereits durch die verabscheuungswürdigsten Machinationen eine Spaltung unter der Bevölkerung Wiens Statt gefunden hatte. Das Volk war fast außer sich über dieses Ministerium der Lüge, es hatte erwartet, daß es für immer aus sei, mit jener früheren Politik der Ränke, es wollte ehrliche Offenheit, Geradheit und Gerechtigkeit. Der 13. September lag so nahe. Jederman ersah, daß wenn die Ungarn besiegt sein würden, das

Ministerium aus demselben Grunde, wie bei den Ungarn, im Interesse des vorgeblichen Wohles, der Einheit des Staates, daß es mit dieser Phrase bedacht sein werde, die Zugeständnisse des Mai, vielleicht auch die des März aufzuheben. Und welche Hoffnung hatte es auf seine Kammer? Das Centrum und die Rechte unterstützten und ermunterten noch das Ministerium auf dem einmal betretenen Wege des Volksverrathes fortzuschreiten. Das Volk sah klar und hell, die Majorität seiner Vertreter aber nicht. Nur die Linke des Reichstages theilte die allgemeine Besorgniß schon seit lange, und sie forderte auch pflichtgemäß bei der Gelegenheit, als dem jugendlichen Deputirten Kudlich ein Fackelzug gebracht wurde, das Volk zur Aufmerksamkeit, zur Wachsamkeit auf, sie forderte es auf, ruhig zu sein, sich keine Gewaltthat zu erlauben, aber dann, wenn die Reaktion es dennoch wagen sollte, loszuschlagen um die Freiheit zu unterdrücken, daß es dann als treuester Wächter dieses seines heiligsten Gutes mit aller Kraft für dieselbe einstehen, und bis auf dem letzten Mann kämpfen solle. Und bei all den sich von Seite der Reaktion immer mehr und mehr gegen die Freiheit aufthürmenden Gefahren, war ein Volksvertreter unter dem Beifalle der Majorität des Hauses naiv genug, die Linke zu fragen? „Von Winnen und von „Wannen soll denn die Reaktion kommen, ich sehe „sie nicht!“ Die Kammer war wie berauscht im

Hasse und Uebermuthe gegen die Ungarn und in der Schwanzwedelei gegen das Ministerium. Von Tag zu Tag war der Ausbruch des Volksunwillens zu besorgen, welchen eben die Reaktion herbeiführen wollte, um, da sie sich schon stark genug dachte, mit dem Scheine des Rechtes losschlagen zu können. Die Stimmung war sehr gereizt, und wer die Wünsche des freisinnigen nach Recht und Gerechtigkeit verlangenden Theiles der Bevölkerung Wiens betrachtete, wer damit die Verweigerung der Erfüllung derselben von Seite des Ministeriums verglich, wer die schroffe Spaltung der Partheien, wer die Hetzblätter der reaktionären Presse, und die kühne herausfordernde Sprache der liberalen Zeitungen in Erwägung zog, der mußte schon Anfangs October sehen, es werde, es müsse zum Ausbruche kommen.

Die Linke fühlte es wohl. Eine Gewitterschwüle lag über Wien. Noch am 30. September äußerte Löhner in prophetischer Begeisterung: „Es wäre „wünschenswerth, wenn die Kammer noch so groß „und stolz auftreten wollte, wie in den Tagen, die „hinter uns sind, in den Tagen, wo die hohe Ver„sammlung wirklich im vollen Kronenglanze der „Volkssouveränität sich leuchtend erhoben, und „wo ihr Wort geklungen hat, weit über die Gebirge „überall hin, wo es nöthig war, die Eulen und „Vipern der Reaktion zu verscheuchen, doch sie ist „nicht mehr diese Zeit. Wäre sie noch, so würde ich

„auch mein Geringes beitragen, daß die Wahrheit „wie ein Cherub umgeben von Donnern des Gerich„tes heruntersteige in diese Versammlung, um die „Ränke und Künste der gegenwärtigen Politik zu „zerschmettern. — — Die Zukunft ist trübe. Jellachich „ist stark und die Kosacken sind schnell. Ob und wann „wieder eine Kammer in dieser Reitschule *) beisam„men sein wird, — ist ungewiß. Die Saturalien „der Völker haben nie lange gedauert. Vielleicht „kommt bald der Moment, wo in dieser Reit„schule sich wieder wirkliche Pferde tummeln, statt des „Pegasus der Freiheit, der mir schon etwas lahm ge„worden scheint. Dann werden die Stimmen der „kaum laut gewordenen Völker ersterbend verhallen, „wie jetzt die Meinige." Daß es bald, wenn die Kammer noch länger das Ministerium, wie bisher fortwirken lasse, zu einer Revolution kommen werde, sagte ich selbst vielen Gliedern der Rechten und des Centrums voraus, doch sie glaubten es nicht, und waren ganz guter Dinge.

*) Aus der k. k. Hofreitschule war der Sitzungssaal des Reichstages gemacht worden.

## XV.

Jellachich wird geschlagen. Latour will ihm Truppen aus Wien senden. Der 6. Oktober. Das Volk hindert den Abmarsch. Das Ministerium benutzt diesen Umstand, um den Muth des Volkes niederzukartätschen. Es wird von Strohbach unterstützt. Das Volk siegt und ermordet den Latour. Sitzung im Reichstag. Flucht des Strohbach. Deputation an den Kaiser mit der Bitte um ein neues Ministerium und um Amnestie. Nothwendigkeit der letzten Bitte.

Jellachich kam in große Gefahr, er hatte eine Niederlage erlitten, und die Hofparthei mußte nun fürchten, ihre fein gesponnenen Pläne scheitern zu sehen. Daher gab Latour einer Abtheilung des in Wien stationirten deutschen Militärs den Befehl, nach Ungarn zu Jellachich zu marschiren.

Am 5. Oktober Abends wurde dieser Befehl fast allgemein bekannt. Die Entrüstung war fürchterlich, sowohl im Civile als unter dem deutsch gesinnten

Militär; denn obwohl Latour durch vorangegangenes beständiges Consigniren der Truppen in die Casernen wegen angeblich ausbrechen sollender Unruhen, dieselben gegen das Civile zu erbittern suchte, regte er doch nur deren Groll gegen sich selbst auf, da sich die Wiener alle Mühe gaben, das Militär von ihren guten freiheitlichen Bestrebungen zu überzeugen. Das Volk drängte sich um die zum Abmarsche bestimmten Soldaten, redete ihnen zu, nicht abzumarschiren, nicht gegen die Ungarn zu kämpfen, sich nicht zum Kampfe gegen das Recht, gegen die Freiheit gebrauchen zu lassen. Man erzählt, daß das Volk dieselben mit Geld und Trinken zur Widersetzlichkeit verführt, und daß demnach die demokratische Parthei die Revolution des 6. Oktobers absichtlich mit Geld herbeigeführt habe. Nun, es ist wohl möglich, daß das Volk dem Militär seine Simpathien zu bezeugen suchte, und daß es deßhalb demselben Geld und zu Trinken gab, ebensomöglich ist es aber auch, daß die Reaktioneurs den Soldaten Geld spendeten, um einen Conflict herbeizuführen. Uebrigens mit Geld war die Revolution des 6. Oktobers gewiß nicht herbeigeführt, so wenig wie irgend eine siegreiche Volkserhebung der Welt. Die Männer der Rückschrittsparthei, welche selbst nur aus schmutzigem Egoismus sich zu was immer für einer Handlung bewegen lassen, können gar nicht begreifen, wie die Radikalen irgend eine kühne That ohne Bestechung unternehmen können, und bedenken gar nicht,

daß sich der Muth der Massen nicht erkaufen läßt. Der 6. Oktober entstand aus einer inneren Nothwendigkeit, aus dem Ueberschäumen des durch das verbrecherische Treiben des Hofes, durch den offenbaren Verrath des Ministeriums, bis auf das äußerste aufgestachelten Volkszornes.

An diesem 6. Oktober früh Morgens widersetzten sich die Soldaten dem Marsche, wurden aber endlich doch von ihren Vorgesetzten durch Androhungen zu demselben bewogen. Nun begleitete sie das unbewaffnete Volk und mehrere Garden, und als sie in die Taborau gelangten, wurden sie umrungen, und am Weitermarschiren gehindert. Das Volk riß auch einige Joche der Donaubrücke ab, über welche das Militär hätte gehen müssen, um fortzukommen. Die schon früher renitirenden Soldaten sahen wohlgefällig zu.

Hätte der Sicherheits- oder der von Borosch an seiner Stelle beantragte Reichstagsausschuß bestanden, an diesem Tage wäre kein Blut geflossen. Der Ausschuß hätte gewiß kein Militär ausrücken lassen, da er die Unmöglichkeit eingesehen hätte, den Abmarsch ohne das fürchterlichste Blutvergießen erzwingen zu können, sondern er hätte blos das zum Abmarsche bestimmte Militär die Kasernen bis zur Nachtszeit beziehen lassen.

Das Ministerium war aber erfreut, nun eine so herrliche Gelegenheit gefunden zu haben, einen Kampf

provociren zu können, und Latour sandte sogleich Truppen in die Taborau, um den Abmarsch zu erzwingen. Es war für denjenigen, der an den 13. September dachte, kein Zweifel, daß es bei dem Ausrücken des Militärs, bei dem Wogen des Volkes, bei dem Aufführen der Kanonen, bei der Widersetzlichkeit eines Theiles der Soldaten und bei der Absicht des Ministeriums, das Volk und dessen Muth einmal niederzukartätschen, an diesem Tage zu einem heftigen Kampfe, ja zu einer Revolution kommen werde. Wer aber die Wiener Verhältnisse etwas kannte, mußte über die Tollkühnheit und Verblendung des Ministeriums staunen, denn es war klar, daß an diesem Tage nicht die Reaktion, sondern das Volk siegen werde, und daß der Sieg zum Sturze des Ministeriums, gegen welches das Volk auf schaudererregende Weise erbittert war, führen müsse. Das Volk mußte siegen, denn das Militär war gespalten, und wäre auch das Volk am Tabor erlegen, so strömten ja stets neue aufgeregte Massen aus allen Theilen der Vorstädte in die Stadt, und im Straßenkampfe an einem Tage, wo Alles auf den Beinen, kann in Wien der Sieg des Volkes nicht zweifelhaft sein.

Es kam auch in der Taborau bald zum Kampfe, das Volk siegte und schlug das Militär nach Hinwegnahme von 4 Kanonen in die Flucht. Nun erkannte Jedermann, daß die siegreiche Volksmasse, in die Stadt zurückkehrend, sich gegen das Ministerium wenden,

und daß sich hiebei in der Stadt ein schrecklicher Straßenkampf entspinnen werde. Mehrere Deputirte beschworen daher den Präsidenten Strohbach einen Czechen, wegen der herannahenden Gefahr sogleich eine Sitzung zu halten. Aber er weigerte sich, er weigerte sich in einem Momente, wo die heftigsten Leidenschaften aufgestachelt waren, wo die Revolution sich herandrängte, wo Tod und Vernichtung von allen Seiten drohte. Er fand es nicht nothwendig, rettend einzuschreiten; er fürchtete, daß das Ministerium, so wie am 13. September durch den Reichstag gehindert werden könnte, das arme verrathene Volk niederzumetzeln, und mit Kartätschen niederzuschießen. Es handelte sich ja um die Zufriedenheit des Jellachich, um die Idee des slavischen Großreiches. Er zweifelte nicht an dem Siege des Ministeriums. Er weigerte sich, und er hat den Mord an dem Minister Latour, und die Folgen des 6. Oktober, und die Mordthaten an Blum, Messenhauser und vieler anderer unglücklicher Schlachtopfer der Despotie auf seinem Gewissen. Ihre Manen werden ihn schaudererregend umgeben.

Inzwischen war das Volk schon in die Stadt gedrungen. Reaktionäre, oder dumme, kopflose Stadtgarden feuerten auf dasselbe, unter dem sich auch Vorstadtgarden und Studenten befanden. Die Erbitterung wuchs, sie wurden sogleich überwältigt. Gleich darauf begann der Kampf mit dem von der entgegengesetzten Seite in die Stadt eingerückten zahl-

reichen Militär, eigentlich die Flucht desselben. Ich bin überzeugt, daß es an diesem Tage fast durchgehends mit dem Volke sympathisirte, denn sonst wäre mir dessen blitzschnelles Davonlaufen, und ebenso das Abfeuern vieler in dritte und vierte Stockwerke gedrungener Schüsse unerklärlich. Der Platz am Hofe war in kürzester Zeit vom Militär geräumt, und das Hofkriegsgebäude, worin die Minister ihre finsteren Pläne schmiedeten, unb blutige Befehle zum Einschreiten gegen das Volk ertheilten, war von eben diesem, durch den Kampf bis aufs Höchste aufgeregten Volke umrungen.

Während dem waren mehrere Deputirte, vielleicht sechzig an der Zahl, in den Reichstagslokalitäten. Nach den zu ihnen gelangten Nachrichten über diese Vorfälle, kamen sie überein, eine Sitzung zu halten, jedoch nicht in ihrer Eigenschaft als Deputirte, sondern als Privatmänner, welche sich über das Wohl und Wehe ihrer Mitbürger besprechen, und als solche zur Abwendung dringender Gefahren das ihnen geeignet Erscheinende vorkehren wollen. Ueber die gleich darauf geschehene Mittheilung, daß die Minister im Hofkriegsgebäude in großer Gefahr schweben, und daß am Stephansplatze das Volk und die Garden, ungeachtet des bereits ausgekämpften Kampfes in außerordentlich bedrohlicher Aufregung seien, wurden vier Deputirte bestimmt, das Volk auf dem Hofe und dem Stephansplatze mit besänftigendem Zureden von Ge-

waltthätigkeiten abzuhalten. Sie gingen mit noch mehreren Deputirten, welche sich anschlossen, gerade auf den Hof. Unter ihnen befanden sich, soviel ich mich noch erinnere, Borosch, Fischhof, Goldmark, Sierakovsky, Violand, Vaccano, Smolka, Pienczikowsky und noch einige andere. Am Hofe war ein fürchterliches Gedränge. Alles schmähte auf die Minister, namentlich auf Latour, Bach und Wessenberg, und schrie: „aufhängen, aufhängen.“ Als das Volk aus den mitgenommenen weißen Fahnen der Abgeordneten, auf welche sie mit Tinte: Reichstags-Deputirte geschrieben hatten, sah, wer sie seien, da wich es etwas zur Seite, und nur mit Mühe konnten die Deputirten in den Hofraum des Hofkriegsgebäudes gelangen. Mehrere von ihnen wollten sprechen, doch vor dem ungeheueren Geschrei der aufgeregten Massen konnten sie ihr eigenes Wort nicht verstehen. Nun zwängten sie sich in den ersten Stock hinauf, und Goldmark so wie einige andere wollten vom Fenster Anreden an das Volk richten, aber ungehört wurde jedes Wort von dem Gebrause übertäubt. Sie drängten sich wieder in den Hofraum, da sie besorgten, es folge ihnen das Volk und werde Alles zertrümmern. Im Hofraume schwang sich Borosch auf die Schulter eines Menschen, und schrie mit seiner hellen durchdringenden Stimme eine besänftigende Rede. Nur die Nächststehenden konnten sie vernehmen, doch folgte endloser Jubel. Er wurde auf ein Pferd gehoben, und mehrere

Deputirte zogen mit ihm auf den Stephansplatz, da sie, wie hin und wieder behauptet wurde, der Meinung waren, es sei kein Minister mehr im Hofkriegsgebäude. Als sie auf einem Umwege durch die Herrengasse gingen, eilte auch wirklich Wessenberg an ihnen vorüber. Auf dem Stephansplatze, wo der Kampf zwischen den Garden schon längst beendet war, sprach Borosch abermals, und er kehrte dann mit seinen Begleitern unter dem Jubel des Volkes in den Reichstagssaal zurück. Niemand kann sich aber den Schreck derselben vorstellen, als eben Fischhof bei ihrem Eintritte erzählte, daß Latour nicht gerettet gewesen wäre, sondern daß ihn drei Individuen, wahrscheinlich Eisenarbeiter, ermordet hätten, und daß dann der Leichnahm aufgehangen worden sei. Lautlose Stille des Entsetzens über die Folgen dieser Volksjustiz währte durch einige Zeit im Saale.

Nun erschien Strohbach, nun erst, da er sah, daß das Volk nicht niedergemetzelt worden war, sondern daß es gesiegt hatte. In dem Augenblicke wurden die Gallerien geöffnet, und mehrere Garden mit Waffen drängten sich auf selbe von der linken Seite, natürlich da zur Gallerie rechts, der Zutritt nur mit Karten gestattet war. Diese Garden waren, wie leicht erklärlich, sehr neugierig auf die Verhandlungen, und vergaßen in ihrem Eifer auf Ablegung der Waffen. Die Czechen, auf welchen eine ungeheuere moralische Verantwortlichkeit lastete, mochten über die, freilich

nur gegen die Decke des Saales gerichteten Gewehre erschrocken sein, daher wiesen sie auf dieselben und waren sehr aufgeregt. Löhner ersuchte die Leute auf der Gallerie um Ablegung der Waffen. Darauf zogen sie sich sogleich zurück, legten die Waffen ab, und deuteten mit den Händen, daß sie gar keine böse Absicht hätten. Aber Strohbach und einige czechische Deputirte schlichen zur Thüre hinaus, und ließen sich nicht mehr sehen! Der edle Pohle Smolka, den der frühere Absolotismus wegen sogenannten Hochverrathes schon zum Galgen verurtheilt hatte, der aber begnadiget worden war, übernahm nun als erster Vicepräsident den Vorsitz, und eröffnete, da die Majorität der Deputirten zusammengekommen war, die Sitzung. Löhner stellte den Antrag, den Präsidenten Strohbach in Anklagezustand zu versetzen, er nahm ihn jedoch zurück, da ihn Goldmark beschwor, in diesem Momente keine Feindseligkeiten unter den Gliedern der Kammer hervorzurufen. Ein weiterer Antrag ging dahin, eine Deputation zu dem seit Juli auf Verlangen des Reichstages von Innsbruck zurückgekehrten und in Schönbrunn befindlichen Kaiser zu senden, und ihn zu ersuchen:

1) um Absetzung aller Minister mit Ausnahme des Dobblhof und Hornpostel, und Bildung eines neuen volksthümlichen Ministeriums,
2) um Zurücknahme des an Jellachich erlassenen Manifestes.

Dieser Antrag wurde sogleich ohne Debatte zum Beschlusse erhoben, denn das Centrum war jetzt ohne Halt, da ein Minister erschlagen, die andern, mit Ausnahme Hornpostl's, eines freisinnigen edlen Mannes, unsichtbar waren, und die Czechen nicht gleich wußten, was sie thun sollten.

Noch wurde beschlossen, Seine Majestät um Amnestie für Alles an diesem Tage Vorgefallene zu ersuchen. Dieser Beschluß wurde in der Folge leidenschaftlich getadelt, und doch war er nothwendig. Die aufgeregten, von dem Ministerium selbst herausgeforderten Massen, hätten ohne Amnestie ihre Gewalt gewiß nicht freiwillig aus den Händen gegeben, das Wirken des Reichstages wäre ohne Erfolg geblieben. Zudem was hatte denn das Volk gethan? Es hatte sich gegen die schändliche, ungerechte, teuflische Politik in Ungarn gestemmt, es hatte sich dem im Auftrage der Reaktion anrückenden Militär, welches die Freiheitsbestrebungen Wiens niederdrücken sollte, in Vertheidigung derselben entgegengestellt, und gesiegt. Dieses Vertheidigen, dieses Stemmen gegen die freiheitsfeindliche Gewalt war eine gerechte. Zwar läßt sich der Mord des später von der Reaktion sogenannten edlen Grafen Latour nicht rechtfertigen, aber war diese eine That dem fast zum Wahnsinne aufgestachelten Volke so hoch anzurechnen? war der edle Graf nicht ein Lügner, ein Volks- ein Freiheitsverräther, war er nicht ein Mithelfer zur Menschenhetze zwischen Ungarn und

Croatien, durch welche Tausende hingeschlachtet wurden und noch werden? und hätte ihn, falls ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit bestanden hätte, nicht die härteste Strafe treffen müssen? und wäre es nicht besser gewesen, wo man die Zukunft nicht voraussehen konnte, auch über diese Volksjustiz den Schleier des Vergessens zu ziehen, da auch der Hof und die übrigen Minister zufrieden sein sollten, wenn er nicht von ihrer Handlungsweise gelüftet werde? Der eine Mord des Verräthers und in den Augen jedes Gerechten, des Verbrechers Latour, oder eigentlich dessen Hinrichtung ohne die gewöhnlichen Formen der Justiz, vollzogen durch drei einzelne Individuen, wird noch dazu dem gesammten Volke gar so hoch angerechnet, aber von den wirklichen grauenhaften Mordthaten, welche später von den Croaten, ja von Windischgrätz selbst und zwar von diesem mit Ueberlegung und Kälte, begangen wurden, spricht die Reaktion nicht. Natürlich Latour war General, Graf, Vorstand der Camarilla, da ist es ganz etwas anderes.

Der Reichstag konnte, durfte nicht anders handeln, sollte die Woge des Volkszornes nicht Alles verheeren, und dann, ich dachte, als ich für das Verlangen um Amnestie stimmte, nicht an das Volk, sondern an die verbrecherischen Glieder des Ministeriums, der Camarilla und der ganzen Reaktionsbrut, und wer wird wohl zweifeln, daß, wäre Wien nicht gefallen, das Ministerium und viele Männer der Hofpartei, ohne

der ausgesprochenen Amnestie, von der gesammten Linken wegen Hochverrathes oder wegen des Mißbrauches der Amtsgewalt wären in Anklagezustand versetzt worden, und daß die meisten von jeder Jury hätten verurtheilt werden müssen.

---

## XVI.

**Wirken des Reichstages und der Permanenz in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober. Die Permanenz ist Ursache an der Kanonade bei dem Zeughause. Sturm auf dasselbe. Violand auf der Bastei. Endlich in der Renngasse. Uebergabe des Zeughauses. Das Volk bewaffnet sich.**

Gleich nach diesem so schnell und auch leicht errungenen Siege, war sich Niemand klar bewußt, was nun werden und geschehen sollte. Das Ereigniß, wenn auch geahnt, trat doch so überraschend plötzlich auf; man wußte nicht einmal, wie denn das Alles gekommen, was denn eigentlich die Ursache dieser in einem Nu für diesen Tag entschieden siegreichen Revolution sei. Erst nach und nach konnte man sich das Ganze, aus dem da und dort Erzählten, enträthseln. — Alles wogte auf den Straßen, kein Minister mit Ausnahme des Hornpostel war sichtbar, der Oberkom-

mandant der Garde Streffleur hatte abgedankt, und alle Anfragen drängten sich an den Reichstag.

Da erkannte dieser, daß er die Leitung der Angelegenheiten Wiens einstweilen selbst übernehmen müsse, er erklärte sich in Permanenz, und bestellte zur Erledigung der dringensten Fragen einen Ausschuß aus seiner Mitte, welcher ermächtiget wurde, im Einvernehmen mit einem Minister oder mit dem Reichstage die Exekutive bezüglich der Angelegenheiten Wiens zu führen, und Alles, was ihm im Interesse Wiens nöthig schien, zu verfügen, denn man fühlte wohl, daß die Freiheit und die Zukunft der Provinzen mit Wien in der innigsten Verbindung stehe.

Dieser Ausschuß trat sogleich in Thätigkeit, und es wurde ihm ein Packet mit der Addresse an den Kriegsminister Latour zugestellt. Der Ausschuß beschloß, da dieser nicht mehr am Leben sei, und dringende Angelegenheiten für das Kriegsministerium in dem Packete enthalten sein könnten, dasselbe zu öffnen. Noch wurde auf den Minister Hornpostel gewartet. Da dieser gegen die Oeffnung des Packetes nichts einzuwenden hatte, so wurde von diesem Minister das Siegel selbst aufgeschnitten. In diesem Packete lagen 6 oder 7 Briefe, auch diese öffnete der Minister. Einer dieser Briefe war von Jellachich, worin er um noch mehrere Kanonen und um Zusendung von bereits versprochenen Truppen bat. Also auch wegen den Waffen hatte Latour gelogen. Die übri-

gen Briefe enthielten wie mir scheint, Rechnungen mit der Addresse an General-Commanden, zu deren genauen Durchsicht die Zeit mangelte und die auch nicht wichtig schienen. Auf Ersuchen des Ministers siegelte der Deputirte Violand diese letzteren Briefe mit dem Reichstagssiegel zu, und schrieb auf jeden derselben: Von dem Reichstagsausschusse geöffnet, und setzte seinen Namen darunter. Sonach wurden diese Briefe wenn ich nicht irre, auf die Post zur Weiterexpedition gesendet. Ich erwähne dieses Factums, weil man den Deputirten Violand wegen dieser Brieferöffnung, mit welcher sein Name in Verbindung stand, später verdächtigen wollte.

Die zum Kaiser nach Schönbrunn abgesandte Deputation brachte dessen schriftliche Erledigung auf das Reichstagsansuchen mit, laut welcher er versprach, „ein neues volksthümliches Ministerium mit Beiziehung der gegenwärtigen Minister Dobblhof und „Hornpostel zu ernennen, und mit demselben die zum „Wohl des Staates nöthigen Maßregeln, also auch „die bezüglich Ungarns und Croatiens, zu berathen." Auf die Bitte um Amnestie war keine schriftliche Erledigung erfolgt, jedoch theilte der unter der Deputation gewesene Abgeordnete Borosch mehreren seiner Collegen insgeheim mit, daß der Kaiser mündlich erklärt habe, dieselbe später auszusprechen. Wir werden sehen, wie keines dieser kaiserlichen Versprechen gehalten wurde.

Inzwischen waren, nachdem das Militär aus der inneren Stadt geflohen war, große Volksmassen vor das kaiserliche Zeughaus, welches Eingänge von drei Seiten hat, nämlich von der Renngasse, vom Salzgries und von der Bastei, in der Absicht gezogen, um ihre Erbitterung gegen mehrere in dieses Zeughaus zur Militärbesatzung geflüchtete Garden auszulassen, da diese am Stephansplatz auf das Volk gefeuert haben sollten. Sie begehrten in der Renngasse den Einlaß, die Militärbesatzung verweigerte denselben, und nun kam es zum gegenseitigen Feuern mit Gewehren. Die Masse vergrößerte sich, das Geschrei und die Erbitterung wurde immer heftiger, und man beabsichtigte, in das Zeughaus mit Gewalt einzudringen.

Dieser Vorfall wurde dem Ausschusse angezeigt, und in der Absicht, das Volk von der Bestürmung des Zeughauses abzuhalten, und weiterem Blutvergießen Einhalt zu thun, trug er dem, eben im Einverständnisse mit dem Reichstage und dem Minister neu ernannten provisorischen Oberkommandanten Scherzer, einem Wiener Bürger und Deputirten, — auf, mit der Garde und der akademischen Legion die Straßen zum Zeughause zu besetzen, und nach der Verständigung mit der Besatzung, die Thore desselben zu beziehen. Man erwartete, daß sich dann das Volk beruhigen, und auseinander gehen würde. Hätte dieser Befehl ausgeführt werden können, so wäre die

Ruhe in der Nacht gewiß nicht gestört und in derselben kein weiteres Blut vergossen worden. Ein unglückliches Mißverständniß, das noch nicht allgemein bekannt wurde, und die Unmöglichkeit, die Garden zur Besetzung der Straßen zusammenzubringen, vereitelte aber die Ausführung. Es kam ein vom Studenten-Comitee abgesandter Legionär, ein hochgewachsener Jüngling von 18 bis 20 Jahren, er erzählte von dem stets wachsenden Andrange auf das Zeughaus, und dem heftigen Feuern mit Gewehren und bat um Verhaltungsbefehle für die Aula. Man theilte ihm das bereits Verfügte mit, und damit die auf der Universität befindlichen Studenten sich schnell zum Zeughause verfügen, und die Thore desselben gegen die andringenden Massen schützen, wurde dem Legionär von dem Ausschusse ein Schreiben an das Studenten-Comitee übergeben, mit der darin enthaltenen Weisung, daß sie sogleich das Zeughaus zu besetzen hätten. Die Verwirrung war nun fertig. Die Legion rückte in Folge dieses Befehles vor das Zeughaus, und verlangte Einlaß. Die von dem Verfügten durch den Oberkommandanten noch nicht verständigte Besatzung gab, ohne sich in eine Unterhandlung einzulassen, auf die Studenten Feuer. Diese glaubten irrthümlich, sie hätten den Auftrag, die Thore um jeden Preis zu besetzen, und erwiderten das Feuer. Auch holten sie von der Aula die bereits an diesem Tage eroberten Kanonen, um sobald als möglich dem

vermeintlichen Befehle des Reichstages nachzukommen. Die Kanonen wurden aufgeführt, und mit ihnen gegen das Thor des Zeughauses geschossen. Diese Schüsse wurden vom Zeughause ebenfalls mit einer Kanone beantwortet, und die Kartätschen flogen in die dicht gedrängten bei 80 Schritte entfernten Massen. Doch diese wichen nicht, die Kampfwuth stieg von Minute zu Minute. Indessen war der Legionär wieder in den Ausschuß gekommen und berichtete, daß die Studenten dem erhaltenen Befehle gemäß vor das Zeughaus gezogen, und das Militär aufgefordert hätten, sie zu den Thoren gelangen und selbe besetzen zu lassen, daß man aber auf sie gefeuert habe. Uebrigens, da sie einmal den Befehl erhalten, das Zeughaus zu besetzen, und da sie fest entschlossen seien, dem Reichstage unbedingt zu gehorchen, so hätten sie gleich Kanonen geholt, um, so schwer es auch sei, und so viel es auch zuversichtlich Blut kosten werde, die Befehle des Reichstages auszuführen. Jetzt stürme man, und er gebe sein Wort, der Reichstag werde in Kurzem, wenn auch die halbe Legion zusammengeschossen würde, erfahren, daß das Zeughaus genommen, und von den Studenten besetzt sei. Die anwesenden Ausschußmitglieder waren über diese Mittheilung von Entsetzen erfaßt. Sogleich wurde dem heldenmüthigen Legionär bedeutet, so schnell als möglich zu eilen, und das Feuern den Augenblick einstellen zu lassen, und den Studenten zu sagen, daß sie sich außer den Be-

reich des Feuers von Seite des Militärs zu ziehen, und die Zugänge der Straßen zum Zeughause abzusperren, übrigens sich unter die Befehle des Oberkommandos zu stellen hätten. Gleich darauf erschien der Oberkommandant, und theilte mit, daß die Garden nicht zusammen zu bringen seien, und daß er daher mit den Wenigen die er hätte und dann der Legion, die auch an verschiedenen Orten zerstreut wäre, nicht im Stande sei, die Gassen abzusperren, ferner, daß man gegenwärtig auch schon mit Kanonen gegen das Zeughaus feuere, und eine Verständigung mit der Besatzung unmöglich sei. Er war in der schrecklichsten Lage. Die Stadtgarden, größtentheils Reaktionärs und Feiglinge, waren erschreckt nach Hause geeilt, die Vorstadtgarden hatten sich, da es schon spät war, zum Schutze der Vorstädte und um der Ruhe zu pflegen zurückgezogen, und die von den früheren Commandanten Streffleur dem Oberkommando beigegeben Garde-Officiere waren ganz unwissende Menschen, die man zu nichts, als höchstens zum Schreiben brauchen konnte. Niemand unterstützte ihn, in der Nähe des Zeughauses konnte sein Wort wegen des ungeheuren Lärmens und Geschreies nicht vernommen werden, auch war durch die Menschenknäuel kaum durchzudringen, obgleich sich damals um vielleicht zehn Uhr Nachts kaum 4000 Leute um das Zeughaus herum befanden. Man trug dem Oberkommandanten abermals auf, so viel als möglich Garden und Studenten

zu sammeln, und mit diesen einstweilen nur die Straßen zu sperren. Er versuchte es mit allem nur denkbaren Eifer, aber es gelang ihm nicht.

Inzwischen war von dem Ausschusse auch eine Deputation zu dem commandirenden Generalen Grafen Auersperg, der sich mit seinen Truppen auf dem Glacis befand, mit dem Ersuchen gesendet worden, der Besatzung des Zeughauses den Befehl zu ertheilen, dasselbe von den Garden und Studenten besetzen zu lassen, damit nicht gestürmt, Blutvergießen vermieden, und nicht die Gefahr einer Plünderung herbeigeführt werde. Sie brachte dessen einwilligende Erklärung jedoch mit dem Beifügen, daß, wenn stets auf seine Soldaten im Zeughause gefeuert werde, er jedenfalls denselben zu Hülfe eilen müsse, möchten die Folgen welche immer sein.

Es kam bald darauf ein Student, und berichtete, daß die Legion dem zuletzt ertheilten Befehle gemäß nicht gefeuert hätte, daß jedoch das Militär aus dem Zeughaus auf sie und das Volk, das nicht zum Zurückweichen zu bewegen sei, fort und fort schieße, und er bat um eine Vollmacht des Ausschusses, damit er als Parlamentär desselben, sich mit dem Militär verständige, und dasselbe auffordere, die Feindseligkeiten einzustellen, und die Thore sowohl zu seinem eigenen Schutze als dem des Zeughauses von den Studenten und den gesammelten wenn auch wenigen Garden beziehen zu lassen. Es wurde ihm die Voll-

macht gegeben, er nahm eine weiße Parlamentärs-Fahne, wurde aber, als er sich dem Thore des Zeughauses näherte, durch einen von einem Soldaten abgefeuerten Schuß zu Boden gestreckt. Nun kannte die Wuth des Volkes keine Gränzen, da man so perfider Weise sogar einen Parlamentär zusammengeschossen hatte. Das Volk bemächtigte sich der Kanonen, feuerte mit denselben und Gewehren, kletterte auf die Fenstergitter des Zeughauses um sie auszuheben, wo doch aus denselben geschossen wurde, versuchte Löcher in die dicken Mauern zu brechen; es fuhr auch mit einer Kanone auf die Bastei, und schoß von dort, gleichfalls in das Zeughaus. Es donnerte von allen Seiten in der finsteren Nacht. Da bestimmte der Ausschuß einige der Deputirten, um sich unter das Volk zu begeben, und es zu bewegen, das Feuern einzustellen. Ich ging mit dem entschlossenen Violand, der eine weiße Fahne trug, auf die Bastei. Auf dem Wege dahin, begegneten wir sehr wenig Leuten, nur in der Renngasse bei dem Zeughause erblickten wir 500 bis 800 fast schäumende Menschen, und ungefähr ebenso viele trafen wir auf der Bastei. Als wir dort anlangten, brannte man so eben, drei Schritte von uns entfernt, eine Kanone ab, und aus dem Zeughause fielen beständig Schüsse, die jedoch fast alle zu hoch gingen. Als die Leute, größtentheils Arbeiter erfuhren, daß wir Deputirte seien, erhob sich ungeheuerer Jubel. Violand setzte sich auf die Schulter

eines Menschen. Er beschwor die Umstehenden sich zurückzuziehen. Er stellte ihnen vor, daß jeder Schuß nur die Gefahr vermehre, indem die Stadtthore schlecht besetzt seien, auf den Straßen Niemand zu erblicken wäre, und daß sich nur mehr in der Renngasse so wie auf der Bastei 500 bis 800 Menschen befänden, und daß, wenn Auersperg auf das beständige Feuern, wie er gedroht, in die Stadt zum Entsatze des Zeughauses rücke, ihnen der Sieg des Tages entrissen werden würde, er stellte ihnen vor, daß Auersperg ohnedieß mit der Besetzung des Zeughauses durch Garden und Studenten einverstanden sei, daß nur die Besetzung noch nicht habe vorgenommen werden können, weil man in der Nacht die Garden und die akademische Legion nicht zusammengebracht hätte, daß aber die Besetzung zuversichtlich Morgens Statt finden würde, er bat, er beschwor sie durch vielleicht zehn Minuten. Endlich, endlich versprachen die Leute sich zurückzuziehen. Als wir zurückwollten, kamen wir durch einen neuen wüthenden unter sich schreienden Menschenknäuel. Die Leute waren von Erbitterung wie berauscht. Einer faßte den im Volke wohlbekannten Violand bei der Brust und einem Arm, und konnte fast nicht enden, ihm und auch mir seine Wuth gegen das Militär, die in das Zeughaus geflüchteten Stadt-Garden, die Minister Latour, Wessenberg und Bach, dann die Erzherzogin Sophie und die Erzherzoge Franz Carl und Ludwig in die Ohren zu

schreien. Er rief, er lasse uns nicht fort, wenn wir nicht versprechen, in der Kammer den Antrag auf die Verbannung der letzten drei Personen auf zwei oder drei Jahre zu stellen. Die ihn umgebenden stimmten und tobten beifällig zu. In dem Gedränge konnten wir uns kaum rühren. Violand suchte, so wie ich, diese aufgeregten Menschen zu besänftigen, und er erklärte, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, diesen Antrag zu stellen, daß übrigens Jeder aus dem Volke das Recht habe, seine Wünsche mittelst einer Petition vor die Kammer zu bringen. Alles schrie, ja wir werden eine überreichen; gleich morgen. Es soll auch, wie später Deputirte unter sich erzählten, eine derartige Petition eingebracht worden sein. Noch mußte ihnen Violand versprechen, ihr Verlangen wenigstens in der Kammer zu erzählen, und zu sagen, gegen wen sie erbittert seien, und wen sie als die Ursache alles Unheils in Oesterreich betrachten. In der Kammer berichtete Violand über das Resultat unserer Sendung, und auch von den gehörten Aeußerungen des Volkes. Ein gewisser Herr Dunder bemerkt in seiner, von Lügen und reaktionären Verdrehungen und Denuntiationen strotzenden Schrift über die Oktober-Revolution, daß Violand diese Erzählung von der Verbannung mehrerer Glieder des kaiserlichen Hauses wohl erfunden haben dürfte, um das Volk gegen dieselben aufzuregen, und daß er nicht gehört habe, daß das Volk irgendwo derlei freche Begehren ge-

stellt hätte. Nun ich bestätige die Wahrheit dessen, was Violand berichtete, und wer den Deputirten Violand näher kennt, der weiß, daß er nicht lügt, und daß er so viel Muth besitzt und sich nicht im Mindesten gescheut haben würde, sogar einen Antrag auf die Verbannung der Erzherzogin Sophie und des Erzherzogs Ludwig zu stellen, wenn er es für nöthig erachtet hätte, und ein solcher Antrag hätte wohl mehr Wirkung gehabt, als die Erzählung dessen, was sich wirklich ereignete, und übrigens, wer nur ein Bischen herumgekommen, und nicht so servil ist, dem Hofe weiß machen zu wollen, daß die Erzherzogin Sophie und Erzherzog Ludwig geachtet und geliebt werden, der muß wohl zugeben, daß in ganz Oesterreich, von dem Volke fast Niemand so gehaßt wird, als diese zwei Personen, und daß gerade die Erzherzogin Sophie von allen Ständen als die Leiterin, als die Erfinderin aller Schändlichkeiten des österreichischen Cabinets angesehen wird; ob mit Recht oder nicht, das kann ich übrigens nicht entscheiden. Zudem wer damals in der Sitzung war, wird auch wissen, welchen fast nie gehörten Beifallssturm unter dem, nicht zum sogenannten Pöbel gehörigen Publikum jene Erzählung hervorrief *).

---

*) In dem stenographischen Protokolle vom 6. und 7. Oktober ist des Beifallssturmes nicht erwähnt, auch sind Violands Bericht und die Reden aller übrigen Deputirten sehr

Kaum hatte Violand seinen Bericht geendet, und kaum waren wir in den Ausschuß zurückgekehrt, so fing die Kanonade von Neuem an. Nun begaben sich der jugendliche Kudlich und der bejahrte Pole Stobnicki als Parlamentäre unter das Volk. Dieses hatte sich von der Renngasse auf die Freiung zurückgezogen, um von den aus dem Zeughause fallenden Schüssen nicht so leicht getroffen zu werden. Die beiden Deputirten beruhigten es für den Augenblick und sie beabsichtigten, auch mit der Besatzung zu sprechen; sie gingen daher mit Fackelträgern und der weißen Fahne allein in die Renngasse, blieben je beiläufig zwanzig Schritte stehen, ließen sich und die Fahne beleuchten und riefen, wir sind Reichstags-Deputirte, Parlamentärs. So gelangten Sie bis zum Thore des Zeughauses, welches in der Mitte der Straße ist. Da krachten aus den Fenstern desselben mehrere Schüsse, ein Fackelträger sank todt zur Erde, und dem Stobnicki ging gehacktes Blei in den Schenkel, ohne ihn jedoch stark zu beschädigen. Sie ermahnten noch das Volk, vom Feuern abzulassen, da ohnedieß am Morgen auf Befehl des Grafen Auersperg, bis sich nur genug Garden und Studenten eingefunden hätten, das Zeughaus übergeben

---

abgekürzt, woran die Unaufmerksamkeit und Erregtheit an diesem Tage der sonst sehr guten Stenographen, oder vielleicht eine Censur Schuld sein mag.

werden würde. Einige Zeit wurde das Schießen eingestellt, aber bald fing es wieder an, und auf der Bastei steckten die Stürmenden das Zeughaus in Brand, um sich den Eingang zu erzwingen. Dieser Brand machte jedoch keinen bedeutenden Schaden und wurde nach einigen Stunden gelöscht.

Das beständige Feuern brachte uns fast zur Verzweiflung. Wir hatten nicht eine Minute Ruhe. Eine Deputation, eine Anfrage drängte die andere, man verlangte vom Ausschusse Pulver, Kugeln, Patronen, Kapseln, Zünder, Visitationen, man brachte Klagen, und Alles, Alles wollte befriedigende Erledigung. Diese Nacht wird mir nie aus der Erinnerung kommen.

Es erschien gegen 3 Uhr Morgens ein junger Mann, der sich anbot, einen Palamentär durch den vom Volke am Salzgries nicht beachteten Eingang in das Zeughaus zu bringen. Kudlich ging mit ihm, und blieb vier bis fünf Stunden aus, so daß wir um ihn in großer Besorgniß waren. Indessen hatte er dort den Soldaten zugeredet, nicht zu feuern, ihnen die Erklärung Auersperg's mitgetheilt, und sie ermuthiget, denn sie waren in furchtbarer Angst; einige weinten sogar, da sie nicht wußten, was in der Stadt vorging, von einer Hülfe der Garnison nichts sahen und hörten, und vor der Wuth des von allen Seiten anstürmenden Volkes erschreckt waren, und nicht hoffen konnten, sich bei Tage zu halten.

Die wirklich in das Zeughaus geflüchteten Stadtgarden waren schon vor Kudlichs Kommen aus demselben entwischt.

Am Morgen des 7. Oktobers drängte sich wieder Alles in den Straßen, und nachdem es dem Oberkommandanten gelungen war, einige Garden und die akademische Legion zusammen zu bringen, wurde das Zeughaus dem mit Auersperg getroffenen Uebereinkommen gemäß, denselben unter Anführung von Reichstags-Deputirten und durch Vermittlung des muthigen Kudlich, der sich bei dieser Gelegenheit, so wie die ganze verflossene Nacht der größten Gefahr aussetzte, übergeben. Das besorgte Militär zog unter dem Jubel und unter Theilnahmsbezeugungen des Volkes auf einem Umwege ruhig zu Auersperg. Es war höchste Zeit, denn sonst wäre das Zeughaus ohne Zweifel von der ganzen Masse unter noch mehrerem Blutvergießen gestürmt und genommen worden.

Das der Garde nicht eingereihte Volk hatte Mißtrauen zu der Garde, und da sich Auersperg's Truppen nicht in die Casernen zogen, sondern im Schwarzenbergischen Garten eine drohende Stellung einnahmen, so drängte es sich in das Zeughaus, und bemächtigte sich zu seinem Schutze der darin befindlichen Waffen. Die Garden und Legionäre konnten nicht widerstehen.

---

## XVII.

**Die Entführung des Kaisers nach Ollmütz und dessen Drohung. Geheime Besprechung der Deputirten. Die Mittheilung des Ministers Kraus. Violands Antrag, eine provisorische Regierung einzusetzen. Eine Deputation wird dem Kaiser nachgesendet. Komischer Empfang dieser und jeder nachfolgenden Deputation. Stadion redet dem Borosch zu, ein Ministerium anzunehmen.**

Während dessen hatte sich in der Kammer die Nachricht verbreitet, der Kaiser sei auf der Flucht, und der nun erschienene Minister Kraus habe eine Mittheilung zu machen. Die Deputirten kamen überein, sich früher, bevor diese Angelegentheit öffentlich zur Sprache käme, insgeheim zu besprechen, was nun zu thun sei. Dieß wurde für nothwendig befunden, um das Volk durch allfällige, hitzige, langdauernde Debatten nicht noch mehr aufzuregen. Man unterließ auch, in der Kammer auf eine geheime Sitzung anzutragen, um die Spannung und dadurch die Unruhe

nicht zu vermehren. Der Präsident setzte die Sitzung auf einige Zeit aus, und die Abgeordneten begaben sich in den zum Lesezimmer hergerichteten kleinen Redoutensaal.

Ueber das, was hier gesprochen wurde, existirt kein Protokoll, und meines Wissens ist diese wichtige Besprechung nicht allgemein bekannt. Ich will sie daher jetzt mittheilen, da der Grund aufgehört hat, sie ein Geheimniß sein zu lassen.

Der Minister Kraus stieg auf einen Tisch und las uns das ihm zugestellte Schreiben des Kaisers vor, in welchem er ihn ersuchte, die angeschlossene Proclamation als Minister zu contrasigniren. In der Proklamation erklärte der Kaiser, er habe sich wegen der in Wien eingetretenen Gräuel von Schönbrunn entfernt, um der unterjochten Wiener Bevölkerung Hülfe gegen die Rebellen zu bringen. Kraus, welcher einsehen mochte, wie gefährlich für ihn die Contrasignirung dieser Proklamation, dem jetzt die Gewalt in Händen habenden Volke gegenüber, werden könnte, bemerkte sogleich, daß er als Minister dem Kaiser zu diesem Schritte nicht würde gerathen haben, daß er demnach die Proclamation nicht contragsigniren werde. Allseitiger Beifall wurde ihm zu Theil. Nun fragte es sich, was zu thun. Die heimliche Flucht des Kaisers war offenbar Resultat der Umtriebe der Hofparthei, welche entweder, durch den 6. October und das an diesem Tage gegebene kaiserliche Versprechen

gezwungen, alle ihre Pläne scheitern lassen, oder mit Gewalt so wie gegen die Ungarn auch gegen Wien auftreten mußte. Diese durch die Hofparthei bewirkte Flucht des Kaisers ließ das größte Unheil voraussehen. Das Volk in der höchsten Erbitterung, das Militär ungewiß, wem es gehorchen sollte, die Officiere wüthend über die Ermordung des Kriegsministers, der Reichstag und der Minister entfernt vom Kaiser, zu dem die Besorgniß vor der angedrohten Gewalt gegen Wien, diese Umstände erfüllten mit trüber Ahnung die Brust eines Jeden. Ein Deputirter, ich weiß nicht mehr, wer es gewesen, trug an, wir möchten übereinkommen, den Minister zu ersuchen, derselbe möge in der öffentlichen Sitzung seine Erklärung wiederholen, und die Kammer möge dann beschließen, den Auersperg aufzufordern, sich ruhig in die Kasernen zn begeben; ferner eine Deputation an den Kaiser zu senden, und ihn um seine sogleiche Rückkehr, und Bestellung des versprochenen volksthümthümlichen Ministeriums anzusuchen, da nur durch seine Entfernung eine Gefahr und zwar die größte für die Monarchie selbst herbeigeführt werde. Noch einige Deputirte sprachen in diesem Sinne. Nachdem sich durch geraume Zeit kein weiterer Redner gemeldet hatte, ergriff der energische Violand das Wort, und forderte nach kurzer Begründung im Interesse der constitutionellen Monarchie auf, in der Kammer nach vorläufiger Mittheilung der Flucht des Kaisers,

sogleich eine provisorische Regierung bis zu dessen pflichtschuldiger Rückkehr zu bestellen, jeden vor seiner Rückkehr von ihm unternommen werdenden Regierungsakt im Voraus für ungesetzlich zu erklären, hievon den Kaiser und den Commandirenden Wiens, den Grafen Auersperg, zu verständigen, und letzterem zu befehlen, ungesäumt die Kasernen zu beziehen. Nichts wäre natürlicher und nothwendiger gewesen, als diesen Antrag anzunehmen, denn es war vorauszusehen, daß der von der Hofparthei in ihrem Interesse mißbrauchte, entführte, demnach bei seiner Schwäche der Freiheit beraubte Kaiser von ihr nicht zurückgelassen werden würde, ja daß seine sogleiche Rückkehr für jeden Fall unmöglich sei, und daß, wenn man die Freiheit nicht der höchsten Gefahr aussetzen wolle, ein energischer Schritt geschehen müsse. Was sollte der Reichstag ohne dem Kaiser mit dem Reste des zerstiebten Ministeriums machen, wenn er sich nicht entschloß, ein Provisorium zu treffen? Der Kaiser hatte gedroht, Wien, ja vielleicht ganz Oesterreich mit Waffengewalt zu überziehen, der Minister, die Volksvertreter billigten nicht seine Absicht, war da, in diesem Conflickte, wo der Kaiser, der provisorische Kaiser gegen das souveräne Volk als Gegner auftrat, nachdem er den Sitz des Reichstages verlassen hatte, wo ferner, wie wenigstens zu vermuthen war, er entführt worden, und keinen freien Willen hatte, — war da, so frage ich, die Einsetzung

eines weiteren Provisoriums nicht die gebotene heilige Pflicht des Reichstages? Die Entschlossenen zeigten ihre Zustimmung mittelst Beifalles, aber es waren leider viele, viele Unentschiedene; man sah den Armen die Angst und Verlegenheit an. Niemand sprach meines Erinnerns gegen Violand's Antrag, er blieb jedoch in der Minorität, und um nicht gegen diese die Erbitterung des Volkes hervorzurufen, wurde er in der Kammer nicht mehr vorgebracht.

In der öffentlichen Sitzung wiederholte der Minister Kraus seine Mittheilung und Erklärung unter donnerdem Beifall des ganzen Hauses, und hiedurch wurde er vom Volke als Minister rehabilitirt. Dann wurde der oberwähnte in der geheimen Zusammenkunft der Deputirten erst erwähnte Antrag gestellt, und angenommen, und eine Deputation begab sich zum Kaiser, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Doch es begaben sich noch gar viele Deputationen zu dem nach Ollmütz geflüchteten Kaiser, und was die Linke vorausgesehen, ging in Erfüllung. Keine Deputation konnte allein mit ihm sprechen, keiner gab er in seiner beständigen Umgebung, welche meistentheils aus der Erzherzoginn Sophie, einigen Erzherzogen und Militärs bestand, eine genügende ja nur passende Antwort, sondern er behändigte jeder, nur einen, weiß Gott von welchen Leuten angeschriebenen, aus der Tasche gezogenen Zettel als Erwiderung. Er kam nicht zurück, und bestellte vor dem

November gar kein, und nach dem November kein volksthümliches neues Ministeriuum, wie er doch am 6. October zugesagt hatte.

Der Deputirte Stadion sprach zwar noch an dem 7. October mit Borosch, und suchte ihn zu bewegen, im Falle des Wunsches von Seite des Hofes, das Ministerium des Innern zu übernehmen.

## XVIII.

**Der General Auersperg verweigert dem Reichstag den Gehorsam. Antrag ihn anzugreifen. Jellachich fällt in Niederösterreich ein. Das vom Reichstage anerkannte Ministerium. Minister Kraus als Chamäleon. Das Wirken der Czechen. Die terrorisirte Linke. Die Halbheit und Zaghaftigkeit der Kammer.**

Das Augenmerk des Reichstages war nunmehr vorzüglich darauf gerichtet, die Gemüther der Wiener zu besänftigen, und die Ruhe herzustellen. Man erkannte, daß es zur Erreichung dieses Zweckes unumgänglich nöthig sei, daß sich Auersperg mit seinen Truppen in die Kasernen ziehe. Der Minister Kraus und der Reichstagsausschuß oder wie er gewöhnlich kurzhin genannt wurde, die Permanenz, forderten ihn auch hiezu auf. Auersperg gehorchte aber den Weisungen des Ministeriums und des Ausschusses nicht, sondern gab nur ausweichende Antworten. Ich war damals empört über das Benehmen dieses Generalen,

und ich stimmte mit Freude in den Antrag eines Ausschußmitgliedes, welcher am 7. oder 8. September Abends gestellt wurde, und dahin ging, den Auersperg wegen seines Ungehorsams sogleich seiner Stelle zu entsetzen, und dem Nationalgarde-Obercommando aufzutragen, daß es in dem Falle, als die Truppen nicht gutwillig die Kasernen bezögen, das im Schwarzenberg'schen Garten aufgeschlagene Feldlager mit Kanonen beschieße und stürme, denn man konnte die Soldaten um so weniger in dieser drohenden Stellung belassen, als der Kaiser erklärt hatte, er wolle gewaltthätig gegen Wien verfahren, und als er sich, ungeachtet der Erklärungen und Beschlüsse des Reichstages von seinem unverantwortlichen Vorhaben nicht abbringen ließ. Man mußte energisch handeln oder lieber gar nichts unternehmen. Den eben erwähnten Antragsteller nenne ich einstweilen nicht, aus Besorgniß, daß man ihn wegen desselben in eine Untersuchung verwickeln wollte. Leider blieb dieser Antrag in der Minorität, aber blos deßhalb, weil die Majorität ein Nachgeben des Kaisers erwartete, und nicht nutzlos, wie sie vermeinte, Blut vergießen wollte.

Das Volk war auch der Ansicht der Minorität, es brannte vor Kampfbegierde, denn die Stellung der Auersperg'schen Truppen beängstigte es sehr, um so mehr, als es erfuhr, daß Jellachich, der Bandenführer und Rebell, nach einer erlittenen Niederlage

in Niederösterreich eingefallen sei, und sich gegen Wien ziehe. Wäre damals der Angriff angeordnet worden, Auersperg hätte sich nicht eine Viertelstunde halten können. Er hatte nur wenige Kanonen, während die Wiener damals schon wenigstens 50 hergerichtete Stücke besaßen, und seine ganze zusammengezwängte Macht sich nur auf 8000 höchstens 10,000 Mann belaufen mochte, da 5000 Mann, um die Entführung des Kaisers zu sichern, ihn begleitet hatten. Doch leider, der Befehl zum Angriffe wurde dem, darnach sogar ungestüm verlangenden Volke, nicht ertheilt.

Der Reichstag, um den allfälligen Zuzug der Truppen zu verhindern, und um die Stadt nicht noch größerer Aufregung und der größten Gefahr auszusetzen, befahl den Eisenbahndirektionen, keine Truppen nach Wien zu befördern. Auch forderte er den Ban Jellachich, der als croatischer Bandenführer den österreichischen Boden betreten hatte, auf, das österreichische Gebiet sogleich zu verlassen. Da er sich aber nicht entfernte, er sogar erklärte, daß er nur dem Befehle des Kaisers, eigentlich nur dem des Hofes gehorchen werde, demnach ein Angriff gegen Wien zu besorgen war, so wurde der Gemeinderath und das Ober-Commando der Nationalgarde, sowohl von dem Reichstage als dem Minister Kraus beauftragt, Wien gegen einen etwaigen Angriff zu vertheidigen, und es wurden die hiezu nöthigen Gelder von dem

Ministerium angewiesen. Weiters beschloß der Reichstag, daß bis zur Bestellung eines neuen Ministeriums nur die Minister Hornpostel, Dobblhof und Kraus als solche anzusehen seien. Da aber Hornpostel, in Folge Ansuchens des Kaisers, ihm wegen der verlangten Contrasignation einiger Verfügungen nachgereist war, und dann, da er die beabsichtigten Schritte nicht verantworten zu können glaubte, sein Portefeuille niederlegte, und da Dobblhof, wie es allgemein hieß, erkrankt war, so hatte der Reichstag blos den Minister Kraus an seiner Seite. Dieser Kraus ist ein merkwürdiges Chamäleon, früher ging er ganz mit Wessenberg, Bach und Latour, nun war er mit Allem und Allem einverstanden, was die Kammer, was der Ausschuß beschloß, und nach dem October ging er wieder mit Bach und Stadion und er ist noch heute Minister. Er klagte, daß das Militär ihm nicht gehorche, er war mit dem Hofe nicht zufrieden, er gab dem Reichstage Recht, er bedauerte später, daß Wien unterliege, aber sein Verhalten war doch immer passiv. Man konnte aus ihm nicht recht klug werden. Dabei hatte er eine anstaunenswerthe unverwüstliche Heiterkeit, er arbeitete von früh bis in die Nacht um 1 auch 2 Uhr mit einer bewundernswerthen Leichtigkeit. Er tröstete den Ausschuß immer mit der Hoffnung, daß der Kaiser schon nachgeben, und sein Versprechen erfüllen werde, und der Ausschuß und der Reichstag waren so naiv, diese

Hoffnung wirklich zu haben, sie verschoben alle Maßregeln, die sie später gerne unternommen hätten, die aber dann nicht mehr ausführbar waren.

Die Czechen arbeiteten indessen daran, den Reichstag selbst zur Auflösung zu bringen, und obgleich sie noch am 6. oder gar am 7. October ihr Wort gegeben hatten, in Wien zu bleiben, gingen doch alle, bis auf den ehrlichen Sidon und Sadil in ihre Heimath. Sie glaubten, das Centrum würde aus Feigheit ihrem Beispiele folgen, wornach der Reichstag nicht beschlußfähig wäre, und sie dachten, sei einmal die Kammer aufgelöst, dann könnte Wien leicht bezwungen, und ihre Absicht doch erreicht werden. Also sie gingen, und verbreiteten in ihrem Lande noch eine ganz unwahre lügenhafte Darstellung der Wiener Ereignisse, und gaben sich den Anschein, als wäre ihr Leben bedroht worden. Mir und dem ganzen Ausschusse, und dem wurde doch jede Kleinigkeit gemeldet, ist von einer solchen Bedrohung kein Wörtchen bekannt. Auch diesmal waren sie Schuld an den nachgefolgten Gräueln, denn wären sie, wäre die ganze Kammer geblieben, ich bin überzeugt, der Hof hätte gegenüber allen Vertretern des Volkes, und bei deren Einigkeit, nie sich unterfangen, das zu unternehmen, was er vollführte. Die Auflösung des Reichstages gelang aber nicht; das Centrum blieb wider Vermuthen. Doch gerade, daß der Plan der Czechen nicht gelungen, das war das Unglück. Besser

wäre es gewesen, ja nach meiner gegenwärtigen Ueberzeugung, — damals hatte ich leider auch eine andere, — hätte das Volk und mit ihm die Freiheit unzweifelhaft gesiegt, wäre, — da schon einmal fast die Hälfte der Deputirten fortgegangen war, die Auflösung der Kammer erfolgt. Was war von dieser Kammer zu erwarten, wo die Linke nicht einen einzigen energischen, zweckdienlichen Antrag ohne der Gefahr stellen konnte, daß das Centrum davon laufe, und dadurch die Kammer unbeschlußfähig mache, was damals die Linke, da sie die Zukunft nicht kannte, vermeiden wollte; was war in diesem Augenblicke von der Kammer zu erwarten, wo die Linke von dem feigen unwissenden Centrum terrorisirt wurde? Wäre die Kammer nicht gewesen, dann wäre aus innerer Nothwendigkeit eine Diktatur von selbst entstanden, und von der war Energie mit Bestimmtheit vorauszusetzen. Die Kammer faßte nur schwankende und Verwirrung hervorrufende Beschlüsse. Sie setzte das ganze Volk in Opposition gegen den Hof, sie verordnete allgemeine Bewaffnung, sie stachelte die Kampflust auf, und dann zog sie sich feige zurück, um, falls es schlecht ginge, die Verantwortung von sich abzulehnen. Nachdem einmal der Kaiser den Wienern, und mit ihnen, trotz aller gleißenden Worte, der Freiheit selbst den Krieg erklärt hatte, was der Reichstag wohl erkannte, und nachdem das Ministerium diese Kriegserklärung des Kaisers als unver=

antwortlich bezeichnete, indem es die Contragsignatur unter dieselbe verweigerte, so blieb nichts anderes übrig, als offen zu erklären, daß sich der Kaiser außer dem Gesetze befinde, und ihm als Rechtverletzer entschlossen entgegen zu treten. Das wäre die Pflicht einer Volksvertretung gewesen. Zugleich hätte sie eine provisorische Regierung, bestehend aus wenigen Gliedern, für so lange einsetzen müssen, bis der Kaiser als Bevollmächtigter des Volkes seine Schuldigkeit erfüllt, oder bis eine, in Folge des jedem Volke zustehenden Rechtes und in Folge der kaiserlichen Erklärung vom 15. Mai, neu ausgeschriebene Versammlung mit unbeschränkter Vollmacht, dem Kaiser als Bevollmächtigten die Vollmacht zur Regierung abgenommen hätte. Wäre aber auch eine solche provisorische Regierung nicht eingesetzt worden, so hätte der Reichstag, der eigentlich das Provisorium selbst schon übernahm, den widerspenstigen Auersperg sogleich angreifen, und die Ungarn auffordern müssen, den Jellachich auf österreichischem Boden zu verfolgen, auch wären einige tausend Mann dem Windischgrätz entgegen zu senden gewesen, mit der Aufforderung an jedes ohnehin nur nach und nach anrückende Bataillon, die Waffen zu strecken, und im Falle des Widerstandes hätte es niedergehauen, und ihr Führer als Hochverräther behandelt werden müssen. Endlich hätte der Reichstag den allgemeinen Landsturm aufzubieten gehabt. Bei solchem energischen pflichtge-

mäßen Vorgang, wäre Wien unmöglich gefallen, und die Freiheit hätte gesiegt. Der Reichstag that aber Alles nur halb, und führte dadurch namenloses Unglück herbei. Damals hätte mit wenigen Blutstropfen die Freiheit befestiget werden können, jetzt aber wird das Blut noch früher in Strömen fließen, bevor die Demokratie die Menschen beglückt. Sein Schwanken, seine Unentschlossenheit ist aus jeder seiner Verfügungen zu ersehen. So setzte er keine provisorische Regierung ein, er der vielköpfige Körper, führte sie aber selbst; er befahl dem General Auersperg, aber er exekutirte nicht den von diesem unbeachtet gelassenen Befehl; er erklärte den Jellachich als Feind, er befahl dem Volke Wiens, sich gegen ihn mit Waffen zu vertheidigen, aber er verbot den Angriff; er forderte die, um die Erlaubniß ansuchenden Ungarn, den Jellachich auf österreichischem Boden verfolgen zu dürfen, hiezu nicht auf, erklärte aber, daß er ihnen die Verfolgung nicht verboten habe; er verbot der Eisenbahn, Truppen gegen Wien zu transportiren, aber er stellte dem anrückenden Windischgrätz keinen Widerstand entgegen. Er selbst wagte nicht, den Landsturm aufzubieten, aber er forderte doch durch das Obercommando die in der Umgebung Wiens befindlichen Garden zur Unterstützung der Hauptstadt auf, und über die mehrfältigen Anfragen des Gemeinderathes, ob er berechtiget sei, den Landsturm zu organisiren, wurde ihm vom Ausschusse

stets versichert, daß er allerdings dazu berechtiget wäre, indem der Reichstag das Benehmen des Jellachich und des Windischgrätz, was später geschah, für ungesetzlich erklärt, sonach der Stadt Wien und Jederman das Recht zur Vertheidigung gegen deren ungesetzliche Angriffe ertheilt habe.

Ich habe gesagt, daß die Ungarn bei dem constituirenden Reichstage um die Aufforderung ansuchten, den Jellachich auf österreichischem Boden zu verfolgen. Ich komme darauf zurück. Warum sie ansuchten ist mir klar, — weil von ihnen besorgt wurde, daß in dem Falle, als sie den österreichischen Boden ohne Bewilligung des Reichstages betreten, eine fremde Intervention Statt fände, und weil sie diese Besorgniß in ihrem Benehmen unsicher machte. Aber daß der Reichstag diese Aufforderung unterließ, das freundschaftliche Anerbieten Ungarns nicht mit beiden Händen erfaßte, um den Czingischan Jellachich, wie er einmal in der Kammer genannt wurde, für seine Frechheit zu züchtigen, das ist für ihn wahrlich unverantwortlich, denn der Kaiser hatte jetzt den Krieg nicht blos der Freiheit in Ungarn, sondern auch der in Wien und dadurch der in allen Provinzen erklärt, und den Jellachich, der unter keinem Ministerium stand, vor die Mauern Wiens beordert. Nachdem einmal der Reichstag diesen Wegelagerer als Feind Oesterreichs hingestellt und ihm aufgetragen hatte, den österreichischen Boden zu verlassen, und

er diesen Befehl nicht nur gar nicht respektirte, sondern sogar bald darauf die Landleute eigenmächtig entwaffnete, Requisitionen ausschrieb, Wien umzingelte, und nach Wien Granaten abfeuern ließ, also da der Kampf begann, ohne daß man mußte, was Jellachich oder der Hof fordere, da war der Reichstag berechtigt und verpflichtet, alle Mittel zu ergreifen, um ihn zu vernichten. Ein Angriff vor der vorausgesehenen Vereinigung des Jellachich mit Windischgrätz war von der Klugheit geboten, denn man durfte den Feind nicht verstärken lassen, und Wien, — das konnte sich offenbar nur eine Zeit lang vertheidigen, es mußte aber, um nicht endlich doch zu unterliegen, durch die Ungarn und den Landsturm entsetzt werden. Alles dieses war ganz klar, doch meine heftigen Vorstellungen und die, der mir an Gesinnung und Entschlossenheit gleichen Freunde fanden im Ausschusse keinen Anklang, wir blieben in der Minorität, und der schwankende Reichstag führte gränzenloses Elend herbei. Der Reichstag oder eigentlich der Ausschuß war noch dazu in allen seinen Gliedern der Ansicht, daß ihm das Recht zustehe, die Ungarn zu Hülfe zu rufen, aber die Majorität gab vor, daß sie glaube, die Ungarn würden, selbst über eine Aufforderung zur Verfolgung des Jellachich, denselben doch nicht angreifen, denn wäre das ihre Absicht, so würden sie den Reichstag nicht erst befragen; — man käme durch eine solche direkte Aufforderung in Collision mit dem Hofe; — man

vermehre nur die Gefahr für das Volk und kurz die Majorität wand sich in erbärmlicher, wirklich ekelerregenden Angst und Zaghaftigkeit herum. Man unterließ den Ruf an die Ungarn, aber man sagte ihren Abgesandten, der Reichstag verbiete ihnen durchaus nicht, den Jellachich auf österreichischem Boden zu verfolgen; wenn sie zum Entsatze Wiens herankämen, wäre man darüber sehr erfreut, und dergleichen mehr. Ja, damit die Ungarn wirklich sehen, daß der Reichstag mit ihnen sympathisire und die Verfolgung gegen Jellachich wünsche, so erließ der Ausschuß eine Verständigung, worin er erklärte: „Es hat sich in der Stadt das Gerücht verbreitet, „daß der Reichstag den ungarischen Truppen verbo„ten habe, die österreichische Gränze zu überschreiten. „Ein solches Verbot ist vom Reichstage nicht ausge„gangen," — und dieses Plakat wurde den ungarischen Bothen zum Beweise mitgegeben, daß der Reichstag gegen ihren Einmarsch in Oesterreich gewiß nichts einwenden werde.

## XIX.

**Die provisorischen Nationalgarde-Oberkommandanten Scherzer, Braun, Spitzhüttel, Messenhauser. Der Generalstab. Die Mobilgarde. Die Vertheidigung Wiens wird von Messenhauser und Bem im Einverständnisse mit dem Reichstage geleitet. Das Oberkommando und der Gemeinderath ertheilen eine schriftliche Vollmacht zur Organisirung des Landsturms. Die Czechen in Prag und Ollmütz. Welker und Mosle. Blum und Fröbel.**

Der erste provisorische Oberkommandant Scherzer that sehr wenig Entscheidendes, er war kein Militär. Der zweite, Braun, beschäftigte sich mit Kleinigkeiten, mit Aufstellung jeder einzelnen Wache, aber nicht mit der Leitung im Großen, von der er, nach meiner Ansicht nichts verstand, wie zur Genüge diese seine Aeußerung beweisen dürfte, daß nur die innere Stadt vertheidiget werden könne. Alles war zu der Zeit voll Muth, voll Kampfbegierde, aber bei der

Taktlosigkeit des Obercommandanten, und bei dem gänzlichen Mangel eines Organisirungstalentes unter den ihn umgebenden Officieren entstand unter den Garden Wiens, und unter der Bevölkerung nur heillose Verwirrung und Entmuthigung. Als sich endlich Braun aus dem Chaos, in das er hineingerathen war, nicht mehr herauszuhelfen wußte, dankte er in der Nacht vom 11. auf den 12. October ab. Auf Empfehlung einiger Deputirten, wurde von der Permanenz der ehemalige k. k. Officier Wenzel Messenhauser, der im März 1848 quittirt hatte und zurückgezogen, kümmerlich lebte, sogleich vorgeladen, und aufgefordert, das Obercommando zu übernehmen. Er erklärte sich unter der Bedingung hiezu bereit, wenn ihm freigestellt werde, sich einen Generalstab zu bilden. Dieß als ganz natürlich und nothwendig wurde gebilligt, und er übernahm noch in der Nacht, in demselben Augenblicke das Obercommando. In der Frühe sollte ihm sein Anstellungsdekret zugestellt werden. Doch noch vor der Ausstellung desselben kamen mehrere Garde-Officiere, und da sie den Messenhauser nicht kannten, forderten sie mit Heftigkeit den Spitzhüttel als Oberkommandanten. Messenhauser zog sich bescheiden zurück und Spitzhüttel erhielt den Oberbefehl. Nachmittags den 12. October kamen aber andere Garden und eine Deputation der akademischen Legion; sie erklärten den Spitzhüttel für einen Reaktionär, Verräther u. dgl. und verlangten

den Messenhauser. Während des hierüber entstandenen Streites unter den Garden, legte Spitzhüttel gleichfalls seine Stelle nieder. Nun wurde Messenhauser nochmals, an diesem Tage also zum zweitenmale berufen, und er wurde mit einem von dem Reichstage und von dem Ministerium gefertigten Dekrete zum Obercommandanten ernannt, und ihm darin aufgetragen, Wien zu vertheidigen, und sich einen Generalstab zu bilden; und der Gemeinderath wurde gleichfalls angewiesen, ihm die zur Vertheidigung nöthigen Gelder auszufolgen, da dieselben dem Gemeinderathe von dem Ministerium bereits übermacht worden waren.

Messenhauser bildete sich sogleich seinen Generalstab aus dem ehemals in französischen Diensten als Obrist vor Algier gestandenen Polen Jelovicky, den ehemaligen k. k. Officieren Haug, und Fenneberg u. m. a., und er betraute den berühmten Polengeneral Bem mit der Leitung der strategischen Angelegenheiten. Sodann brachte Messenhauser in kurzer Zeit durch Befehle und Plakate wieder einige Ordnung in die Garde, und da er bemerkte, wie diese zum Theile ermüdet, und sich auch nach der gelegten ersten Kampfluft die Vertheidigung Wiens nicht besonders angelegen sein lasse, ferner da er das Herumziehen der bewaffneten, in der allgemeinen Verwirwirrung arbeitslosen Arbeiter bedenklich fand und da er auch darauf zu sehen hatte, die Vertheidigungskraft

Wiens zu vergrößern, so organisirte er mit Genehmigung des Reichstages und des Ministeriums die Mobilgarde, gab ihnen mit Genehmigung des Reichstages und des Ministeriums Waffen und Löhnung, auch wo es nöthig, und so lange es möglich war, Bekleidung, und beeidete dieselbe auf ein eigenes, gleichfalls von dem Reichstage und dem Ministerium erlassenes Kriegsgesetz. Der Ausschuß war mit ihm und Bem im beständigen Einverständnisse, und beide überschritten nie die Befehle und Genehmigungen des Ausschusses. Ja sie unternahmen keinen wichtigen Schritt ohne vorläufige Verständigung der Permanenz. So beabsichtigten sie einmal, einen nächtlichen Ausfall gegen die Windischgrätz'schen Truppen bei Nußdorf zu unternehmen, und sie fragten sich früher bei dem Ausschusse an, ob dieser Ausfall genehmiget werde. Natürlich der Ausschuß hatte nichts dagegen, da in dem Auftrage zur Vertheidigung Wiens auch die Ermächtigung lag, die zur Vertheidigung nöthige Offensive zu ergreifen. Doch der Ausfall unterblieb in Folge Mißverständnisses oder Verrathes. Die Permanenz ließ sich auch von ihnen den Plan der Vertheidigung mittheilen, und wendete nichts dagegen ein; der Deputirte Violand ritt häufig im Namen des Ausschusses zu Messenhauser und Bem, um sie von gefaßten Beschlüssen schnell zu verständigen oder Aufklärungen von ihnen zu erhalten, er ritt auch zu verschiedenen Linien und Posten, um den Muth unter

den Leuten zu erhöhen, damit sie nicht zu Excessen aus Verzweiflung schreiten, und er berichtete im Ausschusse über die Stimmung und die Wünsche der Garde. Ich erzähle diese Einzelheiten, um zu zeigen, wie Messenhauser und Bem und die ganze Garde nur das unternahm und ausführte, was in der Absicht des Reichstages lag.

Messenhauser, oder es mag einer seiner Vorgänger gewesen sein, wollte auch den Landsturm organisiren, denn er sah wohl, daß Wien sich nur vertheidigen könne, aber entweder von dem Landsturme, oder von den Ungarn, oder von beiden zugleich entsetzt werden müsse, denn man machte sich auf eine Belagerung gefaßt, da Auersperg sich aus dem Schwarzenberg'schen Garten weg, außerhalb der Stadt gezogen, und mit Jellachich vereiniget hatte, und da man von Truppenzügen aus Mähren und Böhmen Kunde erhielt. Das Obercommando und der Gemeinderath, oder doch dessen Permanenz, — dieses Factum ist noch nicht zur Oeffentlichkeit gelangt, — ertheilte daher einem jungen, entschossenen, für die Freiheit hochbegeisterten Manne und seinem Begleiter, deren Namen ich einst zu gelegenerer Zeit nennen werde, die schriftliche Vollmacht, den Landsturm zu organisiren. Zur Ausstellung dieser Vollmacht war das Obercommando und der Gemeinderath, wie ich bereits erwähnte, vollkommen berechtiget, denn über die öfteren diesfälligen Anfragen bedeutete ihnen jedesmal

der Ausschuß, er könne sich blos mit den Angelegenheiten der Monarchie beschäftigen, und den Wienern die Vertheidigung nicht befehlen; aber da er Wien ermächtiget habe, sich zu vertheidigen, so hänge es von dem Willen Wiens allein ab, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, und sich die nöthige Hülfe herbeizuziehen. Doch der Landsturm bildete sich nicht; die Idee desselben erregte wohl Begeisterung, aber die Leute waren zu furchtsam, um ohne direkte Aufforderung des Reichstages den Wienern in Massen zu Hülfe zu eilen, um so mehr, als die Gouverneure, die ganze Bureaukratie, und die gesammte Geistlichkeit sich alle möglichen Umtriebe und Vorspiegelungen eifrigst erlaubten, um den Landsturm zu hintertreiben. Einige dieser Individuen stellten sogar den Bauern vor, die Bewegung in Wien sei blos von den Arbeitern in der Absicht ausgegangen, um das Eigenthum aufzuheben und zu zerstören, und nach ihrem Siege würden die Arbeiter auf das Land kommen, und sengen und plündern, und dergleichen andere Lügen. Wie gesagt, von allen Seiten wurde das Aufbrechen zum Landsturme zugesichert, wenn der Reichstag denselben öffentlich anordne. Der wollte ihn wohl, aber er hatte nicht den Muth, ihn auszuschreiben, und der Antrag des Abgeordneten Violand auf Herbeirufung desselben mußte von ihm leider zurückgezogen werden, sollte die hasenherzige, unentschlossene, wirklich feige Kammer nicht auseinander gehen.

Inzwischen hatten sich die czechischen Deputirten theils in ihre Heimath, theils nach Ollmütz, wo sich der Kaiser in seiner Gefangenschaft befand, mit der Absicht begeben, dahin zu wirken, daß Wien und die Ungarn mit ihren Freiheitsbestrebungen unterdrückt werden, damit sie mit Jellachich ihre slavischen Interessen dennoch erreichen könnten. In der Heimath bearbeiteten sie daher das Volk gegen Wien, erzählten ihm so abentheuerliche Lügen, daß sogar die Prager, eine Deputation nach Wien an den Ausschuß sandten, ob denn das auch Alles wahr sei, was man ihnen erzählt hätte. Auch bezwangen sie ihren sonst enormen Stolz und gingen, wie man vielfach erzählte, zu dem ihnen verhaßtesten Manne, zu Windischgrätz, — der ihre zu früh zum Ausbruche gekommenen czechischen Tendenzen niederbombardirt hatte, — versicherten ihn, daß sich Prag gewiß ruhig verhalten werde, um ihn zu bewegen, mit so viel als möglich Truppen nach Wien zu ziehen. Nun, der war dazu schon vom Hofe auserdacht. In Ollmütz verbanden sie sich mit der Reaktion, und suchten auch von dort den Reichstag zur Auflösung zu bringen, indem sie alle Deputirten zu Wien einluden, mit ihnen am 20. October in Brünn zu einer Besprechung zusammenzukommen. Doch die Kammer sprach sich dagegen aus, denn so viel Pflichtgefühl hatte sie noch immer, Wien in seiner bedrohlichen Lage nicht zu verlassen.

Nach und nach rückten immer mehrere Truppen aus Böhmen und Mähren und endlich trat Windischgrätz an ihre Spitze, vereinigte sich mit Jellachich und Auersperg und umzingelte Wien, und nichts war von dem Reichstage geschehen, um ihn daran zu hindern. Der arme Reichstag hoffte noch immer, wirklich wie ein Kind, der Kaiser werde seinen Petitionen Folge geben, und er glaubte Welcker und Mosle, die beiden von Frankfurt abgesandten Reichstags-Commissäre werden auch das ihrige dazu beitragen, und vor diesen beiden großen Abgesandten des gesammten deutschen Volkes werde der Hof einen ganz besonderen Respekt haben, und andere Saiten aufziehen. Ja diese, die waren gar nicht nach Wien gekommen, blos durch die Lügen flüchtiger Reaktionärs und Dummköpfe, wie man sagte, in einem Wirthshause instruirt, hatten sie sich nach Ollmütz begeben, und verließen und verriethen das edle Wien, die deutscheste Stadt. Doch Deutschland, du warst auch nicht anders, als dein Welcker und Mosle. Blum und Fröbel machten fast allein eine Ausnahme. Diese waren muthig, begeistert für Freiheit und Recht, sie eilten aus der Ferne ihren Brüdern zu Hülfe, sie stellten sich unter das Commando von Messenhauser, sie kämpften tapfer mit wahrem Löwenmuthe. Sie waren fast die einzigen Deutschen außer Oesterreich, welche sich mit den Wienern verbanden, die anderen sahen neugierig zu, lasen eifrig die Zeitungen und

wollten sich die Hände nicht verbrennen. Es ist unglaublich, wie ganz Deutschland nicht sah, daß alle Fürsten sich verbanden, um Wien in den alten Despotismus zu stürzen, und daß sie den Sieg der Wiener als ihr Todesurtheil fürchteten, und daß nach dem Falle Wiens die alte Cabinetspolitik wieder eifrigst bedacht sein werde, die deutschen Männer zu gängeln.

## XX.

**Windischgrätz verhängt über Wien den Belagerungszustand, und beruft sich auf eine Vollmacht des Kaisers. Kritik dieser Bevollmächtigung. Der Reichstag erklärt das Benehmen des Windischgrätz für ungesetzlich. Merkwürdige Frechheit und Lüge dieses Menschen. Der Reichstag beschwört den Messenhauser, für die Vertheidigung Wiens zu sorgen.**

Windischgrätz stand schon einige Tage vor Wien, und cernirte es, aber der Reichstag wußte noch immer nicht, was er und der Hof denn eigentlich wolle; endlich erklärte er am 20. und 23. Oktober, aber ohne den Reichstag hievon zu verständigen, Wien in Belagerungszustand, ordnete die Auflösung der Garde, die Aufhebung der freien Presse und des Associationsrechtes an, forderte die Stadt unter den schimpflichsten Bedingungen zur Uebergabe auf, und verhängte das Standrecht und Kriegsgesetz über die ihm nicht Gehorchenden.

Diese Verfügungen basirte er auf eine von Wessenberg contrasignirte Proklamation des Kaisers, laut welcher Windischgrätz von ihm die unbedingte Vollmacht zu jeder ihm beliebigen Maßregel zu dem Ende erhielt, den angeblichen Aufruhr zu unterdrücken, und der vorgeblich eingebrochenen Anarchie zu steuern.

Der Reichstag konnte eine solche Generalvollmacht des Kaisers nicht anerkennen, denn:

1) Seit der Mairevolution führte der Kaiser mit dem Ministerium die Regierung blos provisorisch, er hatte demnach nicht das Recht, seine Gewalt ohne Einwilligung des Reichstages einem Dritten, wenn auch nur als Bevollmächtigten zu übertragen.

2) War Wessenberg für den Reichstag nicht mehr Minister, denn der Reichstag hatte um seine Dimission angesucht, und sie war zugesagt worden; ferner hatte er ausdrücklich beschlossen, nur den Dobblhof, Hornpostel und Kraus als Minister anzuerkennen, und Kraus, der vom Kaiser nicht entlassen worden war, hielt es mit Wien.

3) Hatte der Reichstag das Benehmen des Kaisers dem Volke gegenüber selbst für ungesetzlich, wenn auch stillschweigend, so doch deutlich genug durch das Vertrauensvotum, welches es dem Minister Kraus wegen der Nichtcontrasignatur der kaiserlichen Proklamation vom

7. Oktober ertheilte, und durch seine übrigen Anordnungen erklärt.

4) Hat aber auch kein verantwortlicher Minister das Recht, dem Regenten die Ermächtigung zu geben, durch eine längere Zeit, allein nach seinem Ermessen Anordnungen zu treffen, denn jeder einzelne Regierungsbefehl des Monarchen muß von einem verantwortlichen Minister contrasignirt sein. Um so weniger hat demnach eine solche Ermächtigung an einen Dritten Gültigkeit.

5) In einem constitutionellen Staate darf kein Gesetz ohne Beschluß der Kammer gegeben, umgeändert oder aufgehoben werden, daher durfte auch für Wien die freie Presse, das Associationsrecht, die Garde ohne Beschluß des Reichstages von Niemanden, wenn auch nur zeitweilig aufgehoben werden.

6) Ist die Belagerungszustands-Erklärung etwas in Oesterreich, selbst in dem früheren absolutistischen Oesterreich durch und durch Ungesetzliches. Sie ist reine Willkührserfindung des Hofes und des Windischgrätz.

7) Nach den österreichischen Strafgesetzen dürfen Civilpersonen nur in drei Fällen, nämlich wegen Spionerie, Verleitung österreichischer Unterthanen zum Eintritt in fremden Militärdienst und in einigen Pest-Cordons-Ueber-

schreitungsfällen vor Militärgerichte gestellt werden, das Militär hat niemals das Recht, das Standrecht und das Kriegsgesetz zu verhängen.

8) War es aber auch eine schändliche Lüge, daß in Wien Aufruhr und Anarchie herrsche.

Wien hatte sich am 6. Oktober nur gegen die freiheitsfeindliche Politik des verrätherischen Ministeriums erhoben. Der Reichstag hatte dem Volke Recht gegeben, der Kaiser hatte die Erfüllung der Volkswünsche versprochen, hatte aber dann die Flucht ergriffen, und seine Zusage nicht erfüllt, befolgte nicht das, was der constituirende Reichstag beschloß, sondern was die Reaktion wollte; zwar er, er war zu schwach, ein eigenes Urtheil zu fällen, was auch der Reichstag recht gut wüßte, so daß im Ausschusse der Antrag im vollsten Ernste gestellt wurde, seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Die Reaktion sprach und handelte durch ihn. Das Volk gehorchte dem Reichstage und dem Minister Kraus unbedingt, der Reichstag gab dem Volke Waffen, und Geld zum Kampfe, wer darf und kann da von einem Aufruhre des Volkes zu sprechen wagen?

Der Reichstag sagte zu widerholten Malen: In Wien ist Ordnung, ist Ruhe, wer darf sich da vermessen, zu sagen: Nein? Das Volk war nach dem 6. Oktober nur voll Schreck über die Aufstellung der Truppen des Auersperg, und über die Umzünglung

der Stadt. Die Ordnung wurde nicht gestört. Am 14. und 15. Oktober waren sogar die Läden der Kaufleute geöffnet. Das Volk gehorchte blindlings, und der Reichstag sprach in einer Proclamation: „Wer für das Vaterland, wer für den constitutio-„nellen Thron, wer für die Volksfreiheit ist, „der muß für Wien sein. Der Reichstag erkennt „es daher als seine heiligste Pflicht, sowohl der Re-„aktion, als der Anarchie entgegen zu wirken. Dieß „will der Reichstag, dieß will er für alle Völker, und „für alle Stände des Volkes, für den freien Bür-„ger, wie für den tapferen Krieger des Vaterlandes. „Aber um dieß vollbringen zu können, muß Wien „gerettet, muß es in seiner Kraft, Fülle und Frei-„heit erhalten werden." So sprach der gesammte Reichstag. Also wer darf bei solchem Ausspruche erklären: In Wien ist Aufruhr und Anarchie, in Wien, wo sich die Gesandten fremder Mächte nicht entfernt hatten, wo der Reichstag tagte?

Die ganze Kammer faßte daher wie ein Mann den Beschluß:

„In Betracht, daß die Herstellung der Ruhe „und Ordnung, wo sie wirklich gefährdet sein sollten, nur „den ordentlichen constitutionellen Behörden zukommt, „und nur auf ihre Requisition das Militär einschrei-„ten darf;

„in Betracht, daß nach widerholtem Ausspruche „des Reichstages und des Gemeinderathes die beste„hende Aufregung in Wien nur durch die drohenden „Truppenmassen erhalten wird;

„in Betracht endlich, daß das kaiserliche Wort „vom 19. Oktober die ungeschmälerte Aufrechthaltung „aller errungenen Freiheiten, so wie ganz besonders „die freie Berathung des Reichstages neuer„dings gewährleistete *), erklärt der Reichstag die „vom Feldmarschall Fürsten Windischgrätz angedrohten „Maßregeln des Belagerungszustandes und Stand„rechtes für ungesetzlich.

Auf diesen Beschluß hatte Windischgrätz die Frechheit folgende Erklärung abzugeben: „Mit dem Reichs„tage zu unterhandeln, übersteigt meine Vollmacht, „da ich denselben blos als eine constituirende „Versammlung kenne. Minister Kraus ist nicht „frei, sondern als Gefangener zu betrachten. Die „einzige legale Behörde, die ich in Wien kenne, ist „der Gemeinderath, welcher mir untergeordnet ist. „Im Uebrigen gebe ich der Stadt 48 Stunden Be„denkzeit.“

*) Diese Gewährleistung enthält die kaiserliche Proclamation d. d. 19. Oktober mit der Aufschrift: „An meine Völker.“

Also der rohe Soldat erkühnte sich, dem Reichstage die legislative Gewalt abzusprechen, also war Oesterreich nach seiner Idee einstweilen noch eine absolute Monarchie? — Besonders interessant aber ist, wie er sich die Lüge auszusprechen erdreistete, Kraus sei nicht frei, er sei als Gefangener zu betrachten. Kraus hatte die vollste Freiheit, er fuhr sogar unbehindert, ohne jeden Anstand gerade zu dem Lügner zu Windischgrätz, und zu dem Kaiser nach Ollmütz, und kam von jedem wieder aus freiem Antriebe zurück.

Dem Oberkommandanten Messenhauser wurde nun mit allem Nachdrucke in der Permanenz aufgetragen, und derselbe beschworen, für die Vertheidigung Wiens zu sorgen, und ich weiß keinen einzigen Deputirten, der nicht eine Hülfe und Rettung von den Ungarn herbeisehnte. Jeder war entrüstet, aufs heftigste empört gegen das Benehmen des Hofes und seines erbärmlichen altjunkerlichen Raubgesellen. Ja aber wie helfen? Jetzt konnte der Oberkommandant keine Wunder wirken! — Der Reichstag war selbst Schuld an dem Unglücke Wiens.

In dem Conflikte der von dem Reichstage ausgesprochenen Rechte des Volkes mit den Uebergriffen des Monarchen, hatte übrigens bei der Ungesetzlichkeitserklärung des Benehmens des Windischgrätz, jeder Staatsbürger das Recht, sich gegen ihn mit

Gewalt und List zu vertheidigen, und der Hof befand sich nach dem Ausspruche des souveränen Reichstages, auf dem Boden der bloßen Gewalt, der Contrerevolution, den er bis heute nicht verlassen hat.

## XXI.

Die radikale Parthei. Die Beamten, Geistlichen, Spießbürger, und Feiglinge mit gelben Glacee-Handschuhen. Der Ausschuß ist über die Memmenhaftigkeit einiger Garde-Officiere erzürnt. General Bem's Erklärung in der Permanenz. Antrag, daß die ganze Kammer in den Kampf ziehen solle. Das Volk treibt die unbewaffneten Spaziergänger zum Barikadenmachen. Der Kaiser will den Reichstag prorogiren. Der Reichstag sendet dießfalls eine Deputation an ihn.

Wien war in einer traurigen Lage, obgleich die tapfere akademische Legion, die braven herzhaften Arbeiter und die Bürger einiger Vorstädte auf ihren Muth und die Gerechtigkeit ihrer Sache vertrauend, eine Niederlage für unmöglich hielten.

Die Hofparthei hatte schon seit lange eifrig gewirkt, sie hatte auf ihrer Seite das wohlbearbeitete Militär, die Büreaukratie, die Geistlichkeit und die Geldleute. Alle diese verschworen sich gegen die Volks-

freiheit, die Demokratie. In Wien war schon vor dem 6. Oktober eine Spaltung zwischen der Bourgeoisie und den Arbeitern, den Stadt- und Vorstadtgarden, am 6. Oktober hatten schon Garden auf Garden gefeuert. Der Adel und die reichen Leute waren geflohen. Die spießbürgerlichen Kaufleute hatten schon viele Tage gar nichts verkauft, ja es war der Handel schon seit März immer schlechter geworden, sie bekamen ein ordentliches Heimweh nach den alten Zuständen, nach den Fleischtöpfen Aegyptens. Sie meinten, die liberale Parthei sei an ihren schlechten Geschäften Schuld, und sie begriffen nicht, daß dieselbe nur der reaktionären zur Last falle, denn diese hatte die Finanzverhältnisse Oesterreichs zu einem gordischen Knoten verwirrt, dieses Land an den Rand des Finanz-Banquerotes gebracht; und die Hofparthei hatte durch den blos im dynastischen Interesse hervorgerufenen Kampf in Ungarn und Italien, jeden Handel nach diesen Ländern und nach der Türkei gestört, in welche Oesterreich fast allein seinen Absatz hatte. Die Leute klagten in ihrer Beschränktheit schon seit lange, zuerst gegen die Ausländer, dann gegen die Juden, darauf gegen die Demokratie und sie wurden immer erbitterter gegen das Streben der freiheitsbegeisterten Männer. Sie sannen und spannen Verrath. Die Stadt wimmelte von Spionen. Leute kauften den leichten Muthes dahin lebenden Arbeitern Patronen, das Stück zu mehreren Groschen

ab, und als es zum Kampfe kam, mußten ihnen welche vertheilt werden, welche hin und wieder Statt mit Pulver mit Sand gefüllt waren. Die Arbeiter und überhaupt diejenigen, welche, gerade um die Ordnung zu erhalten, den Befehlen des Oberkommandos unbedingt gehorchten, und einen ähnlichen Gehorsam auch von den andern wollten, waren über solche Verräthereien im höchsten Grade wie natürlich wüthend, doch das beabsichtigte eben die Hofparthei, sie wollte Wien selbst in Spaltung bringen, die betrogenen, blos für die Freiheit und nicht für ihr materielles Interesse kämpfenden Arbeiter gegen die Reichen hetzen, damit dann Windischgrätz hätte sagen können: Seht ich hatte Recht, da ist Anarchie, ich bin demnach vor Europa gerechtfertiget. Ja es gab Leute, welche die Arbeiter gegen die Studenten ihre besten Freunde mißtrauisch zu machen suchten, und diese Schändlichen bemühten sich überall, Mißgunst und Hader hervorzurufen. Hin und wieder gelang es. Es war schrecklich, wenn man in der letzten Zeit, den ganzen Tag hindurch, über Verrath schreien hörte, und wenn man sah, wie Keiner dem Andern mehr vertraute. Auch gab es eine Menge Feiglinge, die sich keiner Gefahr unterziehen und nicht dem Befehle des Oberkommandos gehorchen und die Waffen ergreifen wollten. Ja es überreichten sogar einige hasenherzige Officiere der Nationalgarde eine Anfrage an den Ausschuß, ob sie, ungeachtet der Reichstag das Benehmen

des Windischgrätz für ungesetzlich erklärt habe, nicht selbst ungesetzlich handeln würden, wenn sie gegen die kaiserlichen Truppen fechten, und sie baten, um sich auf jeden Fall sicher zu stellen, um die ausdrückliche Beantwortung dieser Anfrage. Da wurde aber jedes Mitglied der Permanenz fast wüthend, denn nichts als Furcht konnte diese Leute zu dieser merkwürdigen Anfrage bewegen, da der Reichstag selbst und der Minister dem Oberkommando den Auftrag zur Vertheidigung gegeben, und allen Bewohnern Wiens befohlen hatte, demselben unbedingt zu gehorchen. Diejenigen, welche diese Eingabe überreichten, wurden auch derart mit gerechten Vorwürfen der Feigheit überschüttet, daß sie beschämt zur Thüre hinausschleichen mußten, und die Eingabe wurde dem Oberkommandanten mit dem Bemerken zugestellt, daß er auf diese feigen Officiere der Garde ein gehöriges Augenmerk richten möge. Der erfahrene Kriegsmann, der General Bem sah diese Muthlosigkeit, welche sich immer mehr und mehr verbreitete, mit bedenklichem Kopfschütteln an, und als er einmal von der Permanenz gefragt wurde, ob er Wien zu halten gedenke, zuckte er die Achseln und entgegnete: „Ja wenn die Leute mehr Muth hätten!“ und dann fügte er mit einem Blicke nach Oben hinzu: „Hätten die Polen die Waffen, welche in Wien sind, wir würden ganz Rußland besiegen.“ In der Permanenz wurde auch von einem Abgeordneten, um den Muth der Bevölkerung

zu erhöhen beantragt, die Kammer aufzufordern, öffentlich zu erklären, daß alle Deputirten im Falle eines vom Oberkommandanten beabsichtigten Angriffes auf Windischgrätz, mit den im Oktober verfertigten Deputirten-Medaillen an der Brust, an der Spitze des Volkes in den Kampf für Recht und Freiheit ziehen wollen. Der Antrag gefiel, aber der Ausschuß sah damals schon ein, wie jeder Widerstand vergebens sei. Uebrigens waren doch mehrere Deputirte, welche dem Oberkommandanten erklärten, in dem Falle eines entscheidenden offenen Kampfes, in denselben zur Belebung des Muthes voranzugehen. — Die Massen der Arbeiter, die ihren letzten Blutstropfen einsetzen wollten für den Sieg der Freiheit, die waren erzürnt über den sie umgebenden Verrath, über die immer mehr und mehr eintretende Muthlosigkeit. Sie trieben daher jene, die sich zu Hause versteckten, und ohne Waffen neugierig spatzieren gingen, zu den Barrikaden. Das war diesen Memmen und Feiglingen mit gelben Glacee-Handschuhen und Lorgnetten das Schrecklichste, ihr Leben für die Freiheit zu gefährden, die ihnen noch dazu ihre Privilegien bedrohte, daher schrieen sie so über diesen ihnen angethanen Zwang und klagten über Anarchie. Daß das Volk jene feigen Verräther wenigstens zum Barrikadenmachen zwang, war ganz in der Ordnung; denn ein Schurke ist der, der seinen Brüdern bei solcher Gefahr im Kampfe gegen den Despotismus

nicht helfend zur Seite trat. Jellachich hatte die Croaten zum Kampf gezwängt, die Monarchen rekrutiren mit Gewalt und erschießen die Leute, welche aufregende Wahrheiten erzählen, und die Kämpfer der Freiheit sollen ruhig zusehen, wenn sie von Verrath umfangen werden?

Das gute, edle, sogenannte gemeine Volk, es sah auf den Reichstag wie auf seinen Rettungsengel, es that, was er nur wollte, und dieser, hochgehoben von der Volksgunst, er rief die Ungarn nicht, er befahl den Landsturm nicht, er ging nicht energisch vor gegen die Verräther. O es war eine fürchterliche Zeit! Ich war oft wie rasend, wenn ich sah, wie das vertrauende, gute Volk durch Unentschiedenheit, Feigheit muthwillig hingeopfert werde. Entweder hätte der Reichstag, die Oktober-Revolution verdammen, oder das Volk mit allen nur erdenklichen Mitteln in seinem Rechte schützen müssen; ein Drittes gab es nicht.

Da in Wien die Anarchie noch immer nicht ausgebrochen und der Hof der Meinung war, daß ihr blos der Reichstag steuere, und sie auch Wien nicht bombardiren wollte, so lange sich daselbst der Reichstag befinde, so richtete der Kaiser ein von Wessenberg contrasignirtes Schreiben an den Präsidenten des Reichstages, worin er denselben aufforderte, den Reichstag alsbald auf den 15. November zu prorogiren, und worin er die Deputirten anwies, an diesem Tage in Kremsier zu erscheinen. Natürlich der

Reichstag genirte den Hof außerordentlich, und aufzulösen wagte er ihn doch nicht, da er die Provinzen fürchtete; — und gegen ihn selbst loszuziehen war auch nicht mehr möglich, da der Kaiser, wahrscheinlich in der Eile, noch in der letzten Zeit ihm für sein lobenswerthes Wirken gedankt hatte. Der constituirende Reichstag konnte aber dem Kaiser auch nicht das Recht der Prorogation, so wenig wie das der Auflösung einräumen, denn die Prorogation ist eigentlich gar nichts anderes, als eine Auflösung auf einige Zeit. Der Reichtag beschloß daher und zwar am 25. Oktober, der Prorogation keine Folge zu leisten, und einstweilen noch eine Deputation mit Vorstellungen an den Kaiser zu senden. Die Deputation ging zu demselben, einer Antwort erfreuten sich aber diese Vorstellungen nicht.

## XXII.

**Windischgrätz greift an und steckt die Vorstädte in Brand. Messenhauser am Stephansthurme. Die Ungarn greifen an, und werden geschlagen. Verzweiflung in Wien. Einige wollen capituliren, die andern retten die Ehre Wiens und lassen die deutsche Fahne nicht vom Stephansthurme reißen. Bombardement. Eine Rackete zündet am Dache des Naturalien-Cabinets. Einzug der Truppen in Wien. Die Proletarier schützen den Reichstag und die Burg.**

Windischgrätz ersuchte endlich nach langem Zögern die fremden in Wien befindlichen Gesandten, sich auf einige Tage aus der Stadt zu entfernen. Sie gingen nun alle auf das Land mit Ausnahme des türkischen Botschafters, der auch bei Windischgrätz gegen das von ihm beabsichtigte Gewaltverfahren Vorstellungen gemacht haben soll. Gott segne diesen tapferen braven Mann. Dann begann der Angriff auf verschiedene Punkte der Stadt, Windisch-

grätz zündete die Vorstädte an, nnd suchte vorzudringen.

Bei der Unentschiedenheit des Reichstages, bei dem Nichtangriffe der Ungarn sah der Oberkommandant Messenhauser wohl ein, daß Wien, denkbarer Weise nur in einem verzweifelten Straßenkampfe siegen könne, wie er auch zu mir äußerte. Diese Hoffnung stieg, als Alles über die von der Soldateska in den Vorstädten gelegten Feuer erbittert war, als das Volk die Brandröthe auf dem nächtlichen Himmel den Untergang der Habsburger und die Morgenröthe der Freiheit nannte, und als die Verwünschungen wider den Hof die Luft erfüllten. Doch diese Hoffnung schwand, als am 28. Oktober die Landstraße durch Verrath genommen war, die Leopoldstadt und die Jägerzeile sohin verlassen werden mußte, und als Messenhauser erkannte, daß fast die ganze Bevölkerung mit Ausnahme einiger Vorstadtgarden, der Studenten und eines Theiles der Mobilgarde muthlos sei. Da nun Windischgrätz annehmbarere Bedingungen stellte, so rief er die Officiere der Garden zusammen, brachte ihnen die Lage der Dinge vor Augen, und es wurde mit sehr geringer Majorität beschlossen, die Vertheidigung aufzugeben.

Auf einmal hieß es am 29. Oktober, die Ungarn seien im Kampfe mit Windischgrätz. Man glaubte es Anfangs nicht. Messenhauser, der den Stephansthurm bestiegen hatte, und den Kampf der Ungarn

mit den kaiserlichen Truppen deutlich gewahrte, verständigte hievon das Volk mittelst herabgeworfener Zettel. Meine Ueberzeugung ist, daß er diese Mittheilung deßhalb machte, weil er bei der Verschweigung dieses Umstandes als höchst bedenklich erschienen wäre, dann, weil er nun für möglich hielt, daß Wien entsetzt werde, und weil er für diesen Fall die Abgabe der Waffen verzögern wollte. Der Jubel der freisinnigen Männer Wiens war gränzenlos, Alles lief wie wahnsinnig mit funkelnden Augen auf den Straßen herum, und griff wieder zu den bereits vielfach abgelegten Waffen. Man schrie, wo die Noth am größten, da ist Gottes Hülfe am nächsten, man hielt es für ganz unmöglich, daß die Ungarn besiegt würden. Viele wollten sie unterstützen, und waren über Messenhauser erbittert, daß er keinen Ausfall anordnete. Sie wollten ihn deßhalb auch am Abende verhaften, und den kühnen Fennenberg zum Oberkommandanten ernennen. Sie gaben bei der Nacht Signale, und jubelten fort und fort; doch andere waren um diese Zeit schon wieder niedergebeugt, denn sie wußten von Messenhauser, daß die Ungarn geschlagen, und nun kein Entsatz, keine Hülfe mehr denkbar sei.

Des andern Tages wurde die Niederlage der Ungarn allgemein bekannt, und fast Alle erkannten die Nothwendigkeit, sich in die Capitulation fügen zu müssen.

Aber es waren doch Einige, welche lieber sterben, als sich ergeben, als die für sie schimpfliche schwarzgelbe Fahne auf dem Stephansthurme aufziehen lassen wollten, deren Ausstecknng Windischgrätz, ganz ohne Noth, aus bloßem Hohn, blos um die Besiegten auf den Nacken zu treten, verlangt hatte. Ihre Wuth, ihre Verzweiflung kannte keine Gränzen, und es mußte Jeden fast zu Thränen rühren, wenn er diese tapferen Männer in poetischer Exaltation, wie im Wahnsinne dahin stürzen sah. Bald meinten sie, die Ungarn könnten nicht geschlagen sein, — bald schrieen sie über Verrath, — bald wollten sie die Kaiserleichen aus ihrer Gruft reißen, aus ihnen Barrikaden bauen, und hinter ihnen fallen, — bald wollten sie die ganze Stadt in Brand stecken, und wie die alten Deutschen unter ihren rauchenden Trümmern sterben.

Während nun die Stadt durch den Gemeinderath dem Windischgrätz erklärte, sich ergeben zu wollen, und dieser wie erwähnt, verfügte, daß Wien sich selbst beschimpfen und zum Zeichen der Unterwerfung, am 31. Oktober um 12 Uhr Mittags die schwarzgelbe Fahne Statt der schwarz-roth-goldenen auf dem Stephansdome aufziehen solle, warteten diese entschlossenen verzweifelten Felsenherzen auf dem Stephansplatze, und ließen die Fahne nicht aufziehen. Wien danke ihnen, denn sie haben Deine Ehre gerettet, sie haben Dich verhindert, Dich selbst zu be-

schimpfen. Die Forderung, daß Wien, in welcher der Kaiser mit eigener Hand die schwarz-roth-goldene Tricolore geschwungen, und aus seinem Fenster wehen ließ, daß diese echt deutsche Stadt dieselbe in den Koth herabreißen und ihre heiligsten Empfindungen verläugnen, ertödten solle, das war auch zugleich eine Kriegserklärung, welche Windischgrätz im Auftrage des Hofes, um das separatistische Streben der Dynastie auszusprechen, dem ganzen großen Deutschland frech entgegenschleuderte, und er konnte es wagen, da Welker und Mosle sich in Ollmütz so erbärmlich benahmen.

Ungeachtet das schwarzgelbe Tuch nicht über die Stadt herunterhing, so wollte Windischgrätz doch bei dem von der Bürgerschaft geöffneten Burgthore, von welchem ihm weiße Fahnen wie bittend entgegenschwankten, in die Stadt einziehen, aber die zum Kampfe Entschlossenen feuerten von der Bastei auf die Truppen. Nach mehr als zweistündiger Kanonade, und nachdem all ihre Munition verschossen, zogen sie sich zurück, und eilten in Verstecke.

Die Kanonade glich einem fortwährend rollenden Donner, sechs und zwölfpfünder Kugeln, und zischende Racketen regnete es auf die Stadt. Besonders viele Granaten fielen auf den Josephs- und Michaelsplatz, denn das Militär schien es auf den Reichstag abgesehen zu haben, dessen Sitzungssaal sich zwischen beiden Plätzen befand. Eine Rackete schlug auch in

das Dach des kaiserlichen Naturaliencabinets, und zündete.

In kurzer Zeit hatte das Feuer um sich gegriffen, und auch die Augustinerkirche in Brand gesteckt und während des Brandes zogen die Truppen in die Stadt und besetzten alle Straßen.

Das Militär behauptete, dieser Brand sei von den Proletariern gelegt worden, und Windischgrätz sagte es sogar in einer Proklamation. Das aber ist eine Lüge, und sie zeigt nur die schmähliche Verdächtigungssucht der Reaktion. Es ist wahr, einige von den Proletariern und auch andere Leute trugen sich mit dem Gedanken um, die Stadt anzuzünden, und unter ihren Trümmern zu sterben, ja sie hatten schon Pechkränze verfertiget, und es ist kein Zweifel, daß, — wenn das Militär nach dem Bombardement nicht sogleich in die Stadt gerückt wäre, dieselbe in der Nacht zerstört worden sein würde, aber dessen ungeachtet wurde dieser Brand nicht gelegt. Mehrere Deputirte sahen, wie die Rackete in das Dach einschlug, und sogleich zündete. Es war am 16. Februar 1849, da saßen folgende Abgeordnete, als Hornpostel, Herndl, Hönig, Goldmark, Vakano, Fischhof, Carl Krause, Pfretschner und noch einige andere Abgeordnete, dann der Journalist Gerbel beisammen. Hornpostel erzählte, daß er beweisen könne, daß der Brand in der Burg nicht gelegt worden sei, und zwar durch Rettenbacher, einen Beamten des

Naturalien-Cabinets, oder der Hofbibliothek, und durch einen Kanonier, der die zündende Rackete abschoß. Krause und Herndl behaupteten, sie hätten die Rackete zünden sehen. Vakano erklärte sogar, einen Reichstags-Deputirten zu wissen, welcher eine Bestätigung von 16 Officieren besitze, nach welcher der Brand durch eine Rackete veranlaßt wurde. Auch wies man auf die Aussage des Hofbaurathes Sprenger. Ich habe demnach die vollste Ueberzeugung, daß das Militär und Windischgrätz gelogen und sich bemüht hat, die Proletarier Wiens als Wütheriche, als Mörder und Brandleger, als Anarchisten hinzustellen. Zu ihrer Ehrenrettung will ich einen Zug von diesen fürchterlichen Proletariern erzählen.

Einige Tage vor dem Falle Wiens wurden die in der Permanenz befindlichen Deputirten von einigen ihrer Collegen aufgefordert, sich fortzubegeben, denn es verbreite sich das Gerücht, das Volk wolle den Ausschuß und den Reichstag sprengen, und die Burg in Brand stecken. Die Permanenzglieder, eingedenk ihrer Pflicht gingen aber nicht hinweg. Vor Mitternacht erhob sich bedeutender Lärm auf den Gängen, und als die Ausschußmitglieder aus dem Zimmer traten, um zu sehen was es gäbe, da erblickten sie die Gänge, die ganze Stiege und den Josephsplatz mit einer Masse der ärmsten Proletarier besetzt, die Anführer nahten sich treuherzig und erklärten: sie hätten gehört, daß schlechte Menschen die Burg

anzünden und den Reichstag sprengen wollten; damit dieß aber nicht geschehe, und man ihnen nichts Schlechtes nachsage, und der Reichstag, dem sie vollkommen vertrauen und dem sie in Allem gehorchen wollten, nicht gefährdet werde, so seien sie hieher gekommen um in der Nacht zu wachen, und den Reichstag und die Burg zu schützen. Die Arbeiter, die Proletarier, welche die ganze Zeit nicht einen Augenblick Ruhe hatten, die beschützten die Burg des Kaisers, dessen Soldaten ihre ärmlichen Wohnungen, ihr ganzes Hab und Gut barbarisch mit Feuer vertilgten. Hätten alle andern Menschen das Herz, den Muth, die Begeisterung für Recht und Gerechtigkeit, hätten sie die Uneigennützigkeit, wie die Proletarier Wiens, ich bin überzeugt, die Erde wäre ein Paradies.

## XXIII.

Der 1. November. Gewaltthat gegen den Reichstag. Die rothe Monarchie. Der schwarzgelbe Lappen. Die Militärherrschaft. Tausende werden eingesperrt. Das Blutgericht. Das Schreckenstribunal des Robespierre, wie es sich von demselben unterscheidet. Jellovicki, Becher, Jellineck, Blum, Messenhauser werden erschossen. Windischgrätz hintertreibt den Pardon des Messenhauser' Ein Wunder. Die Deputirten läßt er nicht ermorden.

Am 1. November, wie Tags vorher vom Präsidenten bestimmt worden war, sollte früh Morgens eine Reichstagssitzung sein. Es kamen aber nur 136 Mitglieder und nicht die erforderliche Anzahl von 192 zusammen. *) Die Besprechung der 136 Mitglieder ist eine geheime geblieben, weil ein k. k. General der

*) Dies berichtete Schuselka in der Kammer zu Kremsier.

Fürst Schwarzenberg, später Minister des Aeußeren, dem Portiere den Befehl gab, das Thor zu schließen, und Niemanden hineinzulassen. Dieser Befehl wurde dem Portiere gegeben, ohne daß dem Reichstage selbst eine Kenntniß davon durch das Militär zukam. Dieser Umstand hielt nicht nur das Publikum, sondern selbst mehrere Glieder der Kammer ab, sich bei der Sitzung einzufinden, überdieß wurden auch mehrere Abgeordnete, welche aus den Vorstädten in die Stadt kommen wollten, an den Stadtthoren zurückgehalten, und ungeachtet sie sich alle als Reichstagsabgeordnete ausgewiesen, nicht in die Stadt eingelassen. Es blieb also die letzte Versammlung, als eine rechtskräftige nicht beschlußfähig, aber diese 136 Mitglieder haben sich damals in dieser, durch Gewalt herbeigeführten geheimen Sitzung auf den 15. November Nachmittags 5 Uhr für Wien vertagt.

Inzwischen ahnte nicht die Bevölkerung Wiens, was alles geschehen, was für Schreckensscenen aufgeführt werden würden. Ich war fast wie verzweifelt, denn ich erwartete wohl den Despotismus, aber mit Milde eingeführt, und da hätte er sich vielleicht durch Jahrzehente gehalten. Aber die waltende Vorsehung legte Rache und tolle Wuth in das Herz der Sieger. Sie führten die rothe Monarchie ein, und Blut hinterließ jeder ihrer Schritte. Jetzt juble ich, denn nun ist der Haß gegen ihre Willkühr in jedes Herz gegraben, und bald wird über sie, diese Räuber

und Mörder das Volk mit dem heiligen Schwerte der Gerechtigkeit sich zu Gerichte setzen. Bald wird das schöne Oesterreich von ihnen, den Tyrannen gesäubert sein, und das Volk wird vom Morgenrothe der Freiheit umgeben, sie wie das finstere Gevögel der Nacht von dannen treiben. Wie kindisch war ich doch, wie zürnte ich gegen dich du höchstes Wesen, als die Ungarn besiegt wurden, als Wien fiel, und die rohe Soldatenfaust Alles Edle zu erwürgen suchte. Es mußte so kommen, um die Demokratie, recht bald für immer zu befestigen. Der Kampf ist einmal da, und mag er auch noch so viel Blut kosten, der Sieg ist gewiß. Je mehr sie wüthen und morden, desto früher ereilt sie die gerechte Strafe.

Doch zurück zum 1. November und zu den Gräueln und Niederträchtigkeiten, die unglaublich scheinen, und die wie grauenhafte Mährchen aus einer alten finsteren Zeit herüberklingen.

Am 1. November gleich nach der erzählten Gewaltthat gegen den Reichstag wurde die schwarzrothgoldene Fahne von Soldaten Fäusten vom Stephansdome herabgerissen und eine Militärfahne, als Zeichen der Militärherrschaft aufgepflanzt; und bald folgte ihr ein großer schwarzgelber Lappen, dieses Pest- und Todeszeichen, und er hing schwer über der armen Stadt. Gelb ist die Farbe der Krankheit, schwarz die Farbe des Todes. Daher tragen die Aerzte im Felde und zur Zeit einer Seuche, eine gelbe Arm-

binde, und die Verwandten eines Verstorbenen hüllen sich in schwarze Gewänder. Dieser Lappen von schwarz-gelber Farbe drückte schmerzlich eine jede deutsche Brust, so wie einst die der Juden, da auch sie in früheren Zeiten ein solch gefärbtes Tuch zum Zeichen der Knechtung und des verhöhnten Menschenrechtes tragen mußten. Jedes deutsche Herz glaubte brechen zu müssen, wenn es ihm da oben so schwarzgelb vor den Augen ward.

Die Militärherrschaft, die brutale Soldaten-Willkühr, begann. Der Deutsche sollte aufhören Deutscher zu sein, und mehr als russische Willkühr, neronische Grausamkeit trat an die Stelle jedes Rechtes, ja selbst der früheren absolutistischen Gesetze. Die Hofparthei, welche über die Freiheitsbestrebungen Wiens erbittert war, und den fürchterlichsten Despotismus nach und nach wieder einzuführen beabsichtigte, wollte aus Haß und Rache und plumpen dummen Egoismus die entschlossensten Wortführer, die tapfersten Herzen der Demokratie umbringen oder einsperren, die noch Unschlüssigen durch dieses Wüthen einschüchtern.

Windischgrätz, dessen Name mit ewigem Fluche belastet ist, ließ sogleich Verhaftungen zu Tausenden vornehmen. Es klingt unglaublich, und doch ist es so. Jeder Student, jeder Arbeiter, jeder, dem der Muth aus den Augen leuchtete, wurde von dem Diebs- und Bettelgesindel der Sereszaner, so wie sie

ihn erblickten, ergriffen und in ein elendes Loch gesteckt. Es waren bald nicht mehr genug Gefängnisse und daher zwängte man sie Anfangs zu Dutzenden in ein und denselben Raum. Sollte man es aber glauben, daß reiche wohlhabende Leute sich so sehr erniedrigten, auf offener Straße mit dem Finger jene zu denunziren, welche sie erkannten als Kämpfer der Freiheit? Glaubt es nur zu, es ist geschehen. Alle Verhafteten wurden vor ein sogenanntes Militärgericht gestellt, wenn man anders ein durch Willkühr zusammengesetztes Schreckenstribunal ein Gericht nennen kann. Natürlich diejenigen, welche dem Despotismus unbedenklich erschienen, ließ man wieder aus; viele Studenten und Arbeiter, gegen die man nicht beweisen konnte, daß sie an dem Kampfe Antheil nahmen, die steckte man gegen jedes Rekrutirungsgesetz unter das Militär; und nur die übrigen, die aber noch immer eine sehr beträchtliche Anzahl ausmachten, verurtheilte man nach ihrem größeren oder geringeren politischen Werthe zum Tode oder zu mehrjährigem Kerker.

Dieses Blutgericht hat seinen Entstehungsgrund blos in dem Willen des Windischgrätz, der aus jener Vollmacht des Kaisers, deren Ungültigkeit ich bereits sonnenklar auseinander gesetzt habe, eine absolute Macht ableitete; es erkannte nach Commando und seiner eigenen Laune, und verurtheilte jeden wegen Aufruhres, der für überwiesen gehalten wurde, dem

Befehle des Reichstages und des Ministeriums gehorcht, in deren Geiste gekämpft, oder gesprochen zu haben. Wie das diese Blutrichter und ihr Chef einst werden verantworten können, wenn man sie vor ein ordentliches Gericht, nicht etwa vor so einen Rath von Mördern stellen wird, das ist mir unerklärlich. Diese Verurtheilungen sind schauderhafte Mordthaten und öffentliche Gewaltthätigkeiten, denn die höchste Behörde, der constituirende Reichstag, hatte schon früher die Vollmacht an Windischgrätz nicht anerkannt, sein Benehmen für ungesetzlich, das heißt für verbrecherisch, daher ihn dem strafenden Arme der Gerechtigkeit verfallen erklärt, und nun hatte dieser Mensch die Kühnheit, diejenigen, welche dem Reichstage gehorchten, hinzuschlachten. Es ist empörend. Dieser Rath aus Officieren, oder weiß Gott aus was für Leuten zusammengesetzt, ist nie und nimmermehr ein Gericht. Einen solchen Rath kennt kein Gesetz und ich habe früher schon gesagt, daß der österreichische Strafcoder von dem Belagerungszustande nichts weiß, ferner daß keine Civilperson wegen Hochverraths, oder Aufruhrs vor ein Militärgericht gestellt werden darf. Ein absolutes Gesetz kann der Kaiser seit März nicht erlassen, und auch vor dem März durfte er von den Bestimmungen des Civilgesetzes nicht abgehen, und Windischgrätz wagt, jedes Recht derart mit Füßen zu treten? Wenn Windischgrätz sagt, ja die Mörder des Latour, diejenigen, welche die Capitulation ge-

brochen haben, müssen doch vor ein Gericht gestellt werden, so spreche ich ja, aber vor ihre competente Behörde, und die andern, wie Messenhauser, Blum, und das lange, lange Register der übrigen Opfer Windischgrätzischer Verruchtheit hätten von Niemanden berührt werden dürfen. Ist das die Gesetzlichkeit und Ordnung, von welcher die Reaktion spricht, wo man brave Bürger, heldenmüthige edle Männer, einen wie den andern ermordet? Vor dem Einzuge der Truppen in Wien, fügte sich jeder dem Gesetze, nach ihrem Einzuge wurde und wird es bis heute auf das empörendste verletzt. Als das Ministerium am 26. Mai besiegt wurde und capituliren, Geißeln stellen mußte, da hat das Volk Niemanden ein Haar gekrümmt, und am 6. October geschah wohl ein Mord, aber der von Leidenschaft hingerissene Thäter ist nicht das ganze Volk; wie kann man dieses Wüthen, dieses Morden, Rauben, Stehlen des Militärs und der ganzen Reaktion in voller Seelenruhe, mit dem Benehmen des Volkes im mindesten nur vergleichen? Jemand wollte das Windischgrätzische Blutgericht mit dem Schreckenstribunal von Robespierre vergleichen, ich finde aber diesen Vergleich sehr unpassend. Robespiere hatte ein Tribunal, welches diejenigen verurtheilte, von denen es sich für überzeugt hielt, daß sie Feinde der Freiheit, der Volksrechte, also des Rechtes selbst seien. Dieses Tribunal hatte eine innere Nothwendigkeit, es war eine Art Nothwehr,

welche das Recht zu seinem Schutze, bei den sich auf allen Seiten aufthürmenden Gefahren der Reaktion bedurfte. Das Windischgrätzische Blutgericht aber erkannte blos nach dem Befehle eines Rechtsverletzers, und ein solcher kann sich auf das Recht der Nothwehr nicht berufen. Noch einmal, die Verurtheilungen dieses Blutgerichtes sind reine absichtliche Morde, da das Unrecht dem Windischgrätz und jedem Beisitzer und sogenannten Richter in die Augen springen mußte. Sie wurden vollführt, wie ich erwähnte theils aus Rache, theils in Folge Auftrages des unverantwortlichen geheimen Rathes der Krone, welcher vor der Volkssouveränität zitterte. Man ersah, daß wenn Wien gesiegt hätte, auch ganz Deutschland aufgestanden wäre. Ja die Throne der Monarchen wären dann vielleicht auch zusammengestürzt, wenigstens das schändliche Legitimitäts=Princip, diese Ausgeburt der Dummheit und des Frevels, hätte zu Grabe wandern müssen, wahre Völkerfreiheit hätte Europa beglückt und Adel und Privilegien wären verschwunden. Windischgrätz, ein Mensch, voll mittelalterlicher Ideen und Dünkel der Unfehlbarkeit, der von der Zeit nichts gelernt hat, nichts versteht, der dabei von Herrschsucht aufgeblasen ist, dem schien ein solcher Umschwung für den Glanz seines Hauses fürchterlich, er zog gegen Wien, kümmerte sich weder um Recht noch Unrecht, und da sein Interesse mit dem der Dynastie Hand in Hand ging, so führte er als Fürstenknecht das aus,

was ihm befohlen war, um wie er meinte, eine neue Erhebung in Wien durch Terrorismus unmöglich zu machen. Des Beifalls der Fürsten war er gewiß; die Männer welche ihm widerstanden hatten, mordete er aus Rache dahin, oder sperrte sie ein, und um sich doch eiuen gewissen Schein des Rechtes zu geben, ließ er dieß durch ein commandirtes Tribunal anordnen, und gab sich den Anschein, als liege der ganz natürlichen, gerechten, durch den Reichstag uud den Minister Kraus und Hornpostel sanktionirten Wiener Revolution, eine gefährliche Verschwörung zu Grunde, welche sich über ganz Europa erstrecke, und alles staatliche Zusammenleben zu gefährden drohe. Also mußten Leute aus verschiedenen Ländern, ermordet, oder wie Windischgrätz sagt, hingerichtet werden. Auch radikale Schriftsteller, die das mit einigen Ausschmückungen wieder gaben, was der Reichstag beschlossen hatte, traf dieses Loos, weil man die Presse terrorisiren wollte. Ferner solche Männer packte die Gewalt, welche die Volksgunst gehoben, und die wegen ihres lebhaften Rechtsgefühles, ihrer Thatkraft und Energie gefürchtet wurden.

Ich will von den vielen Opfern, die in der Brigittenau und im Stadtgraben erschossen wurden nur einige anführen, und an ihnen die beispiellose Barbarei des Windischgrätz und seine Verworfenheit nachweisen.

Jellovicky ein Pole, sprach nicht deutsch, blos polnisch und französisch. Da er einstens Obrist bei der Artillerie vor Algier war, so ersuchten ihn einige Deputirte des Ausschusses die Leitung der Artillerie zu übernehmen. Er ließ sich dazu herbei und trat in den Generalstab des Messenhauser. Daselbst machte er fast gar nichts, er ließ nur Kanonen lafetiren und sorgte für ihre Bedienung. Da er sich mit den ihn umgebenden Leuten nicht verständlich machen konnte, er auch überhaupt mit der ganzen Leitung des Vertheidigungswesens nicht einverstanden war, so trat er am 20. October, also gerade an dem Tage, wo das erste Windischgrätzische Plakat erschien, aus dem Generalstabe, und lebte ganz ruhig und zurückgezogen fort. Dieser Jellovicky wurde kriegsrechtlich erschossen. Wie ich es erfuhr, war ich wie versteinert, seine Schuld konnte blos darin bestehen, ein Pole gewesen zu sein.

Becher, ein Engländer, wurde erschossen, weil er die Zeitschrift der Radikale redigirte, und weil donnernde Artikel gegen die Reaktion in sein Blatt aufgenommen waren.

Ebenso wurde Jellineck erschossen, weil er den Windischgrätz in einem Artikel geschmäht, und weil er sonst freisinnig geschrieben hatte.

Robert Blum, Abgeordneter bei der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, war auf die Nachricht von der am 6. October ausgebrochenen Revolution nach Wien gekommen, hatte sich unter das

Commando des Messenhauser gestellt, und muthig bis zum 29. October gekämpft. An diesem Tage erkannte er, daß jede weitere Vertheidigung fruchtlos sei, und suchte die Studenten und Arbeiter zur Capitulation zu bereden. Er wurde verhaftet, und ungeachtet seiner Berufung darauf, daß er Abgeordneter bei der Nationalversammlung sei, und zu seiner Untersuchung erst die Einwilligung derselben nöthig wäre, dennoch zum Galgen verurtheilt, und in Ermangelung eines Henkers erschossen. Aber warum wurde er erschossen? Damit hat es eine eigene Bewandtniß. Robert Blum war der erste Vorsteher der deutschkatholischen Gemeinde zu Leipzig, ein Dorn im Auge dem bigotten sächsischen Hofe und der ganzen katholischen Geistlichkeit, die in den vordersten Reihen der Reaktion stand. Dann hatte er sich den bekannten Könneritz, den sächsischen Gesandten am Ollmützer Hofe, durch sein offenes Auftreten gegen dessen Perfidie, zum erbittertsten Feinde gemacht. Weiters war bekannt, daß er der Führer der demokratischen Parthei in Deutschland sei. Mit einem Schlage wollte man demnach den sächsischen Hof, die katholische Geistlichkeit, den sächsischen Gesandten Könneritz durch dieses Opfer sich Dank verpflichten, und zugleich mit ihm das Panier der Freiheitsmänner vernichten, das verhaßte Princip der Demokratie ertödten. Es war aber auch noch ein weiterer Grund. Das Ministerium hatte schon von einem einigen, also centralisirten Oesterreich

gesprochen. Die damals sehr gewünschte Personal-Union des deutschen Oesterreichs wollte man mit Deutschland unmöglich machen, man wollte den Bruch zwischen Deutschland und Oesterreich mit Gewalt herbeiführen, man wollte das deutsche Volk demüthigen, und fürchtete es nicht, da die deutschen Fürsten es schon im Zaume zu halten versprachen, deßhalb riß man die deutsche Fahne vom Stephansthurme, und auch deßhalb ermordete man mit Gepränge den edlen Blum, einen Vertreter des deutschen Volkes, und Könneritz sein Todtfeind, machte dagegen keine Schritte.

Jetzt komme ich noch zu Messenhauser, an dem Windischgrätz nach meiner Ansicht das allerschändlichste unter allen seinen Verbrechen beging. Daß Messenhauser ganz im Einverständnisse mit dem Reichstage und dem Minister wirkte, habe ich erzählt. Messenhauser, dieser echt ritterliche Charakter, nachdem er erfahren, daß Windischgrätz denjenigen, der ihn verberge, mit dem Tode bedrohe, wollte Niemanden einer Gefahr aussetzen, auch hielt er seine Verurtheilung im Grunde für eine Unmöglichkeit. Also er stellte sich selbst, obgleich er auch hätte fliehen können, da ihm schon zur Flucht Wäsche, Reisesack und Kleidung zugestellt worden war, und sich Jemand erboten hatte, ihn bei der Stadt hinauszubringen. Er wurde zum Tode verurtheilt, und nach der Ankündigung des Urtheils hätte am dritten Tage das Urtheil vollzogen

werden sollen. Der Reichstags-Präsident und der Minister Kraus verwendeten sich für seine Begnadigung bei dem Militär-Commando. Umsonst. Da wurde der Deputirte Prato, mittelst eines vom Minister Kraus angewiesenen Eiltrains, auf der Eisenbahn nach Ollmütz, zum Kaiser gesendet. Er kam dort, am zweiten Tage nach der Urtheils-Ankündigung gegen Messenhauser, früh Morgens an, und ging zu Wessenberg, um sich durch denselben eine Audienz bei dem Kaiser zu erwirken. Wessenberg verfügte sich gleich zu demselben, und bestellte den Prato um 11 Uhr zu Seiner Majestät, und fügte hinzu, daß er wegen des Messenhauser bereits gesprochen habe, und daß er an einer Begnadigung nicht zweifle. Prato wandte sich auch an den Beichtvater des Kaisers, und auch dieser sprach mit demselben, und der Abgeordnete erwartete mit Zuversicht einen Pardon. Indessen hatte aber der Wütherich Windischgrätz von der Absendung des Prato an den Kaiser gehört, und damit ihm sein Opfer nicht entrissen werde, begnadigte er, es ist fürchterlich, den Messenhauser dahin, daß er nicht am dritten, sondern am zweiten Tage schon erschossen werden solle. Als man den Messenhauser am zweiten Tage, wo Prato gerade in Ollmütz war, zur Ermordung fortführen wollte, protestirte er gegen die frühere Urtheilsvollstreckung, und äußerte, das sei keine Begnadigung, wenn man ihn einen Tag weniger leben lasse. Doch der Protest

wurde nicht berücksichtiget, und Messenhauser erschossen. Als nun Prato um 10 Uhr zu Wessenberg kam, erfuhr er, es sei so eben mittelst des Telegraphen die Erschießung des Messenhauser gemeldet worden. Wessenberg bedauerte von Herzen u. s. w. und die Audienz unterblieb, wie natürlich. Ich theile dieses Faktum mit, und enthalte mich jedes Urtheils. Worte können nicht das andeuten, was in mir, wenn ich an diese Geschichte denke, in meinem Inneren vorgeht.

Aus ganz ähnlichen Gründen wurden noch zu Dutzenden erschossen, nnd in Massen zu vieljährigem Kerker verurtheilt.

Wer, wie gesagt, das gethan, oder in dem Sinne gewirkt hatte, was der Reichstag angeordnet, wurde, wenn er gestand, oder überwiesen worden war, stumm gemacht. Es dürfte auffallen, daß Windischgrätz die Glieder des Reichstages nicht selbst packte? Ja darüber schwebt wirklich einiges Dunkel. Windischgrätz hätte sie gerne in seine Krallen bekommen, daran ist kein Zweifel. Er schlug ihnen die Thüre zum Reichstage vor den Augen zu, er that, als existire die Kammer gar nicht, erst am 4. November konnten die Abgeordneten Bewilligungen zur Abreise erhalten, ja selbst nach ihrer Abreise verhaftete man noch den Deputirten Marcher in seinem Wahlbezirke, und der Deputirte Füster wurde, weil es einem Officiere in Mödling beliebte, ihn zu arretiren, nach Wien transportirt, und daselbst ungeachtet der vorgezeigten

Militär-Reisebewilligung durch 6 Tage in Gewahrsam gehalten, aber, man entließ sie wieder, — und ich kann mir diese Berücksichtigung der Deputirten, wo man doch sonst jedes Recht mit Füßen trat, nicht anders erklären, als durch die Furcht des Hofes vor den Provinzen, und weil er ganz richtig denken mochte, daß der nun eingeschüchterte Reichstag nach Hinzutritt der Czechen eine Genehmigung seiner Gewaltthaten aussprechen werde, und er sich dadurch wenigstens zum Scheine vor Europa rechtfertigen könne. O es ist fürchterlich, es ist gräßlich, an den Reichstag und die Minister, die den Widerstand, den Kampf gegen die kaiserlichen Truppen ins Leben riefen, wagte man sich nicht, aber jene, welche unbedingt dem Reichstage und dem Minister Kraus gehorcht hatten, die tödtete, die beraubte man ihrer Freiheit.

## XXIV.

**Anhängseln des Belagerungszustandes. Stimmung in den Provinzen. Das neue volksthümliche Ministerium des Kaisers. Charakteristik desselben. Beabsichtigte Anklage gegen Wessenberg und Windischgrätz. Ein den Deutschen gemachter Vorwurf. Die Wirksamkeit der Kammer in Kremsier. Verrath der Kammer am Volke. Wirksamkeit des neuen Ministeriums. Maulkorb für die Interpellanten.**

Mit dem 1. November wurden auch alle Zeitschriften aufgehoben, nur den reaktionären Blättern gestattete man bald wieder ihr Erscheinen; ferner mußten alle Waffen abgeliefert werden und von dem Associationsrechte blieb natürlich auch nichts über. Wer sich nicht fügen wollte, wer sich nur ein tadelndes Achselzucken erlaubte, war ein Bösgesinnter, und wurde kriegs- oder standrechtlich behandelt.

Ich befand mich blos bis 4. November in Wien, denn länger konnte ich das Zusammenfangen der edlen

Glieder der akademischen Legion, dieser Spartaner-jünglinge, das niedrige Aufblähen und Denunziren der Reaktion, das geckenhafte Benehmen der vielen hoch-nasigen Bürschchen in Officiersuniform, mit 16 und 18 Jahren, — und die Brutalitäten und das Betteln der sogenannten braven kaiserlichen, um das Vater-land hochverdienten Armee nicht ansehen. Mit einem Militärpassirscheine versehen, ging ich auf das Land, und da sah ich mit tiefer Trauer, wie der Fall von Wien in den Provinzen alle Demokraten eingeschüch-tert und die Reaktion zur schamlosesten Verfolgung, zur empörendsten Frechheit, zur verabscheuungswürdig-sten Gemeinheit ermuthiget hatte. Am 15. November kam ich verabredeter Massen wieder nach Wien.

Hier erfuhr ich, daß sich viele Deputirte ent-schlossen hätten, nach Kremsier zu gehen. Anfangs wollte ich nicht dahin, da ich dem Kaiser nicht das Recht zugestehen konnte, eine Prorogation und Ver-legung des Reichstages einseitig auszusprechen. Doch da das Tagen in Wien unter der Militärherrschaft eine Unmöglichkeit war, und es möglich schien, doch noch etwas für das Recht und die Freiheit in Kremsier wirken zu können, so begab ich mich dahin. Jetzt war es doppelte Pflicht, auszuharren im parlamentarischen Kampfe.

In Kremsier sah ich wieder, wie der Kaiser sein Wort, auch wegen des Versprechens der Zusammen-

setzung eines volksthümlichen Ministeriums gehalten hatte.

Der Kaiser hatte versprochen, alle Minister mit Ausnahme des Dobblhof und Hornpostel zu entlassen. Indessen gerade diese beiden waren ausgetreten, sie konnten unmöglich mehr, mit dem durch Bajonette willkührlich handelnden Hofe gehen, und der Hof hätte sie auch nicht belassen, — und von den anderen blieb außer Kraus, der übrigens nach dem ihm am 7. Oktober zugekommenen Vertrauensvotum als Minister beibehalten werden konnte, der unvolksthümlichste Mann, der Duodez Guizot, Alexander Bach. Dann waren zu Ministern ernannt: Fürst Felix Schwarzenberg, ein unwissender Aristokrat im schlechtesten Sinne des Wortes, General, Schüler des Metternich; — dann Graf Stadion, zugleich Deputirter, Hocharistokrat, der jedesmal, so oft er früher in der Kammer ein dummes unlogisches Zeug gestottert hatte, von fast allen Deputirten regelmäßig laut ausgelacht, und der von dem Deputirten Hubitzky, in der Kammer einer Lüge gegen die galizischen Bauern, um ihr Votum zu erschleichen, geziehen worden war, über welche Beschuldigung die zur Untersuchung niedergesetzte Commission noch heute nichts berichtete; — ferner Ritter von Thinfeld, wie ich hörte Jagdgenosse des Erzherzogs Johann, ein zwar guter Mann, sehr guter Mann, dem ich aber gar nichts zutraue, und für den der Beiname Herr von Pikwick überall als

der frappant bezeichnenste gefunden wurde. Von Baron Cordon und Ritter von Bruck wußte Niemand Etwas, also auch nichts von ihrer Volksthümlichkeit. Uebrigens will ich zugeben, daß diese letzten ordentliche, gescheute Männer sind; es ist möglich, da ich nie etwas von ihnen vernahm, nur erscheint es mir dann ein wenig sonderbar, wie sie in einem Ministerium Schwarzenberg, Stadion bleiben können.

Ich hatte die Absicht, gleich bei der Eröffnung der Sitzungen in Kremsier den früheren Minister Wessenberg und den Windischgrätz in den Anklagestand zu versetzen und auf Erfüllung der kaiserlichen Versprechen zu dringen. Ich theilte diese Absicht einigen meiner politischen Freunde mit. Diese riethen mir von meinem Vorhaben ab. Man stellte mir vor, daß ich dadurch nichts erreichen könne, da die Majorität gegen mich sein würde, ja daß Windischgrätz aus Hohn nur noch kannibalischer verfahren werde, daß durch das Fallen der Anklage gerade das Benehmen dieses Wütherichs den Schein der Billigung erhalten, daß ich dadurch nur die Gefahr der Auflösung des Reichstages und der Oktroirung einer Karte herbeiführen würde, und daß ohnedem in der kürzesten Zeit zuversichtlich eine Amnestie erfolgen müsse. Mit schwerem Herzen gab ich nach, ich wurde überzeugt von der Richtigkeit der mir gemachten Vorstellungen. Jetzt, da doch eine Karte und zwar eine der fürchterlichsten, die je auf die Welt gekommen, oktroirt

wurde, und demnach die Linke für die Freiheit nichts wirken konnte, ist mir dießfalls Leid, es wäre besser gewesen, das gesammte Volk hätte gleich den vollen Verrath dieses Ministeriums gesehen, und es wäre dem deutschen Volke nebst dem Morde Blums auch noch die Lossagung mittelst der späteren oktroirten Karte als Hohn und Antwort auf die Frankfurter Beschlüsse in das Gesicht geschleudert worden. Ja nach der Ermordung Blums, eines Deputirten der größten Städte Deutschlands, da erwartete jeder liberale freidenkende Mann mit Zuversicht, daß Deutschland alle seine Kriegsgewalt versammeln, mit aller Macht gegen Windischgrätz, diesen Rebellen gegen die Majestät des souveränen österreichischen und deutschen Volkes zu Felde ziehen, ihn aus Wien verjagen, oder auch als Mörder hinrichten und die unterjochte Stadt befreien werde. Aber Deutschland rührte sich nicht, es deklamirte, that böse, grollte und das war Alles, und Wien eine deutsche Stadt wurde Preis gegeben der Barbarei. Nun vielleicht wäre etwas geschehen, wenn man zu jener Zeit gleich die Karte oktroirt hätte; zwei Pillen auf einmal wirken doch mehr, als jede allein. — O Deutschland, Deutschland! was wird die Geschichte sagen, daß Du Dir solche Schmach, ohne auch nur einen Finger zu regen, anthun ließest.

Die Kammer gab in Kremsier ein klägliches Bild, sie verrieth, sie vergab ein Recht des Volkes nach dem anderen, und das Ministerium wurde stets

frecher und frecher. Die Czechen waren aus den schon angegebenen Gründen Gegner der Ungarn und der Wiener Revolution, sie vertheidigten daher das Benehmen des Hofes, und obgleich die Majorität der Vertreter im Oktober in Wien geblieben war, so hielten es doch einige Mitglieder des Centrums sogar in der Frage der Wiener Revolution mit dem Ministerium, da es eben Leute waren, die um jeden Preis mit jedem Ministerium gingen. Man wende mir nicht ein, ja die Kammer faßte bei der Debatte über die Grundrechte sehr liberale, echt demokratische Beschlüsse. Das ist wahr, aber doch war das nur Nebensache. Jede Constitution wird, so wie das Volk nicht die Macht zu einer siegreichen Revolution hat, von der Regierung vernichtet und mißachtet. In einer constitutionellen Monarchie ist immer der Kampf zwischen dem Monarchen und dem Volke, und die Hauptsache ist da, die Kraft dem Volke zu erhalten, damit es seine Rechte selbst vertheidigen kann, und der Regent nicht wagen darf, sich Uebergriffe zu erlauben. Die Kammer hätte, um dem Volke seine Rechte zu sichern, mit aller Energie donnernd auf der Bildung eines liberalen Ministeriums, auf der Aenderung der Politik in Ungarn, wie es am 6. Oktober versprochen worden war, bestehen sollen, und es hätte die Aufhebung des Belagerungszustandes in Wien und Ertheilung der sogleichen Amnestie verlangen müssen. Die Linke sah gleich am ersten Tage, wie sie da wenig wirken

könne, sie hielt sich daher passiv, um nicht unnöthige Streitigkeiten herbeizuführen, und um die Gelegenheit abzuwarten, bis wieder ein frischerer Muth die Bevölkerung ergreife, ja es waren Viele, welche die Taktlosigkeiten der Regierung gerne unbeanständet ließen, damit dieselbe forttappe in ihrer Blindheit, und endlich rettungslos versinke in den Wogen des dann desto früher sich erhebenden allgemeinen Volkszornes; und diese letzten scheinen richtig gerechnet zu haben.

Gleich in der ersten Sitzung sollten die Wiener Protokolle vom 28., 29., 30. und 31. Oktober vorgelesen werden. Die Czechen protestirten dagegen, indem sie diese Protokolle nicht als die des Reichstages anerkennen wollten, und warum? weil sie die Beschlüsse nach dem 6. Oktober, wo sie nicht mehr in Wien waren, überhaupt gerne annullirt hätten, und sie führten als Begründung an, weil der Kaiser laut des am 25. Oktober proklamirten Erlasses den Reichstag nach Kremsier verlegt, und auf den 15. November prorogirt hätte. Diese Ansicht ging durch, denn von der Linken waren noch nicht alle Glieder in Kremsier eingetroffen. Die Kammer verrieth also gleich Anfangs ihre Stellung und das Recht des Volkes, indem es dem Kaiser das Recht zusprach, nach seinem eigenen absoluten Willen den Reichstag dahin oder dorthin zu schicken, dadurch den Reichstag zu terrorisiren, und ihn dadurch an der Möglichkeit der

Entwicklung seiner Aufgabe zu hindern. Uebrigens selbst wenn der Kaiser das Recht gehabt hätte, den Reichstag zu prorogiren, so sind die Sitzungen bis 31. Oktober noch immer gültig, denn der Kaiser hat in dem an den Präsidenten des Reichstages gerichteten Erlasse vom ²²/₂₅ Oktober erklärt: „der Präsident des Reichstages möge alsbald den Reichstag prorogiren.“ Die Sache der Prorogirung war daher dem Ermessen des Reichtagspräsidenten überlassen, und es hing von ihm ab, nach seinem Ermessen in Betreff der vorliegenden Geschäfte, die Sitzungen in Wien zu beenden. Zudem hat der Reichstag noch nach Zustellung dieses Erlasses eine Adresse an den Kaiser beschlossen, und mit derselben eine Deputation nach Ollmütz gesendet, und der Kaiser selbst hat sie als eine Reichstags-Deputation empfangen.

Was das nunmehrige Wirken des Ministeriums anbelangt, so bemerke ich, daß es sich von selbst versteht, daß nach dem Oktober der Krieg gegen Ungarn ganz offen von Oesterreich fortgeführt wurde; die Czechen jubelten, und die Linke mußte schweigen. Die Minister sagten auch ganz einfach, wie Windischgrätz, der Reichstag hätte blos die Constitution zu machen, in andere Angelegenheiten hätte er sich nicht zu mischen, und er möge eilen, damit der Kaiser die Verfassung bald prüfen könne. Der 15. Mai war also umsonst dagewesen, und auch ein Theil des 15. März, denn nun sollte Oesterreich bis zur Sanktion der Constitutionsurkunde eine abso-

lute Monarchie noch fort und fort bleiben. Natürlich, in Consequenz dessen hob man Truppen aus, steckte junge entschiedene Leute aus sogenannter Strafe, aber ohne Erkenntniß, gegen jedes Rekrutirungsgesetz unter das Militär, führte nach Belieben den Belagerungszustand bald da, bald dort ein, entwaffnete das ganze Landvolk in Niederösterreich, sperrte gegen jedes Gesetz mißliebige Personen ein, erschoß Leute die die Wahrheit sagten, suspendirte Zeitungen aus unerklärlichen Gründen, und kurz und gut, das Ministerium oder eigentlich Windischgrätz that was er wollte, und die Kammer sah dem allen zu, und zischte noch denjenigen gewöhnlich aus, der nur leise diese Ungerechtigkeiten zu rügen wagte. Uebrigens damit sie, die Minister, unter solchen Umständen nicht gar zu leicht in Verlegenheiten gerathen könnten, führten sie die Uebung ein, daß auf jede Interpellation erst nach vorläufiger Berathung im Ministerrathe eine Antwort ertheilt wurde, und diese war oft derart auf Schrauben gestellt, daß kein Mensch daraus klug werden konnte. Ich werde auf mehreres, was ich hier andeutete, noch ausführlicher zu sprechen kommen.

## XXV.

**Der Kaiser Ferdinand wird zur Abdicirung bewogen. Er überträgt die Krone an Franz Joseph. Dieser spricht sich als Gegner der Volkssouveränität und des 15. Mai aus. Smolka rettet die Kammer aus der Verlegenheit. Keine Amnestie, aber 80 Millionen Gulden. Die Kammer bewilligt sie, die Rechte als Belohnung, das Centrum aus Dankbarkeit.**

In Ollmütz wurde von allen Seiten in den Kaiser Ferdinand gedrungen, die Krone niederzulegen, und dieselbe auf seinen, früher großjährig zu erklärenden Neffen, den 18jährigen Franz Joseph, den Sohn der Erzherzogin Sophie zu übertragen, da auch dessen Vater Franz Carl auf dieselbe verzichten zu wollen erklärte. Er ließ sich endlich dazu bewegen, wahrscheinlich konnte er mit seinem wirklich guten Herzen nicht mehr länger all die Schändlichkeiten ansehen und sie unterschreiben, welche sich Windischgrätz und sein Ministerium, diese Werkzeuge der Camerilla erlaubten,

und er war zu schwach, ihnen entgegen zu treten. Also er dankte ab am 2. Dezember 1848, und übertrug die Krone an Franz Joseph I.

Hiezu wäre wohl die Einwilligung des constituirenden Reichstages erforderlich gewesen, denn die constitutionelle Monarchie war nach dem 15. Mai blos ein Provisorium. Uebrigens was wollte und konnte auch dieser dagegen sagen, da eine Protestation nicht im Willen des Volkes oder doch nicht in dessen Macht lag.

Wichtiger ist aber die Antritts-Erklärung des Monarchen zur Regierung. Er nannte sich wieder von Gottes Gnaden. Der frühere Kaiser führte seit 15. März nur mehr den Titel constitutioneller Kaiser. Alles war darüber empört, natürlich die Reaktionärs und die Servilen nicht. Durch diesen neu angenommenen Titel erklärte sich Franz Joseph, bei dessen ersten Namen die Wiener ungeachtet des Belagerungszustandes das n auf der Proclomation herauskratzten, als Gegner der Volkssouveränität, als Gegner der Rechte des Volkes, also auch als Gegner des 15. Mai. Ferner erklärte er, daß er den Thron in Kraft der pragmatischen Sanktion besteige. Also stützte er sich ausdrücklich auf das Erbrecht, das Legitimitäts-Princip. Weiter sagte er, daß er bereit sei, seine Rechte mit dem Volke zu theilen, daß er den Glanz der Krone, — das glaube ich gerne, — und die Gesammtmonarchie erhalten wolle, daß er die Bahn zeitgemä-

ßer Institutionen nur deßhalb betrete, weil er, der Kaiser von 18 Jahren, das Bedürfniß und den hohen Werth freier und zeitgemäßer Institutionen aus eigener Ueberzeugung erkenne, und so in dem Tone fort. Armer Reichstag, constituirender Reichstag, mit Dir war es weit gekommen. Du mußtest ruhig anhören, wie man Dich herabwürdigte. Als der Ministerpräsident den Thronwechsel bekannt machte, rettete der Präsident Smolka die Kammer nur dadurch aus der erbarmungswürdigsten Verlegenheit, daß er geistesgewandt die Worte sprach: „Nehmen wir diese „hochwichtige Mittheilung entgegen: mit dem Rufe: „Es lebe der constitutionelle Kaiser und König „Franz Joseph."

Gleich nach dem Regierungsantritte des jungen Kaisers erwartete man eine Amnestie, aber davon ist noch heute keine Rede. Statt derselben forderte der Finanzminister nur ein kleines Darlehen von 80 Millionen Gulden in Conventions-Münze zur Führung des Krieges in Italien und Ungarn. Dieselbe Kammer, welche sich in Wien für das Recht der Ungarn erklärt hatte, welche schon in Wien bei dem dort bewilligten Anlehen von 20 Millionen Gulden, Anstände und Bedenken in Menge erhob, dieselbe Kammer bewilligte die achtzig Millionen Gulden, obgleich der Finanzausschuß blos auf 50 Millionen angetragen hatte. Umsonst machte man die Deputirten aufmerksam, daß dann, wenn das Ministerium auf lange

Zeit Geld habe, es der Kammer wegen deren Entbehrlichkeit immer kühner entgegen treten, ja sie vielleicht sogar auflösen werde. Es nützte Alles nichts, die 80 Millionen wurden bewilliget; die Czechen wollten das Ministerium wegen seines Benehmens gegen Ungarn belohnen, und das Centrum wollte dankbar sein, wegen der Anstellung vieler seiner Glieder und der häufigen auszeichnenden Einladungen zu hohen Ministerial-Conferenzen, bei welchen es noch umsonst gehörig dressirt wurde.

# XXVI.

**Die Rechte nähert sich der Linken. Da will das Ministerium die Kammer auflösen, und trifft Vorbereitungen. Die Presse wird gegen die Kammer, und Wildner gegen die Grundrechte commandirt. Helfert macht sich unsterblich. Ministerielle Erklärung. Die Kammer weicht der Schlinge aus und überschüttet die Minister mit Vorwürfen. Bach will durchaus nicht nach seinen Worten beurtheilt sein. Die Czechen gehen bei den Grundrechten mit der Linken. Aeußerung eines czechischen Demokraten.**

Nachdem das Ministerium die Bewilligung zur Aufnahme von 80 Millionen Gulden hatte, da änderte es, wie die Linke voraussah, gleich seinen Ton; nun brauchte es gar nicht mehr die Kammer, sie war ihr sogar unangenehm.

Denn die Czechen wollten zwar vorerst ein slavisches Oesterreich, dann aber auch secundo loco die Freiheit. Nun die letztere wollte die Regierung nicht

gewähren, und weil auf einmal das Ministerium wieder mit Deutschland zu koquettiren begann, so traten die Czechen plötzlich in Opposition und näherten sich der Linken. Das war dem Ministerium sehr unlieb, es dachte daher auf die Auflösung der Kammer. Damit aber die Provinzen durch dieselbe nicht allzusehr aufgeregt werden möchten, so traf sie Vorbereitungen, und deßhalb begannen die ministeriellen und dann die übrigen Schandblätter, welche früher blos gegen einzelne Glieder der Linken commandirt worden waren, gegen den ganzen Reichstag zu Felde zu ziehen, und sie überhäuften ihn mit den gemeinsten empörendsten Schmähungen, um ihn in der Volksmeinung zu untergraben, und kein Herr Staatsanwalt fand es für nöthig, eine dießfällige Klage anzubringen; und Welden, der Commandant Wiens, der auf die Beleidigung eines gemeinen Soldaten kriegsrechtliche Behandlung nachfolgen ließ, mochte sich wahrscheinlich über die rohesten Ausfälle auf die Volksvertretung höchlich freuen, da gerade in Wien, wo er doch mit mehr als Sedlnitzky'scher Strenge die Presse überwachte, derartige, wirklich verbrecherische Angriffe am zahlreichsten emporwucherten. Auch die mit dem neuen Ministerium sehr befreundete Geistlichkeit donnerte von der Kanzel gegen den irreligiösen Reichstag und die Beamten, namentlich Kreiskommissäre, ließen es sich außerordentlich angelegen sein, die einzelnen Deputirten in ihren betreffenden Wahlbezirken zu verdächtigen.

Daß hiebei auch die Aristokratie das ihre beitrug, versteht sich eigentlich von selbst. Dann wurde der Abgeordnete Wildner ein ganzer Mann des Centrums, Advokat, ehemaliger Professor u. d. g. dazu bestimmt, die Grundrechte des Ausschusses in der allgemeinen Debatte als Unsinn darzustellen. Er ließ sich aber dabei derlei wirklich originell alberne Behauptungen zu Schulden kommen, daß er dem allgemeinen schallenden Gelächter Preis gegeben wurde. Nichtsdestoweniger wiesen aber die ministeriellen Blätter wie im Triumphe auf den Ausspruch eines Deputirten und eines ehemaligen Professors hin, nach dem die Kammer nichts verstehe.

Nach diesen löblichen Vorbereitungen gab das Ministerium vor der Berathung des § 1 der Grundrechte, welcher mit den Worten begann: „Alle Gewalten im Staate gehen vom Volke aus,“ eine Erklärung ab, wie sie noch in keinem Parlamente der Welt vorgekommen sein wird. In derselben ließ es sich in eine Auslegung der kaiserlichen Proklamationen vom März, Mai und Juni des Jahres 1848 ein, welche geradezu unrichtig war, stellte das Princip der Volkssouveränität als eine Lächerlichkeit hin, und bemerkte, daß wenn wir Deputirte dieses Princip, unter dessen Banner der edle (?) Graf Latour ermordet worden wäre, und unter dem keine Regierung (?) möglich sei, ausdrücklich oder auch nur stillschweigend, — was heißt das, — anerkennen, so werde,

— nicht etwa das Ministerium austreten, nein! — sondern es werde die Kammer so betrachten, als habe es sich einen Eingriff in die unwandelbaren (?) Grundlagen des monarchischen Principes (?) erlaubt; — das heißt: es werde die Kammer auflösen, und vielleicht die Vertheidiger der Volkssouveränität als Wühler und Hochverräther einsperren.

Nun erhob sich aber ein bedeutender Sturm. Die Linke und die Rechte, und ein Theil des Centrums, der bis jetzt blind aber ehrlich war, und es von nun an, da ihm der Staar gestochen worden, mit der Linken ging, traten gegen diese ministerielle Anmaßung mit aller Heftigkeit auf, denn solchen Hohn, solchen Unsinn konnte sich die Kammer im Angesichte Europas unmöglich entgegen schleudern lassen. Man vertheidigte den § 1, sagte dem Ministerium die fürchterlichsten Dinge, und warf unter anderem dem Minister Bach seine Inconsequenz vor, indem er vor dem Oktober von einem auf demokratischen Grundlagen zu erbauenden Oesterreich sprach; wogegen er freilich erwiederte, „daß man den Charakter eines Ministers „nicht nach einzelnen Aeußerungen, sondern nach der „Gesammtheit seiner Handlungen und Grundsätze be„urtheilen müsse;“ — nun ich thue es auch, — aber bei der Abstimmung ließ man den § 1 als überflüssig, als sich von selbst verstehend, in der Constitutions-Urkunde aus. Das war sehr klug. Dadurch war dem Ministerium die Möglichkeit entwunden, den

Reichstag aufzulösen, denn der Paragraph war gefallen, also der Wunsch des Ministeriums erfüllt, und die wenn gleich von fast allen Seiten ausgesprochenen Ansichten der Partheien konnten noch nicht als die der Kammer angesehen werden.

Die Linke und auch die czechischen Demokraten, worunter 3 bis 4 wollten zwar den § 1 annehmen, und es auf die Auflösung ankommen lassen, aber doch freute mich nachträglich das kluge Maneuver der Kammer, da sie dem Ministerium eine tüchtige Lection gab, und dieses seine Absicht nicht erreichen konnte, denn das Ministerium dachte, entweder wird der § 1 angenommen, dann lösen wir die Kammer auf, oder die Kammer nimmt ihn aus Servilismus nicht an, dann ist sie eingeschüchtert, und es ist uns gleichgültig, ob sie fortbesteht oder nicht, ja ihr Fortbestand ist sogar für uns vortheilhaft, da wir sie als Sündenbock gebrauchen können. Nun nahm die Kammer den Paragraph wohl nicht an, aber sie war nicht nur nicht eingeschüchtert, sondern sie hatte das Ministerium sogar noch mit Grobheiten überhäuft und es lächerlich gemacht und von „Fetzen ministerieller Erklärungen“ unter dem donnernden Beifalle des ganzen Hauses gesprochen. Ja die Kammer war dießmal sehr aufgebracht, und der Umstand, daß das Ministerium seine Absicht verrieth, welche Constitution es wolle, indem es den Entwurf einer fürchterlich reaktionären Verfassung, welchen der Unterstaatssekretär

Helfert im hohen Auftrage, vielleicht auch aus eigenem Antriebe verfertigt hatte, und mit dem er sich unsterblich machte, den Deputirten zustellen ließ, der Umstand bewirkte gerade, daß die Linke und Rechte bei der Berathung der Grundrechte ganz liberale Beschlüsse faßten. So wurden der Adel, leere Titel, die Todesstrafe u. dergl. aufgehoben. Uebrigens, daß die Czechen sich bei den Grundrechten mehr als je an die Linke schlossen, hat auch noch einen anderen Grund. Es lag in ihrem Interesse; denn die Croaten waren an constitutionelles Leben gewöhnt, wollten von ihrer Freiheit nichts verlieren, und sie waren über die ministerielle Erklärung bei dem § 1 höchlich erzürnt, — und der böhmische Clubb, die Slowanska Lipa, war czechisch-demokratisch gesinnt, und äußerte schon hie und da seine Unzufriedenheit mit den czechischen Deputirten. Ich sage czechisch-demokratisch, denn für sich wollten die Czechen die Demokratie, aber nicht für andere. Zu der Erkenntniß der Wahrheit, daß mit der wahren Demokratie ein Nationalitätsstreit in Widerspruch stehe, konnten sie sich nie hinaufschwingen, zuerst wollten sie Czechen, dann frei sein, und dabei andere beherrschen. In dieser Beziehung ist eine Aeußerung des Abgeordneten Claudi merkwürdig. Ihrer Merkwürdigkeit wegen, und zur Beurtheilung der czechischen Deputirten muß ich sie erzählen. Brestl suchte im Constitutions-Ausschusse dahin zu wirken, Böhmen in czechische und deutsche Kreise zu theilen,

und die Kreisregierungen unmittelbar unter das Ministerium zu stellen, damit die Czechen mit ihrer Majorität die Deutschen nicht terrorisiren und beherrschen könnten. Am 26. Februar 1849 äußerte Claudi in einem Gespräche mit zwei Deputirten folgende Worte, welche ich mir gleich darnach aufgeschrieben habe: — „Ich sage Euch, uns Czechen steht das Vaterland „höher, als die Freiheit, lieber den Absolutismus, als „den Verlust des Vaterlandes. Unter Metternich bestand „immer noch Böhmen, aber Brestl hetzt die Deutschen „gegen uns, und will, daß die Kreise unmittelbar mit „dem Reichsministerium correspondiren, wodurch der „böhmische Landtag und der böhmische Gouverneur „zum Schatten würden;" — und Claudi gehörte zu den sogenannten Ultra-Demokraten unter den Czechen.

## XXVII.

**Für das Ministerium existirt nicht mehr die Kammer. Thinfeld, die Papierscheere und das Lineal. Das Ministerium unterdrückt die Ostdeutsche Post, das Giornale di Trieste, läßt Schriftsteller unter das Militär stecken, verbietet die Verbreitung der deutschen Grundrechte. Komische Ausflüchte. Die demokratischen Vereine werden aufgehoben. Belagerungszustand in Galizien, wo gar kein Aufstand ist. Originelle Rechtfertigung desselben.**

Ungeachtet die Kammer in die gelegte Falle nicht getreten war, so benahm sich doch das Ministerium derart, als existire sie gar nicht mehr, und während der fürchterlichsten Uebergriffe, die sich das Ministerium erlaubte, ließ es sich von den servilen Blättern mit Lob, die Kammer aber so wie früher mit den niedrigsten Lästerungen überhäufen. In der Sitzung war fast nie ein Minister zu erblicken, außer Thinfeld, der beständig die Papierscheere auf einem Lineal reiten ließ, und letzteres, mit aller Aufmerksamkeit auf diese

läppische Spielerei, viertelstundenlang unter den possierlichsten Gesten herumdrehte und beguckte.

Das Ministerium erlaubte sich die himmelschreiendsten Verletzungeu aller Rechte. Natürlich! Es war das Ministerium der Reaktion, welche aus toller Rache nicht wußte, was sie nur Alles verlangen und vernichten solle.

Um sicher zu gehen, wurde der ohnedies schon hinlänglich verdorbenen Bureaukratie, welche, man kann sagen, nur unter den subalternen Beamten freisinnige Männer zählt, mit allem Nachdrucke angedroht, daß jene Beamte, deren Gesinnungen mit dem ministeriellen Wirken nicht übereinstimmen, wenn sie nicht selbst austreten, entlassen werden sollen. Der Beamte wurde also wieder zum Knechte, zum Sclaven, zur Maschine herabgewürdiget.

Dann wagte das Ministerium, die ihr ungelegene Presse anzutasten, und Welden, der Commandant von Wien, hob die Ostdeutsche Post, wie er erklärte auf Befehl des Minister-Präsidenten Schwarzenberg, wegen eines Artikels unter den gemeinsten Ausdrücken auf, wo den Verfasser desselben kein Gericht der Welt, mit Ausnahme des Wiener Blutgerichts, hätte verurtheilen können. Hier sprach also, wie sich der Deputirte Szabel ausdrückte, nicht der Stadt-Commandant, hier hörte der locale Standpunkt auf; und nicht wegen des Belagerungszustandes ward diese Zeitung unterdrückt, sondern der Minister selbst, als verantwortlicher

Repräsentant der Krone trat der freien Presse, dem Eigenthume der Gesammtheit auf den Nacken, und sich nicht begnügend mit den Garantieen, welche aus höheren Staatsrücksichten gegen den Mißbrauch der Presse durch Repressiv-Maßregeln geboten sind, über deren Anordnung die Jury zu entscheiden hätte, griff er in eigener Sache als eigener Richter zum letzten Mittel, und erdrückte die Presse. Dießfalls wurde in der Kammer eine Interpellation gestellt, und Schwarzenberg, der Minister-Präsident, erklärte: „die Regierung werde stets die Preßfreiheit aufrecht erhalten, „sie erkenne jedoch in der von Welden verfügten „Maßregel keine Beeinträchtigung, und noch „weniger eine Vernichtung derselben. (?) Er, „Schwarzenberg, für seine Person, habe sich keine „Eingriffe in die Befugnisse des Welden erlaubt, sondern er habe ihm nur in nicht officieller „Weise seine Ansicht über die Ostdeutsche Post eröffnet, Welden haben sie getheilt, und daher dieses „Blatt unterdrückt." Das ist ein merkwürdiger Galimathias, der Minister entschuldiget sich, daß er sich, ja beileibe nicht, einen Eingriff in die unantastbaren Rechte des Welden erlaubt habe. Schön, sehr schön und erklärlich, das Ministerium stand unter dem Befehle des Windischgrätz, Oesterreich hatte eine Militärherrschaft, was man aber gerne verblümen möchte. Die Unterscheidung zwischen officieller und nicht officieller Ansicht eines Ministers ist ebenso ori-

ginell, und die Behauptung, die Unterdrückung eines Blattes sei keine Beeinträchtigung der freien Presse, das ist Unsinn.

Weiteres wurde in Triest, wo kein Belagerungszustand war, das Giornale di Trieste suspendirt, und ohne der strengen und unfreisinnigen Maßnahmen zu gedenken, denen die Redakteure der periodischen Blätter unterstellt wurden, untersagte man den italienischen Blättern aus Triest das Ueberschreiten des Isonzo mit einigen Ausnahmen, wodurch man an eine privilegirte Preßfreiheit erinnert wird. Das weise dießfalls befragte Ministerium erklärte, „das Giornale „di Trieste sei nicht berechnet gewesen für den Lese„kreis in Triest und in den Provinzen, sondern es habe „darauf hingezielt, Unruhen in Italien zu erregen und „zu erhalten; man habe es nicht unterdrückt, aber da „Niemand mehr darauf habe pränumeriren können,“ — das heißt dürfen, — „so sei es an Mangel an „Abonnenten eingegangen.“

Ferner wurden viele stenographische Sitzungsprotokolle aus den Monaten August und Oktober gar nicht gedruckt, und die übrigen, obgleich die Stenographen mit einem jeden Protokoll schon in längstens $^3/_4$ Stunden nach der Sitzung fertig waren, kamen erst in 14 Tagen, auch noch viel später, aus der Druckerei. Ich erkundigte mich, was die Schuld wäre, daß man manche Protokolle gar nicht, und die andern erst so spät erhalte, und da sagte man mir,

dahinter stecke das Ministerium, der Druck mancher Protokolle werde von ihm gar nicht gewünscht, und den der anderen verzögere es deßhalb, damit sie von dem, nach so langer Zeit auf das, was vor 14 Tagen 3 Wochen geschehen, nicht mehr neugierigen Volke, auch nicht mehr gelesen werden.

Aber mit dem allem war es noch nicht genug, in Lemberg wurden die Doctoren juris Dobrzanski und Kaminski, weil sie als Journalisten in freisinniger Weise sich für den Reichstag aussprachen, auf eine willkührliche Weise unter das Militär gesteckt. Abgesehen, daß ein solches Gewaltverfahren in civilisirten Staaten beispiellos ist, und an russischen Despotismus erinnert, daß es die von zwei Kaisern garantirte Preßfreiheit vernichtet, hieß es auch die Ehre der so sehr gelobten Armee herabsetzen, da man sie als Strafanstalt benützte. Das Ministerium suchte sich zwar zu entschuldigen, aber mit dem lächerlichsten Zeugs.

Besonders interessant ist, daß Stadion den Kreisämtern befahl, die Verbreitung der durch den Erzherzog Johann, dem Reichsverweser zu Frankfurt, publicirten deutschen Grundrechte, in den deutsch-österreichischen Provinzen zu unterdrücken, und die Verbindungen der österreichischen Provinzen in Frankfurt mit ihren Wählern zu überwachen. Wahrlich, das ist ärger, als unter Sedlnitzky.

Dem Associationsrechte ging es auch nicht besser, die demokratischen Vereine wurden aufgehoben, nicht

blos in Wien, wo sogar derjenige, welcher ein schwarz-roth-goldenes Abzeichen, oder eine Feder oder eine weiße Metallschnalle am Hute trug, eingesperrt wurde, — sondern in der ganzen Monarchie; und damit das Vereinsrecht fast nirgends ausgeübt werden könne und Niemand wage, offen seine Meinung über die österreichischen Zustände auszusprechen, so war man bedacht, so viel als möglich den Belagerungszustand überall einzuführen, und Windischgrätz hatte ja auch die Vollmacht, dieß in ganz Oesterreich zu thun. Ich bin neugierig, auf was für ein Gesetz sich das Ministerium berufen wird, wenn es einmal, was gar nicht so unmöglich, wegen dieser Belagerungszustände und anderer Dinge vor einem Gerichte stehen sollte?

Außerordentlich merkwürdig ist in dieser Beziehung die Belagerungszustands-Erklärung in Gallizien. Am 2. November 1848 wurde die Stadt Lemberg von der Garnison ohne weiterer Ursache als wegen einer Aufregung gegen Militärübergriffe bombardirt, und in Belagerungszustand erklärt. Die Einwohner des gesammten Königreiches Gallizien hatten kaum Zeit, sich von dem Schlage, der die Hauptstadt ihres Landes getroffen hatte, zu erhohlen, so erschien am 10. November eine Proklamation des Commandirenden von Gallizien, in welcher derselbe im Einverständnisse mit dem Landesgoubernium verkündigte, daß er sich veranlaßt sehe, den Belagerungs- und Kriegszustand auf ganz Gallizien, mit Einschluß der Buko-

wina und des Gebietes von Krakau, auszudehnen. Durch diese Proklamation wurde die Freiheit der Presse unterdrückt, die Censur in die Hände der Kreisämter und der Militärbehörden übergeben, das Associationsrecht aufgehoben, das Martialgesetz mit dem Gerichte auf Leben und Tod verkündet, das kriegsrechtliche Verfahren nach Militärgesetzen sogar gegen solche Personen angedroht, welche durch Ausstreuung nachtheiliger Gerüchte eine Beunruhigung der Gemüther hervorzurufen trachten, dann gegen solche, welche Farben oder Abzeichen tragen, die eine Hinneigung zu einer aufrührerischen Parthei an den Tag legen sollen. Die Abgeordneten Galliziens interpellirten hierauf das Ministerium, was denn eigentlich den Commandirenden und Gouverneur bewogen habe, über die drei Gebiete des Landes Gallizien, in einer Ausdehnung von 1500 Quadratmeilen und über eine Bevölkerung von 5 Millionen Einwohner die Suspension aller constitutionellen Freiheiten, den Kriegszustand und alle Schrecken des Stand- und Kriegsrechtes zu verhängen, da nicht einmal, was einen Scheinvorwand bilden könnte, die Ungarn sich zu der Zeit in der Nähe Galliziens befanden, und weder von einem Aufstande noch Aufruhre oder sonst einer Schilderhebung das Mindeste bekannt sei, ferner ob denn die Gefahren für den Staat in Gallizien diese Höhe erreicht haben, daß sie die gänzliche ausnahmslose Unterdrückung der Preßfreiheit, so wie die weiteren Verordnungen des

Commandirenden rechtfertigen, welche durch ihre unbestimmte, der vielseitigsten Deutung fähige Fassung, gleichlautende Dekrete des französischen Convents vom Jahre 1793 und 1794 in das Gedächtniß rufen, so daß, gemäß der Proklamation, auch die unbefangenste Aeußerung der Wahrheit, so wie das Tragen der im Lande gewöhnlichsten Farben und Trachten schon hinreicht, die Bewohner des Landes der ganzen Härte des Kriegsrechtes zu überliefern? — Auf diese Interpellation erklärte das Ministerium, diese Anordnungen seien nöthig gewesen, weil Gallizien einen Einfall der Ungarn zu besorgen gehabt hätte, weil der Commandirende Galliziens in diesem Lande den Landsturm aufgeboten habe, und die Entwaffnung sei deßhalb nöthig gewesen, weil, wie es bekannt sei, eine gewisse Eifersucht gegen den Edelmann bestehe, und sehr zu befürchten gewesen sei, daß Exzesse entstehen. — Sehr schön! Nun wurden aber den Edelleuten die Waffen abgenommen, und dieselben den Bauern gegeben, welche im Jahre 1846 zu Tarnow für den Kampf eines Edelmannes 5 fl. Conv.-Münze erhalten hatten. Weiterer Bemerkungen enthalte ich mich; sie sind überflüssig.

## XXVIII.

**Stadion erfindet zwei neue Nationalitäten, die ruthenische und die tyrolische. Hiebei kommt auch die christkatholische zur Sprache. Freude der Czechen über das Ministerium. Minister Bach erklärt, worin die Freiheit bestehe.**

Bereits waren durch Künste der österreichischen Politik die Croaten gegen die Ungarn aufgestachelt worden, ebenso die Czechen und Italiener gegen die Deutschen. Jetzt war der Regierung noch ein Zwiespalt in Gallizien, welches sein Streben nach nationaler Selbstständigkeit, wenn gleich nicht für den gegenwärtigen Augenblick unverholen aussprach, im höchsten Grade wünschenswerth. Um nun Gallizien zu spalten, wurde der lächerliche, überall vorgebrachte Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten, in Folge dessen man die Freiheit in jeder Provinz gleichmäßig unterdrückte, vorangestellt, und dann wurde auf einmal behauptet, die Bewohner Ostgalliziens

bilden eine eigene Nationalität, die ruthenische, welche bis jetzt von der westgallizischen als der polnischen unterdrückt worden wäre.

Die Sache ist in Kürze Folgende: *) Die Bewohner Gallizien's bestehen größtentheils aus Masuren und Ruthenen, sie sind unbestreitbar slavischen Ursprunges, sie leben seit jeher unter einander vermischt und nennen sich unter dem Collectivnamen Polen, ebenso wie sich die Preußen und die Baiern Deutsche nennen, und so wenig als diese, zwei verschiedene Nationalitäten bilden, ebensowenig gehören die Ruthenen einer eigenen von den Masuren verschiedenen Nationalität an. Die Ruthenen sind also Polen, so wie die Masuren, wären sie eine eigene Nation, dann wären es auch diese, und es gebe in österreichisch Gallizien gar keine Polen. Auf den Lehranstalten Gallizien's und sonst im Leben war die Geschäfts- oder die Schriftsprache die sogenannte polnische, die Landleute in Ostgallizien, der griechischen Religion zugethan, sprachen aber unter sich nicht die Schriftsprache sondern wie überall am Lande, einen schlechten wortarmen Dialekt, ohne daß deßhalb alle diejenigen, welche diesen Dialekt sprachen, Ruthenen waren.

*) Diese ganze Angelegenheit und die hiebei gezeigte Niederträchtigkeit der Regierung wurde mir durch die gebildeten Polen, worunter viele Ruthenen, klar auseinander gesetzt, und schlagend bewiesen.

Diesen Dialekt gab nun die Regierung als die eigenthümliche Sprache der ruthenischen Nation aus, und sich auf den Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten fussend, wollte sie in Ostgallizien auf allen Lehranstalten die sogenannte ruthenische Sprache, das ist den Dialekt als die Sprache der Majorität der Bevölkerung einführen. Nun wurde aber gerade in den Städten die Schrift- oder polnische Sprache gesprochen, und die Lehranstalten wurden vorzüglich von den Kindern der Städter besucht, und was das interessante dabei ist, der Dialekt oder die ruthenische Sprache ist so roh, daß sich in Gallizien fast kein Buch in demselben gedruckt vorfindet, und daß ihn fast Niemand schreiben kann. Das Ministerium wurde in seinem Vorhaben, die Bewohner Galliziens in einen Nationalitätshader hineinzustürzen, und neue Wirren zu bereiten, bei welchen es mit aller Despotie der Vergangenheit ruhig fortregieren zu können vermeinte, von der orthodoxen griechischen Geistlichkeit redlich unterstützt. Diese hetzte den Bauer, der den Dialekt sprach, gegen den Edelmann, der sich in der Schriftsprache ausdrückte, und es kam so weit, daß die Bischöfe in der neuesten Zeit den Geistlichen am Lande verbieten mußten, Mord und Plünderung zu predigen. Endlich nachdem diese Erbitterung schon ziemlich Wurzel gefaßt hatte, erschien folgende Verordnung des Ministeriums: „An den Gymnasien des „flachen Landes in den ruthenischen Kreisen Galliziens

„ist der Unterricht vor der Hand und insolange, bis „derselbe in ruthenischer Sprache durch taugliche Pro„fessoren, und für Schüler, die mit der erforderlichen „sprachlichen Vorbildung ausgerüstet sind, ertheilt „werden kann, in deutscher Sprache zu ertheilen. „Wo jetzt schon der Unterricht in ruthenischer Sprache „ertheilt werden kann, hat dieß sogleich zu geschehen, „und es ist vor Allem bei dem Religionsunterrichte „dahin zu wirken. Doch darf dieß einstweilen noch „nicht ausschließend geschehen, sondern es muß in „solchen Fällen der in der ruthenischen Sprache „ertheilte Unterricht, da noch ein großer „Theil der Schüler ihn aufzufassen nicht „im Stande sein wird, neben dem Vortrage „in der deutschen und zugleich mit dieser ge„schehen" u. s. f. Dann heißt es in dieser Verordnung: „Hinsichtlich der Universitätsstudien gilt „derselbe Grundsatz, daß insolange nicht taugliche „Lehrer und gehörig vorbereitete Schüler für den Un„terricht in der Landessprache vorhanden, und bei „bestehenden derselben nicht mächtigen Professoren an „ihrem Platze sind, der Vortrag in der deutschen „Sprache zu geschehen habe." In dieser Verordnung gestand also das Ministerium selbst, daß sich die ruthenische Sprache, das ist der Volksdialekt dermal, noch nicht in jenem Zustande der Ausbildung befinde, der sie zum Vortrage in allen wissenschaftlichen Fächern eignet, daß es in dieser Sprache an den

fähigen Lehrkräften, an der entsprechenden Vorbildung der Schüler, und an den erforderlichen Lehrbüchern, fehle, und daß gegenwärtig ein großer Theil der Schüler den ruthenischen Unterricht aufzufassen nicht im Stande sei. — Diese ohne Genehmigung des Reichstages erlassene Ministerialverfügung ist ein merkwürdiges Dokument. Die Regierung behauptet stets, Oesterreichs große welthistorische Bedeutung, — ich werde auf dieselbe zurückkommen, sei, die Bildung nach Osten zu tragen. Nun hier werden die Leute gezwungen, Statt der ausgebildeten an Litteratur so reichen polnischen Sprache einen miserablen Dialekt zu sprechen, welcher, wenn er sich natürlich entwickelt, erst in vielen, vielen Jahren abermals zur polnischen Sprache wird; freilich damit das nicht geschehe, nimmt die griechische dortige Geistlichkeit bei Kunst oder wissenschaftlichen Ausdrücken, welche der Dialekt nicht hat, nicht zu polnischen sondern zu russischen Worten ihre Zuflucht. Ferner verordnete das Ministerium, daß in dem Falle, als man derzeit noch keine Wissenschaft in dem Dialekte oder in der ruthenischen Sprache vortragen könnte, der Vortrag in deutscher Sprache gehalten werden solle; in der deutschen, welche in Gallizien fast Niemand versteht, während die polnische Schriftsprache jeder Bauer auffaßt. Die gebildeten Deputirten Galliziens waren über dieses Benehmen des Ministeriums bis auf das Aeußerste erbittert, und unter diesen waren viele

Ruthenen wie Popiel, Ziemialkovsky; sie waren es umsomehr, als sie erfuhren, daß sich das Ministerium mit dem Gedanken umtrage, das österreichische Galizien abermals zu zerstückeln. Von diesem Gedanken ging das Ministerium jedoch später ab. Die gallizischen Bauern unter dem Einflusse ihrer ruthenischen Geistlichen, die waren freilich gegen die gebildeten gallizischen Deputirten, und mit dem Ministerium einverstanden, da der Haß derselben gegen die Edelleute schon seit lange dauert, der auch im Jahre 1846 von der Regierung so bewundernswerth ausgebeutet worden ist. Was diesen Leuten von ihrer neuen Nationalität muß vorgefaselt worden sein, geht aus der bezüglichen Aeußerung eines solchen Bauers hervor, welche er in der Kammer vorbrachte, und wo er meinte: „sie wollten sich nicht mehr von der christ- „katholischen Nationalität unterdrücken lassen.“ Diese Aeußerung läßt einen traurigen Blick auf das Wirken der Geistlichkeit und der Regierung in dem unglücklichen Lande Gallizien thun. Uebrigens wurde in dieser Beziehung die Regierung auch von den Czechen unterstützt, denn die gebildeten Deputirten Galliziens waren durch und durch demokratisch gesinnt, sie fanden es mit ihrer Ehre und ihrem Gewissen unverträglich, den Tendenzen der Czechen zu folgen, sie waren, obgleich auch Slaven, dennoch erklärte Gegner der, wie so Viele sagten, unredlichen Rechten, und deßhalb freute es diese, ihren Gegnern einen

empfindlichen Streich zu versetzen; zudem konnten sie durch Unterstützung der gallizischen Bauern deren Sympathieen erwerben, und daher unterstützten sie dieselben. Uebrigens mochten sie gedenken, unter ihnen in der Zukunft Propaganda machen zu können.

Der Erfinder dieser ruthenischen Nationalität ist Graf Stadion. Er war überhaupt sehr glücklich im Erfinden, z. B. erfand er auch die tirolische Nationalität, und zwar zu demselben Zwecke. So wie es nämlich der Regierung wünschenswerth erschien, Galizien zu spalten, und durch die neu erfundene Nationalität Erbitterung herbeizuführen, eben so suchte er die Erbitterung der deutschen bigotten Nordtyroler, und der freisinnigen italienischen Südtyroler noch zu steigern, und zu dem Ende erfand er für diese auch eine Nationalität, die tyrolische. Mit dieser verhielt es sich folgender Maßen:

Zu dem früheren tyrolischen Landtage schickten die armen deutschen Nordtyroler viel mehr Abgeordnete als die wohlhabenden wälschen Südtyroler. Wenn der deutsche Norden eine Straße, eine Brücke brauchte, so wurde ihre Erbauung von der deutschen Majorität beschlossen, und die Italiener mußten dazu Geld hergeben. Wenn aber der italienische Süden eine Straße, oder Brücke brauchte, so wurde ihre Erbauung von der deutschen Majorität verweigert, damit sie dazu nicht etwas beitragen müsse, und so blieben die Italiener in beständiger Abhängigkeit. Als nun die italie-

nischen Südtyroler das Ministerium immer und immer von der Gleichberechtigung der Nationalitäten sprechen hörten, da hatten sie große Freude, und legten Petitionen aus, und baten darin um die Trennung Südtyrols von Nordtyrol, wie sie auch in früheren Zeiten bestanden hatte. Diese Idee der Südtyroler gefiel aber dem Ministerium nicht im mindesten, weil dann das gesammte Südtyrol sich hätte leichter an die Lombardei schließen können; also handelte es im deutschen Interesse der Nordtyroler, die über den Gedanken der Trennung, bei der sie von den reichen Südtyrolern kein Geld mehr hätten bekommen können, außer sich waren, und es erließ das Ministerium für Tyrol eine Verordnung, laut welcher es, — bei der Freiheit der Rede und Schrift, — den Behörden auftrug, jene, welche es wagen für eine Trennung Tyrols zu sprechen und für dieselbe Sympathieen zu erregen, und die *tyrolische* Nationalität zu spalten, einzusperren und gegen sie nach aller Strenge der Strafgesetze zu verfahren.

Aus dem mag man ersehen, was das Ministerium in Oesterreich unter Gleichberechtigung der Nationalitäten versteht, mit welcher sie nichts als den Despotismus zu befestigen und die Freiheit auszumärzen sucht. Zwar Bach suchte die Freiheit nicht auszumärzen, denn er sagte noch vor dem October in der Kammer: „Die wahre Freiheit besteht in „Gesetzlichkeit und Ordnung“, und nach dem October

sahen wir das Ideal der Gesetzlichkeit und Ordnung in Wien. Minister Bach findet wahrscheinlich, daß Rußland ein freier, wahrhaft freier Staat sei; dort ist Gesetzlichkeit und Ordnuug, es wagt sich Niemand zu rühren, und deßhalb schließt er sich mit seinen Collegen so innig an das russische System an, und sucht mit dessen freiheitsbeglückenden Einrichtungen sein Vaterland reichlich zu überschütten.

## XXIX.

Die Kammer greift das Ministerium an. Dieses verdächtiget dafür die Kammer. Die Deputirten sollen mit ihren Wählern nicht sprechen. Die Unterredung des Deputirten Geyer mit Stadion. Lüge des letzteren. Das Ministerium bereitet Tendenzprozesse gegen Kammerglieder vor. Ein Bauer wird angeklagt. Die Linke siegt. Wuth der Czechen. Rieger benimmt sich ehrenhaft. Uebereinkommen mehrerer Glieder der Linken, für den Fall einer gegen sie vorgebrachten Anklage.

Nun mit diesen Ansichten des Ministeriums, mit dessen Wirken, mit dessen immer entschiedeneren Rückwärtsschreiten, mit dessen Wüthen gegen jede Freiheitsbestrebung, mit dessen klar ersichtlicher Tendenz, die Demokratie zu vernichten, oder doch nach Amerika auszutreiben, konnte die Kammer nicht recht übereinstimmen. Fast in jeder Rede eines Deputirten, wenigstens der Linken, und namentlich in den fast täg-

lichen des Schuselka waren Anfangs Vorstellungen, dann Rügen, dann heftige Angriffe; aber das Ministerium blieb taub, und trotzdem nach und nach eine große Majorität gegen dasselbe mit Nachdruck auftrat, ließ es sich von seiner reaktionären blutigen Richtung, die es eingeschlagen hatte, nicht ablenken. Es sah die Menschenhetze und Schlächterei in Ungarn und Italien ruhig an, es ließ das Blut zu Wien mit wahrer Seelenlust fließen, und es soll sogar ein Minister, aber ich kann es kaum glauben, obwohl ich es aus glaubwürdiger Quelle erfuhr, geäußert haben: „Windischgrätz und Welden seien ihm zu milde, diese „Kerls von Radikalen müsse man mit Blut vernichten, „sonst hätte man keine Ruhe.“ Trotz des ausgesprochenen Wunsches der ganzen Kammer nach Amnestie, oder doch nach Aufhebung der Todesstrafe für politische Verbrecher, erfolgte weder das eine noch das andere, ja das Ministerium, wie einst Schuselka demselben entgegendonnerte, ließ die verwerfliche von ihm oder doch von Welden commandirte Presse jedem Todesurtheile Beifall zujauchzen, und mit wahrhaft verabscheuungswürdiger Blutgier immerfort nach neuen Opfern schreien, und mit den Fingern auf jene hinzeigen, die sie noch geopfert wissen wollte. Das Ministerium hinderte es nicht, daß viele von denen, die berufen sind, das Wort der Liebe und Versöhnung zu predigen, in Gotteshäusern von der Kanzel herab, den Haß der Leidenschaften, den Haß der Partheien

aufstachelten, daß der Reichstag vorzüglich das Ziel maßloser Schmähungen, Verdächtigungen und wahrhaft hochverrätherischer Angriffe wurde. Ja das Ministerium selbst scheute sich nicht, grundlose, ja niederträchtige Verdächtigungen gegen Deputirte auszusprechen. Ich will zum Beweise dessen, und um die Ansicht des Ministeriums über die Stellung der Deputirten zu ihren Wählern zu zeigen, nur folgende Thatsache erzählen.

Der Deputirte Geyer aus Krain reiste im Januar 1849 in seine Heimath und seinen Wahlbezirk, und er fand sich auf ausdrückliches Verlangen der Wähler und Wahlmänner zu einer Berathung mit ihnen veranlaßt, um sie über die wichtigsten Verhandlungen am Reichstage aufzuklären, und sich über ihre Wünsche zu belehren, zu welchem Behufe er den Ort und die Zeit der beabsichtigten Zusammenkunft bestimmte. Nun vernahm er von den Wahlmännern, daß sie der Bezirksrichter Pinter in Gurkfeld aufforderte, zu einer Besprechung mit ihm als etwas Gesetzwidrigem nicht zu gehen, und ihnen zugleich bedeutete, daß er denjenigen am strengsten bestrafen werde, der ihn, den Deputirten, nur unter sein Dach aufnehme. Ueber den Grund dieser an das Landvolk erlassenen Weisungen von Geyer befragt, berief sich der Bezirksrichter auf die, an ihn vom Kreisamte und Gubernium erlassenen Befehle mit der Bemerkung, daß er ihn, den Deputirten, wenn er an dem bestimm-

ten Orte erscheine, arretiren lassen werde. Geyer forderte darauf das Ministerium um Bestrafung derjenigen, die solche Befehle erlassen hätten oder des Bezirksrichters mit Nachdruck auf. In einigen Sitzungen darnach erklärte Stadion, der Bezirksrichter habe Recht gehabt, denn er, der Minister, habe gehört, daß er, der Deputirte, die Absicht gehabt hätte, die Bauern zum Landsturme aufzuregen. Ueber diese lügenhafte Erklärung, worauf Geyer nach der Geschäftsordnung nicht gleich etwas erwiedern konnte, begab er sich nach der Sitzung zu Stadion, und dieser hatte nun, wie mir Geyer selbst erzählte, die Frechheit zu sagen: Ja ich konnte nichts anderes erklären, warum haben Sie nicht früher mit mir allein über diese Sache gesprochen, ich kann mich nicht compromitiren, übrigens habe ich das, was ich in der Kammer vorbrachte, wirklich von Jemanden gehört. Geyer forderte den Namen dieser Person. Stadion weigerte sich ihn zu nennen. Nun interpellirte Geyer neuerdings den Stadion, nannte die Erklärung des Ministers eine Lüge und Verläumdung, die an und für sich in die Augen springend sei, da es Wahnsinn gewesen wäre, im Januar 1849 in Krain einen Landsturm aufbieten zu wollen, und er forderte ihn öffentlich auf, die Sache genau zu untersuchen, und seinen Gewährsmann zu nennen. Bis heute ist er nicht genannt, und in meinen Augen erscheint Stadion zum zweiten Male als Lügner; — von seiner ersten Lüge

als Deputirter, über deren Untersuchung eine Commission niedergesetzt wurde, welche bis heute nichts berichtete, habe ich bereits erzählt. Aber gesetzt es wäre wahr, Geyer der ruhige, besonnene, kalte Mann hätte die Intention gehabt, im Januar 1849 einen Landsturm aufzubieten, wie konnte man wissen, daß er sie bei der Zusammenkunft mit den Wählern aussprechen werde. Man ersieht aus dieser Geschichte, wie das Ministerium mit den Deputirten umging.

Je mehr die Deputirten dem Ministerium und der willkührlichen Militärherrschaft entgegen traten, desto ärger trieb es Windischgrätz und Welden und mit ihnen die Minister. Man durfte fast nicht wagen, nur ein Wort der Entrüstung über das Benehmen des Welden zu sprechen, denn man mußte fürchten, daß er des anderen Tages ein paar Menschen, die ihrem gedrückten erzürnten Herzen durch einige Worte der Wahrheit Luft machten, aus Hohn, und um der Kammer seine Macht zu zeigen, todt schießen lasse.

Die Kammer wurde dem Ministerium immer unangenehmer und lästiger, und um dieselbe einzuschüchtern und um an den Deputirten gleichfalls Rache zu üben, fing man an gegen sie Tendenzprozesse vorzubereiten. Es verbreiteten sich die Gerüchte, daß bald 10, bald 15 Deputirte wegen der Oktober-Ereignisse würden in Anklagestand versetzt werden. Man forschte den Briefen nach, welche Deputirte in ihre

Wahlbezirke geschrieben hatten, man vernahm alle Bekannten eines Abgeordneten, um, aus der Zusammenstellung von gar nicht in Verbindung stehenden Aeußerungen, Indicien herauszuzwängen. Endlich wollte man der Kammer auf den Zahn fühlen, um zu sehen, wie gefügig dieselbe sei, und ob sie Anklagen wegen der Oktober-Ereignisse Statt gäbe. Man benützte einen deutschen Bauern und Deputirten aus Krumau in Böhmen, der in einem von Deutschen und Czechen bewohnten Wahlbezirke gewählt worden war. Es lag gegen ihn die Beschuldigung vor, daß er im November in einem Gasthause seiner Heimath, im betrunkenen Zustande, gegen den früheren Kaiser Schmähworte ausgestoßen habe, welche die größte Erbitterung unter den Anwesenden erregten. Da aus dem Ansuchen des Criminalgerichtes eine Tendenzgeschichte klar hervorleuchtete, indem Lästerungen auf den Regenten, aus welchen nur Erbitterung gegen den Schmähenden, aber nicht unverkennbare Abneigung gegen den Landesfürsten erfolgen kann, nach dem ausdrücklichen Wortlaute des Gesetzes kein Verbrechen bilden, und als auch ungeachtet alle Zeugen angaben, daß dieses Opfer der Politik tüchtig betrunken gewesen sei, der Grad der Trunkenheit nicht erhoben war, zudem jeder sah, daß man mit dieser Geschichte blos den Anfang zu ferneren Inanklagestandversetzungen mache, so wurde nur eine wei-

tere Vorerhebung bewilliget. Die Debatte über diesen Gegenstand war sehr interessant. Die Czechen wollten dem Ministerium wegen seines damaligen Benehmens gegen Frankfurt, dann, weil es die Verbreitung der deutschen Grundrechte verboten hatte, erkenntlich sein, dann ersahen sie, daß wenn dießmal die Auslieferung eines Deputirten an ein Criminalgericht zugestanden würde, bei nachfolgenden Reklamationen nicht leicht eine Ausnahme zu machen, möglich sein werde, und sie wollten mehrere Glieder der Linken wegen des Oktobers verurtheilt sehen, um selbst, in der Geschichte, oder doch vor den Augen ihrer Landsleute wegen ihrer Flucht von Wien, gereinigt dazustehen, daher sprachen sie heftig, wirklich mit empörender Rohheit gegen die Linke und auch gegen einige im Oktober gleichfalls in Wien gebliebene Männer des Centrums, und nur durch geheime Abstimmung wurde obiger Beschluß zu Stande gebracht. Die Czechen waren darüber wüthend, denn sie hatten dem Ministerium den sicheren Sieg zugesagt, — so daß der Justizminister in dieser Angelegenheit gar nicht das Wort ergriff, und noch während der Sitzung mit seinen Collegen nach Wien fuhr, — und sie sollen, wie man allgemein erzählte, über Concessionen des Ministeriums mit demselben einen Packt auf Auslieferung von 15 Gliedern der Linken abgeschlossen haben. Nach Entfernung von 15 Gliedern der Linken und zwar

Führern derselben hätten die Czechen in der Kammer unbedingt geherrscht. Jetzt standen sie vor dem Ministerium blamirt da, und sie ersahen, daß das Verlangen auf Auslieferung von 15 Deputirten wegen des Oktobers noch weniger durchgehen werde. Hier muß ich aber bemerken, daß während dieser bezüglichen Debatte der czechische Deputirte Rieger eine ehrenvolle Ausnahme machte, er stand gegen den Schluß seitwärts bei einem Fenster, und man las ihm die Entrüstung über seine Landsleute aus den Zügen; und einige Glieder der Linken behaupteten, gesehen zu haben, daß er bei der Kugelung gegen die Czechen stimmte.

Mehrere Deputirte von der Linken erfuhren darnach, daß nächstens gegen einige derselben gleichfalls Anklagen und zwar wegen des Oktobers vor die Kammer gebracht werden sollten. Da sich alle ihres durchaus legalen Benehmens bewußt waren, und das Bewußtsein erfüllter Pflicht in ihrer Brust trugen, so kamen sie überein, so lange der Reichstag bestehe, die Anklage abzuwarten, und im Falle eines gestellten Begehrens um Auslieferung in der Kammer selbst das Wort zu ergreifen, und sich vor ein Schwurgericht, was sie durchzusetzen vermeinten, ohne weiters stellen zu lassen, ja es schien ihnen sogar wahrscheinlich, daß die Kammer einer Anklage wegen des Oktobers nicht Statt geben werde, ja eigentlich vernünftiger Weise gar nicht könne, indem es eine Lä-

cherlichkeit ist, ein Schwurgericht über die Gültigkeit der Kammerbeschlüsse im Oktober urtheilen zu lassen, in Folge, in Consequenz deren ein oder das andere Kammermitglied handelte und sprach. Zugleich aber kamen sie überein, daß in dem Falle, — als ihnen nicht wenigstens Oeffentlichkeit der Verhandlung zugesichert werden sollte, — sie sich wo möglich vor das Blutgericht zu Wien, — welches, wie sich bereits hundertfach erwies, nur nach Willkühr und Commando entschied, — nicht stellen, sondern sich in das Ausland begeben wollten, denn durch die Stellung vor ein solches Willkührstribunal waren sie überzeugt, der guten Sache gar nichts nützen zu können, und vielleicht noch durch bestochene oder durch Fanatismus geworbene falsche Zeugen solcher Handlungen oder Intentionen überwiesen zu werden, die ihnen nicht im Schlafe eingefallen waren, um so mehr, als sie erfuhren, daß bereits ein falscher Zeuge gegen den edlen Füster wegen nachgewiesenen Meineids in Untersuchung gezogen worden sein soll; und ferner weil sie für gewiß hörten, daß in Oberösterreich zwei Personen gegen den Deputirten Herndl falsche Aussagen gemacht hatten, welche zum Glücke vier Personen wiederlegten; dann endlich, weil ihnen die Ge- Geschichte Englands zu Zeiten Jeffrey's zu deutlich vorschwebte, und weil sie hörten, daß das Untersuchungsgericht zu Wien bereits sieben Verurtheilte

durch in Aussichtstellung der Begnadigung zu bewegen suchte, gegen den Deputirten Sierakovsky fälschlich auszusagen. Den, diesen letzten Umstand enthaltenden Brief eines dieser Verurtheilten hat ein Deputirter, den ich vor der Hand noch nicht nennen will.

## XXX.

Die Debatte über das Depositenwesen. Schuselka donnert in der höchsten Aufregung gegen das Ministerium. Dessen Rede. Darauf sprengt das Ministerium die Kammer mit Bajonetten, und garnirt den Despotismus mit einer elenden constitutionellen Verbrämung. Fischhof wird verhaftet, mehrere Deputirte werden verfolgt. Niederträchtigkeit gegen Goldmark.

Während dem kam die Frage zur Debatte, ob dem Ministerium die Empfangnahme der Privatgelder aus den Depositenkassen zu bewilligen sei. Der Finanzausschuß trug darauf an. Schuselka, empört über das Benehmen des Ministeriums in der letzten Zeit, hielt gegen dasselbe eine donnernde Rede, und unterzog es einer gerechten Kritik. Er, der sonst so ruhig sprechende Mann, war an diesem Tage bleich wie Kalk, wildes Feuer der tiefsten Entrüstung sprühte aus seinen Augen, und seine Hand zitterte, wenn sie sich gegen die unter ihm dasitzenden Minister aus-

streckte, und seine Rede jagte dahin wie der Sturm. Ich will diese seine in der Kammer gehaltene Rede auszugsweise geben, um auch jeden Leser von der Wahrheit dessen, was ich früher erzählte, und was wirklich abentheuerlich, unglaublich dünken dürfte, vollkommen zu überzeugen.

Der Finanzausschuß begründete seinen Antrag, unter Anderem auch mit dem, daß der Staat die größte Sicherheit biete. Schuselka sprach hierüber am 3. März 1849:

„Einer solchen Begründung des Antrages muß „ich im jetzigen Augenblicke auf das Bestimmteste „widersprechen. Der Staat, wie er sein sollte, das „Oesterreich, wie es sein sollte und könnte, würde „allerdings eine solche Sicherheit gewähren, und wäre „dieß der Fall, dann würde ich dafür stimmen, daß „alle Depositen dem Staate anvertraut werden. „Aber dieses Oesterreich, wie es sein sollte und könnte, „existirt nicht, am allerwenigsten bietet aber der Staat, „wie er unter dem jetzigen Systeme regiert, — was „regiert? — beherrscht, ja terrorisirt wird, diese „Sicherheit. Um dieß zu begründen, werde ich einen „kritischen Blick auf dieses Herrschsystem werfen.“

„Dieses System bietet keine Sicherheit, weil es „durch seine Maßregeln den Zustand der Revolution „permanent erhält, weil es die Contre-Revolution „systematisch durchführt. Diese geht schon auf die „Maiereignisse zurück, vielleicht wird sie sich auch bis

„auf die Märzereignisse erstrecken, und wer weiß, ob „man nicht in kurzer Zeit die Freiheit wird ausmärzen „wollen.“ (Die Linke applaudirt. Die Rechte und das Centrum zischen. Nachdem der Lärm vorüber, spricht Schuselka weiter:) „Ich will dem Gedanken „nicht Raum geben, daß auch dieses Haus auf mich „einen Terrorismus ausüben will, und ich werde mich „übrigens durch das Zischen nicht irre machen lassen. „Fast über alle hier vertretenen Provinzen erstreckt „sich der Belagerungszustand, dieß ist der eigentliche „Revolutionszustand, weil da nur die Gewalt herrscht, „und in einem Staate, wo die Regierung sich nur „auf die Gewalt stützt, sind alle Zustände in Schwebe „und in Frage gestellt, und deßhalb kann ein solcher „Staat auch nicht auf die Dauer einer Woche Sicher„heit bieten. Man entschuldiget alle diese Zustände, „als gingen sie aus einer traurigen Nothwendigkeit „hervor; ich läugne dieß. Es ist an der Zeit, daß „man endlich einmal den niedrigen Verdächtigungen „und Denunciationen offen entgegentritt. Es ist nicht „wahr, daß die Maßregeln, selbst die im Oktober „nicht ausgenommen, eine Nothwendigkeit gewesen „sind. Ich spreche nicht im Namen irgend einer „Parthei, sondern um der Sache willen; nicht einmal „als einfacher Schriftsteller, der ich war und wieder „sein werde, würde ich mich in einen Kampf mit der „ministeriellen Presse einlassen. Es ist aber gewiß, „daß der 6. Oktober nicht gekommen wäre, wenn die

„Regierung eine offene Politik befolgt hätte. Nachdem „dieß aber nicht geschehen, so ist es ebenso gewiß, „daß die schrecklichen Folgen davon nicht eingetreten „wären, wenn man nicht so gehandelt hätte, wie man „es gethan. Ich hätte dieses nicht nur im Interesse „der Humanität, sondern auch des Thrones gewünscht. „Man wird sich erinnern, daß in der Nacht des „6. Oktobers die Reichstagsdeputation von Schön„brunn mit der Erklärung zurückkehrte, der Kaiser „werde alsbald ein neues volksthümliches Ministerium „einsetzen. Was mußte sich die Bevölkerung Wiens „denken, als sie des andern Tages erfuhr, der Kaiser „habe seine Residenz in Begleitung von 5000 Soldaten „verlassen; mußte da nicht der Gedanke aufkommen, „daß der Kaiser nicht frei war, und vom Militär „entführt wurde?“ (Die Rechte ruft: Zur Sache, zur Sache.) „Ich bin bei der Sache, und gerade „dieser Ruf zeigt, daß es zur Sache gehört, und ich „will ja begründen, daß das jetzige System keine „Gewähr, keine Sicherheit darbietet. Uebrigens will „ich über diesen Gegenstand, weil man denn gar so „ungern davon hört, so kurz als möglich hinweggehen. „Ich behaupte, daß auch das spätere Unglück, das „Wien getroffen, nicht eingetreten wäre, wenn nicht „Bedingungen gestellt worden wären, die man nicht „eingehen konnte, wenn man das Volk nicht aufs „Aeußerste getrieben hätte, um es auf's Aeußerste „niederschmettern zu können. Aber selbst zugegeben,

„daß dieß nothwendig war, warum noch immer die=
„selbe Politik? und in dieser Beziehung drängt sich
„die Frage auf, ob das Ministerium wirklich an der
„Spitze der Regierung stehe. Ich glaube es nicht,
„vielmehr glaube ich, daß wenn die Versammlung die
„Macht hätte, einen Blick in die Verhandlungen des
„Ministeriums mit den Feldherren zu werfen, sie auf
„überraschende Erscheinungen stoßen würde, und daß
„man sich dann fragen müßte, ob das Ministerium
„regiere, oder regiert werde? Ist dieß aber so, dann
„muß es mir gestattet sein, diese Politik bei ihrem
„wahren Namen zu nennen. Es ist dieß eine Politik
„der Rache. (Sensation). Man übt Rache an Wien,
„weil es gewagt, die Fesseln des Absolutismus zu
„brechen; darum wird es nun niedergebeugt, und in
„Wohlstand, Gesinnung und Gesittung verderbt. Ich
„rufe dem Ministerium zu: Nur in Wien kann der
„Thron stehen, je länger der Monarch von dort weg=
„bleibt, desto schwerer wird es sein, ja es ist jetzt
„schon schwer, den Thron wieder dort mit der Liebe
„des Volkes aufzurichten. Ja es ist die höchste Ge=
„fahr im Verzuge. Das Ministerium braucht über
„diese Gesinnung nicht zweifelhaft zu sein; es hat ja
„Organe genug, um die Stimmung Wiens zu son=
„diren. Man übt Rache an Niederösterreich, wo
„man Alles entwaffnet, von Haus zu Haus Unter=
„suchungen anstellt, den Vater gegen den Sohn, die
„Gattin gegen den Mann auszusagen zwingt, man

„öffnet Briefe daselbst. Ich rufe hier abermals dem „Ministerium zu: Niederösterreich ist das Stammland „der Monarchie, und in demselben Grade, als man „ihm wehe thut, thut man der ganzen Monarchie „wehe. Man übt Rache an den Studenten, weil „sie es gewagt, das alte System über den Haufen „zu werfen; man übt Rache an den Schriftstellern, „die man Monate lang einsperrt, ohne sie zu ver„hören.*) Andere steckt man in den Soldatenrock, „aber um sie, nicht als Soldaten, sondern als Arre„stanten zu behandeln.**) Aber auch die freie Presse „wird sich rächen. Sie hat schon manches Mini„sterium gestürzt, und sie wird das jetzige Ministerium „auch zu Grunde richten. Das Ministerium befolgt „aber auch eine Politik der Furcht. Diese geht so „weit, daß man Befehle lesen mußte, nach denen die „Verfolgungen nicht nur gegen die akademische Legion, „sondern, — man höre und staune, — selbst gegen „die Studentenröcke ausgeübt werden. Aber zugege„ben, daß Alles nothwendig sei, so war es im No„vember, wo das ersehnte Ministerium zu einer Macht „gelangt war, wie keines noch in Oesterreich, an der „Zeit, eine neue Politik einzuschlagen, und die alten

*) Häfner, ehemaliger Redakteur der Constitution, von Officieren, ohne jeden Grund, verhaftet, saß auf einer Festung durch 5 Monate ohne Verhör.

**) Dobrzanski und Kaminski.

„Wunden zu heilen; nicht aber die geschlagenen fort
„und fort aufzureißen und neue zu schlagen. Vielleicht
„wird heute wieder Einer im Stadtgraben zu Wien
„erschossen. Das Programm des Ministeriums ist
„gut aufgenommen worden. Die Freude darüber
„wurde aber bald ganz aufgehoben durch den Erlaß
„des Ministeriums des Innern, wornach alle Beamten,
„die durch ihre Haltung auch außerhalb des Amts-
„verhältnisses zeigen, daß sie das Ministerium nicht
„für unfehlbar halten, mit Entlassung vom Dienste
„bedroht werden. Anfangs habe ich mich getröstet,
„weil ich dachte, daß damit das Ministerium, welches
„sich nach dem Wortlaut des Programmes an die
„Spitze der Bewegung gestellt, die Reaktioneure und
„Bureaukraten zu schrecken beabsichtige; aber nachdem
„ich eingesehen, daß das Ministerium auch nicht eine
„einzige freisinnige Maßregel getroffen, so konnte ich
„in jener Verfügung nur eine Widereinführung des
„alten Systemes erkennen, nach welchem die Beamten
„als bloße Automaten, als willenlose Werkzeuge an-
„gesehen werden. Der Abgeordnete Helfert hat das
„Josephinische System despotisch genannt, und nun
„sehen wir, daß dasselbe freisinnige Ministerium jedem
„Beamten mit Entsetzung droht, der dasselbe nicht
„für infallibel hält. Wir sehen an die Spitze des
„Programmes die Gleichberechtigung der Nationali-
„täten gestellt; dieses Wort haben wir mit Jubel be-

„grüßt, weil wir einsahen, daß es nur auf diese „Weise möglich sei, Oesterreich zu erhalten. Sehen „wir aber einmal, wie es damit steht, und wir werden „bemerken, daß dieses Wort wirklich schon lächerlich „geworden ist, weil man damit nichts anders sagt, „als: Gleiche Knechtung für Alle, und zwar Knechtung „des einen durch Hülfe des andern Theiles. (Beifall.) „Ich will nur noch auf das Eine hinweisen, daß an „die Behörden Tyrols die Weisung erging, daß der„jenige, der von einer Trennung Wälschtyrols nur „spreche, strenge zu bestrafen sei; sollte dieses nichts „nützen, so solle hierüber an das Ministerium berichtet „werden, welches dann die geeigneten Maßregeln er„greifen werde. Wahrscheinlich ist damit der Bela„gerungszustand gemeint. (Hört! Hört!) Das ist also „die Gleichberechtigung! Ich frage nun, ob das „Ministerium, welches, während es sich zu jenem „Principe bekennt, solche Verfügungen erläßt, eine „Garantie für den Bestand des Staates, und somit „der Staat selbst eine Sicherheit für die Depositen „darbieten kann? Ebenso schlecht steht es in allen „andern Beziehungen. Der Reichstag wird herunter„gerissen, die ministerielle Presse wüthet nicht mehr „gegen einzelne Mitglieder, sondern nimmt alle in „Pausch und Bogen mit. Ebenso wird der Reichstag „vom Ministerium behandelt, dadurch, daß es nicht „in der Kammer erscheint, dadurch endlich, daß es

„von Zeit zu Zeit einen ministeriellen Redner*) auf- „treten läßt, welcher den Reichstag, die Vertreter von „16 Millionen österreichischer Staatsbürger so behan- „delt, als ob die Tribüne eine Lehrkanzel wäre, und „er seinem Auditorium eine Vorlesung zu halten hätte. „Es fällt mir nicht bei, den Herrn Finanzminister „persönlich beleidigen zu wollen; dafür, daß er an „den ministeriellen Maßregeln betheiliget ist, ist er „ohnehin verdammt, das Danaidenfaß der österreichi- „schen Staatskasse füllen zu sollen, — aber ich frage, „ob es irgend einen Staat gibt, der durch seine „schlechte Finanzwirthschaft dahin gekommen, daß er „nicht Papiergeld, sondern schlechte Fetzen anstatt des „Papiergeldes gebrauchen muß, wo es bald dahin „kommen wird, daß jede Oebstlerin ihr eigenes Papier- „geld hat, weil das Kupfergeld auch schon zu verschwin- „den anfängt. Ebenso geht es mit der Reorganisation „der Gerichte. Die früheren Gerichtsherrn sagen zu „den Patrimonialbeamten: Wir brauchen Euch nicht „mehr! Anarchie droht als nächste Folge hereinzu- „brechen. Das Ministerium beschäftiget sich höchstens „mit Verfassung von Broschüren, welche heute er- „scheinen, um morgen wieder zu verschwinden. Ja, „es drängt sich unwillkührlich der Verdacht auf, daß „alle diese Verwirrung, dieses Chaos absichtlich her-

*) Helfert, Unterstaatssekretär, ehemaliger Professor zu Prag.

„beigeführt werde, um dann dem Volke sagen zu „können: Seht Ihr, das habt Ihr von der Freiheit! „(Beifall.) Wenn nicht eine bessere, eine gerechtere „Politik eingeschlagen wird, so kann der Staat nicht „für 5 Gulden Garantie bieten. Sehen wir einmal „nach Polen. Das Ministerium hat sich nicht be- „dacht, zu den vielen Theilungen Polens noch eine „neue hinzuzufügen. Diese ruthenische Politik, andere „nennen sie die russinische, ja es kann noch eine „russische daraus werden, kann nur zum äußersten „Verderben führen. Anstatt diesem Lande die größ- „möglichste Selbstständigkeit zu gewähren, und die „Herstellung eines Königreiches Polen zu ermöglichen, „verfolgen die Minister dort eine Politik, gerade als „ob sie die Commissäre Rußlands wären.“ (Das Centrum und die Rechte rufen: Zur Sache, zur Sache.) „So weit ist es schon gekommen, daß das „große mächtige Oesterreich zum Schützlinge Rußlands „herabsank. Ich erinnere das Ministerium, was „Maria Theresia der russischen Kaiserin Katharina „schrieb: Ihre getreue Schwester und Freundin, mit „meinem Willen aber niemals Nachbarin. So hat „eine Frau gesprochen, die Männer des gegenwärtigen „Ministeriums haben es aber dahin kommen lassen, „daß O e s t e r r e i c h  n u r  m i t  H ü l f e  d e r  K o s a k e n „z u s a m m e n  g e h a l t e n  w e r d e n  k a n n. Wenn auch „ministerielle Blätter meinen, der Einmarsch der Russen „habe nicht so viel zu bedeuten, als ihm Scribenten

„beilegen, so sage ich: Der Tag, wo die Russen „österreichisches Gebiet betreten, ist ein Unglückstag „für Oesterreich. Endlich, wie verhält es sich „Deutschland gegenüber? Von deutscher wie von „slavischer Seite ist hier widerholt protestirt worden „gegen diese hinterlistige Politik, mit der weder „Deutsche, noch Slaven, noch Italiener zufrieden sein „können. Es ist offenbar, daß man das alte Ge„mengsel und Ineinanderschieben der Nationalitäten „aufrecht erhalten wolle, um auf einer Seite etwas „zu gewähren, und auf der andern mehr vorenthalten „zu können. Es ist ein stolzes Sprichwort gewesen: „Oesterreich ist nicht umzubringen. Wenn das Mini„sterium so fortfahren wird, wie bisher, so wird ihm „ganz gewiß der Ruhm zu Theil werden, Oesterreich „zu Grunde gerichtet zu haben.“ (Stürmischer Beifall von der Linken. Die Rechte schweigt. Das Centrum sieht aus Verlegenheit auf den Boden.)

Da das Ministerium an diesem 3. März auf das heftigste angegriffen worden war, ihm darnach fast nichts über blieb, als der Austritt oder ein Gewaltstreich, und da der Reichstag ungeachtet aller gegen ihn von dem Ministerium commandirten Schmähartikel dennoch wieder an Sympathien im Volke zu gewinnen begann, zudem da Alles erwartete, daß in Wien am 13. März eine neue Revolution losbrechen werde, so vermuthete ich, daß bis zum 13. März die Kammer aufgelöst, eine ziemlich freisinnig aussehende Verfassung

gegeben und mehrere der Kammermitglieder verhaftet werden würden, um die blutdürstige Militärgewalt und Reaktion zufrieden zu stellen. Ich machte mehrere Collegen mit dieser meiner Besorgniß bekannt, doch sie theilten dieselbe nicht, und meinten eine Auflösung sei unmöglich, weil die kaiserlichen Truppen in Ungarn tüchtig geschlagen würden und dann weil man die Kammer zur Ausschreibung der Steuern für das nächste halbe Jahr bedürfe.

Am 7. März 1849 fanden die Deputirten alle Zugänge zur Stadt und zu den Reichstagslokalitäten mit Truppen besetzt, und die oktroirte Charte wurde im Drucke vertheilt, und die Abgeordneten erfuhren nur durch Straßenanschläge, daß der provisorische Kaiser den Reichstag aufgelöst habe.

Dieser Gewaltstreich, diese Sprengung des constituirenden Reichstages mittelst Waffengewalt macht das Ministerium und alle die hiezu mitgewirkt haben des Hochverrathes schuldig, worauf das österreichische Strafgesetz die Todesstrafe verhängt.

Die kaiserliche Bewilligung vom 15. Mai 1848 besteht noch immer in Rechtskraft. Sie wurde nicht aufgehoben, und kann von dem Monarchen nicht anullirt werden, um so weniger als seit dem 15. Mai 1848 die monarchisch-constitutionelle Regierung nur provisorisch ist. Sobald demnach das Volk will, kann es sich seinen mit Gewalt ohne jedes Recht gesprengten Reichstag wieder zusammenberufen, ja es können

sogar die Deputirten, welche ihr Mandat noch nicht verloren haben, selbst zusammentreten, und den Franz Joseph wegen seiner Gewaltthat oder auch aus jedem anderen Grunde nach Belieben entthronen. Der Kaiser hat nie und nimmermehr das Recht eine oktroirte Charte zu geben, sie ist demnach ungültig, und selbst wenn in Folge derselben Reichstage zusammentreten sollten, was aber nicht den Anschein hat, so wird hiedurch diese Constitution keine verbindliche. Die einzige zu Recht bestehende Volksvertretung ist für Oesterreich die constituirende Versammlung. „Sie ist, „wie Dulon*) von der preußischen aufgelösten Versamm„lung sagt, nicht vertagt, und nicht aufgelöst, sondern „lediglich durch rechtlose Gewalt an der Ausübung „ihrer Funktion gehindert. Die Verfassung vom März „1849 ruht auf den Bajonetten der Krieger. Ihr „Einfluß reicht genau so weit, wie die Macht der „Bajonettte reicht. Das Recht wieder sie zu handeln, „hat Jeder, der die Macht hat, der Kaiser so gut, „wie der geringste Unterthan. Gegen diese Verfas„sung ist Hochverrath eine Unmöglichkeit. Kein ge„wissenhafter Geschworner wird bei Hochverrathsan„klagen das Schuldig sprechen, so lange diese Verfassung „der Grund der Anklage ist. Kein vorsichtiger Ban-

*) Der Kampf um Völkerfreiheit d. a. 1849, von Rudolph Dulon. Dieses treffliche Buch empfehle ich angelegentlichst meinen Landsleuten.

„quier wird dem österreichischen Staate Geld leihen, „so lange derselbe in der Zwangsjacke dieser Verfas„sung einhergeht. Oesterreich ist unter der Verfassung „vom März rechtlos und creditlos."

Die Deputirten waren über diese Sprengung des Reichstages, über das todeswürdige unverantwortliche freche Benehmen der Minister, welche jedes Recht mit Füßen traten und sich nur auf die Gewalt stützten, auf das tiefste empört, ich sah sogar einige Schwachköpfe des Centrums weinen, und einige früher von ihnen bis aufs äußerste gehaßte Glieder der Linken ganz sentimental um ein paar Zeilen in ihr Album betteln, und sie beschwören die Flucht zu ergreifen, und die Czechen waren fast außer sich über den Verrath des Ministeriums, und der Hofparthei, von der sie zum Besten gehalten worden waren. Man hatte ihnen so viel versprochen, und nichts war ihnen gehalten worden.

Meines Wissens eilten auch mehrere Abgeordnete fort, und es gelangten wenigstens 12 von ihnen über die Gränze, welche sich bis auf bessere Zeiten, das ist bis die Reaktion gestürzt und die oktroirte Constitution cassirt ist, im Auslande aufzuhalten gedenken.

Wahrend dessen wurde auch der Deputirte Fischhof verhaftet, und gleich darauf wurden den Deputirten Violand, Kudlich, Füster und Goldmark geschriebene Porträts oder Steckbriefe nachgesandt. Gegen alle ist wegen Hochverraths das Criminalverfahren einge-

leitet. Es ist wirklich lächerlich. Ich bin überzeugt, daß nicht ein einziger Schuldig ist, und als das komischeste erscheint dabei, daß gerade jene Leute, die selbst Hochverrath begangen haben, nun sie, die tapfersten Freiheitsvertheidiger wegen dieses Verbrechens verfolgen. Aber mir ist es erklärlich. Fischhof war derjenige, der am 13. März 1848 zuerst das Wort für das Recht des Volkes ergriff, er war Präsident des Sicherheitsausschusses, und donnerte noch in Kremsier gegen das Ministerium, gegen Welden und die Reaktion. Violand, Füster und Goldmark gehörten unter die entschlossensten Männer in dem Sicherheitsausschusse und in der Kammer. Kudlich war durch den von ihm gestellten Antrag, die Ursache, daß das Gutsunterthänigkeits=Verhältniß, Roboth und Zehent aufgehoben wurde. Das kann ihnen die Reaktion nicht vergeben. Zwar wird man sagen, nicht das Blutgericht, sondern das competente Criminalgericht hat gegen sie eingeleitet. Nun es galten wohl die Criminalräthe Wiens bisher für Gerechtigkeit ausübende Männer, aber Welden hat ja Belohnungen für ihm angenehme Denunziationen ausgesetzt, und daß die Criminalrichter in dem Sinne urtheilen werden, wie die Minister wollen, ist natürlich, sonst müßten sie ja nach jener bereits erwähnten Ministerialverordnung austreten. Diese Anklagen wegen Hochverraths sind übrigens lächerlich, mag auch ein oder der andere verurtheilt werden, die Geschichte bringt

sie doch zu Ehren, windet ihnen den Kranz der Freiheit aus Eichenlaub, und weist auf sie als Märtyrer hin. Aber empörend ist die Einleitung der Untersuchung wider Goldmark wegen Mitschuld am Morde Latours. Ich gebe zu, diese Einleitung ist in Folge einer Zeugenaussage beschlossen worden; aber es ist unverantwortlich, daß nicht früher das Criminalgericht, bevor es eine solche Anklage in die Welt schleudert, alle Deputirten vernimmt, welche um die Zeit der Ermordung des Kriegsministers, sich wie bekannt, im Hofkriegsgebäude befanden. Da hätte das Criminalgericht ersehen müssen, daß der Zeuge gegen Goldmark ein Lügner ist, denn ich sah selbst, und alle andern damals zugegen gewesenen Deputirten müssen es auch gesehen haben, wie Goldmark mit dem größten Eifer, ganz krebsroth im Gesichte, in die Leute hineinschrie und sie beschwor, sich keine Gewaltthat zu erlauben, die Freiheit nicht mit einem Verbrechen zu beflecken. Goldmark ist ein Ehrenmann, für die Freiheit eben so wie für das Recht erglühend. Er hätte den Latour in Anklagestand versetzt, er hätte es vielleicht nöthig gefunden, daß das Todesurtheil gegen ihn ohne jede Begnadigung zur Warnung anderer pflichtvergessener Minister strenge vollstreckt werde, aber es ist eine reine Unmöglichkeit, daß Goldmark eine Mitschuld an einem Morde selbst dem eines Verbrechers hat.

Die oktroirte Charte, welche, weit schlechter als die vom April 1848, — als eine fadenscheinige Verbrämung, als elende Uebertünchung des Despotismus erscheint, ist bekannt. Vielleicht werde ich darüber noch später schreiben. Ebenso bekannt ist auch die kühne Sprache, welche sich Oesterreich gegen Deutschland erlaubte, die Gewalt, die Willkühr mit der es überall vorging, und seine Verbindung mit Rußland und den anderen Fürsten, deren Streben gleichfalls auf Unterdrückung der Freiheit und des Rechtes hinarbeitet.

Ich schließe demnach, und will nur noch einige Bemerkungen an diese Darstellung der österreichischen Verhältnisse knüpfen.

## XXXI.

**Sündenregister des Ministeriums und des Hofes. Oesterreich ist ohne Despotismus eine Unmöglichkeit. Es ist das Unglück Deutschlands und Italiens. Herausforderung der Demokratie. Sie nimmt den Kampf an. Rieger's Worte.**

Das österreichische Ministerium als Repräsentant des Hofes, der Camerilla, der Reaktion, hat schon seit lange nach und nach dem Volke ein Recht nach dem andern zu entwenden gewußt, endlich trat es mit Gewalt, mit Verläugnung jedes Rechtlichkeitsgefühles als Despot auf, und mordete die Männer des Rechtes auf gemeine blutgierige Weise dahin, oder beraubte sie ihrer Freiheit, und gab eine rechtslose oktroirte Charte, die erst, weiß Gott wann, in das Leben treten soll, die ein centralisirtes, geknechtetes Oesterreich bilden, und die Ungarn und Croaten selbst ihrer vormärzlichen Freiheit berauben will. Ich habe keine Ausdrücke, um meine Entrüstung gegen dieß

Ministerium, gegen die sie leitenden Absichten an den Tag zu legen.

Diese Minister und der Hof, und ihr Anhängsel, wüthen noch fort und fort, doch je ärger sie wüthen, mit je größerer Rache die Verfolgungen dauern, je mehr sie alles Recht, wie betrunken mit Füßen treten, desto kürzer kann auch nur ihre Herrschaft sein.

Und was wollen diese Menschen, wenn man noch diesen Wüthrichen den Namen: Menschen geben kann?

Sie fürchten das Recht des Volkes, das Princip der Volkssouveränität, bei der bald, bei steigender Bildung, die Fürsten nicht mehr werden anerkannt werden; und fallen diese, so fallen auch keine Orden, keine Brodsamen mehr von den fürstlichen Tafeln an die um sie kriechenden Schlangen. Und das fürchtet dieses elende Gewürme, aufgebläht von dummer Herrschsucht und schmutzigen Egoismus und daher wollen sie das Volksrecht und das Princip der Volkssouveränität zu Tode treten. Doch diese Furcht haben sie nicht blos in Oesterreich allein, sondern sie wird getheilt von allen Machthabern der Welt. Daher verbinden sie sich innig mitsammen, und Oesterreich gibt sich den Einflüsterungen Rußlands, Frankreichs und Englands hin. Die wollen die österreichische Dynastie um jeden Preis erhalten, um die Vereinigung der deutsch-österreichischen Provinzen mit Deutschland, und der Lombardei mit den übrigen italienischen Ländern zu hindern. Ich habe früher an-

gedeutet, auf welche Weise Oesterreich zu halten gewesen wäre, und auf was die Linke hinzuwirken sich bestrebte. Aber das Inslebentreten dieser Idee war den obenerwähnten Staaten nicht gelegen. Denn wäre Deutschland mit den deutsch-österreichischen Provinzen vereint, wäre Italien einig, so sind in Europa zwei neue mächtige Staaten, welche bei ihrer Lage am Meere, durch zuverlässig sich entwickelnden Handel an der Ost- und Nordsee und am mittelländischen und adriatischen Meere, den Franzosen und Engländern sehr gefährlich werden könnten, und Rußlands Czar fürchtet den mächtigen freien Nachbar, das durch vereinten Willen kraftvolle, geeignete, gebildete Deutschland. Das alte oder gegenwärtige Oesterreich bedarf seines Schutzes, er garantirt ihm mit Freuden die Lombardei und Venedig, um dafür seine Räuberfaust nach den Donaufürstenthümern und nach Constantinopel ausstrecken zu können. Daher will er auch die Aufrechthaltung der anno 1815 abgeschlossenen schmachvollen Verträge der Fürsten.

Das alte oder gegenwärtige Oesterreich kann aber, wie Metternich recht wohl erkannte, nur durch Despotismus, durch gewaltsame Unterdrückung gegen jedes Streben einer Nationalität sich mit der ihr verwandten Nationalität zu verbinden, nur durch Bajonette erhalten werden, deßhalb sucht der österreichische Hof die muthige und radikale Parthei gerade zu vernichten, und Rußland spendet dafür Orden an Ra-

detzky und Windischgrätz; und auch die deutschen Fürsten, weil sie jubeln über das freche Auftreten Oesterreichs gegen die Einheit Deutschlands und die Wahrheit der Volkssouveränität, weil sie einsehen, was auch nicht viel Verstand erfordert, daß, soll Deutschland einig sein, unmöglich über dasselbe 34 blutsaugende Familien unbeschränkt herrschen können, weil sie einsehen, daß bei der Freiheit, ihre Throne, sich stützend auf die Lüge des Erbrechtes, nothwendig fallen müssen.

Selbst das Oesterreich, wie es die Linke wollte, könnte mit Anerkennung der Menschen- und Völkerrechte der Freiheit nur so lange bestehen, als die Bildung noch nicht gestiegen, und die Nachbarstaaten noch nicht gleiche Freiheit genießen, denn es ist klar, daß wenn die Freiheit, das Recht, in ganz Europa gleichmäßig anerkannt wird, sich die Deutschen in Oesterreich mehr zu den andern außer diesem Lande befindlichen Deutschen als zu den Slaven und Italienern gezogen fühlen werden, und ebenso werden ganz natürlich auch die österreichischen Slaven sich mit den freien Slaven außer Oesterreich, die österreichischen Italiener mit den übrigen Italienern, die Polen mit ihren Brüdern vereinen, und Oesterreich wird verschwunden sein. Aber ist das ein Unglück, wenn in Folge solcher allgemeiner Wünsche der Völker zur Herstellung des natürlichen Zustandes, das zusammen gestückelte Oesterreich, welches die Kraft

der Deutschen, der Italiener, der Slaven schwächt, aufhört zu sein? Nicht im mindesten, alle Bewohner des dann ehemaligen Oesterreichs werden sich in ihren neu und freiwillig eingegangenen Verbindungen nur glücklich fühlen. Ihr Handel wird aufblühen, und alle diese großen mitteleuropäischen neu gebildeten Staaten werden nothwendiger Weise mit einander Handels- und andere Verträge abschließen müssen, welche ihren Wohlstand ihre Sicherheit nur vermehren, und gerade Wien als der Mittelpunkt Europa's wird an der gegen Osten strömenden Donau, die durch die Schiffahrt mit dem mittelländischen Meere verbunden ist, der Haupthandelsplatz am Festlande werden.

Die alten Diplomaten, diese Lügner, diese Fürstenknechte, diese Freiheitsunterdrücker werfen beständig mit der welthistorischen Bedeutung Oesterreichs, mit dessen großer Aufgabe herum? Welche ist denn die? Heraus mit der Sprache! Keine andere, als die Kraft Deutschlands, Italiens und der Südslaven zu untergraben, damit andere Länder sich bereichern, und einige Fürsten reich gefüttert werden können. Man sagte auch mit pathetischem Tone, Oesterreichs Aufgabe ist, die Bildung nach Osten zu tragen. So? und darum wurde und wird in Oesterreich die Presse unterdrückt, und darum erhebt man in Gallizien den miserabelsten Dialekt, den ruthenischen zur Schul- und Geschäftssprache, und verbietet die feingebildete Schrift und polnische Sprache, und darum wurde

der polnische Bauer sistematisch verdummt? Ja das österreichische Ministerium sieht darnach aus, als wenn es die Bildung nach Osten tragen wollte; hat es vielleicht deßhalb die Kosacken ins Land gerufen, daß sie während ihres Aufenthalts größere Bildung erhalten, von der brutalen österreichischen Soldateska und von dem Mörder Robert Blums? Mit solchen Lügen bleibt mir vom Leibe. Oesterreich ist blos vom Werth, für die Dynastie, da sie ohne Oesterreich auch ohne Land wäre, dann für Frankreich und alle andern Fürsten; — für Deutschland und Italien und die Slaven ist es ein fürchterliches Unglück.

Wer ist es denn, der in Oesterreich den Fortbestand dieses Landes wünscht? Die Fürstenfamilien, die Büreaukratie, die Geistlichkeit, der Adel, landaussaugende Banquiers, unwissende Officiere und dumme Spießbürger, und wegen dieser Leute, die nur auf Kosten anderer leben, nur durch ihre Privilegien einen Werth besitzen, wegen dieser Leute sollen Millionen und Millionen unglücklich sein? Es ist zu lächerlich, und man wird einstens über die Lammsgeduld der Völker eben so staunen, als wie wir uns über den Glaubenseifer und dessen Fanatismus verwundern, mit dem man die Menschen in Religionskriege trieb.

Früher habe ich noch durch einige Zeit den Fortbestand Oesterreichs als Monarchie für möglich gehalten, aber der Hof und das jetzige Ministerium haben die Leute wirklich mit den schlagendsten Beweisgründen

von der Gefährlichkeit einer Monarchie überzeugt; sie haben ihnen dargethan, daß die Fürsten, wenn sie in der Noth sind, blos versprechen, dann aber wenn sie wieder die Macht haben, nichts halten; sie haben ihnen gelehrt, daß die Ministerien in Monarchien ohne Strafe die größten Verbrechen zu begehen im Stande sind, und wirklich begehen; und sie haben ihnen dargethan, daß die Ministerien in Monarchien ihnen ihre Söhne ins Militär stecken und ihnen das Geld aus der Tasche zu Kriegen nehmen, die das Volk nicht will. Uebrigens der Hof und das Ministerium in Oesterreich haben der Freiheit am meisten genützt; sich aber werden sie in kürzester Zeit zum Lande hinausgebracht haben. Ungarn, Venedig und Siebenbürgen haben sich so viel als losgerissen, wenigstens haben sie die österreichischen Soldaten aus ihrem Lande hinausgeworfen. Die Lombardei, Gallizien und Wien, und von dieser Stadt hängen alle deutschen Provinzen ab, sind in Belagerungszustand. Namentlich in Wien sind die Leute bis zur Raserei erbittert, man mußte dort schon das Tragen der rothen Farbe als Zeichen der rothen Republik, — welche übrigens keine Raserei ist, — strengstens verbieten. Südtyrol sehnt sich nach Italien. Böhmen, Croatien und Serbien wüthen gegen die Regierung wegen der oktroirten Charte, und dem falschen Spiele, was mit ihnen getrieben wurde, und unter dem österreichischen Militär, da sind eine Menge schmachvoll gepreßte

Studenten und eine Menge durch und durch radikal gestimmte Menschen, denn wer nach dem März 1848, wenigstens aus den deutschen Provinzen, unter das Militär ohne jede Kammerbewilligung gesteckt wurde, ist mit Wuth und Erbitterung über die Willkühr Oesterreichs erfüllt; und wie stehts mit den Finanzen? Wie lange wirds dauern, und Ihr Gewaltmenschen macht Banquerot, und habt auch die Bourgeoisie gegen Euch. Also wie lange kann dieses Ministerium und die Barbarei in Oesterreich, und Oesterreich selbst noch bestehen, wo die Ungarn von Tag zu Tag vorrücken, wo österreichische Soldaten zu ihnen übergehen oder vor ihnen absichtlich, aber nicht etwa aus Feigheit fliehen, um Verwirrung in Eurem Heere zu bereiten? Ha, wie wird Euch, wenn Ihr dieses seht und hört, Ihr ruft nun die Russen, nennt sie edel, leckt dem Czar die Stiefel, ruft alle Regenten zur Hülfe auf, aber es hilft Alles nichts. Ihr vertheidiget nur die schmutzigen Interessen des Unrechts, des geringsten Theiles der Bevölkerung, eine ungeheure, furchtbar empörte Majorität ist gegen Euch und wird Euch zur Verantwortung ziehen. Ihr gebt Euch zwar den Anschein, als sei die Majorität für Euch! Welche gemeine Lüge. Gebt einmal Eure Soldaten weg, und Ihr existirt in zwei Stunden nicht mehr, also wo ist die Majorität derjenigen, die mit Euch sind. Die Soldaten dürft ihr nicht zählen, denn die Armee habt Ihr mit Gewalt gepreßt, gezwungen auf

Ihre Brüder zu schießen, und wenn sie können, so laufen sie Euch davon. Ihr sprecht zwar auch, „blos Wühler hätten diese allgemeine Erhebung her„vorgerufen.“ Nun das ist alles eins, ich sage Eure Unverschämtheit, Euer jedes Recht mit Füßen treten. Die Wühler, das sind gerade die Leute, denen ich vom Herzen gut bin, sie rühren und wühlen Eure Lügenpfützen auf, um zu zeigen, um zu beweisen, daß am Grunde alles abscheulicher Unflath ist. Ihr sagt ferner: „es sei die höchste Gefahr für alle Regierungen „vorhanden, der Aufstand in Ungarn zeigt in seiner „dermaligen Phase so entschieden den Charakter einer „Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturz„parthei, daß das Interesse sämmtlicher Staaten ein „gemeinschaftliches ist, die die Regierungen nöthigen, „sich in dem Kampfe gegen die sich dort verbreitende „Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung zu unter„stützen.“ Mich freut, daß Ihr selbst schon erkennt, daß die Parthei welche Eure Lügengewebe zerreißen und Eure Schändlichkeiten umstürzen will, eine europäische ist, daß ganz Europa gegen Euch zürnt. Das Interesse der jetzigen Regierungen, das ist nicht das der Völker. Ihr ruft Eure Bundesgenossen zur Hülfe auf, das ist sehr gut, ihr werdet auch bemerken, wie sich schon die Völker in Deutschland gegen ihre Fürsten als Eure Helfershelfer verbinden. Nun wohlan, ihr habt die Demokratie zum Kampfe herausgefordert, sie nimmt ihn an. So fließe den Blut um das Recht

und die Freiheit, es wehe die blutige Fahne der Revolution. Es würge das Schwert, es treffe die Kugel, und verwüste reiche Städte und blühende Ebenen. Du waltende Vorsehung, deren leitende Hand in der Welt und Völkergeschichte so deutlich zu sehen, Du wirst zum Siege bringen das Recht, die Wahrheit und die Freiheit. Eure erbärmliche Lüge, daß die von Euch sogenannte Umsturzparthei jede gesellschaftliche Ordnung äuflösen wolle, schreckt Niemand mehr, man weiß recht wohl, daß gerade die Parthei der Demokratie, oder des Umsturzes wie Ihr sagt, wahre Ordnung, wahre Gesetzlichkeit will. Ungesetzlichkeit, Anarchie die findet man nur bei Euch, in Wien, wo Ihr mordet und lüget nach Willkühr; in Oesterreich, wo Ihr eine oktroirte Charte gabt, und das kaiserliche Wort zum Spotte von Europa machtet. Woher glaubt denn Ihr 5 oder 6 Minister mit dem Kaiser das Recht zu haben, den gewählten Vertretern der Völker, also ihnen selbst gegenüber zu sagen, wir verstehen das besser als Ihr; existirt denn noch ein Mensch, der glaubt, daß ein Monarch wenn er auch älter als 18 Jahre ist, nur ein Quintchen mehr Verstand hat, als jeder andere Mensch, oder daß ein Minister eine Gottheit ist?

Gesetzt aber, Ihr würdet jetzt siegen, wie lange könnt Ihr dann noch zappeln? einige Jahre vielleicht, bis die kleinen Jungen groß geworden, dann jagen sie Euch zum Lande hinaus. Fragt so einen Knaben

von 10 Jahren, so ist er durch und durch Republikaner, von dem blinden Glauben an Eure Autorität findet Ihr keine Spur; und was für eine sittliche Kraft und Todesverachtung, die Ihr selbst gar nicht kenn, werdet ihr bei 14 und 15jährigen Jünglingen entdecken! Der Principienkampf zwischen dem der Legitimität und dem der Volkssouveränität ist durch Euch hervorgerufen, und früher ist auf keinen dauernden Frieden zu zählen, bis das letztere gesiegt, denn dasselbe ist eine Wahrheit, und Euch zu Liebe wird die Geschichte keine Ausnahme machen.

Ihr wollt das Princip der Volkssouveränität als eine Lächerlichkeit hinstellen und mit den Worten Riegers rufe ich Euch zu: „Das Princip der Volkssouve„ränität ist eine Wahrheit, sie steht so herrlich da auf „dem Firmamente der Vernunft, so leuchtend und glän„zend, so erhaben wie die Sonne, und Eure oktroirte „Charte, Eure Erklärungen werden diese Sonne nicht „so leicht verdecken, wie man auf einer alten Coulisse „den Mond verkleben kann mit einem Fetzen Papier. „Ihr habt sie verhöhnt, Ihr habt die Rechte der Völ„ker mit Füßen getreten, Ihr habt unter Berufung „auf das legitime Erbrecht Euch angemaßt, die Völker „nach Eurer Willkühr zu beherrschen. Ihr habt die „Völker herausgefordert zum Beweise dieser Wahrheit, „und Ihr werdet es schwer büßen müssen. Wenn ein „gesammtes Volk sich einmüthig erhebt, in der ganzen „Majestät seines Zornes, welcher Sterbliche mag dann

„hintreten und sagen: Ich bin Dein geborner Herr,
„mir hast Du zu gehorchen. Der Groll der Völker
„ist ein mächtiges Gewitter, bei seinem Hauche wan-
„ken die Throne, es fallen die Kronen von den Häup-
„tern der Gesalbten, und wie der gewaltige Sturm-
„wind die Eiche, so erfaßt er den uralten Herrscher-
„stamm, er reißt ihn heraus aus dem Leben einer
„Nation, in dem er Jahrhunderte lang gewurzelt, und
„trägt ihn in die weite Ferne, wie ein leichtes Wei-
„denrütchen.“

Staats-
Bibliothek
Bamberg

BSB Bayerische StaatsBibliothek

MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Violand, Ernst <<von>>,

Enthüllungen aus Österreichs jüngster Vergangenheit

Hamburg 1849

Bamberg, Staatsbibliothek -- MvO.Rev.o.331#1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11753720-3